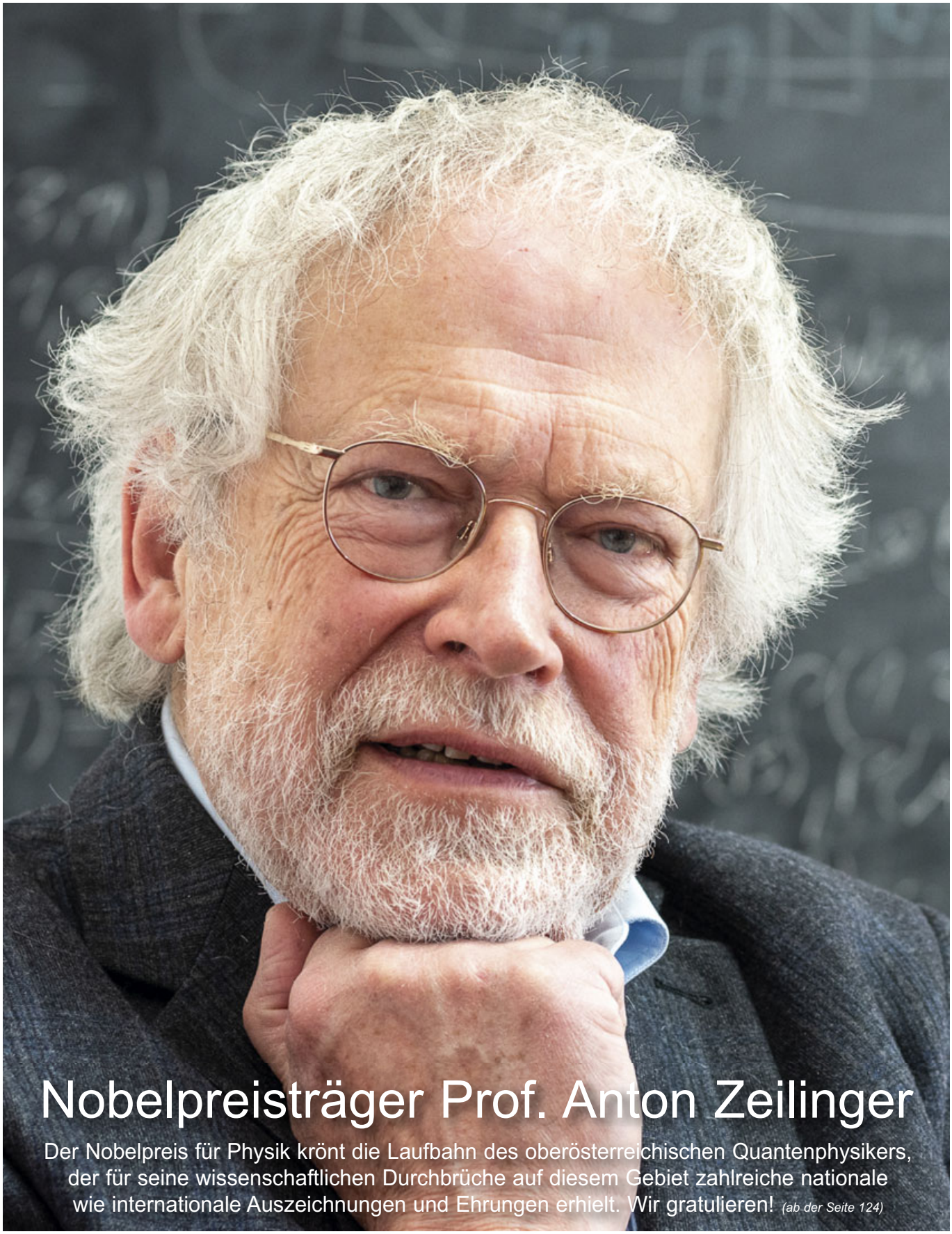
Seit 1996 ÖSTERREICH JOURNAL
Das Magazin für Osterreicher in aller Welt

Ausg. Nr. 205 • 19. Dez. 2022
Das unparteiische, unabhängige Magazin für ÖsterreicherInnen in aller Welt mit dem Schwerpunkt „Österreich, Europa und die Welt“ erscheint vier Mal im Jahr
http://kiosk.oesterreichjournal.at



Nobelpreisträger Prof. Anton Zeilinger

Der Nobelpreis für Physik krönt die Laufbahn des oberösterreichischen Quantenphysikers, der für seine wissenschaftlichen Durchbrüche auf diesem Gebiet zahlreiche nationale wie internationale Auszeichnungen und Ehrungen erhielt. Wir gratulieren! *(ab der Seite 124)*

© Jacqueline Godany / ÖAW

Wir sind strategischer Partner des »Dachverbands aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften - PaN«

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,

*mit großer Freude dürfen wir einen neuen Rekord an Zugriffen auf unsere Magazine vermelden: die Ausgabe 204 vom 19. September 2022 zählt mit dem Erscheinen der nun vorliegenden **430.000** LeserInnen – und wir hoffen, daß wir auch künftig mit derartigem Interesse rechnen dürfen. Unser Dank gilt auch Yumpu, worüber wir seit vielen Jahren unsere Magazine veröffentlichen.*

Nun wünscher wir Ihnen und den Ihren wunderschöne, fröhliche Weihnachten und alles erdenklich Gute für ein hoffentlich friedvolleres Neues Jahr!

Liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer

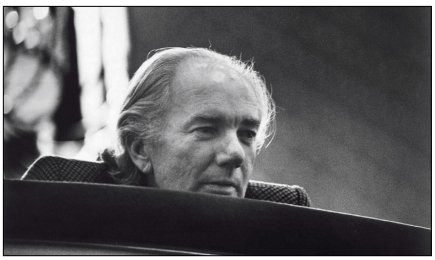
Der Inhalt der Ausgabe 205

Aus der Hofburg 3
Aus dem Parlament 12
Aus dem Bundeskanzleramt 26
Aus dem Außenministerium 39
Maori-Delegation übernahm Überreste ihrer Vorfahren 60
Plus 45 % bei Einbürgerungen 62
Aus den Bundesländern 63
Ötzi starb am Schnee, nicht am Fundplatz 73
Internationale Auszeichnung für Virtual Anatomy 75
Artemis – Nachrichten vom Mond 77
ÖBB: Neue Gesellschaft in China 78
70 Jahre Internationale Chopin-Gesellschaft 79
Aus dem Dachverband PaN 85
Bundespräsidentenwahl 99
Parlament: Proben für den Echtbetrieb 104
IHS: Herbst-Prognose der österr. Wirtschaft 2022–2023 105
Hohe Inflation und schwache Konjunktur 108
Konjunkturausblicke bleiben mehrheitlich skeptisch 110
Oö Innovationskaiser 2022 111
Oberösterreich feiert seine Landeshymne 114
Stille Nacht, heilige Nacht 115
Das Digital Skills Barometer 117
Himmlische Einblicke auf Graz 119
Gault&Millau Guide 2023 120
Bierkulturbericht 2022 122
Physik-Nobelreisträger Prof. Anton Zeilinger 124
Christiane Hörbiger † 130
Karl Merkatz † 131
US-Preis für Quantenphysiker Hannes Pichler 132
Beziehungen zu den Orient-Christen vertiefen 133
75 Jahre Evangelische Superintendenz Steiermark 135
70 Jahre Evangelische Superintendenz Niederösterreich 136
300 Jahre Erzdiözese Wien 138
Zisterzienser aus Vietnam besuchen Stift Heiligenkreuz 139
Sensationsfund in Ephesos 140
Luftmassentransport bei El Niño-Phänomen 143
Die Ur-Wien und die Ur-Liesing in Wien-Landstraße 144
Weltrekord bei Quanten-verschränkung in Glasfaser 145
Grüner Wasserstoff aus Wien 146
Schiffe mit Robotern inspizieren und reinigen 148
Babys besitzen größere Vorstellungskraft … 149
Nationalbibliothek erwirbt Nachlaß von Thomas Bernhard 150
Den Schreibern des Mittelalters auf der Spur 153
15. Bibliophiler Salon 155
Ruth Baumgarte – Africa: Visions of Light and Color 157
Die Heidi Horten Collection 161
Tilla Durieux – Eine Jahrhundert-zeugin und ihre Rollen 166
Kaiserschild Walls of Vision 170
Menschheitsdämmerung Malerei der Zwischenkriegszeit 172
Der Weltkünstler Gustav Klimt ist online 173
Neues Wienerlied-Magazin 174
Video: Der Japanische Garten im Schloßpark Schönbrunn 175

Bundespräsidentenwahl 2022 99

Ötzi starb am Schnee… 73

Sensationsfund in Ephesos 140



ONB erwirbt Thomas Berhards Nachlaß 150

Ruth Baumgarte in der Albertina 157

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag, A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1; alleiniger Eigentümer, für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer. Unternehmensgegenstand: regelmäßige Herausgabe einer Zeitschrift für unsere Landsleute im Ausland. Fotos Seite 2: Fabi Sackl/Lukas Kafenda; Südtiroler Archäologiemuseum/EURAC/Samadelli/Staschitz; ÖAW-ÖAI/Niki Gail; Öst. Nationalbibliothek/ Harry Weber; Kunststiftung Ruth Baumgarte

Bundespräsident bei der UNO-Generalversammlung

Auf dem Programm standen u.a. Gespräche mit seinem türkischem Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan und UN-Generalsekretär António Guterres.

Foto: HBF / Peter Lechner

Bei der UN-Generalversammlung in New York (v.l.): Bundeskanzler Karl Nehammer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Außenminister Alexander Schallenberg

Bundespräsident Alexander Van der Bellen reiste am 20. September nach New York, wo er er im Rahmen der UNO-Generalversammlung ein 48-stündiges Marathon-Programm am internationalen Polit-Parkett absolvierte. Länderübergreifende Kooperation ist angesichts der aktuellen Herausforderungen besonders wichtig, wie der Bundespräsident im Vorfeld seiner Reise betonte. Er hat in New York daher eine Reihe von bilateralen Gesprächen geführt, die den russischen Angriffskrieg in der Ukraine sowie dessen Folgen zum Thema hatten. So traf er neben UNO-Generalsekretär António Guterres auch Staatsoberhäupter von Ländern, die eine wesentliche Rolle als Vermittler spielen, wichtige Energieproduzenten sind, oder die von den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine als direkte Nachbarn besonders betroffen sind. Dem Bundespräsidenten ist es wichtig, mit den internationalen Verantwortungsträgern im engen Austausch zu bleiben und ihnen die österreichische Position zu vermitteln.

Im Anschluß an eine hochrangige „Welcome Reception", gegeben von UNO-Generalsekretär Antonio Guterres für die angereisten Staatsoberhäupter, stand die Eröffnung der 77. Generalversammlung der Vereinten Nationen auf dem Programm. Direkt im Anschluß traf der Bundespräsident den kasachischen Präsidenten Kassym-Jomart Tokayev sowie Moldaus Präsidentin Maia Sandu zu bilateralen Gesprächen.

„Kasachstan ist der größte Öllieferant Österreichs – so haben wir uns heute neben Möglichkeiten der Konfliktlösung im Ukraine-Krieg auch intensiv darüber unterhalten, wie wir die Versorgungssicherheit aufrecht erhalten können", ließ Van der Bellen im Anschluß an sein Gespräch mit Tokajew wissen. Österreich pflege eine gute Beziehung zu Kasachstan, „vor allem im Wirtschaftsbereich", so Van der Bellen. „Das haben Präsident Tokajew und ich bei unserem Gespräch erneut bekräftigt." Der zentralasiatische Staat liegt am Kaspischen Meer. Die Grenze zu Rußland ist die einzige Nordgrenze des Landes und über 7.600 Kilometer lang.

Nach dem Treffen mit Sandu hielt der Bundespräsident fest: „Die Republik Moldau kann sich weiterhin der ungebrochenen Unterstützung und Solidarität Österreichs in der derzeit herausfordernden Situation angesichts der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sicher sein." Moldau sei als Nachbarland ja besonders stark von den Auswirkungen der russischen Aggression in der Ukraine betroffen. „Wir tun als europäischer Nachbar weiterhin, was wir können, um unterstützend zur Seite zu stehen. Zusammenhalt ist aktuell wichtiger denn je", versprach Van der Bellen.

Am 21. September traf der Bundespräsident den 77. Präsidenten der UNO-Generalversammlung, Csaba Körösi. Anschließend

wurde die auf österreichische Initiative zurückgehende Hochrangige Veranstaltung zu Minderheiten im UNO-Hauptquartier eröffnet. Nach der Eröffnung durch Guterres hielt Van der Bellen dort als erster Staatenvertreter eine Rede: „Wir stehen zusammen gegen diesen illegalen und brutalen russischen Angriffskrieg und gegen die Grausamkeiten, die begangen wurden und begangen werden“, erklärte Van der Bellen. Moskau setze mit der neuerlichen Drohung mit Nuklearwaffen und den geplanten Schein-Referenden weitere bewußte Eskalationsschritte. „Ein Ende des Krieges rückt damit in weitere Ferne. Die Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden ist das Respektieren und Einhalten der internationalen Regeln, die wir uns als Weltgemeinschaft gemeinsam gegeben haben“, erklärte der Bundespräsident. „Eine gute weltweite Entwicklung unseres Wohlstands wird es nur geben, wenn wir diese gemeinsamen Regeln als unsere gemeinsame Basis sehen und sie gemeinsam verteidigen.“

Österreich und die EU würden ihre Unterstützung insbesondere im humanitären Bereich für die Ukraine weiter fortsetzen, bekräftigte Van der Bellen. „Wir sind ein sicherer Ort für Menschen aus der Ukraine, und wir sollten es auch sein für Russinnen und Russen, die gezwungen sind, jetzt ihre Heimat zu verlassen.“

Van der Bellen ist auch mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan zusammengetroffen. „Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der Türkei haben sich in diesem Jahr sehr positiv entwickelt“, resümierte er. „Es gilt diese Dynamik aufrecht zu erhalten.“ Er habe Erdogan für seinen Einsatz gedankt, „im Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine nach Lösungsansätzen zu suchen“, ließ der Bundespräsident wissen. „Die aktuelle Entwicklung ist allerdings sehr ernst zu nehmen. Jetzt geht es umso mehr um internationale Geschlossenheit und Entschlossenheit.“

Die Türkei pflegt sowohl zur Ukraine als auch zu Rußland enge Beziehungen und sieht sich als Vermittler zwischen beiden Parteien. Unter Vermittlung der Vereinten Nationen und der Türkei hatten sich beide Kriegsparteien im Frühsommer darauf geeinigt, die Ausfuhr von Getreide aus drei blockierten, ukrainischen Häfen wieder aufzunehmen. Die Stimmung zwischen Wien und Ankara war längere Zeit frostig gewesen, insbesondere in der Außenminister- und Kanzler-Zeit von Sebastian Kurz. In den vergangenen Wochen kam es aber zu mehreren bilateralen Begegnungen, auch auf Regierungsebene.

Foto: HBF / Peter Lechner

Der Bundespräsident traf den kasachischen Präsidenten Kassym-Jomart Tokayev …

Foto: HBF / Peter Lechner

… Moldaus Präsidentin Maia Sandu …

Foto: HBF / Peter Lechner

… sowie seinen türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan zu bilateralen Gesprächen.

Foto: HBF / Peter Lechner

v.l.: Bundeskanzler Karl Nehammer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Außenminister Alexander Schallenberg

„Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der Türkei haben sich in diesem Jahr sehr positiv entwickelt", resümierte Van der Bellen. „Es gilt diese Dynamik aufrecht zu erhalten. Deshalb war es mir wichtig, im Rahmen meines New York-Besuchs auch den türkischen Präsidenten zu treffen."

Er habe Erdogan für seinen Einsatz gedankt, „im Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine nach Lösungsansätzen zu suchen", ließ der Bundespräsident wissen. „Die aktuelle Entwicklung ist allerdings sehr ernst zu nehmen. Jetzt geht es umso mehr um internationale Geschlossenheit und Entschlossenheit."

Gemeinsame Pressekonferenz mit Bundeskanzler und Außenminister

Auch wenn die Entwicklungen im Ukraine-Krieg die Themen der UNO-Versammlung beherrschen, dürfen andere Ziele wie die Bekämpfung der Klimakrise nicht aus den Augen verloren werden. Diese Forderung erhob Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Karl Nehammer und Außenminister Alexander Schallenberg. „Wir haben die Auswirkungen der Klimakrise in diesem Sommer erlebt", erklärte Van der Bellen und nannte vernichtete Ernten oder gefährliche Unwetter und Überschwemmungen als Beispiele. Bei einem gemeinsamen Gespräch habe UNO-Generalsekretär António Guterres „rasche Schritte aus der Klima- und Nahrungsmittelkrise" gefordert, berichtete der Bundespräsident. „Ich schließe mich zu 100 Prozent an."

Van der Bellen erwähnte in diesem Zusammenhang auch, daß der russische Angriffskrieg in der Ukraine die Abhängigkeit Österreichs von russischem Öl und Gas aufgezeigt habe. Rußlands Präsident Wladimir Putin versuche „zu erpressen", meinte der Bundespräsident und zog die Schlußfolgerung: „Wir müssen raus aus fossilen Energien und an erneuerbaren Energien und an Energieeffizienz arbeiten."

Zu der damaligen Ankündigung Putins, daß es in Rußland eine Teilmobilmachung gebe, unterstrich Van der Bellen bereits früher getätigte Stellungnahmen. Das russische Regime setze mit dieser Ankündigung und der Drohung mit Nuklearwaffen und Scheinreferenden „weitere Eskalationsschritte". Ein Ende des Kriegs rücke in weite Ferne, so Van der Bellen, der dies aufs Schärfste verurteilte.

Bundeskanzler Nehammer warnte angesichts des Ukraine-Konflikts: „Wir sind nicht davor gefeit, daß daraus ein Weltkrieg werden kann." Rußland versuche, in der EU Uneinigkeit und Zwietracht zu säen. Umso mehr brauche es seitens der Europäischen Union eine enge Abstimmung und „klare Botschaften". Trotz aller Widrigkeiten müsse es das Ziel sein, den Krieg mit Verhandlungen zu beenden. Österreich bemühe sich, „eine konstruktive Rolle zu spielen, damit dieser Krieg aufhört". Auch er habe bei diversen bilateralen Gesprächen – etwa mit Delegationen aus Pakistan, dem Irak oder Serbien – versucht, wichtige Themen abseits des Ukraine-Krieg anzusprechen, meinte Nehammer und nannte als Schwerpunkt insbesondere den Bereich „irreguläre Migration". *(siehe ab Seite 26)*

Außenminister Schallenberg konstatierte, daß der Ukraine-Krieg und all seine Folgen wie Energie- oder Nahrungsmittelkrise oder Teuerungen bei der UNO-Vollversammlung für eine „düstere Stimmung" gesorgt habe. Gerade nach den jüngsten Ankündigungen Putin gelte es aber „Nerven und Augenmaß" zu bewahren. Daß Putin diese ausgerechnet während der UNO-Session in News geäußert habe, sei „ja kein Zufall", diagnostizierte Schallenberg. Zwar scheue Putin, der nicht nach New York gekommen war, den direkten Kontakt, der russische Präsident versuche aber, von der „Seitenlinie" aus, „Angst und Nervosität" zu säen. Putin nehme eine Verlängerung des Kriegs in Kauf. Da gelte es aber auch seitens der EU „klare Kante" zu zeigen.

Anschließend fand ein Treffen des Bundespräsidenten – in Begleitung von Nehammer und Alexander Schallenberg – mit UNO-Generalsekretär Antonio Guterres statt. Auch gab es ein Treffen mit dem Mitte September ernannten neuen UNO-Hochkommissar für Menschenrechte, dem Österreicher Volker Türk.

»High Level Meeting« zum Thema »Rights of Minorities«

Der Bundespräsident sieht Südtirol in Italien, aber auch die slowenische Minderheit in Österreich, als beispielhaft für die „erfolgreiche Umsetzung von Minderheitenrechten" an. Bei einer Rede im Rahmen eines „High Level Meetings" zum Thema „Rights of Minorities" betonte er, daß „Förderung und Schutz von Minderheitenrechten" zur politischen und sozialen Stabilität von Staaten beitragen würden.

Van der Bellen bezeichnete dies als die „positive Seite der Minderheitenrechte". In der vor 30 Jahren verabschiedeten „Erklärung über die Rechte von Personen, die einer Gruppe nationaler, ethnischer, religiöser oder sprachlicher Zugehörigkeit angehören", an die im UN Head Quarter am Hudson River erinnert wurde, erzählte Van der Bellen, er

könne aus persönlicher Erfahrung bestätigen, daß positiv gelebte Minderheitenrechte „auch zur Stärkung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Völkern und Staaten beitragen können“.

„Als Tiroler mit der Geschichte der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol in Italien im Hinterkopf, liegen mir Minderheitenfragen seit jeher am Herzen“, betonte der Bundespräsident. „Nach einer langen und schwierigen Geschichte ist die Autonomie Südtirols heute ein Vorbild für die erfolgreiche Umsetzung von Minderheitenrechten“, erinnerte er an die entsprechenden Entwicklungen seit dem Ersten Weltkrieg.

Vor zwei Jahren habe er sich als Bundespräsident bei den Angehörigen der slowenischsprachigen Minderheit für das erlittene Unrecht und für die Versäumnisse der Vergangenheit entschuldigt, erinnerte Van der Bellen. „Denn ich bin überzeugt: Wir müssen uns unserer Geschichte und unseren Fehlern der Vergangenheit stellen, um heute und in Zukunft voranzukommen. Diese beiden Minderheiten, die früher, wie so oft, der Zankapfel zwischen den Nachbarländern waren, haben mittlerweile eine Brückenfunktion übernommen, die Österreich mit seinen Nachbarn in besonderer Weise verbindet.“

Diese Ergebnisse seien in jeder Hinsicht positiv, freute sich der Bundespräsident. Deshalb lege Österreich auch ein besonderes Augenmerk auf den Unterricht in den Minderheitensprachen. „In den zweisprachigen Schulen in Kärnten lernen österreichische Kinder der slowenischen Minderheit mit ihren deutschsprachigen Nachbarn und mit Kindern aus Slowenien. Sie lernen gemeinsam. Und sie lernen von einander. Das macht mich zuversichtlich. Durch sie wächst die Welt näher zusammen, wird friedlicher. So stelle ich mir unsere Zukunft vor!“

In vielen Ländern gebe es noch erhebliche Lücken beim Schutz der Minderheitenrechte. „Weltweit hat sich die Zahl der gewaltsamen Konflikte in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht – in der überwiegenden Mehrheit mit ethnischer, religiöser, kultureller oder sprachlicher Begründung“, bedauerte Van der Bellen und unterstrich in diesem Konnex einmal mehr: „Österreich verurteilt auf das Schärfste den illegalen und unprovozierten brutalen Angriffskrieg, den Rußland gegen die Ukraine führt, einschließlich der Instrumentalisierung von Minderheitenfragen.“

Seinen 48stündigen New York-Marathon beendete der Bundespräsident bei einem Empfang von US-Präsident Joe Biden. ■

Foto: HBF / Peter Lechner

Der Bundespräsident bei seinemTreffen mit dem Mitte September ernannten neuen UNO-Hochkommissar für Menschenrechte, dem Österreicher Volker Türk…

Foto: HBF / Peter Lechner

… bei seiner Rede im Rahmen eines „High Level Meetings“ zum Thema „Rights of Minorities“…

Foto: HBF / Peter Lechner

… und bei seinem Zusammentreffen mit UN-Generalsekretär Antonio Guterres gemeinsam mit Bundeskanzler Karl Nehammer und Außenminister Alexander Schallenberg

Besuch aus Lettland

Der Bundespräsident traf seinen lettischen Amtskollegen, Eglis Levits, in Wien

Foto: HBF / Peter Lechner und Paul Kulec

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (r.) hat seinen lettischen Amtskollegen Egils Levits in Wien zu einem Gespräch getroffen.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat am 30. September seinen lettischen Amtskollegen Egils Levits in Wien getroffen. Hauptthema des Gesprächs war der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und dessen wirtschaftliche Folgen. Die damals geplante „Aufnahme" der okkupierten Gebiete in Rußland sei „eine illegale Annexion, die wir nie akzeptieren können", betonte Alexander Van der Bellen.

Die Annexion der Gebiete ist „ein weiterer schwerwiegender Angriff auf die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine", erklärte Bundespräsident Van der Bellen weiter. Die zuvor „durchgeführten Scheinreferenden in den durch Rußland besetzten ukrainischen Gebieten waren eine völkerrechtswidrige Maßnahme des russischen Regimes und eine reine Farce. Sie sind auf das Schärfste zu verurteilen".

Foto: VfGH / Achim Bieniek

Der lettische Staatspräsident Egils Levits bei seiner Rede am Verfassungstag 2022

Bundespräsident Alexander Van der Bellen nahm gemeinsam mit seinem Amtskollegen Eglis Levits am Festakt zum „Verfassungstag" in Wien teil. Dabei sprach der lettische Staatspräsident über die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit in Europa. Levits wurde vom Verfassungsgerichtshof eingeladen. Er war 15 Jahre Richter am Europäischen Gerichtshof und zehn Jahre am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sowie in den 1990er-Jahren Botschafter in Wien.

Auch wenn die Verfassungen der Mitgliedsländer zwar ähnlich, aber nicht ident sind: Die Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit müssen in der gesamten EU einheitlich sein. Dies betonte Lettlands Staatpräsident Egils Levits als Festredner am Verfassungsgerichtshof in Wien.

Am Verfassungstag, am 1. Oktober, erinnert der VfGH alljährlich an den Beschluß des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Konstituierenden Nationalversammlung am 1. Oktober 1920. VfGH-Präsident Christoph Grabenwarter konnte Bundespräsident Van der Bellen, Bundeskanzler Nehammer, Nationalratspräsidentin Bures und zahlreiche weitere Ehrengäste begrüßen.

Der lettische Präsident betonte, daß es zwar Demokratie ohne Rechtsstaat geben könne. Die Tatsache aber, daß dann allein per Mehrheitsentscheid entschieden werde, führe dazu, daß andere fundamentale Werte der EU wie die Wahrung der Menschenrechte oder die Gleichheit vor dem Gesetz ausgehebelt werden könnten. „In einigen EU-Mitgliedsländern wird der Rechtsstaat zurückgedrängt", stellte Levits fest. Aufgabe der nationalen Verfassungsgerichte sei es, die jeweilige Verfassung zu schützen. Aber „wenn ein nationales Verfassungsgericht das nicht tut, kommt der Europäische Gerichtshof ins Spiel." ■

Quellen: https://www.bundespraesident.at , https://www.vfgh.gv.at/

Besuch aus Ungarn

Der Bundespräsident traf die Präsidentin von Ungarn, Katalin Novák, in Wien

Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing Ungarns Präsidentin Katalin Novák mit militärischen Ehren am Inneren Burghof.

Ungarn freut sich über ein stärkeres Engagement Österreichs in Zukunft bei der Bekämpfung der illegalen Migration. Das sagte Staatspräsidentin Katalin Novák am 27. Oktober in Wien. Sie verwies dabei auf eine zu dieser Zeit laufende Serie von Treffen zwischen Ungarn, Serbien und Österreich, bei denen eine Verbesserung der Kooperation in diesem Bereich vereinbart werden soll.

Die Präsidentin wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß angesichts der zuletzt verstärkten Migrationsbewegungen auf der Balkanroute eine Stärkung des Schutzes der serbisch-nordmazedonischen Grenze von großer Bedeutung sei. Der serbische Präsident Aleksandar Vučić hatte Anfang Oktober in Budapest bei einem Treffen mit Bundeskanzler Karl Nehammer und Ungarns Regierungschef Viktor Orbán im Prinzip eine Änderung der Visaregelungen seines Landes zugesagt. *(siehe Seiten **XX** und **XX**)*

Durch die Visafreiheit waren über Belgrad in den vergangenen Monaten etwa deutlich mehr indische oder tunesische Migranten illegal nach Österreich eingereist als zuvor. Innenminister Gerhard Karner hatte angekündigt, daß Österreich den Grenzschutz an der serbisch-nordmazedonischen

Foto: HBF / Peter Lechner

Grenze mit Drohnen und anderen technischen Geräten unterstützen will. Novák betonte, eine Unterscheidung zwischen „Flüchtlingen, legalen Wirtschaftsmigranten und illegalen Einwanderern“ sei unbedingt notwendig. „Die Aufnahme von Flüchtlingen ist unsere humanitäre Aufgabe“, so die Präsidentin vor allem mit Verweis auf die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. „Die legale Einwanderung ist das Recht souveräner Staaten, wenn auch nicht der Weg Ungarns.“ Das Auftreten gegen illegale Migration sei hingegen sehr wichtig.

Bezüglich des Ukraine-Kriegs verurteilte Novák die russische Aggression gegen ein souveränes Land: „Wir erkennen die annektierten Gebiete nicht als Teil Rußlands an und stehen hinter der Ukraine.“ Sie bezeichnete die bisher acht EU-Sanktionspakete gegen Rußland als „guten Kompromiß“.

Auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen dankte Ungarn für die Versorgung von Flüchtlingen aus der Ukraine und verwies dabei auch auf die Situation der ungarischen Minderheit in der ukrainischen Region Transkarpatien. Der Krieg im Nachbarland sei für Ungarn „von besonderer Bedeutung“, auch angesichts „des ukrainischen Verhaltens gegenüber Minderheiten, die – sagen wir mal so – vor Kritik nicht gefeit ist“. Zwischen den beiden Nachbarländern hatte es in den Jahren vor dem Krieg verstärkte Spannungen gegeben, nachdem Kiew die verpflichtende Verwendung der ukrainischen Sprache auf immer mehr Lebensbereiche ausgeweitet hatte.

Es war dies der erste Besuch von Staatspräsidentin Katalin Novák bei Van der Bellen seit ihrem Amtsantritt im Mai. ■

Bundespräsident bei Klimakonferenz in Ägypten

Die erste Auslandsreise von Alexander Van der Bellen nach der Wiederwahl führte ihn zur Weltklimakonferenz

Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Rede zur Eröffnung der Weltklimakonferenz in Sharm el-Sheihk …

Mit gemischten Gefühlen ging Bundespräsident Alexander Van der Bellen in die Weltklimakonferenz COP27 im ägyptischen Sharm el-Sheihk. Angesichts der bisherigen ungenügenden oder ungenügend umgesetzten Ergebnisse vorangegangener Klimagipfel ist Optimismus „nicht leicht – aber notwendig“, meinte er am 7. November am Tagungsort. „Wo sonst sollen solche Verhandlungen stattfinden? Die UNO ist die einzige weltweite Plattform, die wir haben.“

Auf seiner ersten Auslandsreise nach seiner Wiederwahl – „wenn es zu einer Stichwahl gekommen wäre, dann säße ich heute nicht hier“ – hat der Bundespräsident im Rahmen eines Treffens der Staatsoberhäupter und Regierungschefs über die Bewältigung der Klimakrise gesprochen und am Rand des Gipfels auch mehrere bilaterale Gespräche geführt – vor allem auch mit UNO-Generalsekretär Antonio Guterres.

Foto: HBF / Peter Lechner

… und im Gespräch mit UNO-Generalsekretär Antonio Guterres

Guterres ist es auch, dem Alexander Van der Bellen großen Respekt für sein Engagement im Kampf um Maßnahmen gegen den Klimawandel zollt: „Es ist ein historischer Glücksfall, daß Guterres, der nicht aus einer Grünen Partei kommt, als UNO-Generalsekretär wiederbestellt worden ist.“ Der portugiesische Sozialdemokrat ist „der inzwischen heftigste, engagierteste Kämpfer gegen den Klimanotstand, den man sich nur wünschen kann“.

Wie für den UNO-Generalsekretär ist auch für Bundespräsident Van der Bellen klar, daß

das Ziel des Pariser Klimavertrags von 2015, die Erwärmung bis Ende des Jahrhunderts möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen, „mit den derzeitigen Maßnahmen nicht zu erreichen ist, sondern wir eher bei 2,5 bis 4 Grad landen".

Wobei sich Alexander Van der Bellen klar darüber ist, wie schwierig es ist, dieses Thema angesichts eines gerade erlebten Oktobers zu vermitteln, der allgemein als angenehme Verlängerung des Spätsommers empfunden wurde – bei Temperaturen, die um rund zehn Grad über dem langjährigen Oktoberdurchschnitt lagen. „Was ist, wenn das gleiche im März, April passiert, im Juli, ohne Regen? Was passiert mit der Landwirtschaft, überhaupt mit der Natur?" Es gehe darum, zu vermitteln, „daß es nicht wurscht ist, sondern daß jedes Zehntelgrad, nicht nur irgendwo in Afrika, sondern speziell auch bei uns in den Alpen eine große Rolle spielt, wo die Erhitzung ungefähr doppelt so schnell vorangeht als im Rest der Welt."

In diesem Zusammenhang traf der Bundespräsident in Sharm El-Sheikh auch mit einer Delegation österreichischer Jugendlicher zusammen: „Die jungen Leute haben wesentlich dazu beigetragen, daß die Sensibilität und die Aufmerksamkeit für das Thema gestiegen ist, angefangen bei Greta Thunberg – aber nicht nur."

Seine persönlichen Erwartungen an den Gipfel waren pragmatisch: „Versucht wird jedenfalls, im Bereich der Finanzierung und im Bereich der Verantwortung für das, was schon passiert ist und – auch bei Erreichen des Eineinhalb-Grad-Ziels – noch passieren wird, weiterzukommen." Hier erwartet der „harte Auseinandersetzungen, letztlich um Geldfragen, aber auch um Moral und Verantwortung. Die Industriestaaten zögern, diese Verantwortung anzunehmen und der globale Süden wird – mit recht – nicht müde, darauf hinzuweisen. Wobei nicht alles, was im globalen Süden passiert, dem Verhalten der Industrieländer zuzuschreiben sein wird."

Foto: HBF / Peter Lechner

Der Bundespräsident traf auch mit einer Delegation österreichischer Jugendlicher zusammen.

Rede des Bundesrpäsidenten zur Eröffnung der Weltklimakonferenz in Sharm El-Sheik

Sehr geehrter Herr Präsident El-Sisi, sehr geehrter Herr UNO-Generalsekretär Guterres, Exzellenzen, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft!

2015 haben wir bei der Weltklimakonferenz das Pariser Klimaabkommen beschlossen. Ein gemeinsames Ziel für die Begrenzung der Erderhitzung auf 1,5 Grad. Doch so ehrlich müssen wir sein, wir sind nach wie vor weit davon entfernt, das 1,5 Grad Ziel zu erreichen. Das Gegenteil ist der Fall: Die globalen Emissionen steigen nach der Pandemie wieder. Weltweit spüren wir die verheerenden Auswirkungen der Klimakatastrophe.

Wir befinden uns heute hier in einem afrikanischen Land. Große Teile des globalen Südens sind besonders stark von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen. Zurecht pochen diese Länder auf finanzielle Unterstützung bei Anpassungsmaßnahmen und klimabedingten Verlusten und Schäden.

Wir Länder im globalen Norden sind für einen großen Teil der CO_2 Emissionen verantwortlich. Österreich wird dieser Verantwortung nachkommen. Wir werden das Budget für die internationale Klimafinanzierung deutlich erhöhen. Für die kommenden Jahre – bis 2026 – wird das Klimaschutzministerium zusätzlich 220 Millionen Euro für internationale Klimafinanzierung zur Verfügung stellen. Das ist eine signifikante Erhöhung der Mittel. Daß Österreich hier durch einen höheren Beitrag Solidarität zeigt, war auch mir als Bundespräsident wichtig.

Damit können wir unseren Teil dazu beitragen, daß wir unsere Regenwälder vor dem Verschwinden retten, daß unsere Meere wieder voller Leben sind, die Menschen im globalen Süden sich besser gegen Flutkatastrophen schützen können und mit den dadurch entstehenden Schäden nicht alleine gelassen werden.

Gleichzeitig warne ich davor, daß wir uns nur auf Fragen der Finanzierung beschränken. Denn eines ist klar: Wir können uns von der Klimakrise nicht freikaufen. Geld alleine macht unsere Luft nicht sauberer, Geld alleine stoppt die Erderhitzung nicht, und es läßt die Gletscher nicht aufhören zu schmelzen.

Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu sein. Viele andere Staaten haben ähnliche Ziele. Diese Ziele müssen jetzt rasch mit konkreten Taten untermauert werden. Sonst sind sie nur bla bla bla, wie Greta Thunberg sagen würde.

Wenn wir uns den letzten UNEP Report ansehen, wird klar: Es gibt noch viel zu viel bla bla bla und viel zu wenige Taten im Klimaschutz. Ich verstehe Gretas Kritik an den Weltklimakonferenzen. Ich verstehe, daß der Jugend – aber nicht nur der Jugend – die Geduld ausgeht. Es liegt an uns, alles dafür zu tun, um das Vertrauen zurück zu gewinnen. Durch konkrete Taten und durch Verbindlichkeit.

Österreich wird seinen Beitrag leisten. Wir bauen die Erneuerbaren Energien stark aus. Wir beenden Schritt für Schritt das Heizen mit Kohle, Öl und Gas. Wir investieren Rekordsummen in den öffentlichen Verkehr. Das ist gut. Aber wir müssen noch besser werden.

Wir alle, egal welchem Land wir kommen, welcher Partei oder welcher Institution wir angehören, müssen uns jeden Tag die Frage stellen, wie wir noch wirksamer im Klimaschutz werden können.

Ich appelliere an Sie: Tun wir gemeinsam alles dafür, daß zukünftige Generationen auf einem lebenswerten Planeten zuhause sein können. Vielen Dank! ■

Besuch in Slowenien

Offizieller Besuch des Bundespräsidenten bei seinem Amtskollegen Borut Pahor – Abschiedstreffen zwischen »persönlichen Freunden«

Foto: HBF / Peter Lechner

Borut Pahor empfing Alexander Van der Bellen mit militärischen Ehren auf dem Kongressplatz im Zentrum Ljubljanas.

Bilaterale Beziehungen, Westbalkan und der Krieg in der Ukraine sind im Fokus des letzten Treffens zwischen Bundespräsident Alexander Van der Bellen und seinem scheidenden slowenischen Amtskollegen Borut Pahor gestanden. Alexander Van der Bellen war am 9. Dezember als letztes ausländisches Staatsoberhaupt bei Pahor zu Gast, bevor dieser am 23. Dezember sein Amt an Nataša Pirc Musar übergibt.

Borut Pahor empfing Alexander Van der Bellen mit militärischen Ehren auf dem Kongreßplatz im Zentrum Ljubljanas. Er bereitete dem Bundespräsidenten einen ebenso betont herzlichen Empfang wie bei Alexander Van der Bellens Antrittsbesuch im Jahr 2017. Auch diesmal kam eine Gruppe von Kindergartenkindern auf den Kongressplatz, um slowenische, österreichische und europäische Fähnchen zu schwenken.

Bei der gemeinsamen Pressekonferenz betonte Borut Pahor, es sei eine „große Ehre“, kurz vor seinem Amtsende den österreichischen Präsidenten, den er als „persönlichen Freund“ bezeichnete, beim offiziellen Besuch in Ljubljana begrüßen zu dürfen. Ein Treffen zwischen Bundespräsident Van der Bellen und der designierten Präsidentin Pirc Musar, die ebenfalls informell zusammenkamen, sieht Borut Pahor als Zeichen, daß die beiden Staatschefs auch künftig ausgezeichnete

Foto: HBF / Peter Lechner

Van der Bellen bei seinem Treffem mit der designierten Staatspräsidentin Nataša Pirc Musar

persönliche Beziehungen pflegen werden. Auch Alexander Van der Bellen dankte Borut Pahor – den er ebenfalls als Freund bezeichnete – für seinen Einsatz bei der Stärkung der bilateralen Beziehungen.

Als ein wichtiges Thema besprachen die beiden Staatsoberhäupter die Lage der slowenischen Minderheit in Österreich. „Manche Dinge sind nicht so, wie man sie gerne hätte“, sagte Borut Pahor mit Blick auf die Enttäuschung der slowenischen Volksgruppe, weil bestimmte Minderheitenrechte nicht so schnell wie gehofft umgesetzt wurden. Er lobte Alexander Van der Bellen allerdings für seine Rede beim Gedenken an den 100. Jahrestag der Kärntner Volksabstimmung und bezeichnete sie als einen Wendepunkt in der Bemühung um die Umsetzung der Rechte der Minderheit. ■

https://www.bundespraesident.at/

Aus dem Parlament

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Österreichische Delegation mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (4. v.l.) und Anthony Rota (5. v.l.), Speaker des House of Commons

Nationalratspräsident Sobotka zu Besuch in Kanada

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka hielt sich Ende September im Rahmen eines offiziellen Besuchs in Kanada auf. Anlaß für die Reise war der 70. Jahrestag der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit dem nordamerikanischen Land. Auch die Parlamentsumbauten in beiden Ländern bildeten den Gegenstand eines regen Erfahrungsaustausches. In Ottawa traf Sobotka unter anderem mit dem Sprecher des kanadischen Unterhauses, Anthony Rota, und dem Sprecher des kanadischen Senats, George Furey, zusammen. Ebenso fanden Gespräche mit Abgeordneten und Senatoren, den Projektleitern des Parlamentsumbaus und den Sicherheitsverantwortlichen des Parlaments statt. In Toronto stand ein Austausch mit dem Präsidenten und CEO der United Jewish Appeal-Federation of Greater Toronto, Adam Minsky, zum Thema Antisemitismus auf dem Programm.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Treffen mit Deputy Speaker of the House of Commons Chris D'Entremont

Sobotka: Weitere Stärkung der bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen

Im Gespräch mit dem Sprecher des kanadischen Unterhauses, Anthony Rota, hob Sobotka die 70 Jahre diplomatischer Beziehungen zwischen Kanada und Österreich als vielseitiges Band hervor, das die beiden Länder verbindet. Er bezeichnete diesen Anlaß als Chance zur weiteren Stärkung der bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und ging auch auf die wissenschaftliche Zusammenarbeit bzw. den Austausch der beiden Länder ein. Was den Bereich der parlamentarischen Kooperationen betrifft, beeindrucke das kanadische Parlament durch seine Expertise in internationalen Kooperationen, so der Nationalratspräsident. Zum kanadischen „Parliamentary Officers' Study Programme" sei hohe internationale Resonanz wahrzunehmen. Sobotka unterstrich, daß es auch auf der Verwaltungsebene ein großes Interesse am Austausch gebe und bot umgekehrt an, bei einem Besuch des kanadischen Parlaments in Wien die vielfältigen Angebote der Demokratievermittlung des österreichischen Parlaments zu präsentieren. Auch der Erfahrungsaustausch über die Renovierungen der Parlamentsgebäude in Kanada bzw. in Österreich brachte viele Parallelen zutage, unter anderem das Anliegen einer stärkeren Öffnung der Parlamente für die Bevölkerungen, als auch die Modernisierung der Gebäude bei gleichzeitigem Erhalt der historischen Strukturen.

Mit dem Sprecher des kanadischen Senats, George Furey, tauschte sich Sobotka unter anderem über die Einschätzung der derzeitigen Lage im Krieg in der Ukraine aus. Von österreichischer Seite würden keine Waffen geliefert, zumal das nicht vereinbar mit der militärischen Neutralität wäre, zu der sich Österreich verpflichtet hat.

Was die Sanktionen gegen Rußland betrifft, trage Österreich diese in Abstimmung mit der EU voll mit und stehe dahinter, unterstrich der Nationalratspräsident.

Auch die kanadische Seite bekräftigte ihre Unterstützung für die Ukraine, unter anderem, ebenso wie Österreich, durch die Aufnahme von Vertriebenen. Gesprächsthema war auch die Energiekrise in Europa und die Möglichkeiten der EU, Zugänge zu alternativer Energiebeschaffung zu eröffnen.

Österreich, Europa und die Welt

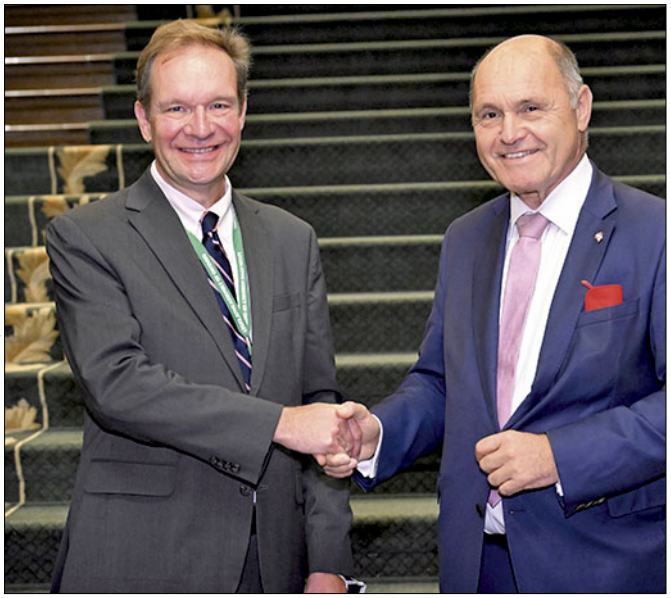
Ein wichtiger Gegenstand der Erörterung mit den GesprächspartnerInnen im kanadischen Parlament sowie mit dem Exekutivdirektor des „Information Integrity Lab“ der Universität Ottawa, Serge Blais, waren auch die Gefahren der Digitalisierung, durch die Verbreitung von Desinformation und vor allem Hass im Netz auf sozialen Plattformen. In beiden Ländern haben diese Phänomene, nicht zuletzt durch die COVID-19-Pandemie, in den letzten Jahren stark zugenommen und stellen eine große Herausforderung für die demokratischen Systeme und Gesellschaften dar. Sobotka betonte, daß diesen Gefahren nur durch gemeinsame Maßnahmen auf internationaler Ebene, auch zusammen mit kanadischen Partnern, begegnet werden könne.

Sobotka reiste von Ottawa weiter nach Toronto, wo er unter anderem mit dem Präsidenten und CEO der UJA Federation of Greater Toronto, Adam Minsky, zusammentraf. Gesprächsthema war die Sicht der jüdischen Community in Toronto auf die Situation mit Antisemitismus in Kanada. Geplant war auch Treffen mit VertreterInnen des Regionalparlaments und mit dem Wirtschaftsminister von Ontario. ■

Eintrag ins Gästebuch mit dem Speaker of the Senate George J. Furey

Minister of Economic Development, Job Creation and Trade der Provinz Ontario Victor Fedel

Präsident und Geschäftsführer der UJA Federation of Greater Toronto, Adam Minsky



Treffen mit dem Speaker der Legislative Assembly of Ontario Ted Arnott

Lieutenant Governor of Ontario Elizabeth Dowdeswell O.C.

Alle Fotos: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Österreich, Europa und die Welt

Besuch des Vizepräsidenten des indonesischen Repräsentantenhauses

Die Beziehungen zwischen Österreich und Indonesien, der Ukraine-Krieg und die Vermittlerrolle des südostasiatischen Landes zwischen Rußland und der Ukraine standen im Mittelpunkt des Gesprächs zwischen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Sjarifuddin Hasan. Der Vizepräsident des Repräsentantenhauses der Republik Indonesien traf am 29. September im Rahmen seines Wien-Besuchs mit Sobotka zusammen.

Der Besuch ermögliche es, die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern auch auf parlamentarischer Ebene zu pflegen, so der Nationalratspräsident. Österreich habe großes Interesse am Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit Indonesien, der viel Potential vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien sieht. Hasan zeigte sich ebenso bemüht, die Zusammenarbeit zwischen dem indonesischen und dem österreichischen Parlament zu intensivieren.

Im Zentrum des Gesprächs stand einmal mehr der Ukraine-Krieg. Die Vermittlungsbemühungen Indonesiens zwischen Kiew und Moskau seien begrüßenswert, so der Nationalratspräsident. Er unterstrich erneut, daß alles getan werden müsse, um die territoriale Integrität der Ukraine zu wahren und die Einhaltung des Völkerrechts einzufordern. Es gelte, alle Initiativen zu ergreifen, um den Krieg zu einem Ende zu bringen. Die Bestrebungen von Indonesien, Rußland und die Ukraine im Rahmen des G20-Gipfels im November auf Bali an den Verhandlungstisch zu bringen, unterstütze Österreich daher nachdrücklich.

Weil in Indonesien gerade an einer Novelle der Verfassung gearbeitet wird, zeigte Hasan großes Interesse an der österreichischen Verfassung und ihrem Schöpfer Hans Kelsen. Das österreichische Parlament sei bereit, den Dialog zu diesem Thema insbesondere auf Ebene der Parlamentsverwaltung zu intensivieren, so Sobotka. In diesem Zusammenhang berichtete er von Kooperationen mit den Parlamenten des Westbalkans, die von Österreich auf ihrem Weg zur Europäischen Union unterstützt werden. ■

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka begrüßt den Vizepräsidenten der Nationalversammlung von Indonesien, Sjarifuddin Hasan …

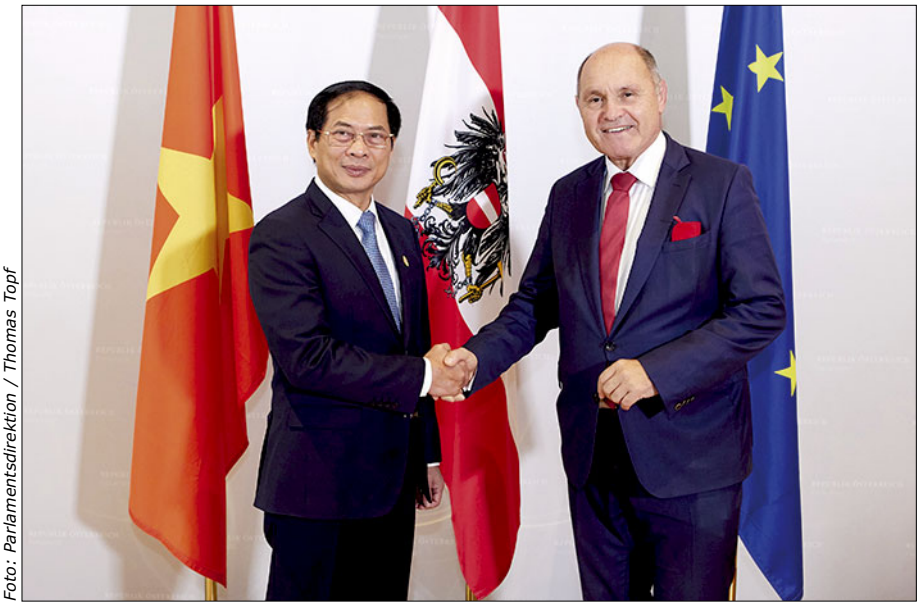


Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

… und dem Außenminister der Sozialistischen Republik Vietnam, Bui Thanh Son

Besuch des vietnamesischen Außenministers Bui Thanh Son

Für den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Vietnam plädierte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 29. September bei einem Gespräch mit dem vietnamesischen Außenminister Bui Thanh Son, in Wien. Dazu soll auch das von der EU mit Vietnam abgeschlossene Investitionsschutzabkommen beitragen. Ein weiterer Gesprächspunkt war der Krieg in der Ukraine. Es gehe darum, alle Möglichkeiten auszunützen, um den russischen Präsidenten zum Einlenken zu bringen, so Sobotka.

„Der 50. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und Vietnam ist ein würdiger Anlaß, um die wirtschaftliche und politische Annäherung beider Länder voranzutreiben“, betonte der Nationalratspräsident gegenüber dem vietnamesischen Außenminister. Vietnam sei ein bedeutender Markt für österreichische Unternehmen, das würde auch das Handelsvolumen von rund 1,4 Mrd. € zeigen.

Sobotka sprach in diesem Zusammenhang das Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Vietnam an. Er geht von einer baldigen Ratifizierung durch Österreich aus. Grundsätzlich gebe es ein weites Feld der wirtschaftlichen Kooperationsmöglichkeiten. Österreich habe etwa im Bereich der nachhaltigen Industrieentwicklung, in der Abfallwirtschaft sowie in der Wasseraufbereitung, Unternehmen mit Weltruf vorzuweisen.

„Wir müssen international alle Möglichkeiten ausnutzen, um Putin zum Einlenken zu bringen“, hielt Sobotka zur Situation in der Ukraine fest. Er ersuchte den vietnamesischen Außenminister um seine Unterstützung in dieser Sache. Die russische Aggression sei ein klarer Verstoß gegen das Völker-

recht, gleichzeitig müsse das diplomatische Wort immer Vorrang vor dem Einsatz von Waffen haben, so Sobotka weiter. Das sah Bui Thanh Son ähnlich. Die Achtung des Völkerrechts sowie die Souveränität jedes Landes hätten für Vietnam höchste Priorität. Vietnam sei zur Unterstützung bei der Konfliktlösung bereit.

Was die damit in Zusammenhang stehenden hohen Energiepreise betrifft, sei die Reduzierung der Abhängigkeit von russischem Gas bei gleichzeitigem Ausbau der erneuerbaren Energien für Österreich entscheidend, ergänzte der Nationalratspräsident. ■

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Begrüßung durch Parlamentsvizedirektorin Susanne Janistyn-Novák

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Edit Schlaffer Vorsitzende Women without Borders, Michael Fanizadeh Projektkoordinator, Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation

Afghanistans starke Frauen im Parlament

Seit der neuerlichen Machtübernahme der Taliban in Afghanistan vor einem Jahr kämpfen insbesondere Frauen und Mädchen dort um ihre Freiheit und Rechte. Einige dieser Kämpferinnen standen im Mittelpunkt der Veranstaltung „Afghanistans starke Frauen: Ein Jahr Widerstand gegen die Taliban-Herrschaft“, zu der Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures gemeinsam mit dem Thinktank Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC) und der NGO „Frauen ohne Grenzen“ / „Women without Borders“ (WwB) am 3. Oktober ins Parlament eingeladen hatte. Die Frauen gaben Einblicke in ihre aktuelle Situation in ihrer Heimat und im Exil und berichteten von ihrem Widerstand.

Die Machtübernahme der Taliban im August 2021 sei für viele, insbesondere für Frauen, die Wiederholung eines Albtraums gewesen, sagte Parlamentsvizedirektorin Susanne Janistyn-Novák, die die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures vertrat. Trotz allem gebe es mutige, willensstarke, solidarische Frauen, die nicht aufgeben und durch ihr Wirken anderen Hoffnung geben. Sie würden trotz ihrer Bedrängnis alles in ihrer Macht Stehende tun, um für die Frauen in ihrem Land zu kämpfen. Um die Situation von Frauen in Afghanistan zu verbessern, brauche es aber auch Engagement, Beistand und Beharrlichkeit der internationalen Staatengemeinschaft. „Wir lassen nicht zu, daß Frauen in Afghanistan unsichtbar werden. Wir schauen hin, erheben mit ihnen und für sie unsere Stimmen“, so Janistyn-Novák.

Es sei nicht selbstverständlich, daß man auf die Situation von Frauen am anderen Ende der Welt blicke, sagte Sybille Straubinger, Direktorin des Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC). Das mediale Scheinwerferlicht richte sich leider schnell auf die nächste Krise. Deshalb sei es Teil ihrer Arbeit, die Situation in Afghanistan nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, „denn die Frauen Afghanistans geben Hoffnung, machen Mut und sie gehören gehört“, so Straubinger.

Für Laura Kropiunigg, Executive Director von Women without Borders (WwB), sind die Frauen in Afghanistan „politische Gefangene eines Systems, das ihnen einen einzigen Vorwurf macht: Sie sind Frauen“. Sie sprach von einer Gender-Apartheid, die mit Gewalt durchgesetzt werde. Frauen, die Widerstand leisten, werden verfolgt, verschleppt, vergewaltigt oder getötet, so Kropiunigg.

Die Machtübernahme der Taliban betreffe alle Menschen in Afghanistan, sagte die Botschafterin der Islamischen Republik Afghanistan in Österreich, Manizha Bakhtari, in ihren Grußworten. Besonders aber seien Frauen und Mädchen betroffen, deren Rechte vor ihren Augen verschwinden. Die Diskriminierung trete jeden Tag auf, etwa wenn Frauen nicht in die Schule oder zur Arbeit gehen dürfen oder sich an strenge Kleidungsvorschriften halten müssen. Protesten begegne das Regime mit Gewalt. Doch die Afghaninnen seien weiterhin stark, so Bakhtari, die die internationale Gemeinschaft aufrief, die Frauen in Afghanistan zu unterstützen. Die Botschafterin nutzte ihre Rede auch für eine Schweigeminute in Gedenken an die Opfer eines Anschlags auf eine Schule in Kabul am 30. September. ■

Österreich, Europa und die Welt

Besuch der kosovarischen Außenministerin Gërvalla-Schwarz

Für eine rasche Heranführung der sechs Staaten des Westbalkans an die EU sprach sich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 12. Oktober bei seinem Zusammentreffen mit der kosovarischen Außenministerin Donika Gërvalla-Schwarz in Wien aus. Neben den Auswirkungen des Ukraine-Krieges standen zudem der Dialog mit Serbien, die aktuellen Gefahren für die Demokratie sowie die Sensibilisierung von jungen Menschen für politische Prozesse im Mittelpunkt der Aussprache.

Österreich pflege seit vielen Jahren eine Partnerschaft mit den Ländern des Westbalkans, unterstrich Sobotka, und führte dabei sicherheitspolitische, wirtschaftspolitische und demokratiepolitische Gründe an. Man müsse gerade jetzt alles unternehmen, damit es zu keinen weiteren Spannungen in der gesamten Region komme. Eine weitere Heranführung des Kosovo an die Europäische Union sowie an den Europarat werde von österreichischer Seite unterstützt.

Der Nationalratspräsident hob die guten bilateralen Beziehungen hervor und verwies dabei unter anderem auf die Einrichtung einer Demokratiewerkstatt im kosovarischen Parlament nach österreichischem Vorbild. In einer Zeit, in der die Demokratie besonders auf dem Prüfstand stehe, sei es sehr wichtig, junge Menschen für politische Fragen zu sensibilisieren und ihnen die Gesetzgebungsprozesse näher zu bringen. Große Herausforderungen stellten sich derzeit vor allem durch autoritäre Bestrebungen und ein verstärktes Anwachsen des Antisemitismus dar. Erneut machte sich Sobotka dafür stark, rechtliche Rahmenbedingungen für die großen Online-Plattformen zu schaffen.

Die neue Regierung des Kosovo setze sehr stark auf einen Anti-Korruptionskurs, der von 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung unterstützt werde, erklärte Gërvalla-Schwarz. Was den Dialog mit Serbien betrifft, so regte sie an, VertreterInnen der Zivilgesellschaften noch stärker einzubinden, um die demokratischen Kräfte zu stärken und warnte zudem vor den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, der sich destabilisierend auf die ganze Region auswirken könne. Auch wenn etwa die Wahlen in Bosnien-Herzegowina nun geschlagen seien, müsse man die weiteren Entwicklungen im Land genau beobachten. Angesichts der vielen Falschinformationen und Propaganda, die derzeit verbreitet werden, trete sie daher ebenso für eine stärkere Regulierung der Online-Plattformen ein.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Besuch der stellvertretenden Premierministerin und Außenministerin der Republik Kosovo, Donika Gërvalla-Schwarz, in Wien

Da sie selbst in zwei Diktaturen aufgewachsen sei bzw. gelebt habe, sei ihr die Vermittlung von demokratischen Werten ein sehr großes Anliegen, betonte Gërvalla-Schwarz. Sie werde sich daher persönlich stark dafür einsetzen, daß möglichst viele Jugendliche im Kosovo die Demokratiewerkstatt besuchen können. ■

145. IPU-Versammlung in Ruanda

Bei der von 11. bis 15. Oktober abgehaltenen 145. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) standen Fragen der Geschlechtergerechtigkeit im Mittelpunkt der Beratungen. Gastgeber der weltweit größten Versammlung von ParlamentarierInnen war das Parlament in Ruanda. Es hat mit über 60 Prozent weltweit den höchsten Anteil an Frauen. An der IPU-Versammlung nahmen Delegationen aus mehr als 120 Ländern teil. Auch der Krieg in der Ukraine stand im Zentrum der Gespräche – wie bereits beim letzten Treffen. Die österreichische Delegation bestand aus Reinhold Lopatka (ÖVP), Petra Bayr (SPÖ), Gerhard Deimek(FPÖ), Ewa Ernst-Dziedzic (Grüne) und Nikolaus Scherak (NEOS).

Die Generaldebatte der IPU-Versammlung stand unter dem Titel „Gender equality and gender-sensitive parliaments as drivers of change for a more resilient and peaceful world“ *(Anm.: Gleichstellung der Geschlechter und geschlechtersensible Parlamente als*

Foto: Parlamentsdirektion / Matthias Matuschek

Österreichische Delegation (v.l.): Nikolaus Scherak (NEOS), Petra Bayr (SPÖ), Reinhold Lopatka (ÖVP), Ewa Ernst-Dziedzic (Grüne) und Gerhard Deimek (FPÖ)

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Matthias Matuschek

Die Österreichische Delegation unter der Leitung von Reinhold Lopatka bei der Kranzniederlegung in der Genozid-Gedenkstätte in Kigali

Motor des Wandels für eine widerstandsfähigere und friedlichere Welt). Dabei einigten sich die ParlamentarierInnen auf die Annahme der Kigali-Deklaration. Darin wird die Vorreiterrolle von Parlamenten zur Förderung der rechtlichen, politischen sowie gesellschaftlichen Gleichstellung betont. Zudem verurteilte die IPU-Versammlung in einer gemeinsamen dringlichen Resolution die russische Invasion in der Ukraine.

Österreichs Delegierte zur Geschlechtergleichstellung

„Wir leben in einer Zeit multipler Krisen, die alle starke geschlechtsspezifische Dimensionen beinhalten", unterstrich Delegationsleiter Reinhold Lopatka in seiner Rede vor der IPU-Versammlung. „Lassen Sie uns die Dynamik des Wandels nutzen, um die Gleichstellung der Geschlechter für eine bessere Zukunft voranzutreiben!", erklärte der ÖVP-Mandatar.

Bei einer Veranstaltung der Weltgesundheitsorganisation zur Rolle von ParlamentarierInnen beim barrierefreien Zugang zu sexuellen und reproduktiven Rechten plädierte die SPÖ-Mandatarin Petra Bayr dafür, diese Grundrechte nicht mehr als ideologische Fragen zu sehen: „Unabhängig von fortschrittlich oder konservativ, von links oder rechts, von religiös oder nicht, ist der Zugang zu Serviceangeboten in diesem Bereich eine Frage von grundlegenden Menschenrechten, Selbstbestimmung und der Menschenwürde."

Grünen-Mandatarin Ewa Ernst-Dziedzic betonte, daß die weltweiten Konflikte nicht ursächlich für die Ungleichheit seien, Kriege aber zu einer Verschlimmerung von deren Folgen führten. Die gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen in einflußreichen politischen Positionen bedeute nicht nur Gerechtigkeit, „sondern sie ist ein Schritt auf dem Weg zu mehr Sicherheit und Frieden in der Praxis".

NEOS-Mandatar Nikolaus Scherak erklärte in der IPU-Versammlung: „Gerade in Zeiten wie diesen ist es wichtiger denn je, daß sich Parlamentarier aus der ganzen Welt treffen und gemeinsam nach Lösungen für die vielfältigen Probleme unserer Zeit suchen. Genau dafür sind Parlamente da: den Dialog zu fördern und aufrechtzuerhalten."

Dringliche Resolution zum Ukraine-Krieg

In einer gemeinsamen dringlichen Resolution verurteilte die IPU-Versammlung die russische Invasion, Besetzung und die Annexion von Teilgebieten in der Ukraine sowie die Menschenrechtsverletzungen, die in den Regionen KiewCharkiw, Sumy, Tschernihiw und anderen begangen werden. Sie fordert die Wiederherstellung der territorialen Integrität des Landes in seinen international anerkannten Grenzen und unterstützt Untersuchung und Verfolgung von Kriegsverbrechen.

In der Resolution werden auch die wirtschaftlichen und humanitären Auswirkungen des Krieges angesprochen. Die UNO sowie sämtliche Regierungen und Parlamente der Welt werden aufgerufen, sozialpolitische Programme zu implementieren, um den Folgen steigender Preise für Nahrung, Treibstoff und Düngemittel entgegenzuwirken.

„Österreich ist ein neutrales Land – Österreich kann aber niemals neutral sein, wenn Völkerrecht gebrochen und die Souveränität und territoriale Integrität eines Staates verletzt wird", sagte Lopatka in seiner Wortmeldung bei Annahme der Resolution durch die Versammlung.

Österreichische Delegation besucht Genozid-Memorial in Kigali

Am Rande der Konferenz besuchten die österreichischen Abgeordneten die Genozid-Gedenkstätte in Kigali, an der ca. 250.000 Opfer des Völkermords an der Tutsi-Minderheit beerdigt sind, und legten einen Kranz nieder. Dem Völkermord fielen im Jahr 1994 eine Million Menschen zum Opfer, auch viele Angehörige der Hutu-Mehrheit, die sich nicht am Morden beteiligt hatten. Dabei traf die Delegation mit zwei ÖsterreicherInnen zu einem Austausch zusammen, die bei der Gedenkstätte ihren Friedensdienst leisten.

Weiters präsentierte Reinhold Lopatka in der geopolitischen 12plus-Gruppe den UNOCT-Koordinierungsmechanismus (United Nations Office of Counter-Terrorism) für Parlamentarische Versammlungen zur Terrorismusbekämpfung und Prävention von gewalttätigem Extremismus, dessen Vorsitz er im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE seit Juni 2022 innehat. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Sahelregion. Das deckt sich mit dem Fokus der hochrangigen Beratergruppe zur Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus der IPU, in der Lopatka aktives Mitglied ist.

Als internationale Vereinigung von Parlamenten ist die 1889 gegründete IPU ein weltweites Forum für parlamentarischen Dialog in enger Kooperation mit den Vereinten Nationen. Ihre Ziele sind Friedenssicherung, Wahrung der Menschenrechte und Förderung des Demokratieverständnisses. Derzeit umfaßt die IPU 178 Mitgliedsparlamente und 14 assoziierte Mitglieder. ■

Österreich, Europa und die Welt

Präsident des Bundesparlaments von Somalia Sheikh Adan Mohamed Nur

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka tauschte sich am Nachmittag des 13. Oktober in Wien mit dem Präsidenten des Bundesparlaments von Somalia, Sheikh Adan Mohamed Nur aus. Themen waren die bilateralen Beziehungen, Migration, die humanitäre und sicherheitspolitische Lage in Somalia sowie die politische Situation in der Region.

Illegale Migration – nicht zuletzt aus afrikanischen Staaten – sei für Österreich eine große Herausforderung, erklärte Sobotka. Somalische StaatsbürgerInnen befanden sich im Jahr 2021 an vierter Stelle der Asylstatistik.

Sobotka begrüßte die guten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Somalia. Er stimmte mit seinem Amtskollegen überein, daß es wichtig sei, Somalia auf seinem Weg zur Stabilisierung und Demokratisierung des Landes zu unterstützen.

Somalia sei mit großen Herausforderungen konfrontiert, erklärte Sobotka. Österreich sei sich der angespannten humanitären Lage in Somalia aufgrund der kriegerischen Konflikte, der Dürre und nicht zuletzt wegen der schleppenden Getreideimporte aufgrund des Ukraine-Krieges bewußt. Die EU sei bereits einer der zentralen politischen und humanitären Akteure im Land, versicherte Sobotka die weitere Unterstützung Österreichs und der EU bei der Bewältigung für mehr Frieden und Sicherheit. Insbesondere im Kampf gegen Terrorismus und die organisierte Kriminalität spiele Somalia eine Schlüsselrolle am Horn von Afrika, erkundigte sich Sobotka nach dem aktuellen Stand im Kampf gegen die Terror-Miliz Al-Shabaab. ■

Foto: Parlamentsdirektion / Anna Rauchenberger

Besuch des Präsidenten des Bundesparlaments von Somalia, Sheikh Adan Mohamed Nur

Aktuelles Arbeitsprogramm der EU-Kommission

Aktuelle europapolitische Fragestellungen, die von den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs bis zur Bewältigung der Energiekrise reichten, standen am 20. Oktober im Mittelpunkt des Austausches zwischen dem Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Martin Selmayr, und Nationalratsabgeordneten fast aller Fraktionen. Der 24. Februar 2022 habe eine Zeitenwende eingeleitet, deren Auswirkungen auf allen Ebenen sichtbar seien, meinte Selmayr. Alle 27 Mitgliedsstaaten der Union seien sich darin einig, daß nach dem Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden könne. In dieser Auseinandersetzung zwischen Autokratie und Demokratie dürfe man nicht „einknicken“, appellierte er, zumal die Ressourcen Rußlands auch nicht unbegrenzt seien. An der Aussprache nahmen die ÖVP-MandatarInnen Reinhold Lopatka, Georg Strasser und Carmen Jeitler-Cincelli, Michel Reimon von den Grünen sowie die Abgeordneten Petra Steger (FPÖ) sowie Nikolaus Scherak (NEOS) teil.

Foto: Parlamentsdirektion / Ulrike Wieser

Aussprache mit dem Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Österreich (v.l.): die Nationalratsabgeordneten Nikolaus Scherak (NEOS), Carmen Jeitler-Cincelli (ÖVP), Petra Steger (FPÖ), Reinhold Lopatka (ÖVP), Martin Selmayr, Michel Reimon (GRÜNE) und Georg Strasser (ÖVP)

Neben den Folgen des Krieges in der Ukraine werden auch die vor kurzem präsentierten Vorschläge der EU-Kommission zur Bewältigung der Energiekrise auf dem derzeit in Brüssel stattfindenden EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs erörtert werden, informierte Selmayr. Man habe allerdings schon im Frühjahr Maßnahmen beschlossen, die unter anderem dazu geführt haben, daß 93,65 Prozent *(zum damaligen Zeitpunkt, Anm.d.Red.)* der Gasspeicher in Europa gefüllt seien. Weiters setze die Kommission auf Solidaritätsvereinbarungen zwischen den EU-Staaten sowie auf die Diversifizierung des Angebots. Dadurch konnte der Anteil der europäischen Gasimporte, die aus Rußland stammen, von ursprünglich 40 auf 7,5 Prozent gesenkt werden. Um auch für den Winter im nächsten Jahr gerüstet zu sein, schlägt die Kommission für einen gewissen Zeitraum die koordinierte gemeinsame Beschaffung von rund 15 Prozent des erforderlichen Gasvolumens am Weltmarkt vor, wie dies bereits im REPower-Plan auf freiwilliger Basis enthalten war. Ein Erfolg konnte bereits bei der Reduktion der Nachfrage erzielt werden, da es schon jetzt gelungen sei, 15 Prozent des Gasverbrauchs einzusparen. Der schwierigste Punkt betreffe die Änderung des Preismechanismus, da dies in einem liberalisierten Markt nicht „auf Knopfdruck" erfolgen könne. Derzeit würde es innerhalb der EU-Länder keine Mehrheit für die Einführung eines Gaspreisdeckels geben. Das aktuelle Arbeitsprogramm der Kommission sehe jedenfalls im Sinne des Green Deals vor, da0 generell die Abhängigkeit von fossilen Energien verringert und der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben werden müsse.

Bezüglich einer Frage des Abgeordneten Nikolaus Scherak (NEOS) zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vertrat Selmayr die Meinung, daß dieser Bereich durch die Beitrittsansuchen von Schweden und Finnland zur Nato einen „Boost" erfahren habe. Er sehe Österreich auch nicht als „Trittbrettfahrer" in dieser Frage, da jeder Staat etwas zur GASP beitragen könne. Was die Sanktionen gegenüber Rußland betrifft, so merkte er in Richtung der Abgeordneten Petra Steger (FPÖ) an, daß diese sehr wirksam seien. Außerdem werde das bereits beschlossene Ölembargo über den Seeweg erst Anfang Dezember in Kraft treten.

Im Gegensatz zu den ökonomischen Problemen in Rußland weise der Euro-Raum nicht nur ein Wachstum von 3,1 Prozent auf, sondern auch die niedrigste Arbeitslosenrate aller Zeiten. Dem Abgeordnetem Georg Strasser (ÖVP) gegenüber hob Selmayr hervor, daß die Gemeinsame Agrarpolitik sehr gut funktioniere und sich Österreich dabei auch immer stark eingebracht habe. Er stimmte mit ihm überein, daß es dabei oft um Themen gehe, die im Spannungsfeld zwischen Klimaschutz und Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Strukturen in den jeweiligen Ländern stehen würden. ■

Treffen der Internationalen Krimplattform in Zagreb

Der russische Angriffskrieg ist auch ein Krieg gegen unsere demokratischen Prinzipien und Werte – wobei Parlamente das Herzstück jedes demokratischen Systems darstellen", betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in seiner Rede im Rahmen des Ersten Parlamentarischen Gipfels der Internationalen Krimplattform. Die Konferenz fand von 24. bis 25. Oktober auf Einladung der ukrainischen und kroatischen Parlamentspräsidenten Ruslan Stefantschuk und Gordan Jandroković in Zagreb statt.

Die 2021 von der Ukraine gegründete Initiative versteht sich als beratendes und koordinierendes Format, mit dem Ziel, die volle völkerrechtlich legitimierte Souveränität der Ukraine über die Krim wiederherzustellen. Nach den bisherigen zwei Treffen auf Regierungsebene fanden in der kroatischen Hauptstadt nun hochrangige Beratungen auf internationaler parlamentarischer Ebene statt. Insgesamt nahmen über 40 VertreterInnen von nationalen Parlamenten, des Europäischen Parlaments, der IPU sowie der parlamentarischen Versammlungen der OSZE, des Europarats und der NATO in Zagreb teil. Ergebnis des Treffens war die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung, in der das Engagement aller TeilnehmerInnen für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine bekräftigt sowie die rechtswidrige Annexion der Krim verurteilt wird.

„Parlamente müssen all ihre Möglichkeiten nutzen, um die Ukraine bestmöglich zu unterstützen. Deshalb ist das heutige Treffen von großer Bedeutung", hielt Sobotka vor seinen AmtskollegInnen fest. Dies beinhalte etwa, vereint gegen falsche russische Narrative aufzutreten.

„Die Ukraine kämpft nicht nur für ihre eigene Souveränität und Unabhängigkeit, sie verteidigt auch unsere gemeinsamen Werte, zu denen wir uns als demokratische Institution verpflichtet haben", so der Nationalratspräsident. Österreich sei zwar militärisch neutral, „wir sind aber niemals politisch neutral, wenn es um die Einhaltung von internationalem Recht und der territorialen Unversehrtheit von Staaten geht".

Der Nationalratspräsident nutzte das internationale Treffen auch für bilaterale Gespräche mit seinen ukrainischen, kroatischen, slowenischen, schwedischen, moldawischen und georgischen AmtskollegInnen. Zudem tauschte er sich mit dem kroatischen Staatspräsidenten Zoran Milanović, mit Premierminister Andrej Plenković sowie mit Außenminister Gordan Grlić Radman aus. ■

© Croatian Parliament

Personalia

Simon-Wiesenthal-Preis an Liliana Segre in Mailand verliehen

Im Rahmen eines Empfangs im österreichischen Generalkonsulat in Mailand übergab Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am Nachmittag des 3. November den Simon-Wiesenthal-Preis an die Preisträgerin und Zeitzeugin Liliana Segre.

Mit ihrem vielfältigen Engagement im Kampf gegen Antisemitismus mache Liliane Segre Mut, ihrem Beispiel zu folgen. Es müsse allen DemokratInnen ein Anliegen sein, die Erinnerung an die Shoah zu ehren und die eigene Stimme zu erheben, wenn Antisemitismus in Erscheinung tritt, so Sobotka. Sobotka zeigte sich erfreut, Liliane Segre den Simon-Wiesenthal-Preis für ihr Lebenswerk persönlich in Mailand überreichen zu dürfen. Der Hauptpreis des Simon-Wiesenthal-Preises ging dieses Jahr neben Liliana Segre an Lily Ebert, Zwi Nigal sowie Karl Pfeifer und damit an alle vier nominierten ZeitzeugInnen gemeinsam. Liliana Segre stammt aus Mailand und wurde 1944 mit 13 Jahren als eines von 776 italienischen Kindern nach Auschwitz deportiert – nur 25 von ihnen überlebten. Bis heute ist sie als Zeitzeugin in Fernsehen, Theatern und Schulen sowie im italienischen Parlament aktiv. Sie ist damit eine der wichtigsten moralischen Instanzen in Italien, betonte Sobotka. Wegen dieses besonderen Engagements ist sie 2018 auch von Präsident Sergio Mattarella zur Senatorin auf Lebenszeit ernannt worden.

Der Simon-Wiesenthal-Preis wurde 2022 zum zweiten Mal ausgeschrieben und wird Anfang 2023 schließlich vergeben. Einreichungen und Nominierungen waren bis Mitte September möglich. Der Preis wurde 2021 auf Initiative von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und nach Beschluß im Nationalrat ins Leben gerufen, um zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus zu ehren. Die Vergabe des Simon-Wiesenthal-Preises erfolgt in den zwei Kategorien zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus (7.500 €) sowie zivilgesellschaftliches Engagement bei der Aufklärung über den Holocaust (7.500 €). Darüber hinaus wird ein Hauptpreis als Auszeichnung für besonderes zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus und/oder in der Aufklärung über den Holocaust vergeben, der mit 15.000 € dotiert ist.

© Parlamentsdirektion / Clemens Mantl

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit Preisträgerin Senatorin Liliana Segre …

© Parlamentsdirektion / Clemens Mantl

… und dem Präsidenten der Region Lombardei, Attilio Fontana

Treffen mit dem Präsidenten der Region Lombardei Attilio Fontana

Sobotka traf auch mit dem Präsidenten der Region Lombardei, Attilio Fontana, zusammen. In einem Gespräch thematisierten sie die bilateralen Beziehungen. Die regionale Kooperation der Bundesländer mit den italienischen Regionen spiele dabei eine zentrale Rolle, hob Sobotka hervor. Auch tauschten sich beide über die aktuelle innenpolitische Lage in Italien sowie europapolitische Themen aus, über den Umgang mit der Teuerung, die Einspeicherung von Gas und der Wassermangel in der Lombardei. ■

Österreich, Europa und die Welt

Kosovarische Staatspräsidentin Vjosa Osmani-Sadriu in Wien

Aktuelle außenpolitische Themen, insbesondere die Situation am Westbalkan und die europäische Perspektive des Kosovo, waren Gegenstand eines Treffens zwischen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Präsidentin des Kosovo Vjosa Osmani-Sadriu am 17. November.

Die Gesprächspartner unterstrichen die guten bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und erörterten Möglichkeiten zur weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit. Die Präsidentin hob unter anderem die engen Wirtschaftsbeziehungen hervor und bekräftigte die Bereitschaft, diese noch weiter zu verstärken. Auch im Bildungs- und Kulturbereich bestehe Potential für weitere Kooperationen. Als frühere Präsidentin des kosovarischen Parlaments betonte die Staatspräsidentin auch die Wichtigkeit der parlamentarischen Diplomatie.

Gerade vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine hob Sobotka hervor, wie wichtig eine europäische Perspektive des Westbalkans ist sowie die Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität in der Region. Er verwies auf die langjährige Partnerschaft Österreichs mit den Ländern des Westbalkans und die Wichtigkeit einer engen sicherheits-, wirtschafts- und demokratiepolitischen Abstimmung. Man müsse gerade jetzt alles unternehmen, damit es zu keinen weiteren Spannungen in der Region komme. Der Dialog zwischen Kosovo und Serbien sei ein zentraler Bestandteil dieser Bemühungen. Eine weitere Heranführung des Kosovo an die Europäische Union sowie an den Europarat werde von österreichischer Seite unterstützt.

Die Präsidentin bekräftigte das Bekenntnis ihres Landes zum europäischen Integrationsprozeß und unterstrich, daß der Kosovo, auch ohne Kandidatenstatus zu haben, seinen Rechtsbestand bereits weitgehend an den EU-Acquis angepaßt habe. Für die Bevölkerung sei es wichtig, eine klare Perspektive zu haben, damit die Akzeptanz für die mit dem Prozeß einhergehenden Kompromisse erhalten bleibe. Dies gelte auch für den Dialog mit Serbien. So sei es wichtig, daß bereits getroffene Vereinbarungen umgesetzt und laufende Verhandlungsprozesse zügig fortgeführt werden. ■

Foto: Parlamentsdirektion / Ulrike Wieser

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei der Begrüßung der Staatspräsidentin der Republik Kosovo, Vjosa Osmani, im Parlament in Wien

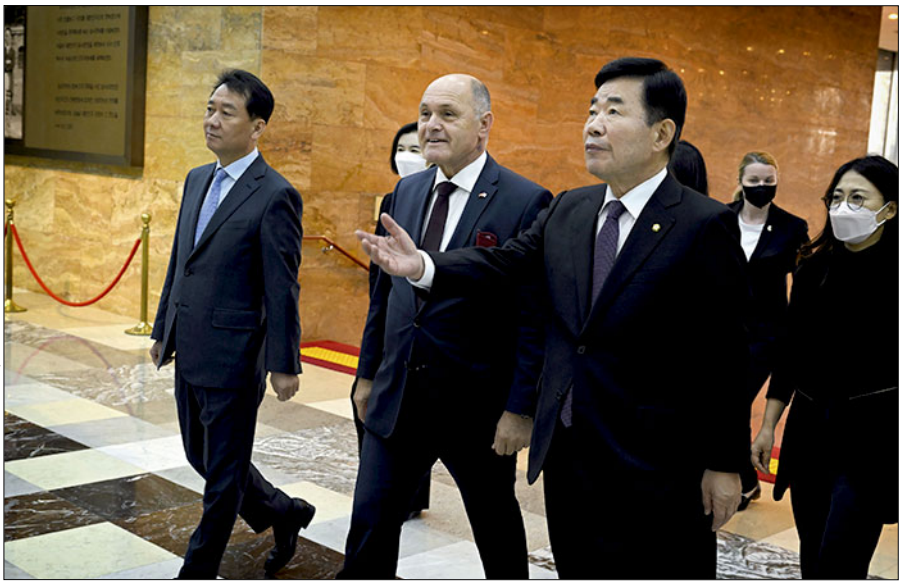


Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit Parlamentspräsident Kim Jin-Pyo

Nationalratspräsident auf Arbeitsreise in Ostasien

Zukunftsthemen und Gedenken gingen beim Besuch von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in Südkorea Hand in Hand. Bis 25. November absolvierte er ein dichtes Arbeitsprogramm in dem ostasiatischen Land. Neben Terminen im südkoreanischen Parlament, bei der Handelskammer sowie Treffen mit VertreterInnen von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur besuchte Sobotka auch die demilitarisierte Sicherheitszone zwischen Nord- und Südkorea, in der von 1951 bis 1953 das Ende des Koreakrieges verhandelt wurde. Eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung und Tourismus sowie eine kontinuierliche Kooperation auf parlamentarischer Ebene sind Anliegen des Besuchs.

Bei einem Arbeitstreffen mit dem Präsidenten der Nationalversammlung Südkoreas, Kim Jin-pyo, verurteilte der Nationalratspräsident die jüngsten Raketentests Nordkoreas. Angesichts der jahrzehntelangen diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Südkorea sprach er sich zudem für die Vertiefung der bilateralen Beziehungen in Umsetzung der im Vorjahr abgeschlossenen strategischen Partnerschaft beider Länder aus. Korea zähle zu den innovativsten Ländern Asiens und sei für Österreich bereits heute ein bedeutender Export- und Handelspartner sowie zweitwichtigster Tourismusmarkt auf diesem Kontinent. Als wichtiger Partner Österreichs und demokratisches Land im ostasiatischen Raum werde auch eine weitere Vertiefung der Kooperation auf parlamentarischer Ebene mit Südkorea angestrebt. Die beiden Parlamentspräsidenten stimmten überein, daß gerade in Zeiten multipler, globaler Konflikte die Zusammenarbeit der na-

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zin-

Mitglieder der österreichischen Delegation, Österreichischer Botschafter in Südkorea Wolfgang Angerholzer (4.v.l.), Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (5.v.l.) und Parlamentspräsident Kim Jin-Pyo (5.v.l.)

tionalen Parlamente immer mehr an Bedeutung gewinne. Neben dem Gespräch mit Kim Jin-pyo tauschte sich Sobotka auch mit dem ehemaligen Parlamentspräsidenten, Park Byeong-seug, der Sobotka bei einem Treffen im Rahmen der Fünften IPU-Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen in Wien im September 2021 zu dem Besuch nach Südkorea eingeladen hatte, über die aktuelle Lage in Ostasien, das Verhältnis zu Nordkorea sowie die Beziehungen Südkoreas zu den USA bzw. zu China und Russland aus. Auch der Krieg in der Ukraine war wichtiger Gegenstand der Gespräche.

Zudem traf Sobotka mit dem früheren UNO-Generalsekretär, Ban Ki-moon, zu einem Austausch zusammen. Dabei wurden insbesondere globale Herausforderungen wie der Klimawandel und der Einsatz Ban Ki-moons für die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) erörtert.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Höflichkeitsbesuch beim ehemaligen VN-Generalsekretär Ban Ki-Moon.

Im Hauptquartier der südkoreanischen Handelskammer – Federation of Korean Industries (FKI) – erörterte der Nationalratspräsident mit CEO Kwon Tae-shin die künftige Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation Österreichs mit Südkorea, insbesondere im Technologiebereich. Praxiseinblicke in die Wirtschaftskraft des asiatischen Staats erhielt er im Technologiekonzern NAVER und im Hyundai Motor Studio. Zudem traf er weitere Persönlichkeiten aus den Bereichen Wissenschaft und Wirtschaft, darunter den Präsidenten der Seoul National University (SNU), Oh Se-Jung, sowie den früheren stellvertretenden nationalen Sicherheitsberater und nunmehrigen Senior Research Fellow am Institut der Zukunftsstrategie der SNU, Kim Hyoung-zhin. Eine weitere Unterredung fand mit Kang Chul-ho statt, der das Komitee für die Bewerbung von Südkoreas zweitgrößter Stadt Busan für die Weltausstellung 2030 leitet.

Weitere Programmpunkte waren ein Gedenken an die Opfer der Massenpanik vom 29. Oktober 2022 bei Halloweenfeiern in Itaewon und ein Besuch der nationalen Gedenkstätte an den Korea-Krieg.

An der Deutschen Schule Seoul hielt Sobotka einen Vortrag über Demokratie und Parlamentarismus. ■

Österreich, Europa und die Welt

Präsident der Großen Nationalversammlung der Türkei in Wien

Am 29. November empfing Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka den Präsidenten der Großen Nationalversammlung der Türkischen Republik, Mustafa Şentop, zu einem Gespräch. Die Bedeutung der parlamentarischen Diplomatie und des Dialogs, insbesondere vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine, war zentrales Thema im Austausch der Parlamentspräsidenten. Sobotka unterstrich, daß die derzeitige Lage in der Ukraine betroffen mache. Es sei von großer Bedeutung, alles zu unternehmen, um zumindest das Leid der Bevölkerung zu lindern. Vor diesem Hintergrund sprach Sobotka der Türkei Anerkennung für ihren Einsatz als Vermittlerin im Konflikt aus. Dank des türkischen Engagements sei es etwa gelungen, die Getreideausfuhr aus der Ukraine weiter zu gewährleisten. Von seinem Amtskollegen wollte er wissen, wie dieser die Lage und das Potential diplomatischer Bemühungen aktuell einschätze und wieso die Türkei keine Sanktionen gegen Rußland verhängt habe. Die Türkei habe wiederholt betont, daß der russische Angriffskrieg auf die Ukraine internationalem Recht widerspreche, so Şentop. Sein Land werde sich weiterhin bemühen, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln und auf eine Waffenruhe hinzuwirken. Es gelte, die Dialogkanäle weiterhin offenzuhalten, zeigte er sich überzeugt.

Als weiteres Thema sprach der türkische Parlamentspräsident den Beitrittsprozeß seines Landes zur Europäischen Union an. Für die Türkei sei es von zentraler Bedeutung, daß dieser vorangetrieben werde, sagte Şentop. Angesichts der engen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verflechtung Europas mit der Türkei sprach Sobotka sich für eine Intensivierung der Beziehungen aus. Einig zeigten sich die beiden Parlamentspräsidenten darin, daß die Region des Westbalkans bedeutend für die Sicherheit und Stabilität ganz Europas ist. Für Sobotka ist es daher bedeutend, daß die Türkei ebenso wie Österreich die EU-Perspektive der Balkanstaaten unterstütze. Er sprach in diesem Zusammenhang auch das Westbalkan-Stipendienprogramm und die Demokratiewerkstatt des österreichischen Parlaments an.

Thema im Gespräch waren auch die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der Türkei. Sobotka bezeichnete es als wichtig, den direkten und offenen Dialog fortzusetzen. Aus seiner Sicht leisten die verstärkten parlamentarischen Kontakte in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag dazu. Insbesondere die Bilaterale Parlamentarische Gruppe Türkei-Österreich bringe hier positive Impulse, waren sich die beiden Parlamentspräsidenten einig. Diese könnte sich künftig auch verstärkt mit Projekten auseinandersetzen, die das gute Zusammenleben mit der türkischen Gemeinschaft in Österreich weiter fördern, so Sobotka. ■

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka begrüßt den Präsidenten der Großen Nationalversammlung der Republik Türkei, Mustafa Şentop in Wien

Sobotka im Austausch mit EU-SpitzenvertreterInnen

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka hat am 5.Dezember im Rahmen seines Besuchs in Brüssel mehrere Gespräche mit hochrangigen VertreterInnen der EU-Institutionen geführt. Er traf EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola, die Vizepräsidenten des EU-Parlaments Othmar Karas und Nicola Beer und die EU-Kommissare Johannes Hahn und Vera Jourova sowie die Koordinatorin der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus, Katharina von Schnurbein.

Die Intensivierung parlamentarischer Beziehungen mit dem EP, die Auswirkungen von Desinformation und Haßreden online auf die Demokratien sowie das Thema Bekämpfung von Antisemitismus standen im Zentrum des Gesprächs mit der EU-Parlamentspräsidentin. Auch die Wiedereröffnung des österreichischen Parlaments war Gegenstand des Austausches.

Sobotka trat dafür ein, daß strafrechtliche Inhalte idealerweise nicht auf sozialen Platt-

© European Union 2022 - Source : EP / Daina le Lardic

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola

formen verbreitet werden können. Der Digital Services Act wurde als erster Schritt zur Bekämpfung dieser Phänomene begrüßt. Wirksame Maßnahmen zur Verfolgung strafrechtlicher Inhalte sowie eine effektive Rechtsdurchsetzung seien zentral, auch zum Schutz der Demokratien.

Die Bekämpfung antisemitischer Tendenzen war auch mit der Koordinatorin der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus, Katharina von Schnurbein, und der Vizepräsidentin des EP, Nicola Beer, Gesprächsthema.

„Antisemitismus ist eine Bedrohung für uns alle – für unsere Demokratie, für unsere Werte sowie für die Vielfalt in der Gesellschaft – es muß unser gemeinsames Ziel sein, dem Kampf gegen Antisemitismus in Österreich und ganz Europa unbedingte Priorität einräumen“, betonte der Nationalratspräsident. „Es muß selbstverständlich sein, daß sich Menschen jüdischen Glaubens in unserer Gesellschaft frei und sicher fühlen kön-

@ European Union 2022

Katharina von Schnurbein

nen.“ Das österreichische Parlament verstehe sich als wichtiger Ort der Gedenk- und Erinnerungskultur und fördere seit Jahren Maßnahmen und Projekte, „um unserer gemeinsamen historischen Verantwortung gerecht zu werden“, hielt Sobotka gegenüber von Schnurbein fest.

Bei den Treffen mit der Vizepräsidentin der EU-Kommission und Kommissarin für die Themen Werte und Transparenz, Věra Jourová, mit EU-Kommissar Johannes Hahn sowie mit den beiden VizepräsidentInnen des EU-Parlaments, Nicola Beer und Othmar Karas, kamen auch die Themen Rechtsstaatlichkeit und Verteidigung der europäischen Werte zur Sprache. ■

@ European Union 2022 - Source : EP / Alexis Haulot

Nationalratspräsident Sobotka mit EU Parlaments-Vizepräsident Othmar Karas …

@ European Union 2022 / Aurore Martignoni

… mit der Vizepräsidentin der EU-Kommission und Kommissarin für die Themen Werte und Transparenz, Věra Jourová …

@ European Union 2022 / Jennifer Jacquemart

… und mit dem aus Österreich stammenden EU-Kommissar Johannes Hahn

»Niemals wieder« heißt, Verantwortung zu übernehmen

Vergiß nie, daß du ein jüdisches Kind bist“ lautet der Titel des Buchs von Anna Wexberg-Kubesch, das den sogenannten „Kindertransporten“ in den Jahren 1938/39 gewidmet ist. Er stand auch über der Gedenkveranstaltung, zu der Bundesratspräsidentin Korinna Schumann am 13. Dezember ins Palais Epstein eingeladen hatte. Der Abend erinnerte an jene Gruppe jüdischer Kinder in Europa, die auf unterschiedlichste Weise den Holocaust überlebten, während rund 1,5 Millionen ihrer Altersgenoss:innen, die dem mörderischen NS-Regime zum Opfer fielen.

Die Bundesratspräsidentin betonte in ihren Eröffnungsworten die Wichtigkeit einer aktiven Erinnerungspolitik für die Bewahrung des kollektiven Gedächtnisses. Die Forderung „Niemals wieder!“ bedeute, sich der Vergangenheit zu stellen und Verantwortung für die Gegenwart zu übernehmen. Das österreichische Parlament trage in diesem Sinne mit regelmäßigen Veranstaltungen und Gedenkfeiern zur Erinnerungskultur bei. Diesmal erinnere man an das Schicksal der Kinder, die dem so genannten „Großdeutschen Reich“ 1938 und 1939 aufgrund des Engagements von britisch-jüdischen Hilfsorganisationen entfliehen konnten. Auch sie müssten ihren Platz in der kollektiven Erinnerung erhalten, sagte Schumann.

Viele der Kinder, deren Familien versuchten, sie mit einem „Kindertransport“ vor der Verfolgung zu retten, stammten aus Wien. Auch wenn sie oberflächlich betrachtet zu den „Glücklichen“ gehören würden, sei ihnen allen die Erfahrung der Entwurzelung und das Trauma der Flucht gemeinsam. Das offizielle Österreich habe nach 1945 auch dieser Gruppe gegenüber zu lange versäumt, seine Verantwortung wahrzunehmen und ein Angebot der Wiedergutmachung auszusprechen. Erst 2019 sei vom Parlament ein neues Staatsbürgerschaftsgesetz auf den Weg gebracht worden, das sich auch an die Nachkommen von Menschen richte, die einen Anspruch auf die österreichische Staatsbürgerschaft hatten. Dieses Gesetz sei wichtig als ein später und kleiner Versuch, geschehenes Unrecht wiedergutzumachen, meinte Schumann.

Serloth: Eine beispiellose Hilfsaktion

Die Politikwissenschaftlerin Barbara Serloth führte aus, wie es dazu kam, daß eine kleine Gruppe von Kindern durch die Aktion „Kindertransport“ gerettet werden konnte.

Foto: Parlamentsdirektion / Ulrike Wieser

v.l.: Anna Wexberg-Kubesch, Autorin von „Vergiß nie, daß du ein jüdisches Kind bist“, Vizepräsidentin der IKG Claudia Prutscher, Mili Segal, Museum zur Erinnerung „Für das Kind“, Bundesratspräsidentin Korinna Schumann und Moderatorin Barbara Serloth

Ausgangspunkt und Hauptziel der beispiellosen Hilfsaktion war Großbritannien, führte Serloth aus. Jüdische Hilfsorganisationen reagierten auf den Novemberpogrom 1938, indem sie sich an offizielle Stellen wandten und erreichten, daß die strengen Visabestimmung für Kinder und Jugendliche im Alter von 4 bis 17 Jahren gelockert wurden. In Zusammenarbeit vieler Stellen gelang es, 10.000 bis 12.000 Kinder aus verfolgten Familien von Dezember 1938 bis August 1939 in mehreren Gruppen ohne ihre Eltern aus dem Gebiet bzw. dem Einflußbereich des Großdeutschen Reichs herauszubringen. In Großbritannien wurden sie von Pflegefamilien, Heimen und karitativen Einrichtungen aufgenommen. Viele von ihnen sahen die Familienmitglieder, die sie zurücklassen hatten müssen, nicht wieder.

Entwurzelung als nachwirkendes Trauma

Serloth diskutierte in weiterer Folge mit zwei Wissenschafterinnen auf dem Gebiet der Erinnerungskultur. Anna Wexberg-Kubesch und Milli Segal berichteten über ihre Erfahrungen mit Menschen, die als Kinder vor den Nationalsozialisten gerettet werden konnten. Die Erfahrung der Kindertransporte hat demnach bei aller Unterschiedlichkeit der Einzelschicksale eine Gruppenidentität geschaffen. Bis heute bezeichnen sich die Menschen, deren Flucht auf diese Weise organisiert wurde, als „Kinder“. Segal erinnerte daran, daß nicht nur die Entwurzelung der Flucht eine prägende und nachwirkende Erfahrung war. Die Kinder hätten bereits vorher traumatische Erfahrungen durchmachen müssen. Sie waren ZeugInnen des NS-Terrors und erlebten, wie sich praktisch über Nacht NachbarInnen und FreundInnen von ihnen abwandten. Wexberg-Kubesch meinte, eine Rückkehr nach Österreich hätte 1945 vermutlich nur für Einzelne eine Option dargestellt, da nach sieben Jahren in Großbritannien die Kinder bereits in ihre neue Heimat integriert waren. Österreich hätte aber den Überlebenden gegenüber sehr viel früher ein Angebot als alte Heimat machen sollen, meinte sie. Hier sei vieles versäumt worden, das nun nicht mehr nachgeholt werden könne.

Mit Blick auf die Gegenwart thematisierte Bunderatspräsidentin Schumann die Verantwortung von Politik und Zivilgesellschaft im Umgang mit der Vergangenheit. Dem weltweit zu beobachtenden Wiedererstarken des Antisemitismus dürfe keinesfalls mit Wegschauen und Verharmlosung begegnet werden, sondern man müsse ihm aktiv entgegentreten, mahnte die Bundesratspräsidentin. Man riskiere sonst, daß demokratiefeindliche Kräfte den Diskurs und das kollektive Gedächtnis in ihrem Sinne manipulieren können. Eine solche Relativierung und Verleugnung der Vergangenheit nicht zuzulassen, das schulde man auch den aus Österreich geflüchteten Kindern. ■

https://www.parlament.gv.at/

Quelle: Parlamentskorrespondenz

https://www.millisegal.at/

Siehe auch den Beitrag in:
https://kiosk.oesterreichjournal.at/ausgabe-187/62772364/37

Österreich, Europa und die Welt

Aus dem Bundeskanzleramt

Bundeskanzler Karl Nehammer bei einer Rede in der UNO in New York

Zusammenarbeit im Rahmen der UNO hat an Bedeutung gewonnen

Durch den Angriffskrieg Rußlands auf die Ukraine und seine Auswirkungen hat die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen noch weiter an Bedeutung gewonnen“, hielt Bundeskanzler Karl Nehammer im Vorfeld seines Aufenthalts in New York fest. „Gerade die Erfolge, die durch die Bemühungen von UN-Generalsekretär Antonio Guterres und seinem Team durch die Einrichtung grüner Korridore zum Export der ukrainischen Getreideernte für die weltweite Ernährungssicherheit erreicht wurden, zeigen das einmal mehr.“

Friede und Sicherheit seien für Europa keine Selbstverständlichkeit mehr. „Die Sicherheitsarchitektur unseres Kontinents hat sich verändert. Wir müssen noch viel stärker auf mögliche Konfliktherde achten und jede Möglichkeit zum Dialog nützen“, so der österreichische Regierungschef, der in New York unter anderem an der offiziellen Eröffnung der 77. UN-Generaldebatte und an einem bilateralen Treffen mit UN-Generalsekretär Antonio Guterres teilnahm.

Ebenso stand eine Rede des Bundeskanzlers beim „Transforming Education Summit“ auf dem Programm. „Bildung und Digitalisierung sind in unserer globalisierten Welt wichtige Themen, um uns für die Zukunft unserer Kinder zu rüsten, nachdem die Pandemie den Schulalltag massiv beeinträchtigt hat“, erläuterte Nehammer. Zusammenarbeit in der Aus- und Weiterbildung über die Landesgrenzen hinweg gewinne immer mehr an Bedeutung. „Die Herausforderungen für unsere Bildungssysteme und vor allem Lösungsansätze hochwertiger Bildung im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele sollen

Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) traf in New York den Premier des Irak Mustafa Al-Khademi…

… und den Präsidenten von Serbien, Aleksandar Vučić

Fotos: BKA / Dragan Tatic

daher bei diesem Gipfel diskutiert werden“, betonte Bundeskanzler Karl Nehammer.

Wir müssen in dieser ernsten Situation besonnen reagieren

Er nahm auch zur Bekanntgabe der Teilmobilmachung in der Russischen Föderation Stellung. Er verurteilte diese klar, da sie eine Verschärfung der Lage bedeute und „einen eindeutigen Schritt zur weiteren Eskalation im Angriffskrieg gegen die Ukraine“ darstelle. „Das ist eine ernste Situation, in der es jetzt umso wichtiger ist, besonnen zu agieren und nicht in die Kriegslogik Putins einzusteigen. Denn die russische Strategie beruht auch darauf, Angst zu verbreiten, andere Länder zu destabilisieren und Europa zu spalten“, so der Kanzler. Um Frieden zu schaffen und Sicherheit zu gewährleisten, müsse die internationale Staatengemeinschaft alles tun, damit untereinander wieder Gespräche stattfinden. „Unser aller Ziel muß sein, daß der Krieg so bald wie möglich am Verhandlungstisch beendet wird. Dazu braucht es eine klare Linie der Europäischen Union“, hielt Karl Nehammer fest.

Bereits davor hatte sich der Bundeskanzler zu den gegenüber Rußland verhängten Sanktionen geäußert: „Sanktionen sind die friedlichste Form, um gegen Krieg und Leid zu protestieren. Sie dürfen uns nicht mehr schwächen als jene, denen sie gelten sollen. Es geht darum, sie zu evaluieren und zu schauen, ob sie treffsicher sind. Ziel muß es sein, daß man die Möglichkeit eines Waffenstillstands findet. Man muß also Brücken bauen, damit die Kriegsparteien wieder miteinander sprechen. Die UN-Vollversammlung ist für solche Avancen prinzipiell ein guter Ort“, erläuterte Nehammer.

Er traf zu bilateralen Gesprächen mit den Staats- und Regierungschefs aus dem Irak, Pakistan sowie Norwegen und Serbien zusammen. Ein Fokus der Gespräche richtete sich auf die Migration. „All jene, die kein Bleiberecht in Österreich haben, müssen in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Das kann aber nur mit einer guten Kooperation und starken bilateralen Beziehungen funktionieren.

Das Gespräch mit dem irakischen Premierminister war dazu ein wichtiger Schritt in diese Richtung“, sagte er nach seinem Treffen mit dem irakischen Premier Mustafa Al-Kadhimi. Das Thema Migration dominierte auch das Gespräch mit Serbiens Präsident Aleksandar Vučić. Nehammer ortete eine enorme „Steigerung der Asylantragszahlen aus sicheren Herkunftsstaaten bei Nationalitäten wie Indien und Tunesien“. Menschen aus diesen Ländern würden legal in Serbien einreisen und sodann ihre Reise mit Hilfe von Schleppern in Richtung der Europäischen Union fortsetzen. Österreich müsse sich hier „selbst helfen“, so Nehammer. Serbien sei ein wichtiger Partner bei der Bekämpfung der illegalen Migration und bereit, Österreichs

Karl Nehammer mit dem Schweizer Bundespräsidenten Ignazi Chassis

… mit dem Bürgermeister von New York, Eric Adams,

… mit dem Sultan Al Jaber, Industrieminister der Vereinigten Arabischen Emirate,

… mit dem ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger,

… mit dem Premier von Norwegen, Gahr Store,

Alle Fotos: BKA / Dragan Tatic

Österreich, Europa und die Welt

Interessen zu unterstützen. Aus diesem Grund kündigte er an, auch Anfang Oktober nach Ungarn reisen zu wollen, um mit Ministerpräsident Viktor Orbán und Präsident Vučić die weitere Vorgehensweise zu besprechen.

Mit Pakistans Premierminister Shehbaz Sharif besprach der Kanzler vor allem die Folgen der massiven Überschwemmungen durch anhaltenden starken Monsunregen. „Selbstverständlich helfen wir Pakistan aufgrund der Überschwemmungen in dieser schwierigen humanitären Notsituation“, beteuerte Nehammer.

Im Gespräch mit Norwegens Premierminister Jonas Gahr Støre war eine stärkere Kooperation mit Norwegen bei der Energieversorgungssicherheit Thema. „Norwegen ist darüber hinaus ein wichtiger Partner Österreichs, was die Gasversorgung und die stärkere Unabhängigkeit von russischem Gas betrifft“, betonte der Bundeskanzler.

Am Rande der UN-Vollversammlung führte der Kanzler zudem Gespräche mit dem marokkanischen Premierminister, Aziz Akhannouch, dem ukrainischen Premierminister, Denys Schmyhal, sowie dem Präsidenten des internationalen Roten Kreuzes, Peter Maurer.

„Bildung ist die Grundlage für Frieden und Wohlstand, aber auch für Klimaschutz sowie technologischen Wandel. Österreich hat vom öffentlichen Zugang zu Bildung auf hohem Niveau enorm profitiert“, hielt Nehammer in seiner Rede beim „Transformation Education Summit“ fest, der den Auftakt zu seinem Aufenthalt in New York bildete. Er verwies dabei darauf, daß man erst kürzlich das 50jährige Jubiläum der Gratisschulbuchaktion begangen habe. „Die Corona-Pandemie hat zwar den Lernverlust beschleunigt, aber auch gleichzeitig zu einem digitalen Schub geführt. Im Hinblick auf den Zukunftsgipfel 2023 schlage ich den Vereinten Nationen weitere Kooperationen vor, um an der Transformation von Bildung zu arbeiten. Denn sie ist die Grundlage für eine friedliche globale Zukunft für unsere Kinder und unsere Gesellschaften“, betonte der österreichische Regierungschef.

Im Zuge der USA-Reise stand zunächst die Teilnahme an der Eröffnung der Generaldebatte der 77. UN-Vollversammlung gemeinsam mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Außenminister Alexander Schallenberg auf dem Plan. Weiters fanden bi- und multilaterale Treffen, unter anderem mit UN-Generalsekretär António Guterres statt.

… mit dem Premier von Pakistan,Shehbaz Sharif, und

… mit Rabbi Arthur Schneier in der Park East Synagogue

Abschließend fand die Überreichung von Staatsbürgerschaftsbescheiden an Nachfahren von Holocaust-Überlebenden im österreichischen Generalkonsulat und ein Gespräch mit Rabbi Arthur Schneier in der Park East Synagogue statt: „Österreich ist sich seiner historischen Verantwortung und Vergangenheit bewußt. Wir werden auch weiterhin alles tun, um gegen alle Formen von Antisemitismus anzukämpfen und jüdisches Leben zu schützen“, so der Bundeskanzler. ■

Fotos: BKA / Dragan Tatic

Der Bundeskanzler bei der Verleihung von österreichischen Staatsbürgerschaften an Angehörige von vertriebenen Jüdeninnen und Juden

Österreich, Europa und die Welt

Warsaw Security Forum

Albanien und Nordmazedonien haben viel getan, um der Europäischen Union näherzukommen. Ein Justizsystem zu reformieren, ist ein harter Schritt“, betonte Europaministerin Karoline Edtstadler am 5. Oktober beim Warsaw Security Forum, bei dem sie unter anderem mit dem kroatischen Aussenminister Gordan Radman zusammentraf. „Die Integration der Westbalkan-Staaten ist eine Frage der Sicherheit für Europa. Es war wichtig, der Ukraine den Beitrittsstatus zu geben, aber wir dürfen nicht auf den Westbalkan vergessen“, hielt Edtstadler fest.

Im Zuge ihres Aufenthalts in Warschau traf die Europaministerin auch mit Olena Selenska zusammen: „Die Gattin des ukrainischen Präsidenten begrüßt den Plan mehrerer Europaministerinnen, im November nach Kiew zu kommen, um insbesondere die weibliche Sicht auf den Krieg in den Fokus zu rücken. Frauen sind in ihren vielfältigen Rollen massiv vom Krieg betroffen. Es gibt etwa Schätzungen, wonach ein Viertel der Militärangehörigen weiblich ist.“ Ebenso kam es zu einer Unterredung mit Vizepremierministerin Olha Stefanishyna, mit der die Europaministerin über die aktuelle Situation in der Ukraine sprach.

Die Situation in der Ukraine stand auch bereits davor beim Besuch einer von der Strabag mitfinanzierten Unterkunft für ukrainische Vertriebene im Mittelpunkt sowie beim Besuch des „Ukraine Haus“, dem Ukrainski Dom. „Ich bin tief beeindruckt vom großen Engagement Polens und der polnischen Zivilgesellschaft. Und ich bin froh, daß auch Österreich für die Ukraine und die betroffenen Staaten Hilfsleistungen im Umfang von über 80 Millionen Euro bereitstellt“, erläuterte Edtstadler.

Gasabkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten

Für den kommenden Winter haben wir unsere Hausaufgaben gemacht, unsere Speicher sind fast voll. Jetzt geht es um Versorgungssicherheit für das nächste Jahr“, betonte Bundeskanzler Karl Nehammer während seines Aufenthalts in Abu Dhabi. Die Regierungsdelegation, bestehend aus dem Kanzler, Finanzminister Magnus Brunner und Energieministerin Leonore Gewessler, trifft Vorsorge, um die Energieversorgung auch für die Heizsaison 2023/24 zu sichern. Ein wichtiger Bestandteil davon ist die Diversifizierung der Gasversorgung durch neue Zuliefererländer, etwa durch die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE).

Europaministerin Karoline Edtstadler mit Kroatiens Außenminister, Gordan Grlić Radman, …

… mit der ukrainischen Vize Ministerpräsidentin, Olha Stefanishyna, und …

… mit der Gattin des ukrainischen Präsidentin, Olena Zelenska

Fotos: BKA / Florian Schrötter

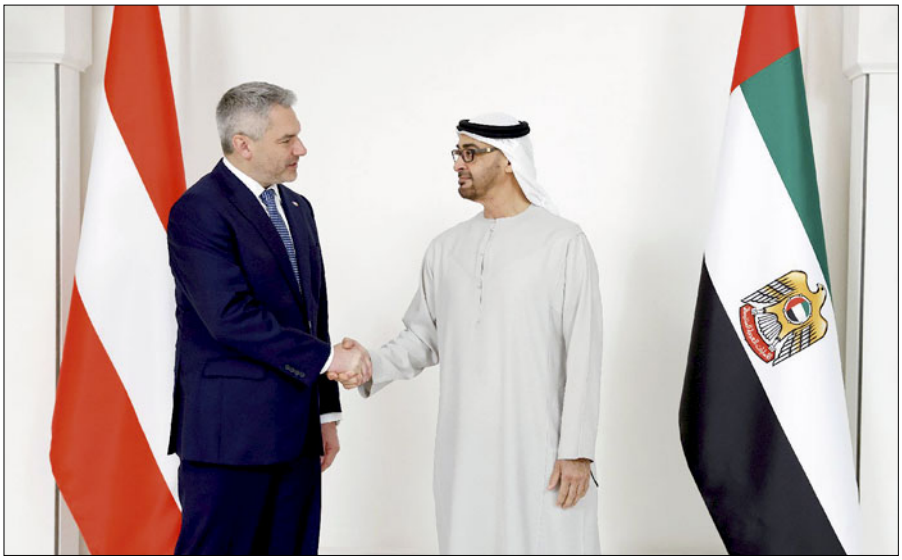
„Wir haben unsere Abhängigkeit von russischem Gas deutlich reduziert, von 80 Prozent auf 50 Prozent“, so der Bundeskanzler. Das hochrangige Treffen in Abu Dhabi sei ein weiterer Meilenstein in der langjährigen strategischen Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Österreich. „Die VAE sind ein wichtiger strategischer Partner und helfen uns, unsere Energiesicherheit zu gewährleisten. Die Gespräche gingen weit über die Lieferung von LNG für Österreichs Energieversorgung hinaus und umfaßten auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel. Ich freue mich, daß wir dies auch in einer gemeinsamen Erklärung festhalten konnten.“

Ein Eckpfeiler der Vereinbarung zwischen OMV, einem der größten Industrieunternehmen Österreichs, und ADNOC, der Abu Dhabi National Oil Company, ist die Lieferung von einer Terawattstunde LNG aus den Emiraten an die OMV. Das entspricht in etwa dem Jahresverbrauch von rund 65.000 Haushalten mit Gasheizung. „Das ist eine gute Menge, mit der wir jetzt beginnen können, die Versorgungssicherheit für nächstes Jahr vorzubereiten“, zeigte sich Nehammer erfreut. Zum Vergleich: Deutschland bekommt mit Jahresanfang 2023 eine vergleichbare Menge LNG, dies wurde beim Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz in den VAE am 25. September vereinbart.

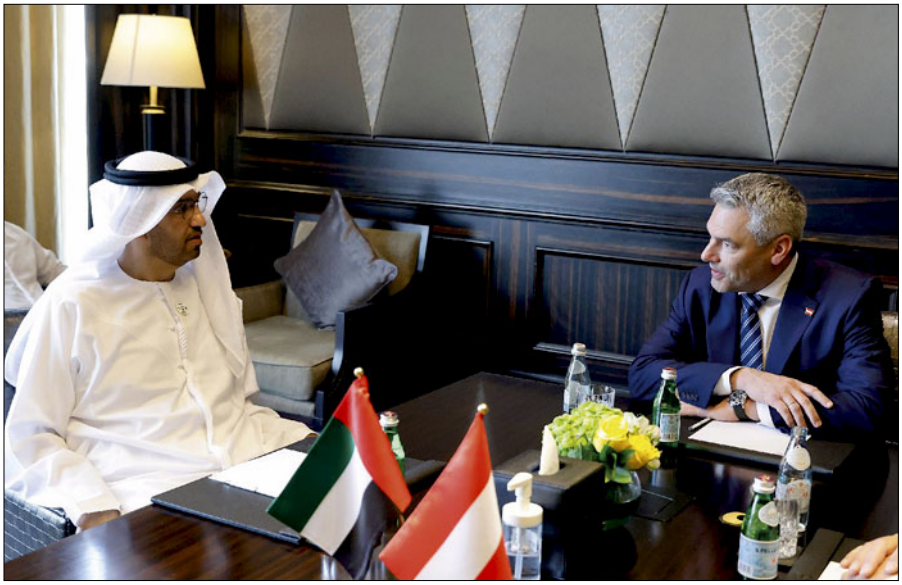
Darüber hinaus wurde eine gemeinsame Vereinbarung zwischen der österreichischen Bundesregierung und den VAE über die Zusammenarbeit in Energiefragen zur Sicherstellung der Energieversorgungssicherheit und beim Klimaschutz getroffen. Darin ist festgehalten, daß beide Partner weitere Schritte im Sinne des „Comprehensive Strategic Partnership Agreements"“ vom Juli 2021 setzen. Dabei geht es um die Weiterentwicklungen für die Bereiche Energiesicherheit, Klimaschutz und Industriekooperation und die Schaffung der Strategic Energy Security and Industrial Cooperation (SESIC).

Die Vereinigten Arabischen Emirate und Österreich entsenden Vertreter mit den Zielen der Förderung von Projekten im Energiebereich und der Vernetzung von österreichischen Unternehmen mit VAE-Unternehmen sowie der verstärkten Nutzung der Plattformen ABA (Austrian Business Agency) und der „Make it in the Emirates“-Kampagne.

Zudem geht es um das Vorantreiben gegenseitiger Investitionen unter Berücksichtigung möglicher Synergien mit der Österreichische Beteiligungs AG, ÖBAG. ■



Bundeskanzler Karl Nehammer mit VAE-Präsident Sheikh Mohamed Bin Zayed Alnahyan …



… mit Sultan Ahmed Al Jaber, CEO der Abu Dhabi Oil Company, und …

… mit Finanzminister Magnus Brunner und Umweltministerin Leonore Gewessler

Fotos: BKA / Dragan Tatic

Arbeitsbesuch in Sarajewo und Banja Luka

Eine europäische Perspektive für unsere Partner am Westbalkan kann nur die Vollmitgliedschaft in der EU bedeuten. Die EU ist ohne unsere Partner am Westbalkan nicht komplett.“ Das betonte Europaministerin Karoline Edtstadler bei ihren Arbeitsgesprächen am 3. und 4. November in Sarajewo und Banja Luka. Es bestehe die „historische Chance“, daß Bosnien und Herzegowina – einer Empfehlung der Europäischen Kommission im Oktober folgend – noch 2022 der Kandidatenstatus erteilt werden könne. Die Europaministerin strich hervor, daß Österreich „alles tun wird, um zu unterstützen“. Gleichzeitig hielt Edtstadler fest, daß weitere „sichtbare Zeichen für Reformen“ in Bosnien und Herzegowina gesetzt werden müßten. Denn der Beitrittsprozeß fuße auf konkreten Bemühungen seitens jenes Landes, welches den EU-Beitritt anstrebe.

Edtstadler traf im Rahmen ihres Arbeitsbesuchs in Sarajewo das dreiköpfige bosnische Staatspräsidium. Anschließend reiste sie in den serbischen Landesteil, die Republika Sprska, weiter, wo sie von Präsidentin Željka Cvijanović empfangen wurde. Zuvor hatte die Europaministerin den internationalen Bosnien-Beauftragten Christian Schmidt sowie den stellvertretenden Außenminister Josip Brkić getroffen. Gespräche führte Edtstadler zudem mit der Bürgermeisterin von Sarajewo, Benjamina Karić, und Draško Stanivuković, dem Bürgermeister von Banja Luka.

Die Verflechtungen zwischen Österreich und Bosnien und Herzegowina waren schon immer eng – aus historischen Gründen, aber auch auf politischer, kultureller und wirtschaftlicher Ebene, etwa durch die Rolle Österreichs als größter Investor im Land. Österreich zählt seit jeher auch zu den stärksten Befürwortern einer europäischen Perspektive für das 3,3 Millionen EinwohnerInnen zählende Land.

„Österreich wird sich beim Europäischen Rat im Dezember für den Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina aussprechen. Wir müssen jetzt unsere Versprechen einhalten und Nägel mit Köpfen machen“, forderte Edtstadler. Es sei eine Frage der Sicherheit und Glaubwürdigkeit für die EU, gehe aber auch um europäische Zukunftsperspektiven für eine Region, die geopolitisch in den vergangenen Monaten an Bedeutung gewonnen habe, so Europaministerin Karoline Edtstadler abschließend. ■

Europaministerin Karoline Edtstadler mit der Präsidentin der Republika Srpska, Željka Cvijanović

… mit dem stellvertretenden Außenminister von Bosnien und Herzegowina, Josip Brkić,

Fotos: BKA / Andy Wenzel

… und mit dem hohen Vertreter für Bosnien und Herzegowina, Christian Schmidt

Österreich, Europa und die Welt

Western Balkans Youth Summit

Der Auftrag ist ganz klar: Wir müssen den Westbalkan einbeziehen, wenn wir über die Zukunft Europas sprechen“, hielt Europaministerin Karoline Edtstadler am 11. November anläßlich der Westbalkanjugendkonferenz in Wien fest. Sie und Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm haben die Abschlussveranstaltung des Europäischen Jahres der Jugend in Wien genützt, um diese Konferenz mit TeilnehmerInnen aus allen sechs Staaten des Westbalkans zu organisieren. Die Veranstaltung endete mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen „Vienna Western Balkans Youth Summit Declaration“.

„Die Europäische Union ist ohne die sechs Staaten des Westbalkans nicht komplett. Wir müssen sie unterstützen, ihnen eine glaubwürdige Perspektive geben und den Vertrauensverlust, den wir als Europäische Union erlitten haben, wieder gut machen“, so Edtstadler. Dies dürfe, angesichts der Bedrohungen von außen, auch nicht in kleinen Schritten passieren. „Es ist Zeit, zusammenzustehen“, betonte Edtstadler.

Wichtig sei es, hier auch die Jugend einzubeziehen, auf sie zuzugehen, denn insbesondere die Jugend in den Westbalkanländern würde an eine Zukunft in der Europäischen Union glauben. „Das ist unsere Chance, hier große Schritte nach vorne zu machen“, schloß die Europaministerin.

„Es ist richtig, das Europäische Jahr der Jugend mit der Zukunft, nämlich mit dem Westbalkan, ausklingen zu lassen. Deswegen freut es mich, daß wir erstmalig einen Westbalkan-Jugendgipfel ins Leben gerufen haben“, hielt Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm im Bundeskanzleramt fest. „Es ist extrem wichtig, daß wir jungen Menschen am Westbalkan eine starke Perspektive geben, weil ein Drittel der jungen Menschen beruflich bedingt sagt, daß sie einen starken Wunsch haben, auszuwandern. Wegen der Politikverdrossenheit müssen wir als Europäische Union sorgfältiger mit unseren Versprechungen werden“, so Plakolm. „Wer die Bedingungen erfüllt, muß umgehend Beitrittskandidat werden und darf nicht im Vorzimmer auf das nächste gute Wetter warten müssen.“

„Wir und der Westbalkan: Das ist eine Mannschaft – nur manchen fehlt halt noch die Spielerlizenz. Daran müssen wir miteinander arbeiten“, erläuterte die Jugendstaatssekretärin. Der Angriffskrieg in der Ukraine habe zu einem gewissen Umdenken geführt, weil Österreich davor ein bißchen für sein Engagement in diesem Bereich belächelt worden sei. Jetzt sei aber klar, daß alle miteinander auf diesem Kontinent an einem Strang ziehen müßten. „Bei den Jugendlichen zeigen sich bereits kleine Schritte, etwa in den Mobilitätsprojekten der Europäischen Union, wodurch man den Kontinent besser kennenlernen kann, was nur durch das ge–meinsame Erleben möglich wird. Auch bei unserer Jugend in Österreich müssen wir das Bewußtsein schaffen, welche neuen Chancen sich durch eine EU-Erweiterung im Westbalkan auftun“, betonte Claudia Plakolm abschließend. ■

Fotos: BKA / Andy Wenzel

Europaministerin Karoline Edtstadler (r.) und Staatssekretärin Claudia Plakolm

Bundeskanzler Karl Nehammer reiste nach Serbien

Zu Beginn seiner Reise in die Westbalkanregion traf Bundeskanzler Karl Nehammer am 17. November mit der Ministerpräsidentin von Serbien, Ana Brnabić, zusammen. „Wir können die Westbalkanstaaten nicht jemand anders überlassen. Eine Beschleunigung des EU-Beitrittsprozesses dieser Region wäre wegen einer zu befürchtenden Destabilisierung des Westbalkan durch Rußland wichtig“, betonte der österreichische Regierungschef im Rahmen seiner Unterredung in Belgrad. Dabei sei es auch von Bedeutung, daß die EU bei den Beitrittsverhandlungen ihre Hausaufgaben erledige. „Aus unserer Sicht ist es wichtig, daß wir an der Seite Serbiens als Brückenbauer in die Europäische Union hinein stehen. Denn dieses Land ist ein wichtiger geostrategischer und geopolitischer Partner. Ich bin auch zuversichtlich, daß nun die Vorbe-

Fotos: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer wurde in Belgrad von Serbiens Premierministerin Ana Brnabic mit militärischen Ehren empfangen

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Serbiens Premierministerin Ana Brnabic

halte innerhalb der EU gegen eine Erweiterung kleiner geworden sind“, so Nehammer. Es gebe eine andere Stimmung in der Europäischen Union. Perspektiven für einen Beitritt seien wichtig, damit die Staaten nicht in anderen Einflußsphären landen.

Der Bundeskanzler äußerte sich auch zur Tatsache, daß sich Serbien nicht an den Sanktionen gegen Rußland beteiligt: „Das Land ist selbst von Sanktionen gekennzeichnet und die Wirtschaft wächst erst langsam.“ Daher seien Maßnahmen, die Serbien zusätzlich beschränken würden, einfach nicht durchführbar. „Als wichtiger Handelspartner Österreichs werden die Sanktionen zudem automatisch mitgetragen“, erläuterte Nehammer abschließend, der vor seiner Weiterreise mit dem serbisch-orthodoxen Patriarchen Porfirije zusammentraf. ■

Foto: Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) mit Serbiens Präsident Aleksandar Vucic. …

Foto: Dragan Tatic

Treffen mit Patriarch Porfirije Periæ

Foto: Dragan Tatic

…und mit dem serbischen Innenminister Aleksandar Vulin.

Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Karl Nehammer wurde von Kroatiens Premierminister Andrej Plenković in Zagreb mit militärischen Ehren empfangen

Partnerschaft mit Kroatien bei Energieversorgung ausbauen

Es ist beeindruckend, was durch Technologie und Innovationskraft möglich ist“, betonte Bundeskanzler Karl Nehammer am 24. November im Rahmen eines mit Kroatiens Premierminister Andrej Plenković und Bayerns Ministerpräsidenten Markus Söder abgehaltenen Pressegesprächs auf der Insel Krk, und sprach damit den dort präsentierten LNG-Flüssiggas-Terminal an. Österreich habe es 2022 geschafft, die Abhängigkeit von russischem Gas von 80 auf 21 Prozent zu reduzieren. Der Füllstand in den Gasspeichern betrage derzeit 95 Prozent. „Besonders dabei ist die Diversifizierung, die Unabhängigkeit von russischem Gas. Das ist nur möglich, wenn man kooperiert und neue Möglichkeiten sucht, die dann auch weiterentwickelt werden“, so Nehammer.

Foto: BKA / Andy Wenzel

Der Bundeskanzler bei einem Treffen mit Kroatiens Staatspräsident Zoran Milanević…

Beim Energieministerrat gab es einen besonders wichtigen Beschluß, wodurch Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien deutlich beschleunigt werden. „Das ist wichtig für den Infrastrukturausbau und wenn es darum geht, unabhängiger von fossiler Energie und widerstandsfähiger gegenüber Abhängigkeiten zu werden“, hielt der österreichische Bundeskanzler fest. „Um auch den Technologiewandel zu vollziehen – die heutige Pipeline, das heutige Terminal, ist morgen das Terminal für Wasserstoff, für die neue Speicherenergie der Zukunft – braucht es den Ausbau gemeinsamer Projekte. Deshalb freut es mich sehr, daß Kroatien, Bayern und Österreich die Steuerungsgruppe Energie ins Leben gerufen haben. Von unserer Seite werden die Klimaschutzministerin sowie der Wirtschafts- und Arbeitsminister vertreten sein, um möglichst rasch zu konkreten, notwendigen Umsetzungsschritten zu kommen. Damit investieren wir in die Zukunft, um freier und abhängiger von fossiler Energie zu werden“, sagte Nehammer.

Enormer Druck für Österreich durch illegale Migration

Bereits am ersten Tag des Aufenthalts in Kroatien traf Bundeskanzler Karl Nehammer unter anderem mit dem kroatischen Premierminister Andrej Plenković zusammen. „Österreich und Kroatien verbindet eine langjährige und tiefgehende Freundschaft. Wir feiern heute 30 Jahre bilaterale Beziehungen. Wir sind wirtschaftlich stark miteinander verbunden, es gibt auch eine enge geschichtlich-kulturelle und eine enge sicherheitspolitische Verbindung“, betonte der Bundeskanzler bei einer Pressekonferenz in Zagreb. Österreich verzeichne einen enormen Druck aufgrund der irregulären Migration, und das, obwohl man ein EU-Binnenland sei: „Seit 2015 hat man viele Menschen aufgenommen. Aktuell bietet man Zehntausenden aus der Ukraine Schutz. Wir haben 95.000 Asylanträge zusätzlich zu den Ukrainerinnen und Ukrainern, die versorgt werden müssen. Das größte Problem ist, daß viele

keine Asylberechtigung haben und der Großteil ist nicht registriert“, so der österreichische Regierungschef. Insgesamt habe es über 100.000 irreguläre Aufgriffe gegeben, wovon rund 75.000 nicht registriert gewesen seien. Das Problem könne man nur gemeinsam lösen.

Zurückweisungsrichtlinie für Menschen aus sicheren Herkunftsländern

„Wir diskutieren über die Schengen-Erweiterung, während wir gleichzeitig sehen, daß die Außengrenzen mangelhaft oder nicht geschützt sind – und dafür braucht es Maßnahmen. Wir respektieren das, was Kroatien für unseren Grenzschutz getan hat. Wenn wir über Schengen sprechen und kritisieren, daß der Plan von der Kommission vollendet werden soll, ist von unserer Kritik Kroatien nicht umfaßt“, hielt der Bundeskanzler fest. „Von den 75.000 nicht registrierten Menschen kommen zwar 40 Prozent über die Westbalkanroute zu uns, aber 40 Prozent über die Türkei, Rumänien und Ungarn. Daher hat der Innenminister der Kommission ein klares Zeichen gegeben. Das Europäische Asylsystem ist gescheitert. Wir brauchen eine Zurückweisungsrichtlinie, damit Asylwerber aus sicheren Herkunftsstaaten schneller zurückgewiesen werden können“, so Nehammer. Österreich entsende Hunderte Polizeikräfte und erhalte dabei überhaupt keine Unterstützung seitens der Kommission. Jedoch leiste man sich Frontex mit rund 750 Millionen Euro an Kosten. „Wir sind den Menschen in der EU schuldig, daß wir das Problem lösen.“

Abhängigkeit von fossiler Energie zurückdrängen

Eigentlicher Grund des Aufenthalts in Kroatien sei jedoch die Sicherheit der Energieversorgung gewesen. Österreich habe viel gegen die Abhängigkeit von russischem Gas unternommen. „Das ist gelungen, weil es eine gute Zusammenarbeit mit den Institutionen der EU gegeben hat und weil alle in Österreich Verantwortlichen zusammengewirkt haben. Jetzt kann die Partnerschaft mit Kroatien weiter ausgebaut werden. Es geht um Zukunftsthemen. Diese Themen bewegen uns als politische Verantwortliche für unsere beiden Länder“, schloß Nehammer und bedankte sich bei seinem kroatischen Amtskollegen für die Gastfreundschaft.

Auf dem Programm standen noch weitere bilaterale Gespräche mit Staatspräsident Zoran Milanović und Parlamentspräsident Gordan Jandroković. ■

Foto: BKA / Andy Wenzel

… und bei einem Treffen mit Kroatiens Parlamentspräsidenten Gordan Jandrokovic

Edtstadler ins Führungsgremium des IGF berufen

Das Internet ist ein unverzichtbarer Teil unseres Lebens geworden. Insbesondere während der Pandemie waren wir froh, daß wir auf diesem Weg kommunizieren konnten“, so Verfassungsministerin Karoline Edtstadler. „Das hat der Digitalisierung einen wahren Boost verliehen. Wir haben aber auch die Schattenseiten gesehen: Wir reden vom Haß im Internet, wir reden davon, daß Menschen sich im Internet eine zweite Identität kreieren. Das Leben im Internet darf aber kein rechtsfreier Raum sein. Unsere Rechte offline müssen auch online gelten. Es liegt in der Verantwortung der Staaten und ihrer Parlamente, hier die entsprechenden Regelungen auf dem Weg zu bringen. Ich denke, daß das weltumspannend wichtig ist“, hielt Edtstadler im Rahmen des Internet Governance Forums der Vereinten Nationen (UNO) fest, das vom 28. November bis 2. Dezember in Addis Abeba stattfand. Dabei standen Themen wie der bessere Zugang zum Internet, Cybersecurity, Menschenrechte im Onlinebereich sowie Haß im Netz im Zentrum.

Um die Inhalte und Bedeutung des Internet Governance Forums zu erhöhen, wurde ein zehnköpfiges Leadership Panel unter Vor-

Foto: BKA / Christopher Dunker

Verfassungsministerin Karoline Edtstadler bei der Sitzung der hochrangigen UN-Führungskräfte zum Thema „Digitale Rechte“ in Addis Abeba

sitz des US-Informatikers Vinton Gray Cerf eingerichtet. Edtstadler wurde von UNO-Generalsekretär Antonio Guterres in dieses Führungsgremium berufen.

„Ich würde mir wünschen, daß wir in wenigen Jahren gleiche Rechte für alle im Internet haben und daß es nicht die großen Konzerne und die Social-Media-Plattformen sind, die uns diktieren, wie die User vorzugehen haben. Die Menschenrechte, die offline gelten, müssen auch online gelten. Wir müssen also schnell zu einem gemeinsamen Verständnis kommen, wie wir diese im digitalen Raum verankern können. Mein Anliegen als ehemalige Richterin ist, im Bereich Haß im Netz etwas beizutragen“, so die Verfassungsministerin. ■

Foto: BKA / Andy Wenzel

Der Bundeskanzler mit Željka Cvijanović, Präsidentin von Bosnien und Herzegowina, und…

Foto: BKA / Andy Wenzel

… mit dem albanischen Premierminister Edi Rama

Bundeskanzler Nehammer bei Westbalkan-Gipfel in Tirana

Als „ersten wichtigen Schritt“ bezeichnete Bundeskanzler Karl Nehammer am 6. Dezember den EU-Aktionsplan für die Balkanroute nach dem EU-Westbalkangipfel in Tirana. Es gehe ihm aber nicht nur um die Westbalkanroute, sondern auch um die Migrationsroute über Bulgarien und Rumänien nach Österreich. Erneut bekräftigte er Österreichs Nein zur Schengen-Erweiterung um Bulgarien und Rumänien. In Bezug auf das Thema Migration habe Österreich mit der EU-Kommission „noch viele Themen zu besprechen“. Nehammer nannte etwa Asylverfahren in sicheren Drittstaaten oder eine „Zurückweisungsrichtlinie“ für Menschen aus Ländern, die keine Bleibeberechtigung haben. Als Erfolg sei jedoch zu werten, daß die EU anerkenne, daß „der Westbalkan ein wichtiger geostrategischer Partner ist, wenn es um illegale Migration geht“.

Der Westbalkangipfel fand erstmals in der Region statt. Die Hauptthemen waren die gemeinsame Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs, der EU-Erweiterungsprozeß, die Stärkung der gemeinsamen Sicherheit und der Kampf gegen illegale Migration. Außerdem ging es um die Verhinderung von Einflußnahme aus dem Ausland. Neben den 27 EU-Mitgliedsstaaten – außer Spanien – nahmen die sechs Partnerländer des westlichen Balkans, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Nordmazedonien und Kosovo, an dem Gipfel teil.

EU-Aktionsplan – Neue Europol-Taskforce

Der Aktionsplan zur Balkanroute war bereits im Vorfeld des Gipfels von der EU-Kommission präsentiert worden. Dieser umfaßt 20 Maßnahmen. Die EU-Kommission will die Westbalkanländer bei den Asyl- und Registrierungsverfahren sowie bei der „Gewährleistung angemessener Aufnahmebedingungen“ unterstützen. Für das kommende Jahr kündigte sie ein Programm für Rückführungen an. Die EU-Grenzschutzbehörde Frontex soll bei der Verstärkung des EU-Aussengrenzschutzes helfen. An der Grenze zwischen Ungarn und Serbien wird eine neu eingesetzte Europol-Taskforce ihre Tätigkeit aufnehmen.

Laut EU-Grenzschutzagentur Frontex ist die Westbalkanroute über die Westbalkanländer und Ungarn eine der aktivsten Migrationsrouten. 128.438 Menschen seien hier in den ersten zehn Monaten 2022 eingereist. Das sei im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 168 Prozent.

Keine Zustimmung zu Schengen-Erweiterung

Zum Thema Schengen machte Nehammer angesichts der hohen Zahl an illegal eingereisten Migranten die österreichische Position erneut klar: „Es gibt derzeit keine Zustimmung zu einer Erweiterung um Bulgarien und Rumänien.“ Aus österreichischer Sicht sei eine Erweiterung nicht denkbar, wenn nicht Maßnahmen gesetzt würden, um die Zahlen zu reduzieren. „Wir haben 75.000 nicht registrierte Migranten“, stellte Nehammer fest. Diese würden vor allem über Bulgarien in die EU gelangen, einige tausend aber auch über Rumänien. Durch Befragungen von Asylwerbern und Schleppern sowie der entsprechenden Handydatenauswertung wisse man, daß 40 Prozent die Route über die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Un-

garn nach Österreich wählen. In Ungarn wurden nur rund 100 Asylanträge gestellt.

Strategische Partnerschaft EU-Westbalkan

Nehammer verwies auch auf die enge wirtschaftliche Kooperation zwischen dem Westbalkan und der EU etwa bei der Energieversorgung. Die EU stelle den Westbalkan-Staaten hierfür eine Milliarde Euro zur Verfügung. Der Gipfel sei, so Nehammer, „ein total starkes Lebenszeichen für die Beziehungen der Europäischen Union zum Westbalkan". Problemfelder und Bereiche, in denen es noch Nachholbedarf gebe seien „sehr offen angesprochen worden", so der Kanzler.

Der EU-Gipfel gab überdies ein Bekenntnis zur Bedeutung der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und den sechs Westbalkanländern vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ab. Der Beschluß, die gemeinsame Beschaffung von Gas, Flüssiggas und Wasserstoff für den Westbalkan zu öffnen, wurde bekräftigt. Die Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung soll vertieft werden. Für eine Beschleunigung des Beitrittsprozesses sollten notwendige Reformen vorangetrieben werden, insbesondere in Bezug auf den Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität. Im Bereich Migration wird eine Anpassung der Visapolitik der Westbalkan-Staaten an die EU-Standards angestrebt, sowie eine verstärkte Zusammenarbeit bei Rückführungen.

Serbien beendet Visafreiheit mit Indien zum Jahresende

Im Bereich Migration hat Serbien angekündigt, die Visa-Liberalisierung mit Indien mit Jahreswechsel zu beenden; mit Tunesien wurde die Visaliberalisierung bereits abgeschafft. Dies könnte auch Auswirkungen auf Österreich haben, wo es bei der Zahl der Asylanträge aus Indien und Tunesien im Herbst eine dramatische Steigerung auf mehr als das Zwanzigfache gegeben hatte.

„Starkes Signal der Annäherung"

Bereits im Vorfeld des Gipfels hatte sich Bundeskanzler Nehammer zum Gipfel geäussert: „Es ist ein starkes Signal der Annäherung, daß der EU-Westbalkangipfel dieses Mal in der Region stattfindet. Ich hoffe, daß wir im Dezember gemeinsam ein ebenso starkes Signal mit der Verleihung des Kandidatenstatus an Bosnien und Herzegowina setzen können", sagte Nehammer. Die Annäherung und enge Verbindung zu den Westbalkanländern sei zudem für Österreich eine historische Selbstverständlichkeit. Für die Europäische Union sei sie auch eine Sicherheitsfrage. „Gerade im Kampf gegen illegale Migration und organisierte Kriminalität müssen wir unsere Zusammenarbeit mit den Westbalkan-Ländern noch weiter stärken", so der Bundeskanzler. ■

Edtstadler zu Gesprächen über den EU-Ratsvorsitz in Schweden

Europaministerin Karoline Edtstadler befand am 6. und 7. Dezember auf Arbeitsbesuch in der schwedischen Hauptstadt Stockholm und ist dort mit ihrer Amtskollegin Jessika Roswall zusammengetroffen. „Schweden übernimmt am 1. Jänner 2023 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Es gibt daher viele Dinge zu besprechen, etwa das Arbeitsprogramm des schwedischen Ratsvorsitzes. Darunter sind natürlich auch die brennenden Themen wie der Kampf gegen illegale Migration und gegen den Klimawandel sowie Maßnahmen für mehr Wettbewerbsfähigkeit in Europa."

Bei dem Gespräch hat Karoline Edtstadler Österreichs Nein zu Schengen-Erweiterung bekräftigt: „Wir können nicht für die Erweiterung des Schengen-Raums stimmen, weil es dabei auch um die Frage der Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger geht."

„Mit Schweden übernimmt ein Staat den Vorsitz im Rat der Europäischen Union, der viele Erfahrungen hat, was hohe Zahlen an Migration betrifft. Deshalb bin ich sehr zu-

Foto: BKA / Florian Schrötter

Bundesministerin Karoline Edtstadler mit der schwedischen EU-Ministerin, Jessika Roswall,

Foto: BKA / Florian Schrötter

… bei einem Treffen mit Nobelpreisträger Prof. Anton Zeilinger …

versichtlich, daß Schweden unter der Präsidentschaft alles tun wird, um tatsächlich Lösungen voranzutreiben“, betonte Edtstadler. Zwar müsse die Ratspräsidentschaft ein ehrlicher Vermittler sein, doch „wenn man diese Dinge im eigenen Land erlebt hat“, bemühe man sich besonders um Lösungen für die eigene Bevölkerung. Die Europaministerin betonte, daß der Schengen-Raum „nicht funktioniert“. 75 Prozent der nach Österreich kommenden Asylwerber seien nämlich zuvor nicht registriert worden, obwohl dies europarechtswidrig sei. Sie sei aber froh, daß es nun „etwas Bewegung in der Debatte“ gebe und etwa die EU-Kommission einen Aktionsplan zur Balkanroute vorgelegt habe, den Österreich begrüße. „Wir sind dafür, daß man das Thema im Gespräch hält“, sagte die Ministerin. Auf EU-Ebene habe es „selten eine so hohe Aufmerksamkeit“ für das Thema Migration gegeben wie jetzt.

Edtstadler hat bei ihrem Aufenthalt in Stockholm zudem den Sitz der schwedischen Migrationsbehörde und ein Abschiebezentrum im Norden der Ostseemetropole besuchen.

Nobelpreis an Zeilinger: Starker Beweis für Wissenschaftsstandort Österreich

Bereits am 5. Dezember traf Edtstadler am Stockholmer Flughafen mit dem diesjährigen Physik-Nobelpreisträger Anton Zeilinger zusammen. „Der Nobelpreis für Physik ist ein starker Beweis für den Wissenschaftsstandort Europa und eine verdiente Anerkennung für das beeindruckende Lebenswerk von Anton Zeilinger. Ich gratuliere von ganzem Herzen zu dieser Auszeichnung. Österreich ist stolz, solche Wissenschaftler zu haben“, betonte die Ministerin. *(Anm.d.Red.: siehe unseren Beitrag ab der Seite 125)*

Im Anschluß besuchte Edtstadler die Konzernzentrale des Telekomkonzerns Ericsson. Dort führte sie in ihrer Rolle als Mitglied des von UN-Generalsekretär António Guterres ins Leben gerufenen „Internet Governance Forum“ Gespräche zur globalen Regelung des Internets. „Ericsson ist weltweit führend in der Kommunikationstechnologie. Das Unternehmen setzt einen Schwerpunkt auf den Ausbau von 5G. Alles, vom fahrerlosen Auto bis zum Wetterballon, wird auf 5G angewiesen sein, um zu funktionieren“, so die Europaministerin.

Am späten besuchte Edtstadler zudem eine Lichtinstallation der österreichischen Künstlerin Eva Beierhammer anläßlich der „Nobel Week Lights“ in der Stockholmer Innenstadt. ■

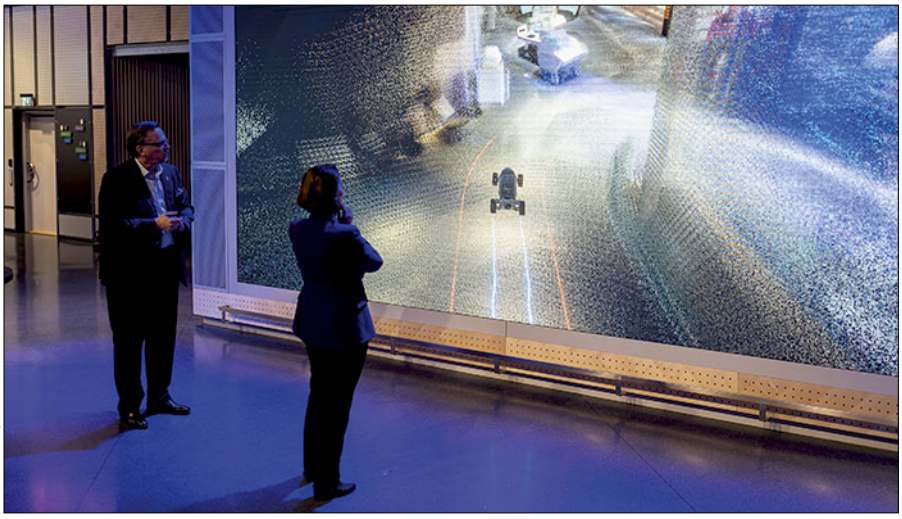


Foto: BKA / Florian Schrötter

… und beim Besuch der Ericsson Konzernzentrale in Stockholm

Boost für weitere Beitrittsprozesse am Westbalkan

Wir haben wieder wichtige Punkte auf der Tagesordnung: In erster Linie ist hier die Vorbereitung des Europäischen Rates zu nennen, wo Themen wie Ukraine – Rußland, aber auch Energie, Wirtschaft, Sicherheit und Verteidigung und natürlich die Außenbeziehungen der Union in dieser Debatte eine Rolle spielen werden. Aus österreichischer Sicht ist dabei auch das Thema Migration ganz wesentlich“, sagte Europaministerin Karoline Edtstadler in den Doorsteps vor dem Rat Allgemeine Angelegenheiten in Brüssel. Da es sich um den letzten Rat der EuropaministerInnen unter tschechischem Vorsitz handelt, bedankte sie sich für eine nicht einfache Vorsitzführung in herausfordernden Zeiten, die aber sehr umsichtig erfolgt sei.

Kandidatenstatus für Bosnien-Herzegowina

Ein weiterer Tagesordnungspunkt betraf die Empfehlung der Europäischen Kommission, Bosnien-Herzegowina den EU-Kandidatenstatus zu verleihen. Die Europaministerin zeigte sich darüber hocherfreut: „Das ist ein wichtiges Zeichen für die Region und gerade in Zeiten, wo es viele Herausforderungen gibt, erhoffe ich mir davon auch, daß ein wahrer Boost entsteht, was die weiteren Schritte im Beitrittsprozeß der anderen Länder am Westbalkan betrifft“, so Edtstadler.

Rechtstaatlichkeit und Ungarn

Zum jüngsten Beschluß der EU-Staaten betreffend Ungarn betonte die Europaministerin einmal mehr, daß es bei der Rechtstaatlichkeit Klarheit brauche und es keine Abstriche geben dürfe. „Daher halte ich es für notwendig, hier auch weiterhin über 50 Prozent der Gelder eingefroren zu halten, um die begonnenen Reformschritte, die man anerkennen muß, fortzusetzen.“ Es sei das erste Mal, daß der Konditionalitätsmechanismus Anwendung finde. „Es braucht auf der einen Seite Klarheit und auf der anderen Seite Fairness.“

Zudem sei es wichtig, Überzeugungsarbeit dafür zu leisten, daß die Hilfe für die Ukraine, die Ungarn blockiert habe, jetzt notwendig sei. Umgekehrt sei es jedoch auch für Ungarn wichtig, Gelder freizubekommen, da jeder Cent, der für Unterstützungsleistungen gewährt werden könne, zähle. „Das muß in die richtige Richtung gehen und dafür wird Österreich immer eintreten“, hielt Edtstadler fest.

Korruptionsvorwürfen begegnen

Tief erschüttert zeigte sich die Europaministerin über die mutmaßlichen Korruptionsvorwürfe im Europäischen Parlament. „Was es jetzt braucht, ist Aufklärung und Transparenz. Ich bin der Präsidentin Roberta Metsola zutiefst dankbar, daß sie diese harten Schritte zur Aufklärung setzt. Die, die verantwortlich sind, müssen zur Verantwortung gezogen werden“, so Edtstadler. Es sei unerträglich, daß eine Institution gerade in einer Zeit „in den Dreck gezogen“ werde, in der Demokratie etwas ganz Wichtiges sei und wo sehr viel Vertrauensverlust vorherrsche. Es sei wichtig, daß entsprechende Schritte gesetzt werden, um das Vertrauen wiederaufzubauen und alles auszuräumen, was am Tische liege.

„Ich unterstütze die Europäische Parlamentspräsidentin, die für Aufklärung und Transparenz steht, zu 100 Prozent“, so die Europaministerin. ■

https://www.bundeskanzleramt.gv.at/

Aus dem Außenministerium*)

Isländische Außenministerin Thórdís Kolbrún Reykfjörd Gylfadóttir in Wien

Anläßlich der Wiedereröffnung der bilateralen isländischen Botschaft in Wien empfing Außenminister Alexander Schallenberg am 16. September seine isländische Amtskollegin Thórdís Kolbrún Reykfjörd Gylfadóttir. Neben bilateralen Themen waren auch die Sicherheitslage in Europa und die anstehende isländische Präsidentschaft im Europarat Thema. Schallenberg begrüßte ihr gegenüber die Entscheidung, die 2017 geschlossene bilaterale Botschaft wiederzueröffnen. „Die Wiedereröffnung der Botschaft ist ein wichtiges Zeichen, vor allem aber gibt es dadurch einen zusätzlichen Kanal über den Österreich und Island in Zukunft noch enger zusammenarbeiten können. Die ohnehin sehr guten bilateralen Beziehungen werden so nochmals deutlich aufgewertet“, zeigte er sich erfreut.

Weitere Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit gibt es durch die laufenden Investitionen in die Infrastruktur und den Energiesektor Islands. Auf diesen Gebieten können österreichische Firmen viel Know-How vorweisen von dem auch Island profitieren kann.

Abschließend wünschte der Außenminister seiner Amtskollegin alles Gute und viel Erfolg für den Vorsitz im Europarat, den Island im November übernommen hat. Auch in diesem Gremium müssen die Mitgliedsstaaten Einigkeit gegen die russische Aggression gegen die politische Ordnung, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert hat, demonstrieren. Darüber hinaus äußerte Schallenberg seine Hoffnung, daß es während des isländischen Vorsitzes Fortschritte bezüglich Kosovos Aufnahme in den Europarat gibt.

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg traf seine isländische Amtskollegin Thordis Kolbrun Reykfjörd Gylfadottir zu Gesprächen in Wien

Schallenberg bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen

Von 20. bis 26. September fand die 77. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York statt, die in diesem Jahr ganz im Zeichen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine stand. Österreich war dabei auch durch Außenminister Alexander Schallenberg vertreten. Um weiterhin ein gemeinsames Vorgehen abzusprechen, trafen die EU-AußenministerInnen im Vorfeld in New York zusammen, um die geopolitischen Auswirkungen der russischen Invasion der Ukraine zu erörtern. Dabei hat sich Österreich einmal mehr für ein entschlossenes und einheitliches Vorgehen mit Augenmaß eingesetzt. Zudem stand ein Austausch mit jüdischen Organisationen auf dem dicht gefüllten Programm.

Höhepunkt der Arbeitsreise in New York war die Rede des Außenministers vor der VN-Generalversammlung. Darin forderte er dazu auf, Konflikte auf diplomatischem Wege zu lösen und für die Grundlagen der regelbasierten Internationalen Ordnung einzustehen.

Während Schallenberg bei seiner Rede vor einem Jahr noch vorsichtig optimistisch war, daß es nach der COVID-Pandemie wie-

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg bei seiner Rede vor der UN-Generalversammlung

*) *Anmerkung der Redaktion: Wir berichten seit Jahren umfassend über Österreichs außenpolitische Ereignisse. Es würde jedoch viele zusätzliche Seiten erfordern, würden wir bei jedem Bericht aus dem Außenministerium alle Aussagen zum Ukraine-Krieg der vergangenen Monate aufnehmen. Deshalb haben wir uns entschlossen, großteils nur in den letztaktuellen Beiträgen darauf einzugehen – und bitten um Verständnis dafür.*

der bergauf geht, stand seine diesjährige Rede ganz im Zeichen des brutalen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine.

„Am 24. Februar kehrte der Krieg nach Europa zurück, als Rußland die Ukraine – ein unabhängiges und souveränes Land – brutal angriff. Rußland versucht, mit Panzern und Raketen die Grenzen neu zu ziehen [...]. Es setzt explizite nukleare Erpressung und fingierte ‚Referenden' ein und verstößt damit eindeutig gegen das Völkerrecht", so Schallenberg zu Anfang seiner Rede.

Dieser Krieg habe mehrere Illusionen zerstört. Jene, daß die Sicherheitsarchitektur, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs geschaffen wurde, weiterhin eine Friedensdividende abwirft und Stabilität und Wohlstand garantiert, sowie jene, daß alle Krisen und Spannungen letztlich mit friedlichen Mitteln gelöst werden können und würden. Mit Verweis auf die Charta der Vereinten Nationen betonte der Außenminister, daß dieser Krieg ein Angriff auf die regelbasierte internationale Ordnung, die die Staatengemeinschaft in den letzten Jahrzehnten gemeinsam aufgebaut hat und ein eklatanter und vorsätzlicher Verstoß gegen das Gründungsdokument der VN ist.

„In dieser Charta hat sich jeder einzelne Staat in diesem Saal verpflichtet, internationale Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen und von der Androhung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines Staates abzusehen. Und dieser Verstoß wurde nicht von irgendeinem Staat begangen, sondern von einem ständigen Mitglied des Sicherheitsrates – dem Organ, das für die Wahrung der Charta, des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zuständig ist", erinnerte der Außenminister Rußland an seine Verpflichtungen.

Im Schlußteil seiner Rede wies er darauf hin, daß wirksamer Multilateralismus und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit seit Jahrzehnten im Mittelpunkt der österreichischen Außenpolitik stehen und rief alle Staaten auf, ebenfalls für ein funktionierendes multilaterales System und eine regelbasierte internationale Ordnung zu kämpfen. Denn das heutige Handeln wird das internationale System von morgen prägen. „Laßt uns standhaft sein. Laßt uns bereit sein, unsere Werte zu verteidigen. Die Werte unserer Vereinten Nationen", appellierte der Außenminister abschließend.

Abseits von den politischen Terminen war Außenminister Schallenberg mit Vertretern jüdischer Organisationen zusammengetroffen und hat an der Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an direkte Nachkommen von Verfolgten des NS-Regimes mitgewirkt: „Die Möglichkeit zur Überreichung der Staatsbürgerschaft bewegt mich sehr. Die Erinnerung an die Verbrechen der Shoah wachzuhalten und Antisemitismus in jeder Form zu bekämpfen, ist unsere moralische und politische Pflicht – wir danken unseren neuen Österreicherinnen und Österreichern für ihr Vertrauen, mit dem wir sorgsam umgehen werden", so Schallenberg, der begrüßt, daß weltweit bereits mehr als 17.000 derartige Staatsbürgerschafts-Ansuchen positiv abgeschlossen werden konnten.

Treffen mit Vertretern jüdischer Organisationen in New York

Am 22. September traf Außenminister Schallenberg am Rande der 77. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses (WJC), Ronald Lauder, und den CEO des Amerikanisch-Jüdischen Komitees (AJC), David Harris. Darüber hinaus tauschte er sich mit VertreterInnen weiterer jüdischer Organisationen – B'nai B'rith, der Anti-Diffamierungsliga (ADL), der Nationalen Koalition zur Unterstützung des Eurasischen Judentums (NCSEJ) sowie dem Dachverband jüdischer Organisationen in den USA, der

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg traf den Präsidenten des World Jewish Congress, Ronald Lauder, am Rande der UN-Generalversammlung in New York

Foto: BMEIA / Michael Gruber

v.l.: Außenminister Alexander Schallenberg, Bundeskanzler Karl Nehammer und Österreichs Generalkonsulin in New York, Helene Steinhäusl

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg beim Austrian-American Day Empfang im Österreichischen Generalkonsulat in New York

Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations – aus.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Israel, Österreichs Engagement im Kampf gegen Antisemitismus und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine.

„Österreich nimmt seine historische Verantwortung ernst. Jüdinnen und Juden weltweit haben ein Recht auf ein Leben in Sicherheit und Freiheit. Wir werden unseren Kampf gegen Antisemitismus fortführen und weiter verstärken", unterstrich der Außenminister die historische Verantwortung.

In Hinblick auf das Verhältnis zwischen Österreich und Israel betonte er, daß die bilateralen Beziehungen exzellent und vermutlich so gut wie nie zuvor seien. Ein Zeichen des ausgezeichneten Verhältnisses sei die im Juli 2022 von Bundeskanzler Karl Nehammer und Ministerpräsident Yair Lapid vereinbarte Strategische Partnerschaft zwischen beiden Ländern. Ziel der Kooperation sei unter anderem die Verstärkung des gemeinsamen Kampfes gegen Antisemitismus. *(siehe: „Österreich Journal"-Ausgabe 204, Seite 22)*

Der Außenminister konstatierte, daß die COVID-19-Pandemie zu einem Anstieg antisemitischer Vorfälle geführt habe. Österreich verfolge diesbezüglich eine Nulltoleranzpolitik: „Im Zuge der Pandemie haben wir in den letzten zwei Jahren leider eine Zunahme an antisemitischen Straftaten beobachtet. Die österreichischen Behörden gehen entschieden gegen dieses Phänomen vor." Darüber hinaus präsentierte er konkrete Fortschritte bei der Implementierung der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus. Dazu zählen eine Verdreifachung der Investitionen zur Förderung jüdischen Lebens und dem Schutz jüdischer Institutionen in Österreich, eine Ausweitung relevanter Trainingskurse für die Polizei- und Justizbehörden, sowie die Schaffung eines Nationalen Forums gegen Antisemitismus im Juni 2022. Zudem wird Österreich 1,5 Million Euro für die Zusammenarbeit mit der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem für den Zeitraum 2022 bis 2024 bereitstellen. ■

Atomwaffen bieten keine Sicherheit

Der Außenminister nahm am 26. September, dem Internationalen Tag zur vollständigen Eliminierung von Atomwaffen, an der Eröffnung der 66. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) in Wien teil, zu der insgesamt 175 Staaten eingeladen wurden. Unter dem Motto „Global Cooperation in the Nuclear Field" standen neben der nuklearen Sicherheit und der Rolle der IAEO auch die Aufstockung der hochangereicherten Uran-Bestände des Irans sowie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit einhergehenden nuklearen Drohungen vonseiten Rußlands im Fokus.

„Seit Jahrzehnten waren die nuklearen Risiken nicht mehr so hoch. Die Handlungen Rußlands zeigen ein alarmierendes Maß an Verantwortungslosigkeit und könnten katastrophale Konsequenzen für uns alle mit sich ziehen. Atomwaffen sind ein Damokles-Schwert, das über der gesamten Menschheit hängt. Sie bieten keinerlei Sicherheit. Atomwaffen sind ein Risiko für uns alle und kennen keine Grenzen", unterstrich Schallenberg

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg bei der 66. IAEO-Generalkonferenz in Wien.

die existenzielle Bedrohung und das derzeit erhöhte Risiko eines Einsatzes dieser Waffen aufgrund der jüngsten nuklearen Drohungen Rußlands.

Neben dem Versuch der nuklearen Erpressung verurteilte Schallenberg auch den Beschuß von Atomreaktoren oder anderen Kernanlagen, wie etwa im russisch besetzten Atomkraftwerk Saporischschja. Daher drückte er seine Unterstützung für die Errichtung einer Sicherheitszone rund um das Atomkraftwerk aus und betonte neuerlich, wie wichtig die Arbeit der Internationalen Atomenergieorganisation vor Ort sei.

Genauso hob er die Bedeutung der Organisation für das JCPOA-Abkommen aus 2015 hervor: „Österreich steht als Gastgeber weiterhin hinter den Atomgesprächen. Wir unterstützen die Bemühungen der EU, allen Seiten eine vollständige Teilnahme am Abkommen zu ermöglichen. Wir rufen die Islamische Republik Iran auf, die Zusammenarbeit mit der IAEO wiederaufzunehmen und Inspektionen wieder in vollem Umfang zuzulassen."

Die IAEO liefert unabhängige Expertise, weshalb sie nicht nur bei den Iran-Gesprächen ein wichtiger Partner für Österreich ist. Auch im Bereich der Abrüstung spielt die IAEO eine tragende Rolle. Die Mehrheit der Staaten lehnt einen neuen nuklearen Rüstungswettlauf ab, was sich im Atomwaffenverbotsvertrag widerspiegelt. Im Rahmen der Generalkonferenz der IAEO rief der Außenminister erneut zu dringenden Fortschritten hin zu einer Welt frei von Nuklearwaffen auf: „Der nukleare Status Quo ist nicht tragbar, wir brauchen einen Paradigmenwechsel. Gerade deshalb wird sich Österreich weiterhin für die vollständige Eliminierung aller Nuklearwaffen einsetzen", hielt Schallenberg abschließend fest.

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Schallenberg mit seinem argentinischen Amtskollegen Santiago Andres Cafiero

Argentiniens Außenminister Santiago Andrés Cafiero in Wien

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 27. September den argentinischen Außenminister, Santiago Andrés Cafiero, der an der 66. Generalkonferenz der IAEO in Wien teilnahm, zu einem Arbeitstreffen. Im Gespräch dankte Schallenberg seinem Amtskollegen für die hochrangige Teilnahme Argentiniens an der IAEO-Generalkonferenz. Dabei unterstrich er die wichtige Rolle der in Wien ansässigen Organisation im Kontext der russischen Angriffe auf das ukrainische Atomkraftwerk in Saporischschja sowie nuklearer Drohgebärden der Russischen Föderation. Besonders hervorgehoben wurde in diesem Zusammenhang auch der Argentinier Rafael Mariano Grossi, der als aktueller Generaldirektor der IAEO federführend dazu beiträgt die Sicherheit der ukrainischen Atomkraftwerke wiederherzustellen.

Ebenso begrüßte Außenminister Schallenberg auch die klare Haltung Argentiniens und die scharfe Verurteilung des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. So hat sich Argentinien der überwältigenden Mehrheit der internationalen Gemeinschaft angeschlossen, die die russische Invasion im Rahmen der Generalversammlung der Vereinten Nationen verurteilt hat. Dahingehend appellierte Außenminister Schallenberg, auf diesem Schritt aufzubauen und dazu beizutragen, daß dieser Krieg so bald wie möglich beendet wird.

„Wir dürfen all jene Länder, die unsere Werte teilen, dazu gehört selbstverständlich auch Argentinien, nicht im Glauben lassen, daß die aktuellen Krisen rund um Energie und Teuerung die Folge der westlichen Sanktionen sind. Sie sind einzig und allein die Folge von Putins Angriff auf die Ukraine", so Schallenberg.

Darüber hinaus waren auch die Möglichkeiten zur Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Argentinien ein zentrales Gesprächsthema. So ist Argentinien der drittgrößte Handelspartner Österreichs in Lateinamerika und bietet nach wie vor großes Potential für österreichische Betriebe. Vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien, wie Wasser- und Windkraft, aber auch Wasserstoff bieten heimische Betriebe enormes Know-How. Zudem sind heimische Firmen in der Holzindustrie führend und können so zu einem wichtigen strategischen Partner für Argentinien werden.

Abschließend sprachen die beiden Außenminister auch über die starke emotionale Bindung der beiden Länder, die auf die rund 30.000 in Argentinien lebenden, direkten Nachkommen von Verfolgten des NS-Regimes zurückzuführen ist. Seit einer Novellierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes im September 2020 haben auch sie die Möglichkeit, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erlangen. ■

Vietnams Außenminister Bùi Thanh Sơn in Wien

Anläßlich des 50jährigen Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen empfing Außenminister Alexander Schallenberg seinen Amtskollegen aus Vietnam, Bùi Thanh Sơn, am 28. September in Wien und unterstrich insbesondere die engen Handelsbeziehungen, die sich in den letzten 50 Jahren zwischen den beiden Staaten entwickelt haben. So konnte das österreichisch-vietnamesische Handelsvolumen alleine zwischen 1995 und 2021 auf ein Rekordniveau von 1,38 Milliarden Euro vervierzigfacht werden.

„Aktuell sind rund 60 österreichische Firmen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 150 Millionen Euro in Vietnam tätig. Das zeigt, daß unsere Unternehmen Interesse am vielfältigen, noch bestehenden Potential Vietnams haben. Mit ihrer rot-weiß-roten Expertise können sie zu wichtigen Partnern werden. „VinFast", das erste vietnamesische Auto mit Teilen aus Österreich oder das „Austria Vietnam Future Mobility Sym-

posium“ in Hanoi sind nur einige Beispiele für die exzellente Kooperation, die bereits jetzt besteht. Unser Ziel muß es nun aber sein, die eigenen Exporte noch wesentlich zu steigern“, so Schallenberg im Hinblick auf das bestehende Handelsdefizit *(Anm.: im Oktober hat eine steirische Wirtschaftsdelegation in Vietnam neue Möglichkeiten in den Bereichen der Kernkompetenzen der heimischen Wirtschaft erkundet. Smart Cities, E-Mobilität, erneuerbare Energien, Infrastruktur und Kreislaufwirtschaft sind Bereiche, die enormes Investitionspotential in Südostasien bieten.*

Außenminister Schallenberg kündigte im Rahmen des Gesprächs an, daß für 2023 eine Reise nach Fernost geplant ist und er auch Vietnam besuchen wird. ■

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg und sein vietnamesischer Amtskollege Bui Tanh Son

Belgische Außenministerin Hadja Lahbib in Wien

Außenminister Alexander Schallenberg traf am 28. September mit der belgischen Außenministerin Hadja Lahbib zu einem Arbeitsgespräch in Wien zusammen. Eingangs gratulierte er seiner Amtskollegin zu ihrer Ernennung im Juli 2022. Im Gespräch betonte er das exzellente Verhältnis zwischen Österreich und Belgien und regte eine verstärkte Kooperation im Bereich Asyl und Migration an. Beide Länder würden diesbezüglich vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Mit Hinblick auf den Stand der EU-Erweiterung in den Staaten des Westbalkans unterstrich Schallenberg die Notwendigkeit, noch in diesem Jahr sichtbare Fortschritte zu erreichen.

„Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat uns die geopolitische Bedeutung des EU-Erweiterungsprozesses erneut vor Augen geführt. Um eine Destabilisierung der Region durch Rußland zu verhindern, müssen wir den Ländern des Westbalkans eine glaubwürdige Beitrittsperspektive bieten. Hierfür sind konkrete Fortschritte bis Ende 2022 dringend notwendig. So sind etwa die Gewährung des EU-Kandidatenstatus an Bosnien und Herzegowina sowie die Visaliberalisierung für Kosovo längst überfällig“, so der Außenminister.

Darüber hinaus regte der Außenminister eine Fortführung der Diskussion über das von Österreich vorgeschlagene Modell einer schrittweisen Integration der EU-Beitrittskandidatenländer an. Angesichts der geänderten geopolitischen Rahmenbedingungen müsse man den Erweiterungsprozeß neu aufsetzen und nicht in bekannten Schablonen verharren.

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg und seine belgische Amtskollegin Hadja Lahbib

Kosovos Außenministerin Donika Gërvalla-Schwarz in Wien

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 11. Oktober die Außenministerin von Kosovo, Donika Gërvalla-Schwarz zu einem Arbeitsbesuch in Wien. Im Gespräch betonte Schallenberg das exzellente Verhältnis zwischen Österreich und Kosovo, dessen Unabhängigkeit Österreich bereits als einer der ersten Staaten im Jahr 2008 anerkannte. Von der EU forderte er mit Blick auf den Westbalkan mehr strategische Weitsicht. „Wie für uns alle war der 24. Februar 2022 für den Westbalkan eine Zeitenwende. Die massiven russischen Angriffe auf die Zivilbevölkerung in der Ukraine zeigen das gewaltige Eskalationspotential dieses Kriegs. Deshalb danke ich dem Kosovo für seine deutliche Positionierung auf der Seite der EU und der freien Welt. Der Angriffskrieg fordert aber unsere Aufmerksamkeit gerade am Westbalkan, damit die russische Aggression in Osteuropa nicht Konflikte ins Herzen Europas, in den Westbalkan, trägt“, der Außenminister.

In seinem Austausch mit Gërvalla-Schwarz kam er auch auf Österreichs Einsatz zugunsten einer EU-Visaliberalisierung für Kosovo zu sprechen. Der Zeitpunkt sei günstig, um Fortschritte zu erzielen und deutlich zu signalisieren, daß die Zukunft Kosovos in der EU liegt. Es sei unverständlich, daß Europa diesen Schritt noch nicht gesetzt habe.

Mit Hinblick auf den Stand der EU-Erweiterung in den Staaten des Westbalkans unterstrich Schallenberg, daß der Dialog zwischen Belgrad und Pristina alternativlos sei.

„Die Normalisierung zwischen Serbien und Kosovo ist und bleibt das Nadelöhr, durch das der Weg des Westbalkans in die EU führt. Um diesen Weg zu beschreiten, ist es wichtig, konsequent die bereits getroffenen Vereinbarungen umzusetzen, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, Alleingänge zu unterlassen und die regionale Zusammenarbeit am Westbalkan im Rahmen des Berlin Prozesses voranzutreiben“, so Schallenberg abschließend. ■

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Der Außenminister mit seiner kosovarischen Amtskollegin Donika Gervalla-Schwarz

Konferenz zur Bekämpfung des Menschenhandels

Der Kampf gegen Menschenhandel stellt eine Priorität der österreichischen Aussenpolitik dar. Aus diesem Grund findet die Konferenz jedes Jahr anläßlich des Tages der Europäischen Union zur Bekämpfung des Menschenhandels statt. Eröffnet wurde die Konferenz unter anderem durch Peter Launsky-Tieffenthal, Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Botschafterin Petra Schneebauer, Nationale Koordinatorin zur Bekämpfung des Menschenhandels, und Botschafter Emil Brix, Direktor der Diplomatischen Akademie.

„Diese jährliche Konferenz ist ein wichtiger Beitrag, um neue Wege zu finden den Menschenhandel noch effektiver zu bekämpfen. Menschenhandel ist und bleibt eine schwere Verletzung der Menschenrechte. Je stärker Staaten und relevante Institutionen vernetzt sind, desto schwieriger wird es für Menschenhändler, ihre kriminellen Mahenschaften umzusetzen. Wir sind zuversichtlich, daß der Menschenhandel jedes Jahr auf mehr Gegner stößt und daß er somit keine Zukunft haben wird“, unterstrich Generalsekretär Launsky-Tieffenthal bei der Eröffnung der Konferenz, wie wichtig die Bekämpfung des Menschenhandels ist.

Unter dem Motto „No Future for Traffiking“ wurde in der diesjährigen Konferenz vor allem der Menschenhandel vor dem Hintergrund der Digitalisierung, der COVID-Pandemie und der finanziellen Aspekte diskutiert. Wie man bei der Bekämpfung des Menschenhandels den TäterInnen einen Schritt voraus sein kann, stellte ebenfalls eine zentrale Frage bei der Veranstaltung dar.

„Österreich kooperiert mit anderen Ländern, um Opfer zu identifizieren. Wir haben in Österreich auch ein gutes Netz an Opferschutzeinrichtungen“, so Botschafterin Petra Schneebauer.

Im Rahmen von insgesamt fünf Workshops beleuchteten nationale und internationalen ExpertInnen sowie zahlreiche VertreterInnen internationaler Organisationen und der Zivilgesellschaft die verschiedenen Aspekte, Möglichkeiten und Herausforderungen im Kampf gegen Menschenhandel.

Foto: BMEIA / Kulhanek

Bei der Eröffnung der Konferenz in der Diplomatischen Akademie: Peter Launsky-Tieffenthal, Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, und Botschafterin Petra Schneebauer, Nationale Koordinatorin zur Bekämpfung des Menschenhandels

Die Veranstaltung wurde von der Task Force Menschenhandel organisiert, die unter dem Vorsitz des Außenministeriums steht. In diesem Gremium arbeiten VertreterInnen von Bundes- und Landesbehörden, die Polizei und Opferschutzeinrichtungen aus der Zivilgesellschaft zusammen. Weitere Partner bei der Organisation der Konferenz sind das Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (VIDC), die Internationale Organisation für Migration (IOM), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie das Fürstentum Liechtenstein. ■

»Die Jungen Unternehmer« in Berlin

Am 13. Oktober nahm der Außenminister am jährlichen Gipfel junger UnternehmerInnen in Deutschland teil. Das diesjährige Treffen fand an der Berlin-brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter dem Motto „Die Welt im Wandel“ statt. Dementsprechend standen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine im Zentrum der Konferenz.

In seiner Rede an die TeilnehmerInnen aus klein- und mittelständischen Unternehmen betonte Schallenberg, daß gerade jetzt in diesen anspruchsvollen Zeiten ein enger und stetiger Austausch zwischen Politik und Wirtschaft essentiell sei, insbesondere da sozioökonomische Kosten immer deutlicher spür-

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg bei seiner Rede am »Gipfel der Jungen Unternehmer« in Berlin …

bar werden. So spüren wir alle die gestiegenen Energiekosten sowie die hohe Inflation und gerade Unternehmerinnen und Unternehmer erfahren das aktuell unmittelbar.

„Sie haben tagtäglich mit steigenden Energiepreisen, unterbrochenen Lieferketten, schmerzhaften Abhängigkeiten, z.B. bei kritischen Rohstoffen, wegbrechenden Exportmärkten und zugleich dem Arbeitskräftemangel zu kämpfen. In Österreich wie in Deutschland sind es Unternehmerinnen und Unternehmer wie Sie, die das Rückgrat unseres Wohlstands bilden. Sie treiben Innovation voran, schaffen Arbeitsplätze und Ihre Beiträge sichern unser Sozialsystem“, bekräftigte Außenminister Schallenberg.

Mit Verweis auf die gemeinsame Ansprache von Putin und Xi Jinping zu Beginn der Olympischen Winterspiele in Peking, erläuterte Schallenberg, daß wir uns in einer systemischen Auseinandersetzung befänden. Gemeinsam riefen Xi und Putin zu einer Änderung der Weltordnung nach ihren Vorstellungen auf, was für Exportländer, wie Deutschland und Österreich brandgefährlich sei.

Diesbezüglich habe Putin aber einen schweren strategischen Fehler begangen, denn seit Anfang September stelle er einen klaren Konnex zwischen Gaslieferungen und Sanktionen her. Das sei geradezu ein Beweis dafür, daß einerseits die Sanktionen tatsächlich wirken und andererseits Handels- und Geschäftsverträge für ihn keinen Wert mehr haben. Auch Großunternehmen wie Gazprom seien dabei seiner Willkür ausgeliefert, was der Glaubwürdigkeit und Verläßlichkeit russischer Unternehmen nachhaltig schade.

Foto: BMEIA / Michael Gruber

… und im Gespräch mit Österreichs Botschafter in Deutschland, Michael Linhart

Laut dem Außenminister werden die nächsten Monate auf mehreren Ebenen herausfordernd, jedoch müssen auch in diesen schwierigen Zeiten Geschlossenheit, Augenmaß und Nervenstärke das Gebot der Stunde bleiben, denn für ihn gäbe es keine Alternative.

„Wenn wir uns auseinanderdividieren lassen, haben wir schon verloren. Wir müssen uns jetzt in strategischer Geduld üben. Lassen wir die Sanktionen wirken – denn das tun sie! Ich bin der Überzeugung, daß unsere auf Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und individuelle Rechte basierende Gesellschaften viel resilienter sind, als wir selber glauben“, unterstrich Schallenberg.

So würden Autokraten glauben, daß wir wegen der teils hitzigen politischen Debatten, der gegensätzlichen Meinungen, einer kritischen Medienlandschaft, einer starken Opposition und Zivilgesellschaft geschwächt und ungeeint wären, doch es ist genau das, was uns anpassungs- und lernfähig mache.

„Wir sind weiterhin der reichste und lebenswerteste Kontinent, mit einem in der Geschichte bislang unerreichten Grad an persönlichen Freiheiten, Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit. Wir sollten daher mehr Vertrauen in unsere eigene Stärke und Position haben. Jetzt kommt es darauf an, ihnen gemeinsam zu zeigen, daß sie Unrecht haben“, appellierte Schallenberg abschließend. ■

Österreich, Europa und die Welt

Slowakischer Außenminister Rastislav Káčer in Wien

Außenminister Schallenberg empfing am 14. Oktober seinen neuen slowakischen Amtskollegen Rastislav Káčer zu einem Antrittsbesuch in Wien. Die beiden Außenminister unterstrichen bei ihrem ersten bilateralen Treffen die ausgezeichneten Beziehungen beider Länder und betonten die Zusammenarbeit auch in den regionalen informellen Kooperationsformaten, wie den Central-5 oder dem Slavkov 3-Format – in dem die Slowakei derzeit den Vorsitz innehat –, weiter ausbauen zu wollen. Beide Länder stehen in vielerlei Hinsicht vor den selben Herausforderungen, es biete sich daher an sie gemeinsam anzugehen.

„Österreich und die Slowakei sind so eng miteinander verwoben. In jeder Hinsicht – politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell. Wir teilen diesen gemeinsamen mitteleuropäischen Raum und wir gestalten ihn zusammen. Das macht Koordination und Zusammenarbeit in allen Lebensbereichen unerläßlich“, so Schallenberg bei der Pressekonferenz.

Derzeit sind vor allem der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und dessen Auswirkungen, die Bereiche, in denen Kooperation zwischen Österreich und der Slowakei unerlässlich ist. Das gilt besonders in Bezug auf die durch die russische Aggression ausgelöste Energiekrise und der damit verbundenen hohen Inflation. Beide Länder haben überdies die Ukraine und ukrainische Vertriebene seit Ausbruchs des Kriegs tatkräftig unterstützt. Nun gelte es aber auch weiterhin als Europäische Union geeint aufzutreten und sich für eine rasche und friedliche Lösung des Konflikts einzusetzen.

„Es ist aus unserer Sicht ganz klar, daß die Einigkeit der EU essentiell ist. Wir fordern Rußland dringend auf, dem menschlichen Leid ein Ende zu setzen, seine Truppen zur Gänze abzuziehen und Umstände zu schaffen um sinnvolle Verhandlungen zu ermöglichen“, betonte Alexander Schallenberg die Notwendigkeit des europäischen Zusammenhalts und einer friedlichen Streitbeilegung.

Darüber hinaus besprachen die Außenminister, wie die Länder des Westbalkans möglichst rasch an die EU herangeführt werden können – auch um für Stabilität in der Region zu sorgen. Dabei begrüßte Schallenberg ausdrücklich die Empfehlung der Europäischen Kommission, Bosnien und Herzegowina den Beitrittskandidatenstatus zuzuerkennen.

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Der Außenminister mit seinem neuen slowakischen Amtskollegen Rastislav Káčer

Intercultural Achievement Awards 2022 verliehen

Am 18. Oktober eröffnete der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Peter Launsky-Tieffenthal, die Verleihung des Intercultural Achievement Awards (IAA) im Wiener Jazzclub Porgy & Bess. Der seit 2014 vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten verliehene Preis zeichnet herausragende Projekte für zivilgesellschaftliches Engagement sowie für die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs aus. Die fünf Siegerprojekte im Jahr 2022 – ausgewählt aus über 180 Einreichungen weltweit – stammen aus Frankreich, Indien, Jordanien, Marokko und Südafrika. In den österreichischen Sonderkategorien wurden die Organisationen „gemma! – Gemeinsam machen, Verein zur Förderung des interkulturellen Austauschs junger Menschen“ und „Sindbad – Mentoring für Jugendliche Österreich“ ausgezeichnet.

„Meine herzlichen Glückwünsche an alle Preisträgerinnen und Preisträger. Es freut uns außerordentlich zu sehen, welche innovative Kraft und starker Gemeinsinn weltweit trotz aller Widrigkeiten insbesondere auch jungen Menschen innewohnt. Diese interkulturellen und interreligiösen Dialoginitiativen sind in Zeiten enormer Herausforderungen auf globaler und regionaler Ebene von unschätzbarem Wert“, betonte Launsky-Tieffenthal bei der Preisverleihung.

Um die besonderen Herausforderungen zu würdigen, die in Zusammenhang mit der

Foto: BMEIA

Generalsekretär Peter Launsky-Tieffenthal bei seiner Eröffnungsrede

Foto: BMEIA

Gruppenfoto der PreisträgerInnen des Intercultural Achievement Awards 2022 mit Generalsekretär Peter Launsky-Tieffenthal

Ankunft von mehr als 80.000 Vertriebenen aus der Ukraine in Österreich stehen, wurde dieses Jahr auch ein Sonderpreis an die Ukrainische Samstagsschule des Ukrainischen Iwan-Franko-Zentrums für Bildung und Kultur vergeben. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges konnte die Schule in Wien knapp 1000 SchülerInnen aus der Ukraine beim Lernen der deutschen Sprache unterstützen. Zeitgleich wird durch den Unterricht in Fächern wie Ukrainisch oder ukrainische Literatur sichergestellt, daß das kulturelle Erbe der Ukraine gewahrt bleibt.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten dankt dem Zukunftsfonds der Republik Österreich, der Austrian Development Agency und dem Österreichischen Integrationsfonds für ihre wertvolle langjährige Partnerschaft im Rahmen des Intercultural Achievement Awards.

Die PreisträgerInnen des Intercultural Achievement Awards 2022

Kategorie Nachhaltigkeit

Mount Abu Public School aus Indien mit dem Projekt „Global Citizenship Education & Integration“

Das spezielle Curriculum hat das Ziel, nachhaltiges Denken und grenzüberschreitenden Dialog unter Schülerinnen und Schülern zu fördern und sie darin zu bestärken, ihre Kreativität im Sinne der Gemeinschaft zu entfalten.

Kategorie Technologie

Puppets World for Development of Children aus Jordanien mit dem Projekt „Puppets World Theatre“

Das mobile Puppentheater richtet sich an Kinder im Aufnahmeland Jordanien – ungeachtet sozialer oder geografischer Herkunft. Der Fokus liegt auf Integration und der Vermittlung von Werten wie Toleranz und Mitgefühl auf spielerische und unterhaltsame Weise.

Kategorie Aktualität

Southern African Liaison Office (SALO) aus Südafrika mit dem Projekt „South African Foreign & Migrant Policy and Xenophobia“

Dieses Projekt arbeitet gegen Rassismus, Gewalt und Stigmatisierung von BewohnerInnen informeller Siedlungen und Townships in Südafrika, die besonders von wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ausgrenzung betroffen sind.

Kategorie Innovation

Memories for the future aus Marokko mit dem Projekt „Reinventing Toumliline: Consolidating spaces for debate and dialogue“

Inspiriert von einem historischen Projekt von Benediktiner Mönchen in den 1950er-Jahren, zielt die Initiative darauf ab, Respekt und interreligiöse Harmonie in der marokkanischen Jugend zu fördern.

Kategorie Medien

99 aus Frankreich mit dem Projekt „True Stories connect us all“

Die Plattform bietet kurzen Dokumentarfilmen weltweit eine Bühne – sowohl online, als auch in organisierten Screenings. In Zusammenarbeit mit Universitäten werden zudem Untertitel erarbeitet, um einem möglichst breiten Publikum den kostenlosen Zugang zu ermöglichen.

Sonderpreis für Integration in Österreich

gemma! – Gemeinsam machen. Verein zur Förderung des interkulturellen Austauschs junger Menschen aus Graz mit dem Projekt „gemma! – Gemeinsam machen“

Die Initiative strebt danach, ungeachtet persönlicher Umstände oder Kriterien Raum für Entwicklung zu bieten und Austausch, Integration und friedliche Koexistenz zu fördern. Dies geschieht durch interkulturelle Begegnungsräume sowie Beratung und Lernunterstützung.

Sonderpreis für bestes österreichisches Projekt

Sindbad aus Wien mit dem Projekt „Sindbad – Mentoring for teenagers“

Sindbad ist ein Mentoring-Programm, das Jugendliche vor dem Wechsel in die Berufs- oder weiterführende Ausbildung mit ehrenamtlichen MentorInnen verknüpft. Dadurch werden sie in dieser transformativen Lebensphase begleitet und profitieren vom gegenseitigen Austausch.

Sonderpreis

Ukrainisches Iwan-Franko-Zentrum für Bildung und Kultur aus Wien mit dem Projekt „Ukrainische Samstagsschule“

Die Samstagsschule bietet am Wochenende zusätzlich Fächer wie Geschichte sowie ukrainische Sprache und Literatur nach ukrainischem Lehrplan an, damit Kinder sich auf die ukrainische Reifeprüfung vorbereiten und diese auch ablegen können. Mit weiteren Aktivitäten werden die Integration und der Zusammenhalt gefördert. ■

https://www.entwicklung.at / https://www.integrationsfonds.at/

Österreich, Europa und die Welt

Liechtensteins Außenminister Jean Asselborn in Wien

Am 20. Oktober 2022 empfing Außenminister Alexander Schallenberg seinen luxemburgischen Amtskollegen Jean Asselborn in Wien. Österreich und Luxemburg pflegen schon lange, enge bilaterale Beziehungen, was auch die gemeinsamen Positionen der beiden Staaten zu wichtigen aktuellen Themen, bestätigen. Klimapolitik, effektiver Multilateralismus und Schutz der Menschenrechte, sind nur einige der Punkte für die sich die beiden Staaten gemeinsam einsetzen. Besonders seit der Klage Österreichs gegen die Taxonomieänderung zur Einstufung von Kernenergie als „grüne" Energieform, rückte auch die gemeinsame Positionierung gegen Atomenergie in den Vordergrund.

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Der Außenminister mit seinem Amtskollegen aus Luxemburg, Jean Asselborn, in Wien

Besonders im Zusammenhang mit dem Russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist Energiesicherheit vermehrt zum Thema geworden. Entsprechend der ablehnenden Haltung gegenüber Nuklearenergie und der Dringlichkeit, die Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern, gilt es neue Partner am Energiemarkt zu finden. Zugleich soll aber auch darauf geachtet werden, daß Gas und Energie noch leistbar für die europäische Bevölkerung bleiben. Von der EU-Kommission wurde dazu das Modell einer Preisobergrenze für Gas zur Stromerzeugung präsentiert, das für den österreichischen Ausenminister in jedem Fall als überlegenswert gelte.

Abschließend wurde auch die EU-Erweiterung am Westbalkan besprochen, denn auch hier bietet der Einfluß des russischen Angriffs auf die Ukraine, destabilisierendes Potential. Nicht nur aus geostrategischer Sicht, aber auch um illegaler Migration einen Riegel vorzuschieben, gilt es die Zusammenarbeit mit diesen Staaten zu verbessern. Dazu braucht es, wie zuletzt am Beispiel Bosnien und Herzegowina, konkrete Beitrittsperspektiven für diese Staaten. ■

Kiribatis Präsident Taneti Maamau in Wien

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 20. Oktober den kiribatischen Präsidenten Taneti Maamau, der die Delegation von Kiribati im Rahmen der derzeit in Wien tagenden Vertragsstaatenkonferenz der Konvention gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität der Vereinten Nationen (UNTOC) anführte.

Schallenberg betonte die Wichtigkeit, den Stimmen kleinerer Staaten auf multilateraler Ebene Gehör zu verschaffen und alle Staaten zu wichtigen Konferenz- und Verhandlungsteilnahmen in Wien zu ermutigen. Dahingehend sieht Außenminister Schallenberg den Sitz der Vereinten Nationen in Wien als einen Knotenpunkt für alle Staaten der Welt und ist bestrebt, die Präsenz von Inselstaaten in Wien auszubauen.

„Globale Herausforderungen, ob Klimawandel oder Pandemie, machen nicht an Landesgrenzen halt. Sie betreffen alle Erdteile und wir können sie nur gemeinsam bewältigen. Dafür brauchen wir ein funktionierendes multilaterales System. Genau deswegen ist Multilateralismus auch ein wesentlicher Teil der außenpolitischen DNA Österreichs", so derAußenminister, der zudem die Zusammenarbeit mit Kiribati im Kontext des Atomwaffenverbotsvertrags (TPNW) begrüßte, bei dem Österreich eine Voreiterrolle als Mitinitiator übernommen hat.

„Wir können unsere Augen nicht vor der immanenten Bedrohung durch einen Einsatz oder Unfall mit Nuklearwaffen verschließen. Bevor sie uns vernichten, müssen wir sie vernichten", appellierte der Außenminister und hob Kiribati, das den Vertrag unterzeichnet und ratifiziert hat, als einen wichtigen Partner und starken Unterstützer nuklearer Abrüstung hervor.

Beim Austausch über die geopolitische Lage im Südpazifik bekräftigte Außenminister Alexander Schallenberg außerdem das Bestreben der EU, zum Frieden und zur Stabilität in der Region beizutragen.

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Der Außenminister mit dem kiribatischen Präsidenten Taneti Maamau in Wien

Österreich, Europa und die Welt

Angesichts der bevorstehenden Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Scharm El-Scheich (COP27) im November kam auch der gemeinsame Kampf gegen die Klimakrise zur Sprache. Die Erderwärmung und der damit einhergehende steigende Meeresspiegel haben auf den aus 33 Atollen bestehenden Inselstaat im Südpazifik verheerende Auswirkungen. Schallenberg unterstrich diesbezüglich Österreichs Unterstützung für Maßnahmen zur Stärkung der Klimaresilienz in Kiribati im Zuge der EU-Entwicklungszusammenarbeit. Österreich habe seine Klimaziele hochgesteckt, wolle es doch bereits 2040, zehn Jahre vor dem erklärten EU-Ziel, klimaneutral sein. ■

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Der Außenminister beim „Berliner Prozeß“ (Westbalkan-Konferenz) in Berlin

Westbalkan-Konferenz im Rahmen des Berlin-Prozesses

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am 21. Oktober an einem Treffen der AußenministerInnen im Format des Berlin-Prozesses in der deutschen Hauptstadt teil. Er bedankte sich zu Beginn bei seiner deutschen Amtskollegin Annalena Baerbock für die Ausrichtung der Konferenz und betonte, daß der Westbalkan für die EU eine Bewährungsprobe sei. Wenn die EU es nicht schaffe in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft geostrategisch zu handeln, werde die EU-Aussenpolitik an Glaubwürdigkeit verlieren.

„Gerade jetzt unter sicherheitspolitischem Aspekt und wenn wir an die Migrationsfrage denken ist der Westbalkan gewissermaßen der Lackmustest für die Europäische Union. Das ist ein Teil Europas, wir haben alles Interesse, sie fix zu uns in die europäische Gemeinschaft zu holen. Die Geschichte zeigt, ohne Stabilität in Südosteuropa gibt es keine Stabilität in Zentraleuropa“, so der Außenminister.

Um die sechs Staaten des Westbalkans auf den Weg Richtung EU-Mitgliedschaft zu bringen, sei die enge Kooperation untereinander wesentlich, unterstrich er. So wurde der Aufbau eines Gemeinsamen Regionalen Marktes, für den wichtige Abkommen vor dem Abschluß stünden, eingehend behandelt. Ebenso spiele laut Außenminister Alexander Schallenberg die Jugendkooperation am Westbalkan eine wichtige Rolle.

Beim Thema Energiesicherheit appellierte Schallenberg an ein solidarisches Miteinander und forderte, die Westbalkanstaaten in die EU-Energieplattform zur Diversifizierung und Sicherung ihrer Energieversorgung einzubinden. Es gelte schließlich, konkrete Anreize für eine bessere regionale Integration zu geben und die Westbalkanstaaten über eine schrittweise Eingliederung rascher an die EU zu binden.

„Man muß doch nicht warten, bis das letzte Komma des Rechtsbestandes umgesetzt ist. Dort wo die Westbalkanstaaten den Rechtsbestand umgesetzt haben und die entsprechende Rechtskontrolle gewährleistet ist, können wir sie zizerweis hineinbeziehen, als wären sie Vollmitgliedstaaten“, schlug der Außenminister abschließend neuerlich eine graduelle Integration der Westbalkanstaaten vor. ■

130 Jahre österreichisch-koreanische Beziehungen

Anläßlich des 130jährigen Jubiläums der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Korea reiste Außenminister Alexander Schallenberg von 21. bis 26. Oktober in die Republik Korea. Auf dem Programm der Reise standen Treffen mit dem koreanischen Premierminister Han Duck-soo und Außenminister Park Jin, Diskussionen zur sicherheitspolitischen Lage in der Region, ein Besuch der Demilitarisierten Zone, Unternehmensbesuche sowie die Eröffnung einer Ausstellung des Kunsthistorischen Museums.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der Republik Korea haben erst im vergangenen Jahr eine deutliche Aufwertung erlebt, als die Beziehungen auf das Niveau einer „Strategischen Partnerschaft“ gehoben wurden. Auch bei der Pandemiebekämpfung gab es eine gute Zusammenarbeit. Im Jubiläumsjahr der bilateralen Beziehungen will Schallenberg weitere Schritte setz-

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Der Außenminister wurde vom südkoreanischen Premierminister Han Duck-soo empfangen

ten und Türen für Wirtschaft und Kulturschaffende öffnen.

„Trotz der weiten Entfernung haben Österreich und die Republik Korea die besten Voraussetzungen für enge Beziehungen. Es freut mich daher mit dieser Reise weitere Verbindungen zwischen unseren beiden Ländern zu schaffen und die Länder ein kleines Stück näher zusammenzurücken“, so der Außenminister.

Im Fokus der Gespräche mit Premierminister Han Duck-soo und Außenminister Park Jin standen die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs sowie die sicherheitspolitische Lage auf der koreanischen Halbinsel im Licht der Raketentests der Demokratischen Volksrepublik Korea stehen. Bereits vor der Reise verurteilte Schallenberg die Raketentests auf das Schärfste. Darüber hinaus wurden in den politischen Gesprächen auch Chancen für eine stärkere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern erörtert.

„Der Indo-Pazifik ist im Umbruch. Die Karten in der Region werden gerade neu gemischt. Wie wir mit dem Aufstieg Chinas umgehen, hat unmittelbare Auswirkungen auch auf Österreich. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, mit jenen Partnern im Gespräch zu blieben, die unsere Werte teilen. Die Republik Korea ist ein solcher Partner“, äußerte sich der österreichische Außenminister zur Bedeutung der politischen Gespräche mit koreanischen Regierungsvertretern.

Um sich ein besseres Bild von der Sicherheitslage zu machen, hat er auch die Demilitarisierte Zone besucht, die die Republik Korea von der Demokratischen Volksrepublik Korea voneinander. Dabei bekam die österreichische Delegation ein Briefing durch die Neutral Nations Supervisory Commission. Darüber hinaus gibt es Treffen mit führenden koreanischen Sicherheitsexperten.

Einen der Höhepunkte der Reise bildete die Eröffnung der Ausstellung „Collecting the World – Six Centuries of Beauty in the Habsburg Empire“ im Koreanischen Nationalmuseum, die aus 100 Meisterwerken aus dem Kunsthistorischen Museums Wien besteht. Es ist bereits die dritte Ausstellung des Kunsthistorischen Museums in der Republik Korea.

Zudem standen ein Treffen mit dem früheren Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-Moon bei der Global Green Growth Initiative zum Thema Klima- und Entwicklungsziele sowie Veranstaltungen im Rahmen der weltweiten Wirtschaftsinitiative ReFocus Austria auf dem Programm. ■

Alexander Schallenberg mit seinem südkoreanischen Amtskollegen Park Jin, …

… mit dem Präsidenten & Vorsitzenden der Global Green Growth Initiative (GGGI) und früheren UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon …

Fotos: BMEIA / Michael Gruber

… und bei der Eröffnung der Ausstellung des KHM „Collecting the World – Six Centuries of Beauty in the Habsburg Empire in Seoul“ mit KHM-Generaldirektorin Sabine Haag

Österreich, Europa und die Welt

Finnlands Außenminister Pekka Haavisto in Wien

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 1. November den finnischen Außenminister, Pekka Haavisto, zu einem Arbeitsgespräch in Wien. Im Rahmen des Treffens sprachen die beiden über die von Rußland ausgehende Bedrohung für Finnland, das aufgrund seiner geografischen Lage besonders exponiert ist. So stellt etwa die Sicherung der über 1340 km verlaufenden Grenze zu Rußland, nicht zuletzt durch die Flucht zahlreicher von der Mobilisierungskampagne betroffenen Russen, eine besondere Herausforderung dar. Auch die weit über Finnland hinausgehenden Auswirkungen des russischen Angriffskrieges, allen voran das Thema Energiesicherheit, wurden thematisiert.

Weiters unterstrich Schallenberg gegenüber seinem finnischen Amtskollegen auch die Notwendigkeit, Gesprächskanäle zu Rußland aufrechtzuerhalten. Insbesondere im Hinblick auf Verhandlungen, die letzten Endes zur Beendigung des Angriffskrieges notwendig sein werden, sei dies wichtig.

Abschließend sprachen die beiden Aussenminister auch über die wichtige Mediationsrolle der in Wien angesiedelten Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), deren Vorsitz Finnland im Jahr 2025 übernehmen wird. ■

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Alexander Schallenberg mit seinem finnischen Amtskollegen Pekka Haavisto

Hochrangige Wiener Konferenz zur Sicherheit von JournalistInnen 2022

Anläßlich des zehnten Jahrestags des Aktionsplans der Vereinten Nationen (VN) zur Sicherheit von JournalistInnen lud das Außenministerium am 3. und 4. November gemeinsam mit der VN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) und dem Büro des VN-Hochkommissars für Menschenrechte zur Wiener Konferenz zur Sicherheit von JournalistInnen. An der Konferenz mit dem Titel „Safety of Journalists: Protecting media to protect democracy“ nahmen mehr als 400 VertreterInnen von Regierungen, internationalen Organisationen, Medien und aus der Zivilgesellschaft teil. Medienministerin Susanne Raab, UNESCO-Generaldirektorin Audrey Azoulay und der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Volker Türk, eröffneten die hochrangige Konferenz. Außenminister Alexander Schallenberg, der aus gesundheitlichen Gründen verhindert war, bekräftigte bereits im Vorfeld der Konferenz den hohen Stellenwert des unabhängigen Journalismus: „Die heutige Wiener Konferenz ist Anlaß, Journalist:nnen Respekt zu zollen, die trotz widrigster Umstände täglich ihre Freiheit oder sogar ihr Leben im Dienste der unabhängigen Berichterstattung riskieren.“

Trotz aller internationalen Anstrengungen ist Straflosigkeit für Verbrechen gegen JournalistInnen weitverbreitet, bleiben doch neun von zehn Morden an JournalistInnen gerichtlich ungeklärt. Um die Situation von MedienvertreterInnen zu verbessern, machten teilnehmende Staaten, internationale Organisationen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft während einer „Pledging Session“ zahlreiche Zusagen zur konkreten Stärkung von Medienfreiheit und dem Schutz von JournalistInnen. Die österreichischen Zusagen wurden von Medienministerin Raab in Vertretung von Außenminister Schallenberg präsentiert, darunter etwa eine Investition von 150.000 Euro in von Frauen geführte Medieninitiativen über Rechte von Frauen in Afghanistan. Zudem unterstützt Österreich das Hostile Environment Awareness Training (HEAT) für JournalistInnen in Krisen- und Konfliktsituationen, mit dem vor allem Journalistinnen auf die Arbeit unter besonders gefährlichen Bedingungen vorbereitet werden sollen. Um die Demokratie zu stärken, erhöht die österreichische Entwicklungszusammenarbeit auch ihren Beitrag zur Förderung von Medienentwicklung.

Zudem hat Österreich eine Politische Erklärung im Rahmen der Wiener Konferenz initiiert, der sich bereits mehr als 50 Staaten

Foto: BMEIA / Baurecht

Medienministerin Susanne Raab bei der Eröffnung der Konferenz „Safety of Journalists“ im Palais Niederösterreich in Wien

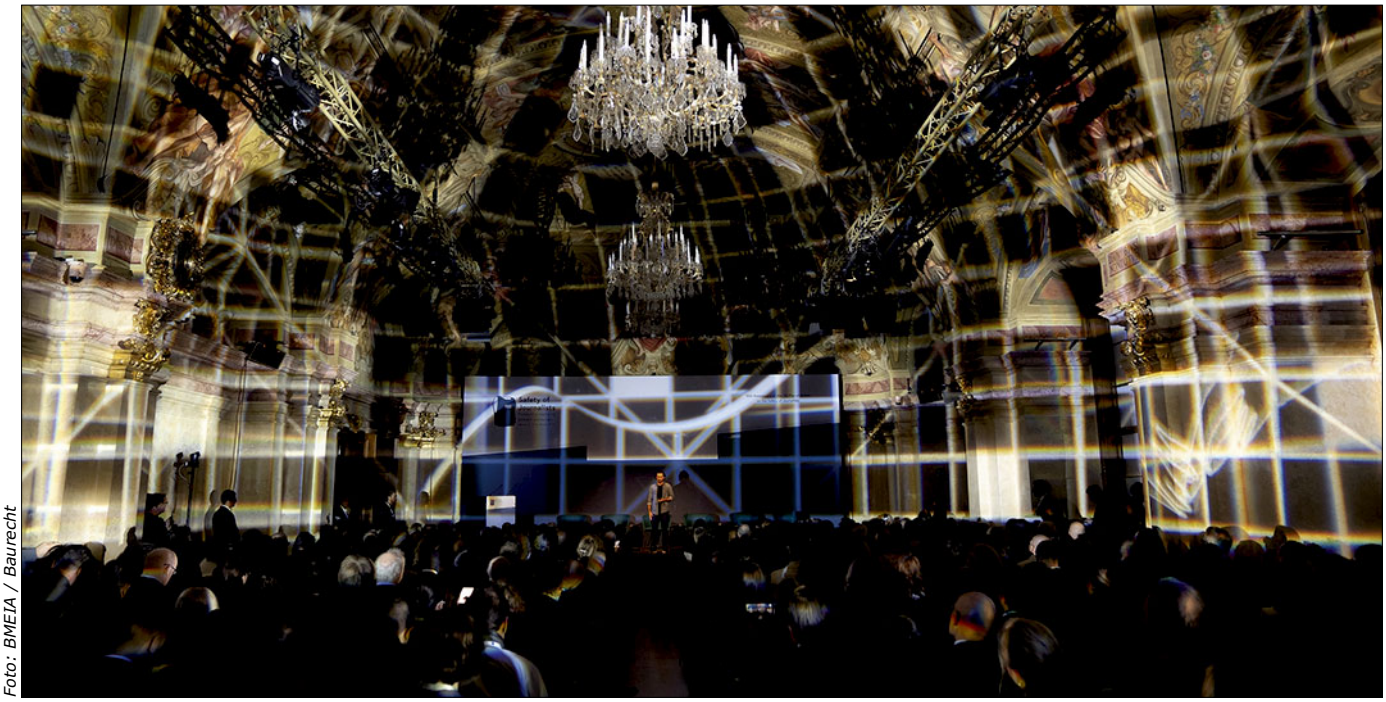


Foto: BMEIA / Baurecht

Ein Blick auf die Konferenz „Safety of Journalists“ im Palais Niederösterreich in Wien

angeschlossen haben. In diesem Zusammenhang verpflichten sich die Staaten mitunter dazu, den zunehmenden Bedrohungen für die Sicherheit von JournalistInnen, Medienfreiheit und Medienpluralismus im digitalen Zeitalter entgegenzuwirken. Darüber hinaus soll gegen neue Bedrohungsformen in den Bereichen Recht und Wirtschaft vorgegangen und die besonderen Risiken, denen Frauen im Journalismus im Zuge ihrer Arbeit ausgesetzt sind, stärker berücksichtigt werden.

Schließlich bekannten sich alle Teilnehmenden ausdrücklich zu einer engen Zusammenarbeit, mit dem Ziel in Zukunft das Bewußtsein für den VN-Aktionsplan, der konkrete Maßnahmen zur Sicherheit von JournalistInnen und zum Problem der Straflosigkeit enthält, zu schärfen und seine Umsetzung zu verbessern. In seinen Schlußworten verwies Generalsekretär Peter Launsky-Tieffenthal auf die Zukunftsperspektiven des VN-Aktionsplans.

„Diese Konferenz hat den nötigen Schwung für den Übergang in das zweite Jahrzehnt des VN-Aktionsplans geliefert. Im Vergleich zu 2012 befinden wir uns an einem vielversprechenden Punkt: Es gibt Strukturen und weltweite Koalitionen, die Interessengruppen miteinander verbinden. Wir wissen jedoch auch, daß die Herausforderungen nicht weniger wurden. Deswegen ist die weitere Arbeit an der Umsetzung des VN-Aktionsplans unerläßlich“, so Generalsekretär Peter Launsky-Tieffenthal abschließend. ■

Foto: BMEIA / Baurecht

Für die Konferenz nach Wien angereist: Friedensnobelpreisträger Dmitri Muratow

Foto: BMEIA / Baurecht

Generalsekretär Peter Launsky-Tieffenthal bei seinen Schlußworten

Regierung beschließt neues Dreijahresprogramm 2022-2024

Das neue Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2022 bis 2024 wurde am 16. November Ministerrat angenommen. Dessen Ziel ist es, den Menschen in den Partnerländern nachhaltige Lebensperspektiven zu eröffnen, indem vor Ort ein Umfeld sozialer und politischer Stabilität sowie eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 geschaffen wird. Österreichs internationale Solidarität zeigt sich auch dadurch, daß nun in der thematischen Schwerpunktsetzung globale Herausforderungen sowie Krisen besser berücksichtigt werden. So zeigt etwa der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, wie verwundbar unser globales System ist:

„Die weltweite Ernährungsunsicherheit und die steigende Zahl von Menschen in extremer Armut hat die internationale Gemeinschaft bereits vor dem 24. Februar vor immense Herausforderungen gestellt. Putins brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine potenziert diese Not. Angesichts dieser multiplen globalen Herausforderungen zeigt sich Österreich solidarisch und gibt für die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe so viel Geld aus wie nie zuvor“, betont Außenminister Alexander Schallenberg.

So wird das Budget für die bilaterale Entwicklungshilfe nächstes Jahr um 12 Millionen auf 137 Millionen Euro und für die humanitäre Hilfe um 20 Millionen auf 77,5 Millionen Euro anwachsen. Die kontinuierliche Steigerung der letzten Jahre zeigt Österreichs klares Bekenntnis zur Solidarität durch Hilfe vor Ort. So können die bereits bestehenden Partnerschaften der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) finanziell unterstützt werden. Österreichs Augenmerk liegt dabei auf den ärmsten Entwicklungsländern in Subsahara-Afrika sowie in der Nachbarschaft, insbesondere in Südosteuropa und im Südkaukasus, aber auch in Krisenregionen und fragilen Staaten.

„Mit dem Dreijahresprogramm leisten wir dort Hilfe, wo sie am dringendsten nötig ist – nämlich direkt vor Ort. Rasche Hilfe vor Ort ist auch der wirksamste Beitrag, Menschen in ihrer Heimat bzw. ihrer Heimatregion eine Perspektive zu bieten und ein lebenswertes Umfeld zu schaffen“, bekräftigt Botschafter Peter Huber, Leiter der Sektion Entwicklung im Außenministerium, die Rolle der OEZA.

Als wesentlicher Bestandteil der österreichischen Außenpolitik spiegelt die OEZA durch das neue Dreijahresprogramm die Prioritäten des Regierungsprogramms wider. Hierbei liegen die beiden inhaltlichen Schwerpunkte auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit sowie Migration.

Foto: BKA / Dragan Tatic

Nach dem Ministerrat: Außenminister Alexander Schallenberg (r.) und Bundeskanzler Karl Nehammer – Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe werden 2023 aufgestockt

Foto: BMEIA

Botschafter Peter Huber, Leiter der Sektion Entwicklung im Außenministerium

Einerseits soll die Initiative ReFocus Austria dazu dienen, neue unternehmerische Chancen und Möglichkeiten vor Ort zu schaffen. Andererseits wurde nun im Dreijahresprogramm die sogenannte Konditionalität eingeführt: Bei einer Verschlechterung der Zusammenarbeit im Bereich der Migration, insbesondere bei Rückführungen, ist es nun möglich, die Zuteilung von Finanzmitteln an die Partnerländer anzupassen.

Mit dem neuen Dreijahresprogramm setzt die Bundesregierung die bisherigen thematischen Schwerpunkte, wie beispielsweise die Stärkung von Frauen und vulnerablen Gruppen, Inklusion, Bildung, Förderung der Rechtsstaatlichkeit, Unterstützung der Zivilgesellschaft vor Ort und Programme zur Demokratisierung, fort. Wichtig dabei sei auch, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, hebt Botschafter Friedrich Stift, Geschäftsführer der Austrian Development Agency, hervor: „Österreichs humanitäre Hilfe leistet nicht nur einen unmittelbaren Beitrag, um das Leid vor Ort zu lindern, wie etwa durch die Bereitstellung von Nahrungsmitteln. Indem wir betroffenen Regionen etwa Saatgut und unsere Technologie zur Verfügung stellen, können wir so eine nachhaltige Entwicklung vor Ort sicherstellen.“

Durch das neue Dreijahresprogramm setzt sich Österreich auch in Zukunft dafür ein, Armut zu mindern, natürliche Ressourcen zu schützen sowie Frieden und Sicherheit für die Menschen in den Partnerländern zu fördern. ■

Österreich, Europa und die Welt

Auslandskatastrophenfonds

5,5 Millionen Euro für Burkina Faso und Mali

Die Sahelzone sieht sich mit einer Vielzahl an Krisen konfrontiert. Neben weitverbreiteter Armut und der schlimmsten Dürre seit Jahrzehnten setzen bewaffnete Konflikte und terroristische Gewalt den Menschen in der Region zu. Hinzu kommt die durch den russischen Angriffskrieg befeuerte globale Ernährungsunsicherheit, die die humanitäre Lage nochmals dramatisch verschärft hat. Mit insgesamt 5,5 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) des Außenministeriums will die österreichische Bundesregierung das bestehende Leid in Burkina Faso und Mali lindern. Zusätzlich unterstützt Österreich das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) bei Transport und Verteilung einer 125.000 Tonnen Getreidespende der Ukraine in aktuell besonders krisenbetroffenen Regionen in Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten.

„Westafrika ist seit Jahrzehnten mit vielfältigen Krisen konfrontiert. Mit dem Ausbruch des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und dessen Auswirkungen auf die globale Ernährungssicherheit hat sich die humanitäre Lage in den betroffenen Regionen weiter verschärft. Millionen Menschen und Kinder sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Für die österreichische Regierung steht die Unterstützung für die Bevölkerung im Sinne unserer humanitären Tradition der Hilfe vor Ort außer Frage. Wir stellen daher nicht nur insgesamt 5,5 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds zur Verfügung, sondern unterstützen auch das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen beim Transport und der Verteilung in den besonders betroffenen Regionen. Damit leisten wir einen wirksamen Beitrag das Leid der Menschen in diesen Ländern zu lindern“, führte Bundeskanzler Karl Nehammer an.

In Burkina Faso sind mindestens 4,9 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen, davon etwa 2,6 Millionen Kinder. Als eines der zehn ärmsten Länder weltweit fehlt es an den grundlegendsten Gütern, die Menschen haben oft keinen Zugang zu Nahrungsmitteln oder einer ausreichenden Gesundheitsversorgung. Mehr als 1,5 Millionen Menschen sind intern vertrieben, da sich die Sicherheitslage im Norden und Osten des Landes verschlechtert hat. Auch im Süden Malis spitzt sich die Sicherheitslage zu. Hunderttausende sind intern vertrieben. Besonders für Kinder ist die humanitäre Situation gravierend. Knapp die Hälfte der rund 7,5 Millionen auf humanitäre Unterstützung angewiesenen Menschen sind Kinder.

Foto: BKA / Dragan Tatic

Pressefoyer nach dem Ministerrat: Bundeskanzler Karl Nehammer (m.), Vizekanzler Werner Kogler (l.) und Außenminister Alexander Schallenberg (r.)

„Krieg, Naturkatastrophen, Klimawandel und Pandemie tragen zur Verschärfung der weltweiten Ernährungskrise bei. Die Zahl der von Hunger betroffenen Menschen hat sich in den letzten beiden Jahren verdoppelt. In Ostafrika und der Sahelzone leiden die Menschen besonders darunter. Mit dem heutigen Beschluß stellen wir aus dem Auslandskatastrophenfonds Mittel zur Verfügung, um Getreide in von der Ernährungskrise betroffene Länder zu bringen. Dieses Getreide wurde von der Ukraine an das World Food Programme gespendet. Österreich beteiligt sich im Sinne seiner humanitären Tradition an diesem außergewöhnlichen Akt der Solidarität, der hier von der Ukraine gesetzt wird“, erklärte Vizekanzler Werner Kogler.

Von den 5,5 Millionen Euro gehen jeweils 1 Million Euro an das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) und an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) sowie 500.000 Euro an österreichische Nichtregierungsorganisationen in Burkina Faso. Weitere 2 Millionen Euro gehen an das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen für Mali. Zur Linderung der weltweiten Ernährungskrise spendet die Ukraine dem WFP 125.000 Tonnen Getreide. Österreich stellt dem WFP 1 Million Euro für den Transport dieser Spende zur Verfügung, um dieses Getreide zu den von der Nahrungsmittelkrise besonders Betroffenen in afrikanischen Ländern, Jemen, Syrien und Afghanistan zu bringen.

„Die Sahelzone ist bereits von einem Tsunami an Krisen getroffen, darunter Dürren nie dagewesenen Ausmaßes, die Pandemie und Terrorismus. Durch die globale Ernährungsunsicherheit, verschärft durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, hat sich die humanitäre Lage nochmals zugespitzt. Durch Hilfe vor Ort leistet Österreich einen wirksamen Beitrag, die humanitären Krisen in Burkina Faso, Mali und in anderen von der akuten Krise hauptbetroffenen Regionen zu bekämpfen“, so Außenminister Alexander Schallenberg.

8 Millionen Euro für Syrien und Jordanien

Der seit mehr als zehn Jahren andauernde Syrienkonflikt hat zu einer der weltweit größten humanitären Krisen geführt. Die prekäre Lage vor Ort verschärft sich und eine politische Lösung des Konfliktes ist nicht in Sicht. Ein konsequenter Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur sowie eine Wiederbelebung der Wirtschaft werden so verunmöglicht. Um das Leid in Syrien und seinem Nachbarland Jordanien zu lindern und weitere Migration in Richtung Europa zu unterbinden, stellt die österreichische Bundesregierung insgesamt 8 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) des Aussenministeriums zur Verfügung. „Die humanitäre Situation in Syrien bleibt auch nach über einem Jahrzehnt von Tod, Zerstörung und unaussprechlichem Leid verheerend. Die Menschlichkeit gebietet, daß wir hier vor Ort unbürokratisch helfen und den Menschen sauberes Wasser, Strom und funktionierende Gesundheitseinrichtungen zur Verfügung stellen. So soll auch verhindert werden, daß sich noch mehr Menschen auf die gefährliche Reise nach Europa machen und das menschenverachtende Geschäft der Schlepper weiter befeuert wird“, hielt der Außenminister Außenminister Schallenberg abschließend fest. ■

Österreich, Europa und die Welt

Schallenberg beim Ministerrat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Im polnischen Łódź fand am 1. und 2. Dezember das Treffen der Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten statt.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat zum Ziel, Konflikte zu lösen und so ein friedliches Zusammenleben der über eine Milliarde Menschen in den 57 Mitgliedsstaaten zu ermöglichen – von Vancouver bis Wladiwostok. Weil OSZE-Beschlüsse einstimmig gefällt werden und Rußland seit Jahren blockiert, befindet sich die Organisation in der Krise. So hat Rußland beispielsweise die Beendigung der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine erzwungen. Ziel des Treffens war es daher, trotz der Blockaden Rußlands Wege zu finden, wie die OSZE ihre wichtige Arbeit für Stabilität, Frieden und Demokratie fortsetzen kann.

Für Außenminister Alexander Schallenberg standen dazu neben der Plenarsitzung bilaterale Gespräche mit den Außenministern der Ukraine, des Vereinigten Königreichs, Moldaus und Kasachstans sowie die Teilnahme an einem Side-Event zur „Beendigung der Straflosigkeit Rußlands“ auf dem Programm.

„Wir müssen alles daransetzen, die OSZE für den ‚Tag danach‘ zu bewahren. Den Tag, an dem die Diplomatie wieder Raum findet. Wann auch immer dieser Tag sein wird. Spätestens dann braucht es eine starke Organisation. Denn die OSZE war nie ein Klub gleichgesinnter Staaten. Ich bedauere es deshalb sehr, daß Rußland heute nicht vertreten ist. Das ist ein sicherheitspolitisches Eigentor“ so Schallenberg in Łódź.

Bei einer Veranstaltung zur „Beendigung der Straflosigkeit Rußlands und Gerechtigkeit für die Opfer des Angriffskrieges“ unterstrich der Außenminister die Unterstützung Österreichs für unabhängige Untersuchungsmissionen und Gerichte. Diese leisten einen wichtigen Beitrag, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und das Völkerrecht durchzusetzen.

„Ich bin stolz darauf, daß Wien die UN-Untersuchungskommission zur Ukraine beherbergt, daß wir ukrainische Ermittlungsbeamte für Kriegsverbrechen ausbilden und ausrüsten, und daß wir die Bemühungen des Internationalen Strafgerichtshofs finanziell und tatkräftig unterstützen“ betonte Schallenberg in seiner Rede.

Die OSZE hat in den vergangenen Jahrzehnten bedeutend zur Sicherheit, Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Stärkung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in Europa und Zentralasien beigetragen. Unter anderem war die Feldmission in der Ukraine nach der völkerrechtswidrigen Invasion der Krim ausschlaggebend dafür, den Dialog zwischen den Konfliktparteien aufrechtzuerhalten. Da Rußland nun alle Aktivitäten der OSZE in der Ukraine blockiert, braucht es neue, kreative Ansätze. Diesbezüglich zeigte sich Schallenberg bei seinem bilateralen Treffen mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba erfreut, daß die OSZE neue Wege geht. Lanciert wurde u.a. ein Projekt zur Minenräumung, Beseitigung von durch Angriffe entstandenen Umweltschäden und zur psychologischen Unterstützung der Zivilbevölkerung. Als außerbudgetäres Projekt kann es von Rußland nicht blockiert werden.

Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg beim OSZE Ministerrat in Łódź

Trotz des russischen Angriffskriegs dürfen auch andere Brandherde, die jederzeit wieder aufflammen können, nicht aus den Augen gelassen werden. Dazu zählen die Situation in Transnistrien aber auch Fragen der Rüstungskontrolle, der Menschenrechte und des Klimawandels. Dazu tauschte sich der Außenminister mit weiteren Amtskollegen aus. Gegenüber seinem moldauischen Amtskollegen Nicu Popescu zeigte er sich außerdem über den klaren proeuropäischen Kurs der moldauischen Regierung erfreut und sagte ihm die Aufrechterhaltung der österreichischen Unterstützung zu. Auch beim Gespräch mit James Cleverly, dem Außenminister des Vereinigten Königreichs, standen die Folgen des russischen Angriffskriegs sowie die Sicherheitskooperation im Fokus. ■

Treffen der »Slavkov 3«

Im slowakischen Château Béla traf Außenminister Alexander Schallenberg am 3. Dezember seine Amtskollegen aus der Slowakei, Rastislav Káčer und Tschechien, Jan Lipavský im sogenannten „Slavkov 3“-Format. Im Zentrum des Austausches am Rande des GLOBSEC Forums standen die nachbarschaftliche Zusammenarbeit, die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und die illegale Migration nach Europa.

Die Krisen der letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig die Zusammenarbeit der drei Nachbarstaaten ist. Während der Pandemie ist es den „Slavkov 3“ dank enger Abstimmung gelungen, den grenzüberschreitenden Reiseverkehr aufrechtzuerhalten. Seit fast zehn Monaten ist es nun der russische Angriffskrieg, der die ungeteilte Aufmerksamkeit der drei zentraleuropäischen Staaten erfordert. Neben dem Umgang mit den Auswirkungen des Angriffkrieges, besprachen die Außenminister auch mögliche Perspektiven in Richtung eines zukünftigen Friedensschlusses.

„Wir werden jede Lösung unterstützen, die für die Ukraine akzeptabel ist und die zu Frieden und dauerhafter Stabilität führt. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß eine dauerhafte Lösung nur am Verhandlungstisch herbeigeführt werden kann. Es wird an Präsident Selenskyj und dem ukrainischen Volk sein, die Umstände und Ausgestaltung einer solchen festzulegen“, so Außenminister Alexander Schallenberg.

Die drei Außenminister verurteilten abermals die wiederholten russischen Angriffe

auf die ukrainische Infrastruktur, insbesondere auf die Energie- und Lebensmittelversorgung, aufs Schärfste und betonten die Bedeutung eines geschlossenen Vorgehens der EU-Mitgliedsstaaten gegenüber Rußland. Dies ist besonders in Bezug auf die Energiepolitik von Bedeutung nachdem der russische Präsident weiterhin Kälte und Hunger als Waffe einsetzt um den Widerstand der Ukraine zu brechen und einen Keil zwischen die Ukraine und ihre Verbündeten zu treiben.

Ein weiteres zentrales Gesprächsthema der drei Außenminister war die zuletzt rasant zunehmende Migration nach Europa. Dabei verwies Schallenberg auf die Tatsache, daß temporäre Kontrollen an den Binnengrenzen zwischen Österreich und der Slowakei erforderlich sind. Diese Tatsache alleine zeige, daß das Schengensystem in seiner derzeitigen Form gescheitert ist. Zudem konzentriere sich die Europäische Kommission nur auf die zentrale Mittelmeerroute, während die illegale Migration über den Balkan dramatisch zugenommen hat.

„Wir hatten dieses Jahr rund 100.000 Asylanträge. Im September und Oktober hatte Österreich die höchste Pro-Kopf-Belastung aller EU-Mitgliedsstaaten. Von den 100.000 illegalen Migranten, die in Österreich ankommen, sind rund 75.000 nicht in einem anderen Schengen- oder assoziierten Staat registriert worden. Das bedeutet, daß drei von vier Personen durch einen oder mehrere sichere Staaten gereist sind, ohne registriert zu sein. Das muß ein Weckruf für Europa sein!“, unterstrich der Außenminister die überproportionale Last die Österreich trägt. In der Pressekonferenz im Anschluß an das Treffen sprach er sich zudem dafür aus, die Staaten des Westbalkans stärker in die gemeinsame Vorgehensweise der EU einzubeziehen und graduell in die EU zu integrieren. Europa müsse endlich Flagge zeigen und dürfe die Region nicht anderen Akteuren überlassen.

Das Slavkov-Format, benannt nach dem Ort seiner Entstehung im Jahr 2015, ist ein Kooperationsformat zwischen Österreich, der Slowakei und Tschechien. Der regelmässige Austausch findet dabei auf allen politischen Ebenen statt. ■

Foto: Slowakisches Außenministerium / Tomas Bokor

v.r.: Außenminister Alexander Schallenberg mit seine Amtskollegen aus der Slowakei, Rastislav Káčer, und Tschechien, Jan Lipavský, im sogenannten „Slavkov 3“-Format

Foto: BMEIA

Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem italienischen Amtskollegen Antonio Tajani

Italiens neuer Außenminister Antonio Tajani zu Gast in Wien

Außenminister Schallenberg empfing am 7. Dezember seinen neuen italienischen Amtskollegen Antonio Tajani zu einem bilateralen Treffen in Wien. Neben dem Austausch über die exzellenten bilateralen Beziehungen, standen das gemeinsamen Vorgehen in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg, die europäische Integration am Westbalkan sowie der Kampf gegen illegale Migration im Zentrum des Gesprächs.

Das ausgezeichnete Verhältnis zwischen Österreich und Italien spiegelt sich dabei bereits in der Tatsache wider, daß der erste bilaterale Auslandsbesuch seit Amtsantritt den italienischen Außenminister nach Wien führte. Dies begrüßte Außenminister Schallenberg und sprach von unschätzbarem Wert, daß ein echter Europäer wie Antonio Tajani an der Spitze der Außenpolitik eines wichtigen europäischen Partners wie Italien stehe. Neben einer engen Abstimmung auf europäischer Ebene unterstrichen beide Außenminister die Weiterentwicklung der Südtirol-Autonomie als besonderen Bereich der Zusammenarbeit.

„Die Lösung der Volksgruppenfrage in Südtirol, mit der Garantie für die Rechte der deutschsprachigen Minderheiten, ist ein europäisches Vorzeigemodell für ein friedliches Zusammenleben in Europa und weltweit, das etwa den Staaten des Westbalkans ein Vorbild sein könnte“, betonte Schallenberg.

Weiters begrüßte der österreichische Aussenminister die klare Haltung der neuen italienischen Regierung an der Seite der Ukraine und die scharfe Verurteilung des russischen Aggressors. Denn gerade in den nächsten Monaten, so Schallenberg, sei Einigkeit und strategische Geduld auf europäischer Ebene

unerläßlich. Nur so, als starke EU-27, könne der Kampf der Narrative gegen die russische Desinformation auch in anderen Weltregionen gewonnen werden.

Die beiden Außenminister waren sich zudem einig, daß mit dem Westbalkan in unmittelbarer geografischer Nähe sowohl Österreichs als auch Italiens wirtschaftliche und politische Stabilität in der Region im Interesse beider Staaten ist. Schallenberg – wie auch sein italienischer Amtskollege – hoben dabei die Notwendigkeit hervor, Bosnien und Herzegowina den Status einen EU-Kandidatenlandes zuzuerkennen. Als Zeichen der Solidarität mit dem Westbalkan-Staat kündigten die beiden Außenminister nach ihrem Treffen eine gemeinsame Reise nach Sarajewo an.

Auch in puncto illegale Migration sprachen sich die beiden Außenminister angesichts des massiven Zustroms von Migranten über die Balkan- und Mittelmeerroute für europäische Lösungen sowie eine enge bilaterale Abstimmung aus. Schallenberg versicherte seinem Amtskollegen dabei, daß Österreich die schwierige Situation Italiens durch seine exponierte geografische Lage verstehe. Er wies darauf hin, daß Österreich pro Kopf zuletzt die höchsten Asylantragszahlen EU-weit zu verzeichnen hatte.

„Die jetzige Situation ist unerträglich für die österreichische und italienische Bevölkerung, zumal in einer ohnehin herausfordernden Zeit“, so Außenminister Schallenberg.

Zuletzt wurde der Alpentransitverkehr zwischen Österreich und Italien über den Brenner thematisiert. Auch diesbezüglich hofft Schallenberg auf baldige konkrete Ergebnisse der Gespräche zwischen der EU-Kommission, Deutschland, Italien und Österreich. Um den Güterverkehr auf die Schiene verlagern zu können, müssen zum einen der Brennertunnel rasch fertiggestellt, zum anderen aber auch genügend Kapazitäten für den Schienenausbau in Italien und Deutschland geschaffen werden. ■

Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Schallenberg mi seinem nordmazedonischen Amtskollegen Bujar Osmani

Nordmazedoniens Außenminister Bujar Osmani zu Gast in Wien

Am 9. Dezember empfing Außenminister Alexander Schallenberg seinen Amtskollegen aus Nordmazedonien, Bujar Osmani, zu einem Arbeitstreffen in Wien. Die beiden Außenminister tauschten sich über den EU-Erweiterungsprozeß, die Rolle der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie Migrationsthemen aus.

Eingangs versicherte Schallenberg seinem Amtskollegen, daß Österreich in bewährter Weise Nordmazedonien tatkräftig auf seinem Weg zur EU-Vollmitgliedschaft unterstützen werde. Ein wichtiger Schritt in dieser Hinsicht war die Billigung des Beitrittsverhandlungsrahmens für Albanien und Nordmazedonien durch den Rat der Europäischen Union im Juli 2022. In diesem Zusammenhang sprach sich Schallenberg für einen graduellen EU-Beitrittsprozeß aus, der in einer Vollmitgliedschaft der Beitrittskandidatenländer münden würde.

„Ein stufenweises EU-Beitrittsmodell würde es erlauben, die EU-Beitrittskandidaten am Westbalkan informell wie Vollmitglieder zu behandeln. Dies wäre ein wichtiges Signal, das viel bewirken könnte, und ein notwendiger Schritt, den EU-Beitrittsprozeß mit neuem Leben zu erfüllen“, betonte Schallenberg die Vorzüge des österreichischen Vorschlags.

Neben Diskussionen über den Stand der EU-Erweiterung tauschte sich der Außenminister mit seinem Amtskollegen auch über die Rolle der OSZE angesichts des russischen Angriffskrieg aus. Das jüngste Treffen des OSZE-Ministerrates in der polnischen Stadt Łódź habe große Einigkeit einer Mehrheit der teilnehmenden Staaten hinsichtlich der Unterstützung der Ukraine verdeutlicht. Die Wiederaufnahme der Aktivitäten der Organisation im Land werde positive Auswirkungen, etwa im Bereich der Entminung und Umweltsanierung, mit sich bringen. Gleichzeitig seien die zahlreichen Herausforderungen, die die russische Aggression für die zukünftige Funktionsweise der OSZE bedeute, sichtbar geworden.

Mit Hinblick auf die derzeit wieder ansteigenden Migrationsströme nach Europa betonte Schallenberg Österreichs enge Kooperation mit Nordmazedonien im Bereich des Migrationsmanagements. Eine effizienter Schutz der EU-Außengrenzen setze voraus, daß die Staaten des Westbalkans ihre Visapolitik an jene der EU-Mitgliedsstaaten angleichen. ■

Litauens Außenminister Gabrielius Landsbergis zu Gast in Wien

Außenminister Alexander Schallenberg begrüßte am 9. Dezember seinen Amtskollegen aus Litauen, Gabrielius Landsbergis, zu einem Arbeitstreffen in Wien. Im Mittelpunkt des Austausches stand der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, insbesondere die europäischen Unterstützungsleistungen vor dem Hintergrund des herannahenden Winters sowie die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen. Zudem sprachen die beiden Außenminister über aktuelle Entwicklungen im Iran und steigenden Migrationsdruck.

Eingangs unterstrich Außenminister Alexander Schallenberg die exzellenten Beziehungen zwischen Österreich und Litauen und bekräftigte seinen Wunsch, diese durch einen Ausbau der Handelsbeziehungen und gegenseitige Besuche weiter zu intensivieren. Litauen habe sich zu einem wichtigen Akteur in der europäischen Sicherheitsdebatte entwickelt. Dies sei angesichts seiner Geschichte und der geografischen Nähe mit Rußland auch mit Hinblick auf die russische Aggression gegen die Ukraine der Fall.

In diesem Zusammenhang verurteilten die beiden Außenminister einheitlich, daß die ukrainische Zivilbevölkerung mittler-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg und sein litauischer Amtskollege Gabrielius Landsbergis

weile zu einem Ziel des brutalen Angriffskrieges der russischen Armee geworden sei.

„Wir verurteilen die fortgesetzten Akte der Aggression Rußlands, einschließlich des wiederholten, wahllosen Beschusses ziviler Infrastruktur, auf das Schärfste. Dies ist inakzeptabel! Wir fordern Rußland auf, seine Feindseligkeiten einzustellen und seine Truppen unverzüglich und bedingungslos aus dem gesamten Staatsgebiet der Ukraine abzuziehen“, so Schallenberg, der angesichts des herannahenden Winters mit seinem litauischen Amtskollegen übereinstimmte, daß die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Ukraine unverzichtbarer denn je sei. Dabei verwies er darauf, daß Österreich bereits humanitäre Hilfe im Wert von über 87 Millionen Euro, darunter die Lieferung von mehr als 300 Strom- und Heizaggregate, an die Ukraine und unmittelbar betroffene Nachbarstaaten geleistet habe.

Weiters sprachen sich beide Außenminister für die Notwendigkeit einer lückenlosen Aufklärung und rechtlichen Verfolgung der von russischer Seite begangenen Kriegsverbrechen in der Ukraine aus. Ein Zeichen des österreichischen Engagements sei diesbezüglich, daß die von den Vereinten Nationen eingesetzte unabhängige internationale Untersuchungskommission zur Ukraine, ihren Sitz in Wien habe.

„“Wenn wir wollen, daß sich das internationale Recht am Ende des Tages durchsetzt, ist Rechenschaftspflicht von größter Bedeutung“, so Außenminister Schallenberg.

Auch in Zusammenhang mit dem brutalen Vorgehen der iranischen Sicherheitskräfte gegen DemonstrantInnen im Iran waren sich die beiden Außenminister einig und forderten eine unabhängige und glaubwürdige Untersuchung. Die exzessive Anwendung von Gewalt gegen friedliche Protestierende sei absolut inakzeptabel.

Abschließend tauschten sich die beiden Außenminister über aktuelle Herausforderungen im Bereich Migration aus. Österreich ist so wie Litauen derzeit erhöhtem Migrationsdruck in Form steigender Ankunftszahlen ausgesetzt. Außenminister Schallenberg unterstrich, daß das Thema angesichts der aktuellen Situation ganz oben auf der europäischen Agenda stehen müsse. Der kürzlich von der Europäischen Kommission vorgestellte Aktionsplan für den Westbalkan sei ein erstes positives Signal, jedoch müßten nun weitere konkrete Schritte folgen. ■

Rat für Auswärtige Angelegenheiten mit Schwerpunkt Iran

Außenminister Alexander Schallenberg traf am 12. Dezember mit seinen AmtskollegInnen aus den EU-Mitgliedsstaaten zum Rat für Auswärtige Angelegenheiten zusammen. Auf der Tagesordnung standen die anhaltende Gewalt gegen Demonstrierende im Iran sowie die Drohnenlieferungen des Irans an Rußland im Angriffskrieg gegen die Ukraine. Am Rande der Ratssitzung fand zudem ein Arbeitsfrühstück im Zeichen der Östlichen Partnerschaft statt.

Bereits im Vorfeld des Treffens verurteilte Außenminister Alexander Schallenberg aufs Schärfste die Hinrichtungen von Iranern, die im Zusammenhang mit den landesweiten Protesten festgenommen worden waren: „Die Todesstrafe ist eine grausame und unmenschliche Strafe, die gegen die Menschenwürde verstößt. Österreich tritt deshalb entschieden gegen die Todesstrafe auf. Leider erleben wir aber einen Iran im Rückwärtsgang, wo Menschenrechte mit Füßen getreten und Personen unter fadenscheinigen Gründen hingerichtet werden. Der iranischen Führung muß klar sein, daß wir hier nicht tatenlos zusehen. Frauenrechte sind Menschenrechte, und diese gelten auch im Iran“, so der Außenminister.

Im Rahmen der Ratssitzung beschlossen die EU-AußenministerInnen einstimmig wei-

Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg beim Rat für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel

tere Sanktionen gegen den Iran. Diese zielen einerseits auf jene Personen ab, die mit der gewaltsamen Unterdrückung im Iran in Verbindung stehen, andererseits auf die Lieferungen iranischer Kampfdrohnen an Russland. So ist es laut Außenminister Alexander Schallenberg auch völlig inakzeptabel, daß sich der Iran zum Handlanger des russischen Aggressors im Krieg gegen die Ukraine macht.

Unter Einbindung des ukrainischen Aussenministers Dmytro Kuleba behandelten die MinisterInnen darüber hinaus die Beziehungen der EU zu Rußland. Dabei verwies der Außenminister darauf, daß der russische Präsident Putin Kälte und Hunger als Waffe einsetzt. Dieser beabsichtige damit den Widerstandswillen der ukrainischen Bevölkerung zu brechen, neue Fluchtbewegungen auszulösen und so die europäische Einheit zu gefährden. Österreichs Priorität liege deshalb umso mehr auf humanitären Hilfsleistungen für die ukrainische Zivilbevölkerung.

Weiters konstatierte Schallenberg, daß der Angriffskrieg die Beziehungen dahingehend verändert habe, daß Kontakte zu Rußland auf bilateraler und europäischer Ebene weniger geworden seien.

Nichtsdestotrotz bekannte er sich zu der Notwendigkeit, Rußland in multilateralen Fora einzubinden: „Rußland wird nicht von der Landkarte verschwinden. Ein völliges Abbrechen jeglicher Kontakte wäre nicht nur kontraproduktiv, sondern auch brandgefährlich. Nur anhand offener Gesprächskanäle können wir Rußland im direkten Gespräch mit den verheerenden globalen Auswirkungen der russischen Aggression konfrontieren.“

Am Rande des Treffens tauschten sich die Ministerinnen und Minister im Rahmen der Östlichen Partnerschaft auch mit ihren Amtskollegen aus Armenien, Aserbaidschan, Moldau, Georgien und der Ukraine bei einem informellen Arbeitsfrühstück aus. Gegenstand der Diskussionen waren die Ankurbelung von Reformen in Staaten in Osteuropa und im Südkaukasus sowie die Gewährleistung der Sicherheit in diesen Regionen im Kontext des russischen Angriffskriegs. ■

https://www.bmeia.gv.at/

Beschluß des Ministerrates über die Besetzung von Leitungsfunktionen im Ausland

Auf Antrag von Außenminister Alexander Schallenberg wurde in der Sitzung des Ministerrates vom 7. Dezember die Neubesetzung von mehreren österreichischen Vertretungsbehörden beschlossen.

Die Betrauung mit den genannten Leitungsfunktionen erfolgt nach Einholung des erforderlichen Agréments des Empfangsstaates und nach Ausstellung des Beglaubigungsschreibens durch den Bundespräsidenten.

Es wurde vorgeschlagen, folgende Personen mit Leitungsfunktionen im Ausland zu betrauen:

- Gesandte Dr.in Marieke **Zimburg** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Amman,
- Gesandte Mag.a Gabriele **Juen,** LL.M. mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Ankara,
- Botschafter Mag. Jürgen **Meindl** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Brüssel,
- Botschafter Mag. Dr. Thomas **Oberreiter** mit der Leitung der Ständigen Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union in Brüssel,
- Gesandte Mag.a Elisabeth **Kögler** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Canberra und Mitakkreditierung als ao. u. bev. Botschafterin in der Republik Fidschi, in der Republik Kiribati, in der Republik Marshallinseln, in den Föderierten Staaten von Mikronesien, in der Republik Nauru, in Neuseeland, im Unabhängigen Staat Papua-Neuguinea, in den Salomonen, im Unabhängigen Staat Samoa, im Königreich Tonga, in Tuvalu und in der Republik Vanuatu,
- ao. und bev. Botschafterin Mag.a Melitta **Schubert** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Dublin,
- Gesandten Dr. Herbert **Pichler** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Helsinki,
- ao. und bev. Botschafter Mag. Dr. Gerhard **Zettl** mit der Leitung des Österreichischen Generalkonsulates Hongkong,
- ao. und bev. Botschafter Mag. Georg **Postinger** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Kairo und Mitakkreditierung als ao. u. bev. Botschafter im Staat Eritrea und in der Republik Sudan,
- Legationsrätin Mag.a Bernadette **Klösch** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Lettland mit Sitz in Wien,
- Gesandte Mag.a Renate **Kobler** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Lima und Mitakkreditierung als ao. u. bev. Botschafterin im Plurinationalen Staat Bolivien,
- Botschafter Mag. Bernhard **Wrabetz** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft London,
- Botschafterin Mag.a Dr.in Karin **Proidl** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Luxemburg,
- ao. und bev. Botschafter Mag. Wolfgang **Strohmayer** mit der Leitung des Österreichischen Generalkonsulates Mailand,
- Gesandten Mag. Christophe **Ceska** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Maskat und Mitakkreditierung als ao. u. bev. Botschafter in der Republik Jemen,
- Gesandte Mag.a Dr.in Susanne **Bachfischer** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Nikosia,
- ao. und bev. Botschafter Dr. Johannes **Wimmer** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Pressburg,
- Gesandten Mag. Georg **Schnetzer** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Pristina,
- ao. und bev. Botschafter Dr. Oskar **Wüstinger** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Riyadh,
- ao. und bev. Botschafter Mag. Georg **Diwald** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Sarajewo,
- Botschafter Mag. Martin **Pammer** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Skopje,
- Gesandte Mag.a Barbara **Grosse,** E.MA mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Tripolis,
- Legationsrat Mag. Dr. Clemens **Koja** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Usbekistan mit Sitz in Wien und
- Botschafterin MMag.a DDr.in Petra **Schneebauer** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Washington und Mitakkreditierung als ao. u. bev. Botschafterin im Commonwealth der Bahamas. ■

Maori-Delegation übernahm Überreste ihrer Vorfahren

Das Naturhistorisches Museum Wien gab Gebeine Angehöriger der Māori und Moriori an Aotearoa, Neuseeland zurück

Am 27. September wurden im Rahmen einer feierlichen Repatriierungs-Zeremonie im Naturhistorischen Museum Wien Gebeine Angehöriger der Māori und Moriori nach Aotearoa, Neuseeland, zurückgegeben. Das Karanga Aotearoa Repatriation Programme führt die Rückführung von Überresten von Māori und Moriori aus den Sammlungen des Naturhistorischen Museums Wien durch. Dieses Projekt wird in Partnerschaft zwischen dem Te Papa Tongarewa Museum (Wellington), dem Naturhistorischen Museum Wien, der österreichischen Bundesregierung und der neuseeländischen Botschaft in Wien durchgeführt.

Bei der offiziellen Übergabe sprachen Mr. Parone Gloyne (Māori cultural expert, Te Papa), Arapata Hakiwai (Māori co-leader, Te Papa) und S.E. Botschafter Brian Hewson (neuseeländische Botschaft in Österreich). Österreich und das NHM Wien waren vertreten durch Jürgen Meindl (Leiter der Sektion Kunst und Kultur, Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport), Katrin Vohland (Generaldirektorin des NHM Wien) und Prof. Sabine Eggers (Anthropologin, NHM Wien). Bei den anschließenden Präsentationen und der Podiumsdiskussion sprachen auch Te Herekiekie Herewini (Karanga Aotearoa), Te Arikirangi Mamaku-Ironside (Karanga Aotearoa), Arapata Hakiwai (Te Papa), Paraone Gloyne (Te Papa), Ngahuia Kopa (Te Papa) und Hinemoana Baker (Te Papa).

Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer bezeichnet die Rückgabe von Ancestral Remains der Māori und Moriori an Aotearoa/Neuseeland als wichtigen Schritt für die Anerkennung geschehenen Unrechts, welches durch umsichtige Provenienzrecherchen belegt werden konnte. „Einen weiteren Schritt in diese Richtung gehen wir mit dem Beratungsgremium für Objekte aus kolonialen Kontexten. Ziel ist es, einen sensiblen Umgang mit Sammlungen österreichischer Bundesmuseen aus kolonialen Kontexten zu entwickeln. Ein zeitgemäßer und dialogischer Zugang steht dabei im Vordergrund.“ Katrin Vohland, Generaldirektorin und wissenschaftliche Leiterin des Naturhistorischen Museums Wien, betonte die Bedeutung des Vorhabens und seine Wichtigkeit für alle Beteiligten. „Ich bin beeindruckt, wie sehr der Rückführungsprozeß von dem Wunsch nach Versöhnung getragen wird, und freue mich, daß wir zum Heilungsprozeß beitragen können“, so Vohland. „Ich bin dankbar für die Möglichkeit, die Beziehungen zwischen Österreich und Neuseeland auf wissenschaftlicher und persönlicher Basis vertrauensvoll wachsen zu lassen.“

Zur Repatriierung

Mit der Rückgabe von menschlichen Überresten soll das ethische und moralische Unrecht anerkannt werden, welches durch rücksichtlose Sammlungspraktiken entstanden ist. Sterbliche Überreste indigener Angehöriger wurden zudem unter Mißachtung

Foto: Naturhistorisches Museum Wien/APA-Fotoservice/F.-Roßboth

Die Zeremonie im Naturhistorischen Museum Wien

Foto: Naturhistorisches Museum Wien/APA-Fotoservice/F.-Roßboth

Parone Gloyne (Māori Kulturexperte, Te Papa)

ihrer Welt- und Wertvorstellungen außer Landes geschafft. Sie wurden anthropometrisch untersucht, rassialisiert und nicht selten öffentlich zur Schau gestellt. Dadurch wurden sie ihrer Identität als Vorfahren der lebenden Gesellschaften beraubt und zu Museumobjekten degradiert. Das Ziel der Repatriierung menschlicher Überreste aus musealen Sammlungen ist die Rehumanisierung und somit die damit einhergehende Wiederherstellung der individuellen Würde der Verstorbenen und ihrer wichtigen Rolle als Identitätsspender heutiger Gesellschaften.

Provenienzrecherche

Bei den menschlichen Überresten aus Neuseeland (kōiwi tangata / kōimi tchakat), die im 19. Jahrhundert in das NHM Wien eingegliedert wurden, handelt es sich um Schädel von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen, Männern und Frauen.

Eingeleitet wurde dieser Prozeß durch das Te Papa Museum, Wellington, welches im Auftrage der neuseeländischen Regierung, weltweit Repatriierungen initiiert und koordiniert. Nach intensiver interdisziplinärer Provenienzrecherche über die Herkunft der Gebeine ist davon auszugehen, daß diese gegen den Willen der indigenen Māori / Moriori Gesellschaft aus deren Grabstätten entwendet wurden. Sie gelangten auch durch Handel und Tausch sowie als Geschenk in die osteologische Sammlung des NHM Wien. Zu diesem Schluß gelangt die gemeinsam von einem großen Team an WissenschaftlerInnen und StudentInnen der Anthropologischen Abteilung des NHM Wien in Zusammenarbeit mit WissenschaftlerInnen des Te Papa Museums durchgeführte Provenienzrecherche. Aufgrund der daraus resultierenden und im Gutachten hervorgegangenen Ergebnisse sowie mit dem Verweis auf internationale Ethikstandards (wie insbesondere Art. 12 der United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples) und den Empfehlungen des Te Papa Museums befürwortet die Republik Österreich daher ausdrücklich die Repatriierung dieser kōiwi tangata / kōimi tchakat.

Im Zuge dieser Repatriierung wird auch das Sparkling Science Projekt „Kolonialismus heute!? Was hat das mit mir zu tun?“ gestartet. Ziel ist es, gemeinsam mit SchülerInnen zu untersuchen, was koloniale Kontexte mit aktuellen Fragen, zum Beispiel der Biodiversität oder globaler Ungleichheit, zu tun haben. Der Besuch der SchülerInnen bei der Repatriierungszeremonie war gleichzeitig Projektauftakt.

https://www.nhm-wien.ac.at

Die Maori und Österreich – eine komplizierte Beziehung

Von Hermann Mückler)*

Die beiden neuseeländischen Maori Wiremu Toetoe Tumohe und Hemara Te Rerehau Paraone gelangten mit der österreichischen Fregatte Novara im Zuge von deren Weltreise der Jahre 1857-1859 von Aotearoa (Neuseeland) nach Triest und weiter nach Wien, wo sie in den Jahren 1859 und 1860 lebten und arbeiteten. Sie waren damit die ersten Indigenen der Doppelinsel Neuseelands, die den Weg nach Österreich fanden. Das Interesse an den beiden polynesischstämmigen Maori war damals in Wien groß. Hohe und höchste Kreise buhlten darum, sie als Gäste einladen und ausfragen zu können. Zahlreiche Artikel der „Wiener Zeitung“ geben Zeugnis von jedem Detail ihres Aufenthalts und ihres Verhaltens. Anläßlich ihrer Heimfahrt über London wurden sie mit einer Druckerpresse beschenkt, zu deren Nutzung sie in der Österreichischen Staatsdruckerei davor schon eine Lehre absolviert hatten. Diese Druckerpresse wurde in Neuseeland berühmt, da mit ihr die Zeitung „Te Hookioi“ in Maori gedruckt wurde. Für lange Zeit blieben die beiden Maori die einzigen, welche Österreich besuchten, während zur gleichen Zeit zahlreiche Schädel und Knochen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – der Hochblüte der Epoche anthropologischer Schädelvermessungen – ihren Weg nach Wien fanden.

Zu jenen Österreichern, die im 19. Jahrhundert den Weg nach Neuseeland fanden, zählte der zwar in Deutschland geborene, aber in Österreich wirkende Geologe, Naturforscher und Entdecker Ferdinand Hochstetter sowie der oberösterreichische Forschungsreisende, Ethnograph und Ornithologe Andreas Reischek. Beiden war man seitens der Maori mit Entgegenkommen begegnet. Hochstetter trug entscheidend zur Erschließung bis dato geologisch unkartierter Gebiete Neuseelands bei. Reischek jedoch mißbrauchte die Gastfreundschaft, die ihm sogar Ausnahmegenehmigungen und das Vertrauen des Maori-Königs Tawhiao eingebracht hatte, auf seiner Suche nach ethnologisch interessanten Objekten sowie „human remains“. Er raubte, zum Teil mit Unterstützung von einheimischen Maori, Werkzeuge, Schmuck, Schnitzereien, menschliche Knochen, 37 Schädel und zwei Mumien aus alten, verbotenen Grabhöhlen und brachte sie nach Europa. In seinem Tagebuch sowie in einer Veröffentlichung seines Sohnes brüstete er sich der Methoden, die er anwandte, um an die Gegenstände zu gelangen. Seit diese Tatsache den Maori durch die Recherchen des Neuseeländers Michael King bewußt wurde, ebbte die Kritik an dieser Vorgehensweise von Seiten der Maori nicht mehr ab.

In jüngerer Zeit stellten diese zwischenzeitig in mehreren Museen beheimateten Objekte Reischeks zunehmend eine Bürde dar, deren Besitz mit einem zeitgemäßen, ethisch und moralisch vertretbaren Umgang nicht vereinbar ist. Bereits 1985 übergab das damalige Völkerkundemuseum Wien die beiden Mumien an eine neuseeländische Delegation, die diese in ihre Heimat überführten.

Im Jahr 2015 schließlich wurden die restlichen human remains des zwischenzeitig Weltmuseum Wien genannten ethnologischen Museums im Rahmen einer berührenden Zeremonie an eine Delegation von Maori übergeben.

Nun fand dieser Akt der Heimholung menschlicher Überreste von Maori auch im Naturhistorischen Museum Wien, welches ebenfalls zahlreiche Schädel und Knochen beherbergte, seine Umsetzung. Hier kam es nun am 27. September zu einer feierlichen und ergreifenden Zeremonie, in der eine sechsköpfige Maori-Delegation des Te Papa Tongareva die Überreste ihrer Vorfahren entgegennahm, um diese mit nach Hause zu nehmen. Damit findet ein unrühmliches Kapitel einer bilateralen Beziehungsgeschichte seinen überfälligen, aber versöhnlichen Abschluß und es kann – und wird – ein neues Kapitel in den österreichisch-neuseeländischen Beziehungen aufgeschlagen, wie es die Redner beider Länder bei der Zeremonie mehrmals betonten. ■

*) *Univ.Prof. Hermann Mückler ist Präsident der Anthropologischen Gesellschaft in Wien, sowie Präsident des Dachverbands aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften-PaN*

Plus 45 % bei Einbürgerungen

… von Jänner bis September – fast 30 % sind Nachkommen von NS-Opfern

In den ersten drei Quartalen 2022 wurde die österreichische Staatsangehörigkeit an 11.155 Personen verliehen, darunter an 3.017 (27,0 %) Personen mit Wohnsitz im Ausland. Damit gab es laut Statistik Austria um 45,3 % mehr Einbürgerungen als von Jänner bis September 2021 (7.676 Einbürgerungen) bzw. um 46,6 % mehr als im Vergleichszeitraum vor Beginn der COVID-19-Pandemie 2019 (7 610 Einbürgerungen).

„Das kräftige Einbürgerungsplus von 45,3 % im Vergleich zu den ersten drei Quartalen des Vorjahres geht hauptsächlich auf die Einbürgerungen von NS-Opfern und deren Nachkommen zurück, die fast 30 % der von Jänner bis September 2022 neu Eingebürgerten ausmachen“, so Tobias Thomas, Generaldirektor von Sta- tistik Austria.

Unter dem Rechtstitel §58c StbG haben politisch Verfolgte des NS-Regimes und deren Nachkommen die Möglichkeit einer Einbürgerung, ohne im Gegenzug ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben zu müssen. Von Jänner bis September 2022 erhielten 3.022 Personen (davon leben 2.992 im Ausland) nach §58c die österreichische Staatsangehörigkeit, das entspricht 27,1 % aller Einbürgerungen dieser drei Quartale. Personen, die unter diesem Titel eingebürgert wurden, sind am häufigsten Angehörige folgender drei Staaten: Israel (1.182 bzw. 10,6 % aller in den ersten neun Monaten 2022 Eingebürgerten), Vereinigte Staaten (718 bzw. 6,4 %) und Vereinigtes Königreich (640 bzw. 5,7 %). Aus anderen Gründen Eingebürgerte (insgesamt 8.133 Personen von Jänner bis September 2022) waren zuvor am häufigsten Staatsangehörige Syriens (834 bzw. 7,5 %), der Türkei (810 bzw. 7,3 %) sowie Bosnien und Herzegowinas (614 bzw. 5,5 %). Die Hälfte der Einbürgerungen in den ersten drei Quartalen 2022 entfiel auf Frauen (50,6 %), rund ein Drittel waren Minderjährige (31,4 %). Fast ein Viertel der neu Eingebürgerten wurde in Österreich geboren (2.683 bzw. 24,1 %).

In acht Bundesländern wurden von Jänner bis September 2022 mehr Personen eingebürgert als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die relativen Zuwächse waren in Vorarlberg (+47,4 % auf 426 Einbürgerungen) am höchsten, gefolgt von Kärnten (+46,0 % auf 419), Wien (+33,6 % auf 3 290) und der Steiermark (+31,0 % auf 740). Im Burgenland (-7,6 % auf 121) gab es im Vergleich zum Vorjahr weniger Einbürgerungen. Auch im Vergleich zu den ersten drei Quartalen 2019, vor der Covid-19-Pandemie, gab es in sieben Bundesländern mehr Einbürgerungen, angeführt von Kärnten (+86,2 % auf 419 Einbürgerungen). Nur in Wien (-2,2 % auf 3.290) und in Oberösterreich (-4,9 % auf 993) gab es im Vergleich zu 2019 weniger Einbürgerungen.

Fast drei Viertel aller Einbürgerungen in den ersten neun Monaten 2022 erfolgten aufgrund eines Rechtsanspruchs (8.061 Personen bzw. 72,3 %). Darunter wurden 3.950 Personen nach mindestens sechsjährigem Wohnsitz in Österreich und aus besonders berücksichtigungswürdigen Gründen eingebürgert (z. B. nachgewiesene Deutschkenntnisse und nachhaltige Integration, Geburt in Österreich, EWR-Staatsangehörigkeit oder asylberechtigt – §11a, Abs. 4, Abs. 6 sowie Abs. 7), 3 022 politisch Verfolgte und deren Nachkommen (§58c, Abs. 1 bis Abs. 6), 484 Personen aufgrund der Ehe mit eine:r Österreicher:in (§11a, Abs. 1 und Abs. 2) sowie 361 Personen aufgrund eines mindestens 15-jährigen Wohnsitzes in Österreich und nachhaltiger Integration (§12, Abs. 1, Z. 1). Weitere 697 Personen erhielten die Staatsangehörigkeit im Ermessen (6,2 %), darunter 675 Personen nach mindestens zehnjährigem Wohnsitz (§10, Abs. 1). Unter dem Titel Erstreckung der Verleihung wurden zusammen 2.397 Personen bzw. 21,5 % eingebürgert, davon 303 EhegattInnen (§16) und 2.094 Kinder (§17).

Die Statistik der Einbürgerungen basiert auf den Angaben aus den rechtskräftigen Bescheiden der Ämter der Landesregierungen Österreichs über die Verleihung der Staatsbürgerschaft und wird im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres durchgeführt. Die Statistik der Einbürgerungen dokumentiert sämtliche durch Willenserklärung des Erwerbers und nachfolgenden Behördenakt bewirkte Arten des Erwerbs der Staatbürgerschaft nach StbG 1985, idF Novelle 2022 (§§ 10 bis 17, 25, 57, 58c und 64a), nicht hingegen die automatischen Erwerbsarten wie Geburt oder Legitimation eines nichtehelichen Kindes. Die Einbürgerungsstatistik umfaßt sowohl Einbürgerungen von in Österreich als auch von im Ausland wohnhaften Personen. Bei den Einbürgerungen nach §58c (politisch Verfolgte und deren Nachkommen gilt als statistisches Wirkungsdatum der Einbürgerung das Bescheid-Ausstellungsdatum und nicht das Datum des Einlangens der Anzeige bei der Behörde. Diese Einbürgerungen betreffen überwiegend Personen mit einem Wohnsitz im Ausland. ■

https://www.statistik.at

Einbürgerungen in den ersten drei Quartalen 2022

Wohnort	Q1-Q3 2022	Veränderung Q1-Q3 2021 - Q1-Q3 2022 in %	Darunter: geboren in Österreich	Darunter: unter 18 Jahre	Darunter: Frauen	Rechtsgrund[1]: Ermessen	Rechtsgrund[1]: Anspruch	Rechtsgrund[1]: Erstreckung	Q3 2022	Veränderung Q3 2021 - Q3 2022 in %
Österreich einschl. Ausland	**11 155**	**45,3**	**2 683**	**3 501**	**5 641**	**697**	**8 061**	**2 397**	**2 997**	**14,4**
Burgenland	121	-7,6	28	30	68	14	85	22	9	-78,6
Kärnten	419	46,0	133	135	226	42	238	139	154	85,5
Niederösterreich	1 137	15,7	363	379	597	97	720	320	308	12,0
Oberösterreich	993	5,5	378	366	495	103	562	328	236	-21,9
Salzburg	380	5,8	156	126	193	48	205	127	102	-3,8
Steiermark	740	31,0	244	241	329	87	454	199	253	19,3
Tirol	632	19,7	224	211	302	80	377	175	197	3,7
Vorarlberg	426	47,4	167	170	204	30	245	151	113	21,5
Wien	3 290	33,6	958	994	1 786	191	2 163	936	1 025	16,7
Ausland	3 017	166,8	32	849	1 441	5	3 012	-	600	37,0

Quelle: Statistik Austria, Statistik der Einbürgerungen. Vorläufige Ergebnisse. [1] Paragraph des StbG 1985, idF Novelle 2022 in Kraft ab 01.05.2022; Ermessen: §10 – Anspruch: §§ 11a, 12–14, 25, 57, 58c, 64a – Erstreckung: §§ 16, 17. Alle Paragraphen kommen nur bei Erfüllung aller sonstigen Voraussetzungen für eine Einbürgerung zur Anwendung.

Sicherung des Naturraums Neusiedler See

LH Doskozil und Ungarns Innenminister Pintér einigen sich auf weiteren Fahrplan

Nach der Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (MoU) Ende Juli mit dem ungarischen Außenminister Péter Szijjártó traf Landeshauptmann Hans Peter Doskozil am 5. Dezember den ungarischen Innenminister Sándor Pintér in Budapest zu einem Arbeitsgespräch, das neben anderen Themen die nachhaltige Sicherung des Naturraums Neusiedler See – Seewinkel zum Inhalt hatte. Konkret ging es um den Ausbau des Moson-Donau-Bewässerungskanals von Jánossomorja bis zur Staatsgrenze mit dem Ziel, den Wasserstand zu stabilisieren und das sensible Ökosystem der Region langfristig abzusichern. Bei dem Gespräch einigten sich Doskozil und Pintér darauf, eine bilaterale Expertengruppe bis Jänner vertiefende technische Umsetzungsdetails auf der Basis vorliegender Konzepte erarbeiten zu lassen, betonte der Landeshauptmann nach dem Gespräch: „Diese Expertengruppe tritt noch Mitte Dezember zu einer weiteren Sitzung zusammen. Für Jänner haben wir das nächste Treffen auf politischer Ebene vereinbart, bei dem wir auf der Basis der Expertenvorgaben einen konkreten Zeit- und Umsetzungsplan fixieren wollen."

Das Gespräch sei freundschaftlich und konstruktiv verlaufen, man konnte sich hinsichtlich der weiteren Vorgangsweise in wichtigen Punkten einigen: „Bekanntlich sind wir bereits seit längerem in Abstimmung mit Ungarn. Das gestrige Gespräch hat uns einmal mehr deutlich vor Augen geführt, daß wir an einem Strang ziehen müssen, wenn es um die Erhaltung unserer einzigartigen und vielfältigen Naturlandschaft geht", erklärte Doskozil: „Parallel prüfen wir, wie bereits kommuniziert, aber auch andere Varianten weiter – eine innerösterreichische Lösung und auch ein mögliches gemeinsames Projekt mit der Slowakei. Es ist durchaus möglich, daß wir auch eine Kombination der vorliegenden Optionen umsetzen, um den erhofften Effekt für die Wasserstandsicherung zu erzielen. Das Land ist mit Nachdruck dahinter, den Naturraum Neusiedler See – Seewinkel abzusichern – nicht zuletzt im Hinblick auf seine wirtschaftliche und touristische Bedeutung."

Foto: Ungarisches Innenministerium

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil beim Arbeitsgespräch mit Ungarns Innenminister Sándor Pintér in Budapest

Für Infrastrukturlandesrat Heinrich Dorner, der aus gesundheitlichen Gründen nicht am Treffen in Ungarn teilgenommen hat, wurde nun ein wesentlicher Schritt gesetzt, um beim Thema Zuleitung endlich „Nägel mit Köpfen zu machen". Dorner: „Für uns ist wichtig, daß jetzt richtig Tempo in die Gespräche reinkommt und wir bald Klarheit haben, welche Lösung am zielführendsten ist und in den nächsten Jahren umgesetzt werden kann." Seitens des Landes habe man bereits Mitte Oktober mit den umfassenden Arbeiten zur Schlamm- und Schilfbeseitigung begonnen, um den Wasserstand am Neusiedler See zu stabilisieren, so der Landesrat. Im Rahmen des Vorhabens soll in den kommenden zehn Jahren insgesamt eine Million Kubikmeter Nassschlamm aus dem See geholt werden. Zudem steht die Instandhaltung und Neuerrichtung von Schilfkanälen zur Gewährleistung eines Wasseraustausches zwischen der offenen Wasserfläche und dem Schilfgürtel im Mittelpunkt „Auch das ist ein wichtiger Mosaikstein, um einer drohenden Austrocknung des Sees gegenzusteuern und das Naturjuwel Seewinkel in seiner Einzigartigkeit zu erhalten", betonte Dorner. ■

https://www.burgenland.at/

Grenzüberschreitende Bildungskonferenz

Die Förderung der Mehrsprachigkeit durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit war das Ziel der vor drei Jahren gestarteten gemeinsamen INTERREG V-A Projekte BIG_inn AT-HU und BIG_ling SK-AT. Mit dabei waren vier österreichische, zwei ungarische und vier slowakische Partner, weitere neun strategische Partner waren eingebunden. Bei der Abschlußkonferenz mit Bildungsdirektor Heinz Josef Zitz und 80 BildungsexpertInnen aus den Partnerländern sowie weiteren 83 online zugeschalteten TeilnehmerInnen aus Wien, NÖ und dem Burgenland als auch aus Deutschland, der Slowakei und Ungarn am 1. Dezember im Kultur- und Kongresszentrum in Eisenstadt wurden die Ergebnisse der Zusammenarbeit vorgestellt. Die Veranstaltung wurde vom Land Burgenland und der Bildungsdirektion Burgenland organisiert.

Die Ergebnisse der Zusammenarbeit wurden bei der Abschlußkonferenz im KUZ Eisenstadt präsentiert. ■

https://www.bildung-bgld.gv.at/

Europaweit erster staaten-übergreifender Zollkorridor

Zollkorridor Hafen Triest und Villach/Fürnitz ist die Realisierung einer politischen Jahrhundertvision, von der noch nachkommende Generationen profitieren werden

Foto: BKA / Andy Wenzel

Im Rahmen eines Festaktes wurden im Finanzministerium in Wien die notwendigen Vereinbarungen zum Zollkorridor.unterzeichnet.

Ein EU-weit einzigartiger Zollkorridor zwischen dem Hafen in Triest und dem Logistik Center Austria Süd (LCAS) in Villach/Fürnitz geht im Dezember in den Pilotbetrieb. Im Rahmen eines Festaktes im Finanzministerium in Wien unterzeichneten Landeshauptmann Peter Kaiser und Finanzmister Magnus Brunner am 1. Dezember die notwendigen Vereinbarungen. Die Republik Italien war durch Botschafter Stefano Beltrame vertreten. Von der Wirtschaftskammer Kärnten war Präsident Jürgen Mandl, von der ÖBB CEO Andreas Matthä zugegen. Der Hafen Triest wurde durch Geschäftsführer Zeno D'Agostino repräsentiert.

„Mit der heutigen Unterzeichnung für einen Zollkorridor zwischen dem Hafen Triest und dem Logistikzentrum Villach, schreiben wir – schreibt Kärnten – einmal mehr Geschichte", stellte Kaiser klar. „Wir stellen heute im wahrsten Sinne des Wortes die Weichen für die Realisierung des ersten Zollkorridors in Europa. Kärnten wird damit noch enger mit seiner bereits vielfach kooperierenden Partnerregion Friaul zusammenrücken. Wir schaffen damit einen weiteren international hell erstrahlenden Leuchtturm, der viele Arbeitsplätze, Betriebsansiedelungen bringen, neue Wirtschaftskooperationen ermöglichen und Wohlstand schaffen wird. In Verbindung mit der von Kärnten und der Steiermark vorangetriebenen Entstehung eines gemeinsamen durch die Koralmbahn verbundenen Wirtschaftsraum Süd, mit 1,1 Millionen Einwohnern dem größten nach Wien, ist der Zollkorridor Hafen Triest und Villach die Realisierung einer politischen Jahrhundertvision, von der noch nachkommende Generationen profitieren werden", sagte der Landeshauptmann.

Finanzminister Magnus Brunner bezeichnete den neuen Zollkorridor als ein absolutes Vorzeigeprojekt im Logistik- und Zollbereich, das EU-weit einzigartig ist. „Durch ihn werden der Wirtschaftsstandort Österreich und unsere Position als Binnenland gestärkt. Die Sendungen, die über uns zolltechnisch abgewickelt werden, werden im nächsten Schritt nicht nur im Inland, sondern nach ganz Europa versendet. Österreich kann sich damit als Logistik-Drehscheibe und Angelpunkt für den Warenverkehr in ganz Europa positionieren. Mein Dank gilt allen Beteiligten, die dieses Projekt mit jahrelangem Engagement vorbereitet haben", so Finanzminister Brunner.

Für Wirtschafts- und Logistiklandesrat Sebastian Schuschnig ist der Zollkorridor ein wirtschaftlicher Meilenstein für den Wirtschaftsstandort Kärnten. „Es wird damit ein europäisches Vorzeigeprojekt in Kärnten umgesetzt, mit dem wir die Weichen stellen, um Kärnten im Herzen des Alpen-Adria-Raumes als EU-weite wirtschaftliche Drehscheibe zu positionieren. Kärnten liegt am Schnittpunkt von zwei europäischen Verkehrsachsen, mit der direkten und unbürokratischen Anbindung des Logistikcenter Austria Süd in Villach/Fürnitz an den Hafen in Triest erhält der gesamte Wirtschaftsraum ein europaweit einzigartiges Alleinstellungsmerkmal. Gemeinsam mit der Koralmbahn, einem weiteren Jahrhundertprojekt für den Standort, wird Kärnten für Unternehmensansiedelungen hoch attraktiv und erhält völlig neue wirtschaftliche Chancen, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region zu schaffen", betonte Schuschnig und verwies darauf, daß durch die Verlagerung der Güterströme auf die Schiene ein wichtiger Beitrag zur Nachhaltigkeit geleistet wird.

Die Vorteile des Zollkoridors für unser südliches Nachbarland erörterte Botschafter Stefano Beltrame. „Italien erwartet sich mit diesem Zollkorridor durch die geographisch günstige Lage des Hubs in Villach ein Vorzeigeprojekt für die weitere verbesserte Einbindung der italienischen Häfen in den Binnenmarkt." ■

https://www.ktn.gv.at/

Austausch mit der Region Ile-de-France

LH Mikl-Leitner: Mit vielen unserer Initiativen sind wir Vorbild in ganz Europa

Foto: NLK / Pfeiffer

Gespräche zur Unterzeichnung der gemeinsamen Absichtserklärung zwischen Niederösterreich und der Region Ile-de-France in St- Pölten

Über zwölf Millionen EinwohnerInnen zählt die französische Region Ile-de-France, ihr Zentrum ist die französische Hauptstadt Paris. Am 29. November war die Präsidentin des Regionalrates der Region Ile-de-France, Valerie Pecresse, zu Gast im Landhaus in St. Pölten. Nach einem Arbeitsgespräch mit Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landesrat Martin Eichtinger und dem intensiven Austausch über Themen wie erneuerbare Energie, Klimaschutz und Mobilität wurde gemeinsam eine Absichtserklärung zu diesen Inhalten unterzeichnet.

„Das Thema Klimaschutz beschäftigt uns alle, da gilt es global zu denken und regional zu handeln", betonte die Landeshauptfrau im Anschluß an das gemeinsame Arbeitsgespräch. Niederösterreich könne hier ganz viel Know-How weitergeben, zeigte sie sich überzeugt: „Mit vielen unserer Initiativen sind wir Vorbild in ganz Europa." Besonderes Interesse zeigte die französische Delegation etwa am niederösterreichischen Ausbauprogramm für Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie und Biomasse. Einen „intensiven Informationsaustausch" habe man auch zum Thema Entsiegelung von Boden vereinbart, so Mikl-Leitner.

Ein wichtiges Thema des Arbeitsgespräches war auch die Mobilität, hielt die Landeshauptfrau weiter fest: „Hier stehen wir vor einer sehr ähnlichen Ausgangslage", bezog sie sich auf die großen Ballungsräume sowie die ländlichen Gebiete, die es in beiden Regionen gebe. Mikl-Leitner berichtete im Zuge des Zusammentreffens mit der Präsidentin des Regionrates Ile-de-France von den Investitionen Niederösterreichs im Öffentlichen Verkehr und wie man auch die Digitalisierung – etwa in Form von Apps – für moderne Mobilitätslösungen nutzen wolle.

Niederösterreich sei vor allem auch im Bereich der erneuerbaren Energie sehr weit, hob Valerie Pecresse im Zuge des Arbeitsgespräches hervor. In ihrer Region sei man „in diesem Bereich erst am Start". Darum sei man sehr interessiert an den niederösterreichischen Erfolgen im Bereich Solarenergie, Windenergie und Biomasse. Konkret wolle man auch Erfahrungen sammeln, „wie die Akzeptanz für erneuerbare Energieformen gesteigert werden kann", betonte sie. Auch in ihrer Region habe das Thema Entsiegelung eine große Bedeutung, berichtete sie hier von intensiven Bemühungen, nicht mehr genutzte Flächen der Natur zurückzuführen.

Unterzeichnet wurde abschließend eine „Absichtserklärung zugunsten eines internationalen Engagements der Regionen, subnationalen Regierungen und Ballungsräume für die Mobilisierung von Klimaressourcen". Ziele der Absichtserklärung sind: Fachwissen über öffentliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt zu teilen und zu bündeln; gemeinsam mit internationalen Institutionen, internationalen Spendern und Entwicklungsagenturen zu handeln, um den Zugang der lokalen Behörden zu privaten und öffentlichen Mitteln zu verbessern, damit sie die massiven Investitionen tätigen können, die für die Anpassung an den Klimawandel erforderlich sind. Darüber hinaus plant die Region Ile-de-France im Jahr 2023 zu einem Gipfeltreffen der subnationalen Behörden zu diesen Themen zusammenzukommen. ■

https://www.noel.gv.at/

OÖ Menschenrechtspreis 2022

Landeshauptmann Thomas Stelzer überreichte die Auszeichnungen an Josefa Anna Fasching und Tom Zuljevic-Salamon

Foto: Lan OÖ / Peter Mayr

Landeshauptmann Thomas Stelzer mit der Preisträgerin Josefa Anna Fasching und dem Preisträger Tom Zuljevic-Salamon

Die Preisträger zeigen eindrucksvoll, daß humanitäres Engagement viele Gesichter haben kann. Der Einsatz für die ärmsten Menschen dieser Welt und für jene Menschen, die es besonders schwierig im Leben haben, beweist das hohe Engagement der Zivilbevölkerung selbst in schwierigen Zeiten“, gratulierte Landeshauptmann Thomas Stelzer. Seit 1996 verleiht das Land OÖ rund um den 10. Dezember den Menschenrechtspreis, seit 2018 in einem Intervall von zwei Jahren, mit einem Preisgeld in Höhe von 20.000 Euro dotierr, die sich die PreisträgerInnen teilen.

„Zum 25. Mal sagen wir heute Danke an besonders verdiente Landsleute für ihr Engagement für die Menschenrechte. Dieses Danke-Sagen knüpfen wir traditionell an den 10. Dezember, dem Jahrestag der Proklamation der Allgemeinen Menschenrechte durch die Vereinten Nationen. Dieser Tag soll uns daran erinnern, daß Menschenrechte zugleich das Höchste, aber auch verletzlichste Gut sind, über das wir Menschen verfügen. Als deutliches Zeichen unserer Solidarität und unseres Versprechens, uns für diese große Idee einzusetzen, holen wir Organisationen und Einzelpersonen vor den Vorhang“, betonte der Landeshauptmann bei der Verleihung im Linzer Landhaus.

Der OÖ Menschenrechtspreis 2022 ging an Josefa Anna Fasching aus Waldhausen im Strudengau, nominiert vom Roten Kreuz Oberösterreich und an Tom Zuljevic-Salamon aus St. Leonhard bei Freistadt, nominiert von Volkshilfe und pro mente Oberösterreich: „Die Preisträger zeigen eindrucksvoll, daß humanitäres Engagement viele Gesichter haben kann. Der Einsatz für die ärmsten Menschen dieser Welt und für jene Menschen, die es besonders schwierig im Leben haben, beweist das hohe Engagement der Zivilbevölkerung selbst in schwierigen Zeiten. Ich danke für Ihre Tatkraft, ihren Einsatz und vor allem Ihren Mut“, gratulierte Stelzer.

Josefa Anna Fasching

engagiert sich als freiberufliche Hebamme in Guinea, einem der ärmsten afrikanischen Länder, wo sie bereits viele Jahre auf eigene Kosten tätig ist. Bereits vor 25 Jahren hat sie im Rahmen von „Ärzte ohne Grenzen“ in Afrika gearbeitet; seither leistet sie Hilfe in verschiedensten kleineren Krankenhäusern. Unter anderem hat sie dabei 2015 das Projekt „FROUKI“ ins Leben gerufen, das in der dort üblichen Landessprache „für gesunde Mütter und gesunde Kinder“ bedeutet. Im Rahmen dieses Projektes hält sie Vorträge, sammelt Spenden von verschiedensten Institutionen und Privatpersonen, die sie für eine bessere Ausstattung der Gesundheitseinrichtungen vor Ort einsetzt. Unter anderem organisiert sie Hilfstransporte und sorgt dafür, daß mit Hilfe von Spendengeldern ein Trinkwasserbrunnen gegraben oder eine Solaranlage installiert werden konnte.

Seit 17 Jahren ist sie als Hebamme aktiv. Die Basis ihrer Arbeitseinsätze bildet die Schulung und Fortbildung der Hebammen und des Krankenhauspersonals vor Ort. Insbesondere geht es ihr darum, werdenden Müttern eine Geburt in Würde und Sicherheit zu ermöglichen. Josefa Anna Fasching ist Mitglied des Advanced Medical Post Team des Roten Kreuzes, ein Bereich, in dem sie sich laufend weiterbildet, um bei Auslands-Hilfseinsätzen tätig sein zu können.

Tom Zuljevic-Salamon
ist mit einer Reihe von Projekten seit Jahren dafür im Einsatz, anderen Menschen, die es aus verschiedenen Gründen schwerer im Leben haben, nachhaltig zu helfen. In Oberösterreich war er etwa beim Aufbau eines Modellprojekts für Straßensozialarbeit in Kombination mit Kulturarbeit für Jugendliche in Linz tätig, baute Inklusionsprojekte in Oberösterreich mit dem Ziel auf, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder sozialen Anpassungsstörungen zu stabilisieren, zu rehabilitieren und schlussendlich zu integrieren. In der eigenen Landwirtschaft hat er Menschen mit erheblichem Unterstützungsbedarf aufgenommen. International hat er Initiativen im Rahmen der weltweiten „Clubhaus"-Bewegung für Menschen mit psychiatrischen Behinderungen gesetzt. Er war beim Aufbau von insgesamt 26 sozialökonomischen Beschäftigungsangeboten für Menschen mit Behinderungen in den Regionen Nordost- und Nordwestrumäniens tätig, bei der Entwicklung und Durchführung eines Modellprojekts zur Implementierung europäischer sozialpsychiatrischer Behandlungsstandards in osteuropäischen Ländern, und sorgte für den Aufbau und die Begleitung eines „Essen auf Räder" Projektes, um die Versorgung von alleingebliebenen alten, gebrechlichen Menschen in Nordmoldawien zu gewährleisten. Nicht zuletzt ist er Initiator und Koordinator von mehreren Projekten zur Unterstützung von ukrainischen Kriegsflüchtlingen, die in der Republik Moldawien Zuflucht gefunden haben.

Es ist ihm unter anderem gelungen, gleich nach Ausbruch des Krieges ein Welcome-Center für Flüchtlinge aus der Ukraine zu errichten. In der Region Edinet wurden 500 Unterkunftsplätze für Familien organisiert. Derzeit läuft der Aufbau von 12 Holzhäusern, um weitere Flüchtlingsfamilien aus der Ukraine aufnehmen zu können.

Dank auch an zwei Jurymitglieder

„Ich möchte mich aber auch bei jenen bedanken, die im Vorfeld dieses Preises tätig sind. In diesem Jahr gilt dieser Dank ganz besonders zwei Persönlichkeiten, die sich nach langjähriger verdienstvoller Arbeit aus der Jury zurückziehen", so Landeshauptmann Thomas Stelzer abschließend. So war Elisabeth Rosenberger aus der Friedensgemeinde St. Ulrich Mitglied der Gründungsjury und seit 25 Jahren in der Jury tätig. Christian Schörkhuber, Geschäftsführer der Volkshilfe OÖ war seit 24 Jahren Mitglied der Jury. ■

https://www.land-oberoesterreich.gv.at/

ORF-Friedenslicht in Bethlehem entzündet

Nach pandemiebedingter Pause konnte heuer wieder eine Delegation – angeführt von Landeshauptmann Thomas Stelzer – nach Bethlehem reisen. In der Geburtsgrotte Jesu wurde das traditionelle Friedenslicht von der zwölfjährigen Sarah Noska aus Altenberg entzündet. Diese liebgewonnene Weihnachtstradition erinnert in vielen Ländern der Erde an die Friedensbotschaft, die in Bethlehem bei der Geburt Christi verkündet wurde. Angesichts der derzeitigen kriegerischen Handlungen ist das Friedenslicht ein wichtiges Symbol, aber auch ein Appell an uns alle, daß Frieden keine Selbstverständlichkeit ist.

Auf dem Programm standen zudem u.a. das traditionelle Zusammentreffen mit den AltoberösterreicherInnen in Tel Aviv, Gespräche mit dem Minister für Diaspora-Angelegenheiten Nachman Shai, dem Gouverneur von Bethlehem Kamal Ahmed Hassan Amid und dem Bürgermeister von Bethlehem Hanna S. Hanania sowie die (dritte) Verlängerung des Kulturabkommens zwischen dem Staate Israel und dem Land Oberösterreich für die Jahre 2022-2027.

Am 14. Dezember wurde das Friedenslicht an Papst Franziskus überreicht, der das Symbol des Weihnachtsfriedens im Rahmen einer Generalaudienz in Rom empfing. ■

Foto: Land OÖ / Max Mayrhofer

Landeshauptmann Thomas Stelzer mit Sarah Noska in Bethlehem …

Foto: Land OÖ / Max Mayrhofer

… und bei der Übergabe des Friedenslichts an Papst Franziskus im Vatikan

Sommersaison: neuer Topwert

Auf Grund der letzten Zwischenbilanz war es bereits absehbar, inklusive der Oktober-Zahlen ist es nun offiziell: Noch nie zuvor wurden in einer Sommersaison so viele Nächtigungen in Salzburg verzeichnet.

Die vorläufigen Zahlen der Salzburger Landesstatistik sprechen eine klare Sprache: 13.833.967 Nächtigungen wurden in Salzburg zwischen dem 1. Mai und 31. Oktober verzeichnet. Noch nie zuvor gab es so viele Nächtigungen in diesem Zeitraum, die bisher beste Sommersaison aus 2019 – noch vor Corona – wurde um rund 60.000 übertroffen, das Vorjahr 2021 um zwei Millionen.

Haslauer: Salzburg steht für Gastfreundschaft

„Gastfreundschaft, Qualität und auch Sicherheit sind wichtige Faktoren bei der Wahl des Urlaubslandes. Salzburg garantiert alle diese Aspekte, familiär geführte Betriebe und unberührte Natur vervollständigen unser einzigartiges Angebot. Gäste aus nah und fern haben sich in dieser Sommersaison, die mit einem wettermäßig goldenen Oktober zu Ende ging, einmal mehr davon überzeugen können“, so Landeshauptmann Wilfried Haslauer.

Oktober rundete Sommerergebnis ab

Rund 1,3 Millionen Nächtigungen wurden im Oktober, der sich heuer von seiner besonders sonnigen und warmen Seite gezeigt hat, gezählt. Auch dieser Wert wurde bisher noch nie erreicht. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang vor allem das „Comeback“ des Stadttourismus in der Landeshauptstadt mit mehr als 250.000 Nächtigungen, was rund ein Viertel über dem Oktober des Vorjahres liegt.

Bezirke im Vergleich

Der Pinzgau ist der Bezirk mit den meisten Übernachtungen, es waren in der abgelaufenen Sommersaison mehr als 5,6 Millionen. An zweiter Stelle folgt der Pongau mit rund 4 Millionen Nächtigungen. Die Stadt Salzburg (1,7 Millionen) und der Flachgau (1,45 Millionen) reihen sich dahinter ein. Im Tennengau wurden 566.000 Nächtigungen verzeichnet, im Lungau waren es rund 480.000.

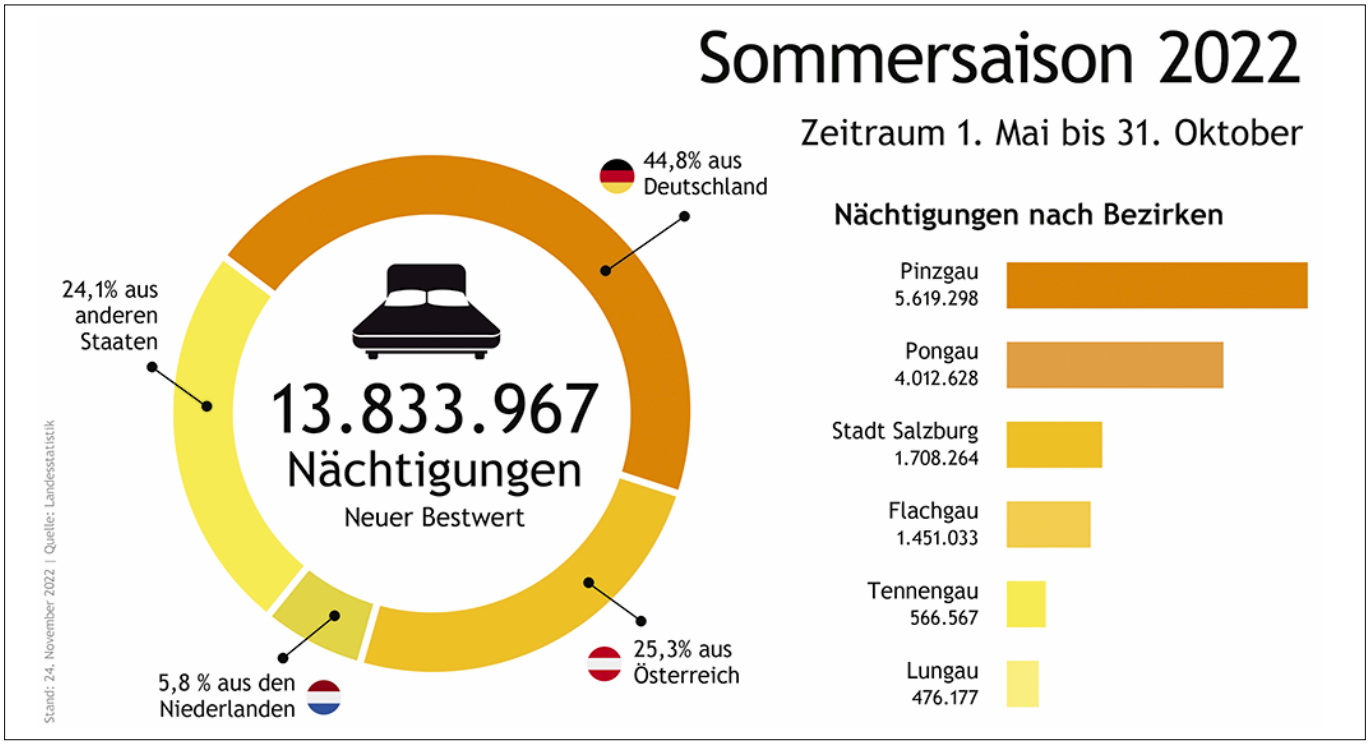
Mehrheit der Gäste aus Deutschland

Es waren vor allem die Nachbarn aus Deutschland, die die abgelaufene Saison so erfolgreich ausfallen ließen. Mehr als 6 Millionen und 44,8 Prozent der Nächtigungen gingen auf das Konto von Gästen aus der Bundesrepublik. Urlaub daheim war ebenfalls sehr beliebt, auf Österreicherinnen und Österreicher aus allen Bundesländern fiel mehr als ein Viertel aller Nächtigungen. Daß die Niederländer nicht nur gerne Schi fahren, beweisen mehr als 800.000 Nächtigungen im Sommer.

Wintersaison vielversprechend

Auch der Blick auf die bevorstehende Wintersaison ist vielversprechend. „Wir waren in den vergangenen Wochen intensiv in unseren wichtigsten Herkunftsmärkten unterwegs und haben dabei eine sehr positive Stimmung wahrgenommen. Diesen Eindruck untermauert die zum aktuellen Zeitpunkt sehr gute Buchungslage – sowohl in der Stadt Salzburg als auch in den Wintersportregionen. Es zeigt sich, daß die Menschen ein großes Bedürfnis nach Winter- und Skiurlaub haben, wir erwarten hier auch noch Nachholeffekte aus den vergangenen Jahren“, informiert Leo Bauernberger, Geschäftsführer der SalzburgerLand Tourismus Gesellschaft. ■

https://www.salzburg.gv.at/



Ungarischer Botschafter überbrachte Ferenc Puskás-Fußball

… in Erinnerung an den ungarischen Volksaufstand im Jahr 1956 und zum Dank für die Hilfe der steirischen Bevölkerung für die aus dem Nachbarland Geflüchteten

Mit einem besonderen Geschenk für die Steiermark stellte sich der ungarische Botschafter Andor Nagy gemeinsam mit Honorarkonsul Rudi Roth am 28. November bei Landeshauptmann Christopher Drexler in der Grazer Burg ein: Nagy übergab das Replikat eines Fußballs aus den 1950er-Jahren mit der Originalunterschrift der ungarischen Stürmer-Legende Ferenc Puskás (1927 – 2006). Puskás hielt sich im Zuge seiner Emigration nach dem Ungarischen Volksaufstand 1956 eine Zeit lang in Graz auf, bevor er seine Fußballkarriere ab 1958 bei Real Madrid fortsetzen konnte.

Im Zuge des Besuchs unterstrichen der Landeshauptmann und der Botschafter die traditionell guten Beziehungen zwischen der Steiermark und Ungarn und erinnerten an die Geschehnisse im Herbst 1956, als im Zuge der Niederschlagung des Ungarischen Volksaufstandes tausende Flüchtlinge aus Ungarn auch in der Steiermark landeten und hier versorgt wurden. Eine große Welle der Hilfsbereitschaft erfaßte damals ganz Österreich, das selbst noch die Folgen des Zweiten Weltkriegs zu bewältigen hatte und erst ein Jahr zuvor seine Unabhängigkeit nach der Besatzungszeit wiedererlangt hatte.

„Die Geschehnisse des Herbst 1956, an die wir heute erinnern, sind von großer historischer Bedeutung für Ungarn und Europa: Der letztlich von der Roten Armee brutal niedergeschlagene Volksaufstand der Ungarinnen und Ungarn war ein erstes starkes

Foto:

v.l.: Botschafter Andor Nagy, Landeshaiuptmann Christopher Drexler und Honorarkonsul Rudi Roth mit dem Ferenc Puskás-Fußball in der Grazer Burg.

Zeichen des Widerstandes gegen die kommunistischen Regime Ostmitteleuropas, die Jahrzehnte später in die Revolutionen und demokratischen Umbrüche des Jahres 1989 mündeten“, unterstreicht Drexler. „Die steirische Bevölkerung setzte im Jahr 1956 ein großes Zeichen der Solidarität, das für immer ein verbindendes Band zwischen Ungarn und der Steiermark sein wird. Heute sind unsere bilateralen Beziehungen von freundschaftlichem Austausch und enger wirtschaftlicher Kooperation zum Nutzen beider Seiten geprägt“, so der Landeshauptmann.

Mit dem Ferenc Puskás-Ball wird an ein wenig bekanntes Detail im Leben des Fußball-Weltstars der 1950er- und 1960er-Jahre erinnert: Puskás konnte nach der gewaltsamen Niederschlagung des Volksaufstandes nicht nach Ungarn zurückkehren und entschied sich für die Emigration. Einen Teil seiner 18monatigen-Sperre durch den Internationalen Fußballverband FIFA, die von Ungarn bewirkt worden war, lebte Puskás in Graz. Nach Ablauf der Sperre setzte Puskás, der als herausragender Stürmer seiner Zeit gilt, 1958 seine erfolgreiche Karriere bei Real Madrid fort, wo er diese mit dem dreimaligen Gewinn des Europapokals der Landesmeister krönte. ■

https://www.kommunikation.steiermark.at/

Foto: Creative Commons Attribution 2.0 Generic License / photog_at

Flüchtlinge in Ungarn auf dem Fußweg zur österreichischen Grenze entlang der Autópálya M1

Euregio-Monitor 2022

Bekanntheitsgrad der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino steigt weiter

Alle zwei Jahre führt die Euregio Tirol-Südtirol-Trentino eine Bevölkerungsumfrage durch. Die letzte fand im September 2021 statt und umfaßte 1.500 Personen, je 500 pro Region. Nun wurde sie als „Euregio-Monitor 2022 Die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino in Corona-Zeiten – Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung“ am 12. Dezember im Euregio-Infopoint in Innsbruck vorgestellt. Die aktuelle Umfrage zeigt, daß 90 Prozent der befragten Bevölkerung die Zusammenarbeit wichtig findet und regelmäßig informiert werden will. Auch während der Coronapandemie fand die Euregio Beachtung für ihr Handeln.

„Elf Jahre nach ihrer Gründung ist es der Euregio gelungen, den großen Wert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und deren Beitrag zum Wachstum unserer drei Länder aufzuzeigen“, betont der derzeitige Euregio-Präsident und Trentiner Landeshauptmann Maurizio Fugatti. „Die Öffnung und Annäherung der Euregio an die Bürgerinnen und Bürger, auch durch die Analyse von Projekten und deren konkrete Auswirkung auf das Leben beweist, daß die Euregio keine abstrakte Einrichtung ist, sondern in vielen Bereichen Einfluß nehmen und Neuerungen einführen kann.“

Tirols Landeshauptmann Anton Mattle betont: „Dank des Euregio-Monitors lassen sich die Ergebnisse der Arbeit der vergangenen Jahre auch in Zahlen messen. In Tirol ist der Bekanntheitsgrad der Euregio von 53 Prozent im Jahr 2013 auf rund 82 Prozent im Jahr 2021 gestiegen – das ist ein deutliches Signal dafür, daß sich der Einsatz für die Europaregion lohnt und daß die Euregio stark ist. Während der Tiroler Präsidentschaft und trotz der herausfordernden Pandemiejahre wurde die Europaregion neu aufgestellt, damit sie Projekte schneller, effizienter und vor allem mit einer größeren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger umsetzen kann und die Menschen spüren, daß die Europaregion einen Mehrwert für alle darstellt. Das zeigt, daß wir am richtigen Weg sind.“

Besonders erfreulich sei dabei, daß 86 Prozent der TirolerInnen die Zusammenarbeit der drei Länder als „sehr wichtig“ bzw. „wichtig“ einschätzen. Insgesamt halten rund 90 Prozent der Befragten die Zusammenarbeit der drei Regionen für sehr wichtig bzw. wichtig, vor allem in den Bereichen Verkehr, Tourismus, Wirtschaft, Umwelt und Bildung.

Foto: Land Tirol / Huldschiner

Tirols Landeshauptmann Anton Mattle (Mitte) mit den beiden Autoren des Euregio-Monitors, Christian Traweger (links) und Günther Pallaver

Landeshauptmann Arno Kompatscher: „Südtirols Bevölkerung hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Europaregion von Anfang an breit mitgetragen. Der Anteil der Südtirolerinnen und Südtiroler, der die Europaregion kennt, ist nun laut Euregio-Monitor um einen weiteren Prozentpunkt auf 87 Prozent angestiegen. Zumal Südtirol Brückenland zwischen Tirol und dem Trentino ist, zwischen deutsch-österreichischem und italienischem Sprach-, Kultur- und Wirtschaftsraum, ist das Interesse der Südtiroler Bevölkerung für euregionale Themen besonders hoch. Dies nehmen wir als Auftrag, diese wichtige Zusammenarbeit weiter zu stärken.“

Zusammenarbeit während der Corona-Pandemie

Aufgrund der besonderen Herausforderungen während der Tiroler Euregio-Präsidentschaft 2019 bis 2021 wurden im Rahmen des Euregio-Monitors auch nach den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Europaregion gefragt.

„Dabei zeigt sich, daß die Bevölkerung den Einsatz der drei Landeshauptleute besonders schätzte, seien es die regelmäßigen Abstimmungen, die gemeinsame Beschaffung von Schutzausrüstung, die Übernahme von IntensivpatientInnen und -patienten oder der Einsatz für Erleichterungen beim Grenzübertritt für Pendelnde und Familienangehörige“, so Mattle.

Wunsch nach Information über die Euregio

Der Wunsch nach regelmäßiger Berichterstattung über die jeweils anderen Mitgliedsländer der Euregio ist sehr groß. Die Umfrage ergab, daß sich 53 Prozent der Tiroler Befragten regelmäßig bzw. einigermassen über Südtirol informieren, jedoch nur 28 Prozent über das Trentino. 75 Prozent der befragten SüdtirolerInnen informieren sich regelmäßig bzw. einigermaßen über Tirol und 70 Prozent über das Trentino, während sich 60 Prozent der befragten TrentinerInnen regelmäßig bzw. einigermaßen über Tirol und 70 Prozent über Südtirol informieren. Die Informationsquellen sind dabei die regionalen Medien, das Internet und die Sozialen Medien, aber auch Gespräche mit Familienangehörigen und Bekannten. ■

https://www.tirol.gv.at/

DerEuregio-Monitor zum Download

https://www.europaregion.info/euregio/projekte/soziales-gesellschaft/euregio-monitor/

IBK setzt klare Arbeitsschwerpunkte für die Zukunft

Landeshauptmann Markus Wallner nahm an der Regierungschefkonferenz der Internationalen Bodensee-Konferenz in Herisau teil

Foto: Land Vorarlberg / Erich Brassel

Gruppenfoto von der IBK-Regierungschefkonferenz in Herisau mit Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner (3. v.r.)

Am Ende ihres Jubiläumsjahres zum 50-jährigen Bestehen richtete die Internationale Bodenseekonferenz (IBK) am 9. Dezember bei den Arbeitsgesprächen ihren Blick klar nach vorne, wie Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner bestätigte: „In wichtigen Zukunftsfragen ist ein grenzüberschreitendes und koordiniertes Vorgehen wichtiger denn je. Die neue IBK-Strategie 2023-2027 trägt dem Rechnung – wir setzen damit klare Arbeitsschwerpunkte für die kommenden Jahre."

Im Zentrum stehen vor allem zwei Themen: das Fokusthema „nachhaltige Mobilität über die Grenzen" und das Querschnittsthema „Jugend braucht Zukunft". Zu beiden gibt es jeweils konkrete umzusetzenden Inhalte, wie Wallner bestätigte. Betreffend die nachhaltige Mobilität sind das vor allem der Schienenpersonenverkehr von der regionalen bis zur internationalen Ebene, weiters die Abstimmung von Kommunikation, Tarifen und Vertrieb sowie die Klimaneutralität auf dem Bodensee und der grenzüberschreitende Austausch. Als zentrale Vorhaben nannte Wallner das Projekt Bodanrail 2045, die Institution öffentlicher Verkehr Bodenseeraum und die Klimaneutralität auf dem Bodensee. Weiters zählt dazu auch die Regierungskommission Bodensee. Diese behandelt Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion, die von der IBK nicht alleine gelöst werden können, sondern den Einbezug der nationalstaatlichen Ebene erfordern. Außerdem soll – nach pandemiebedingtem Stillstand – die Internationale E-Charta einen Relaunch erfahren und die Zusammenarbeit der Akteure im Bereich der Elektromobilität und das Lernen aus Best Practices noch besser fördern.

Verwaltungsakademie Bodensee 2023-2025 und Arbeitsgruppe Bildung

Im Bereich Bildung standen vor allem zwei Punkte auf der IBK-Tagesordnung. Zum Ersten war das die Verwaltungsakademie Bodensee 2023-2025. Sie soll grenzübergreifend tätige Verwaltungskräfte mit Grundwissen über die IBK und die Nachbarregionen (Staatsaufbau, Verwaltungsorganisation) versorgen. Mit diesem Wissen ausgestattet können die Verwaltungsmitarbeitenden die unterschiedlichen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen und Strukturen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in ihrer täglichen Arbeit besser verstehen, berücksichtigen und richtig umsetzen. Die Akademie soll aus drei Modulen mit gesamthaft drei Fortbildungstagen verteilt auf drei Semester abgehalten werden. Eine erste Testphase des Moduls 1 hat im November 2022 stattgefunden, nunmehr soll eine dreijährige Pilotphase starten, in der alle Module umgesetzt werden.

Darüber hinaus wurde die Einrichtung der Arbeitsgruppe Bildung beschlossen, die ein vielversprechendes Bildungsprojekt zur ländervergleichenden politischen Bildung koordinieren wird. Im Fokus steht dabei die Unterstützung von Schulen, Lehrpersonen und SchülerInnen (15-19 Jahre) bei der Bearbeitung von ländervergleichenden Fragenstellungen der politischen Bildung. Für die Umsetzung zeichnet die PH Thurgau verantwortlich.

Internationale Bodensee-Konferenz

Die Internationale Bodensee-Konferenz ist die gemeinsame Plattform der Regierungen der Länder und Kantone Bayern und Baden-Württemberg, Fürstentum Liechtenstein, Schaffhausen, Zürich, Thurgau, St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden und Vorarlberg. Ziel der IBK ist es, die Bodenseeregion als attraktiven Lebens-, Natur-, Kultur- und Wirtschaftsraum zu erhalten und zu fördern. Gleichzeitig soll die regionale Zusammengehörigkeit gestärkt werden. Sie bildet den Kern eines breit gefächerten Netzwerkes der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion. ■

https://vorarlberg.at/
https://www.bodenseekonferenz.org

Bürgermeister Ludwig in Brüssel

Wiens Bürgermeister war am 5. und 6. Dezember als aktueller Vorsitzender der Landeshauptleute-Konferenz in Brüssel, um die Anliegen der österreichischen Bundesländer mit EntscheidungsträgerInnen der EU-Institutionen zu erörtern.

So standen Gespräche mit Parlamentspräsidentin Roberta Metsola, EP-Vizepräsidentin Evelyn Regner, dem Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, sowie Kommissar Nicolas Schmit auf dem Programm. Darüber hinaus traf Michael Ludwig mit dem Brüsseler Bürgermeister Philipp Close zusammen – zwischen den beiden Hauptstädten bestehen seit vielen Jahren ausgezeichnete Beziehungen.

Zahlreiche Beschlüsse der Landeshauptleute vom 2. Dezember in Wien richten sich nicht nur an die österreichische Bundesregierung, sondern betreffen auch den europäischen Gesetzgeber. Daher sprach Bürgermeister Ludwig mit EVP Timmermans die besondere Rolle der Regionen bei der Umsetzung des Europäischen Grünen Deals an. Die Landeshauptleute bekennen sich klar zu den Klimazielen und einer raschen Umsetzung notwendiger Maßnahmen, sie weisen aber auch deutlich darauf hin, daß Vorschläge der Europäischen Kommission auf die spezifischen Ausgangslagen vor Ort, die technische Machbarkeit und die Finanzierungserfordernisse eingehen müssen. „Ohne ein ‚local impact assessment' wird es herausfordernd", zeigte sich Ludwig überzeugt. Als Beispiel nannte er den Vorschlag für die Wiederherstellungsverordnung; Einige Mitgliedsstaaten haben bereits Bedenken, daß dies für die Stadtentwicklung schwierig wird, „bereits bestehende Grünflächen wären zu berücksichtigen", so Ludwig. Ebenso sollte auf landwirtschaftliche Nutzungsflächen, wie Almwiesen, Bedacht genommen werden. Ein weiteres Beispiel, das Ludwig auch als Präsident des Österreichischen Städtebundes beschäftigt, ist der Vorschlag für eine Richtlinie zur Abwasserbehandlung. „Als Städte und Regionen haben wir hier Bedenken hinsichtlich der Umsetzbarkeit, sowohl in technischer als auch in finanzieller Hinsicht."

Mit EP-Vizepräsidentin Evelyn Regner konnte Ludwig erfreuliche Entwicklungen im Bereich der Gleichstellung besprechen, denn zum einen wurde nach zehn Jahren endlich die Richtlinie zur Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten beschlossen – „etwas, das wir schon vor über zehnJahren in Wien gemacht haben", erinnert der Wiener Bürgermeister. Ebenso erfreut zeigt er sich über die jüngsten Fortschritte bei der Richtlinie über Lohntransparenz, zu der es eine vorläufige Einigung zwischen EU-Parlament, Rat und EU-Kommission gibt. Die Richtlinie wird künftig sicherstellen, daß Beschäftigte ein Anrecht auf detaillierte Informationen über die Gehälter in ihrem Unternehmen erhalten und somit ihre Entlohnung besser vergleichen können. „Dies wird auch den Frauen in Österreich zugutekommen", zeigte sich Ludwig überzeugt.

Bei einem Gespräch mit Kommissar Nicolas Schmit stand das Wiener Modell des sozialen und leistbaren Wohnens auf der Tagesordnung; Wien fordert hier seit vielen Jahren, gemeinsam mit anderen Städten, einen Trendwechsel in Richtung universelles System. „In Zeiten steigender Energiepreise ist es wichtiger denn je, alles zu unternehmen, um mehr zu bauen, mehr zu sanieren und die Menschen besser zu schützen. „Eine Reform des Beihilfenrechts und Erleichterungen bei den Fiskalregeln sind hier notwendig", so Ludwig. Dies war auch Thema der Gespräche mit seinem Brüsseler Amtskollegen Philipp Close, mit dem seit vielen Jahren eine gute Zusammenarbeit und ein reger Austausch besteht.

https://www.wien.gv.at/

Foto: European Union 2022

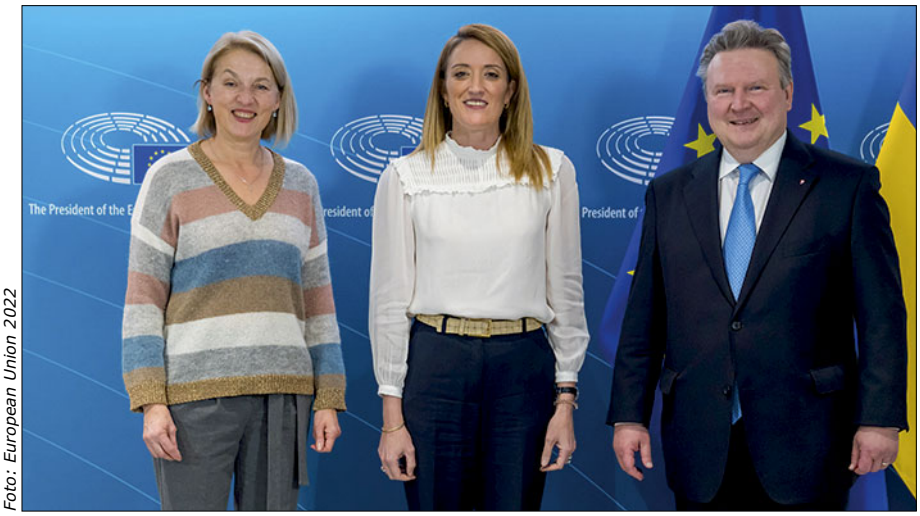


Foto: European Union 2022

Michael Ludwig mit EU-Kommissar Frans Timmermans und im Bild unten mit EP-Vizepräsidentin Evelyn Regner (l.) und EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola

Ötzi starb am Schnee, nicht am Fundplatz

Die offizielle Geschichte der Eismumie muß teilweise umgeschrieben werden

© Südtiroler Archäologiemuseum / EURAC /Samadelli / Staschitz

Die Konservierung von Ötzi wird zudem als Beleg für die plötzliche Abkühlung des Klimas um die Zeit von Ötzis Tod herangezogen.

Sie gehört zu den ältesten und weltweit am besten erhaltenen Mumien: die 5.300 Jahre alte Eismumie namens Ötzi. 31 Jahre nach dem Sensationsfund in den Ötztaler Alpen kommt eine jetzt veröffentlichte Studie zu dem Befund, daß die ursprüngliche Erklärung, wie Ötzi erhalten wurde, nicht dem aktuellen Stand der Forschung entspricht. Das schreibt ein Forschungsteam aus Norwegen, der Schweiz und Österreich im Fachjournal „The Holocene“.

Es war ein unschätzbarer Fund für die Wissenschaft: Ende September 1991 stolperten in einer Rinne am Tisenjochpaß nahe der italienisch-österreichischen Grenze zwei BergsteigerInnen über eine Gletschermumie. Sie entdeckten Ötzi, eine der ältesten und am besten erhaltenen Gletschermumien weltweit.

Neue Arbeiten von ArchäologInnen und GlaziologInnen mit Beteiligung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) zeigen nun, daß die ursprüngliche Erklärung, wie Ötzi so lange erhalten geblieben ist, dem Test der Zeit nicht standhält – und, daß die offizielle Geschichte von Ötzi wohl umgeschrieben werden muß. Die Ergebnisse sind jetzt im Fachjournal „The Holocene“ veröffentlicht worden.

Foto: ÖAW / Gernot Patzelt

Ötzis Köcher mit Pfeilen, wie sie 1991 gefunden wurden. Wie aktuelle Forschungen zeigen, starb Ötzi auf dem Schnee. Sein Körper und seine Utensilien sind erst später in die Vertiefung geschmolzen, in der er gefunden wurde.

Ursprüngliche Erklärung hält Test der Zeit nicht stand

Aber zunächst zurück zum Anfang, denn da stand eine Frage im Vordergrund: Wie konnten die Gletschermumie und die dazugehörigen Überreste so lange Zeit überdauern? Der österreichische Archäologe Konrad Spindler lieferte die ursprüngliche Erklärung dafür. Seiner Ansicht nach war Ötzi im Herbst mit beschädigter Ausrüstung auf den Paß geflohen und dann in der schneefreien Schlucht, in der seine Überreste gefunden wurden, erfroren. Der Körper und die dazugehörenden Überreste wurden danach schnell von Eis bedeckt und ruhten später unter einem sich bewegenden Gletscher, bis die Fundstücke 1991 wieder abschmolzen.

Die Konservierung von Ötzi wird zudem als Beleg für die plötzliche Abkühlung des Klimas um die Zeit von Ötzis Tod herangezogen. „Ötzi war bei seiner Entdeckung ein überraschender und merkwürdiger Fund, aus dem man viel über die Geschichte des Menschen im Hochgebirge gelernt hat. Heute können wir aus dem Fund viel über den Klimawandel lernen“, sagt Andrea Fischer, Glaziologin am Institut für interdisziplinäre Gebirgsforschung der ÖAW. Denn 31 Jahre später kommen Fischer und ihre internationalen KollegInnen zu neuen Schlussfolgerungen was die Fundumstände und die klimatischen Veränderungen betrifft.

Ötzi starb am Schnee, nicht am Fundplatz

Die wichtigsten Ergebnisse der neuen Studie: Ötzi starb im frühen Frühling oder Sommer auf dem Schnee, nicht im Herbst. Die Mumie und die Artefakte sind erst später in die Vertiefung geschmolzen, in der er gefunden wurde. Er ist also nicht dort gestorben. Ötzi und seine Artefakte wurden in den 1.500 Jahren nach seinem Tod und vielleicht sogar noch später immer wieder durch Schmelzprozesse freigelegt. Er wurde nicht, wie bisher angenommen, sofort und dauerhaft unter Eis begraben.

Neue Forschungen legen zudem nahe, daß die Schäden an Ötzis Artefakten denen ähneln, die an anderen nacheiszeitlichen archäologischen Stätten gefunden wurden. Das bedeutet, sie sind wahrscheinlich auf natürliche Prozesse an der Fundstelle zurückzuführen und nicht auf einen Konflikt oder Kampf. Die Geschichte des Eises an der Fundstelle zeigt, daß es entgegen den Behauptungen in der wissenschaftlichen Literatur unwahrscheinlich ist, daß sich dort nach dem Tod von Ötzi ein Gletscher bewegt hat. Und: Es gibt keine eindeutigen Beweise für eine plötzliche und drastische Abkühlung des Klimas zum Zeitpunkt von Ötzis Tod.

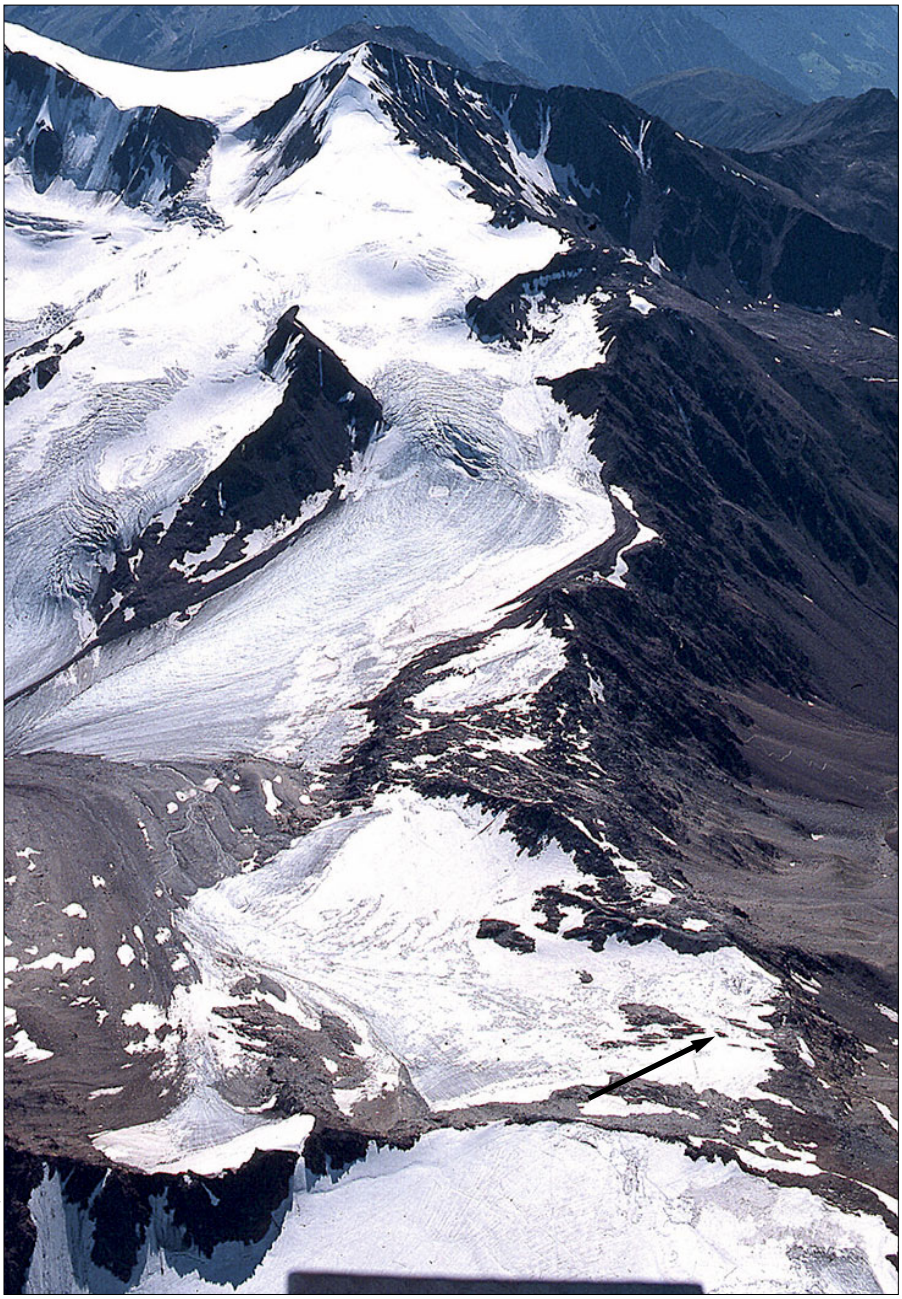


Foto: ÖAW / Gernot Patzelt

Luftaufnahme des Tisenjochs aus dem Jahr 1989. Der schwarze Pfeil rechts unten im Bild zeigt die Stelle, an der Ötzi 1991 entdeckt wurde. Heute ist die Fundstelle eisfrei.

Chancen für weitere Funde durch schmelzende Gletscher

„Wir verstehen jetzt besser, wie hochgelegene Eisfelder archäologische Stätten und Funde beeinflussen“, so ÖAW-Glaziologin Fischer. Seit der Entdeckung von Ötzi Anfang der 1990er-Jahre hat sich sowohl die Gletscherarchäologie als auch das gletscherkundliche Wissen um Fundstellen stark weiterentwickelt.

Durch diese Neubewertung steht der Ötzi-Fund in Einklang mit den normalen Fundumständen für holozäne archäologische Funde.

Die Chancen für die Erhaltung und den Fund weiterer Eismumien könnte daher auch besser sein als bisher angenommen – schließlich sind für die Erhaltung eines solchen Fundes keine Naturkatastrophen, wie eine plötzliche Abkühlung des Klimas, erforderlich, so die ForscherInnen von ÖAW, dem Archäologischen Dienst des Kantons Graubünden, der Norwegian University of Science and Technology, der Universität Bergen und der Oppland County Administration in ihrer Publikation. ■

https://www.oeaw.ac.at/
https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96tzi

Internationale Auszeichnung für Virtual Anatomy

Renommierter E&T-Award für Johannes Kepler Universität Linz, Ars Electronica Futurelab und Siemens Healthineers

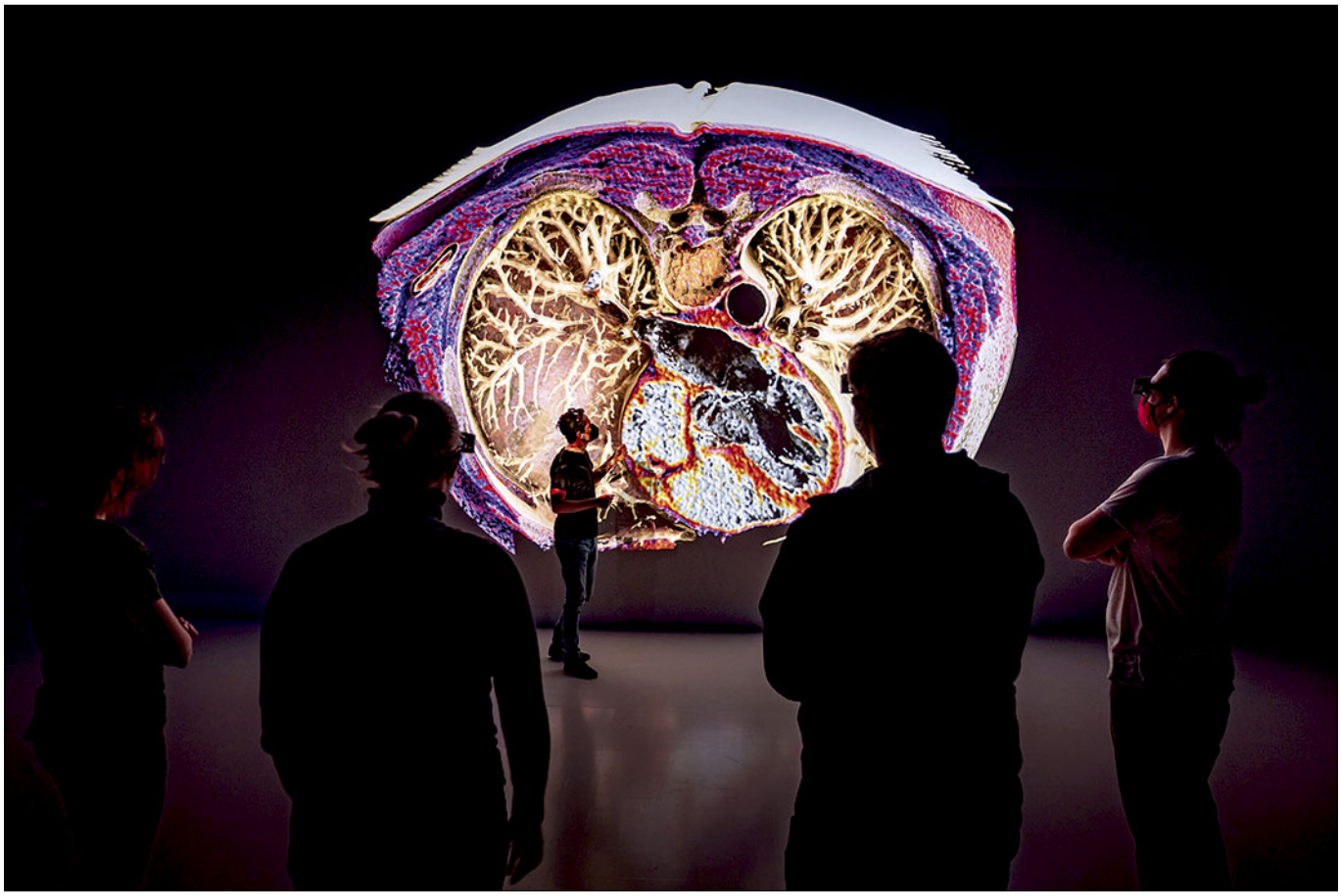


Foto: Ars Electronica

Die sehr anschauliche und natürlich wirkende Visualisierung klinischer Daten in 3-D-Bildern eines lebendigen menschlichen Körpers erleichtert es ÄrztInnen, ihren PatientInnen Schädigungen im Körper, die Diagnose einer Erkrankung oder den Ablauf einer geplanten Operation zu erklären.

Das erfolgreiche Projekt „Virtual Anatomy“ hat den renommierten E&T-Innovation-Award 2022 für „Best Emerging Technology of the Year“ gewonnen und in einer weiteren Kategorie die Silbermedaille erreicht! Virtual Anatomy, entwickelt vom Ars Electronica Futurelab in Kooperation mit Siemens Healthineers und der Johannes Kepler Universität Linz, führt MRT- und CT-Daten von realen PatientInnen zu fotorealistischen dreidimensionalen Bildern der menschlichen Anatomie zusammen. JKU Rektor Meinhard Lukas nahm die Trophy am des 10. November bei der Verleihung in London entgegen.

Mit den international viel beachteten E&T Innovation Awards werden jährlich die besten Innovationen in den Bereichen Wissenschaft, Technik und Technologie ausgezeichnet. Wie renommiert der Preis ist, zeigt allein die Tatsache, daß heuer zur Preisverleihung auch der Cheftechnologe des Mobilfunkkonzerns Ericsson persönlich angereist ist, um einen Preis entgegenzunehmen.

Virtual Anatomy gehörte in zwei Kategorien zu den FinalistInnen und hat die Trophy (1. Preis) in der Kategorie „Best Emerging Technology of the Year“ sowie den 2. Preis in „Most Innovative Solution in Digital Health and Social Care“ erhalten.

Virtual Anatomy vereint MRT- und CT-Daten von echten PatientInnen auf völlig neue Art: als fotorealistische Bilder in 8K stereoskopischem 3D – mit der Möglichkeit, sie frei zu drehen und bis in kleinste Strukturen zu zoomen. Das ermöglicht insbesondere in der anatomischen Lehre völlig neue Möglichkeiten, wie der Einsatz von Virtual Anatomy im JKU medSPACE seit letztem Jahr eindrucksvoll demonstriert.

„Die internationale Auszeichnung für das Projekt Virtual Anatomy zeigt, daß sich der Mut, innovative Wege zu beschreiten, in jeder Hinsicht lohnt. Unsere Studierenden profitieren von einer Ausbildung am Puls der Zeit und unsere junge Medizinische Fakultät zeigt, was ein starker Forschungsstandort Oberösterreich erreichen kann“, sagt JKU Rektor Meinhard Lukas. „Ich gratuliere allen Beteiligten, besonders Prof. Franz Fellner und unseren KooperationspartnerInnen, zu diesem Award und bin sehr stolz, daß unser gemeinsames Projekt nach der Nominierung für den Deutschen Zukunftspreis 2017 wei-

ter international Beachtung findet. Es freut mich, daß es gelungen ist, Virtual Anatomy im JKU medSPACE erlebbar zu machen."

Auch bei Roland Haring, Technical Director des Ars Electronica Futurelab, ist die Freude groß: „Wir freuen uns, daß unsere Kooperation nicht nur von Österreich aus die medizinische Lehre revolutioniert, sondern mit dem E&T Innovation Award nun auch international ausgezeichnet wurde. Als Zukunftslabor arbeiten wir mit zahlreichen nationalen wie internationalen PartnerInnen an der Technik der Zukunft – und sehen für Virtual Anatomy viele Einsatzbereiche in Forschung und Lehre", so Roland Haring.

Erfolgsgeschichte Virtual Anatomy

Innovative Projekte, wie Virtual Anatomy sind nur möglich und erfolgreich, wenn mehrere Player institutionsübergreifend über Jahre intensiv zusammenarbeiten und am selben Strang ziehen. Initiiert wurde das Projekt von Univ.-Prof. Franz Fellner, Dekan der Medizinischen Fakultät der JKU und Vorstand des Zentralen Radiologie Instituts am Kepler Universitätsklinikum. Virtual Anatomy wurde mithilfe seiner Expertise vom Ars Electronica Futurelab in Zusammenarbeit mit Siemens Healthineers entwickelt. 2015 wurde der 16 mal 9 Meter große Deep Space 8K im Ars Electronica Center erstmals mit „Cinematic Rendering"-Technologie von Siemens Healthineers zum Hörsaal für Virtuelle Anatomie. Darauf aufbauend folgten reguläre Vorlesungen für Medizinstudierende der JKU, ebenso wie Vorstellungen zu Anatomie für LaiInnen sowie Live-Schaltungen zu Operationen. Wegen des großen Erfolgs dieser Vorlesungen fiel der Startschuß einer Forschungskooperation zwischen der JKU, dem Ars Electronica Futurelab und Siemens Healthineers, die sich dem Ziel verschrieb, den JKU medSPACE am neuen Medizinischen Campus der JKU Wirklichkeit werden zu lassen. Eröffnet wurde der moderne multimediale Hörsaal im September 2021.

„Wir am Ars Electronica Futurelab sind wirklich stolz auf das gemeinsame Projekt Virtual Anatomy, mit dem hier in Linz die Tür zur Zukunft der universitären Ausbildung in Sachen menschlicher Anatomie weit aufgestoßen wird", sagt Horst Hörtner, Director Ars Electronica Futurelab.

Daten von lebenden PatientInnen

Das Besondere an der Virtuellen Anatomie ist, daß die Studierenden in ihren Lehrveranstaltungen mit den Daten von lebenden PatientInnen arbeiten können, anstelle von Standard-3D-Modellen eines menschlichen Körpers. Diese echten PatientInnendaten, die mit den CT- und MRT-Geräten des Kepler Universitätsklinikums aufgenommen wurden, werden in einer nie dagewesenen fotografischen Qualität in 8K, in Stereografik und in Echtzeit navigierbar dargestellt.

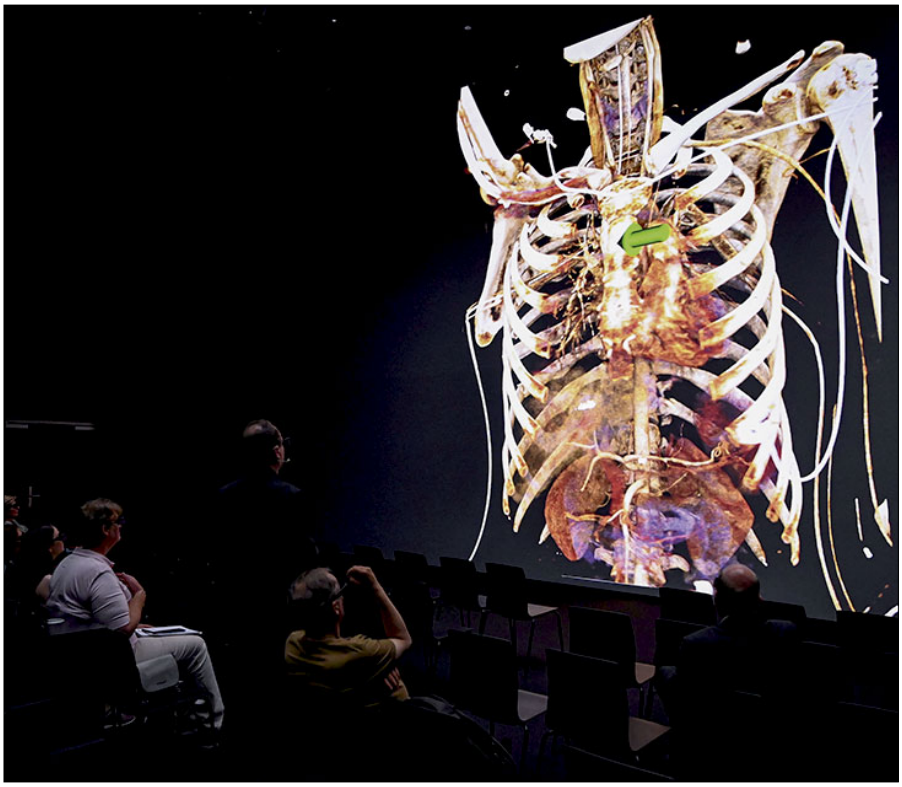


Foto: JKU

Zudem läßt sich das Verfahren zur Aus- und Weiterbildung einsetzen, da es bislang undenkbare Einblicke in anatomische Details erlaubt.

„Das von uns entwickelte ‚Cinematic Rendering' liefert dreidimensionale und fotorealistische Abbildungen des Körpers, die selbst feine Strukturen deutlich und plastisch hervortreten lassen. Durch Kombination mit entsprechenden Meßdaten, etwa aus der PET-Computertomografie, können sie auch funktionale Informationen wie den Stoffwechsel im Körper abbilden", sagt Klaus Engel, Senior Principal Key Expert bei Siemens Healthineers.

Neue Einblicke für Studierende und MedizinerInnen

Die sehr anschauliche und natürlich wirkende Visualisierung klinischer Daten erleichtert es ÄrztInnen, ihren PatientInnen Schädigungen im Körper, die Diagnose einer Erkrankung oder den Ablauf einer geplanten Operation zu erklären. Zudem läßt sich das Verfahren zur Aus- und Weiterbildung von Medizinstudierenden, TherapeutInnen oder Pflegekräften einsetzen, da es bislang undenkbare Einblicke in anatomische Details erlaubt – und zum Beispiel Fasern im menschlichen Gehirn mit einer sonst nicht möglichen Feinheit darstellen kann. Zudem ist es damit möglich, die wirklichkeitsnahen 3-D-Bilder eines lebendigen menschlichen Körpers beliebig zu drehen und je nach Anwendungsfall aufzubereiten.

„Mit Virtual Anatomy lehren wir auf eine völlig neue Art – modern, dreidimensional, aus Schnittbildern CT und MR berechnet. Bei unserem Konzept lernt man sozusagen verschiedene Sprachen zu lesen, weil man die Anatomie aus den unterschiedlichen Blickarten kennenlernt. Die Anatomie so hochauflösend zu projizieren und auch noch dreidimensional mit ‚Cinematic Rendering' darzustellen zu können – das ist sicherlich bis jetzt weltweit einzigartig und gibt ganz neue Möglichkeiten im Unterricht und erhöht auch das Interesse der Studierenden für die Anatomie noch mehr, als es ohnehin ist", sagt Franz Fellner, Dekan der Medizinischen Fakultät der JKU und Radiologie-Vorstand am Kepler Universitätsklinikum. „Daß dieses Projekt nun ausgezeichnet wurde, freut mich ungemein und bestätigt unseren Weg, digitalen und analogen Unterricht sinnvoll zu kombinieren." ■

https://www.jku.at/
https://ars.electronica.art/
https://www.siemens-healthineers.com/
https://www.youtube.com/watch?v=rO8ejB3lWfg

Artemis – Nachrichten vom Mond

Joanneum Research sorgt für eine funktionierende Kommunikation von und zur Mondrakete.

Artemis I ist der erste integrierte Test der NASA-Systeme für die Erforschung des Weltraums: das Orion-Raumschiff, die Space Launch System (SLS)-Rakete und die Bodensysteme im Kennedy Space Center der Behörde in Florida. Artemis I ist der erste in einer Reihe von zunehmend komplexeren Missionen und ist ein unbemannter Flugtest, der die Grundlage für die Erforschung des Weltraums durch den Menschen bilden und unser Engagement und unsere Fähigkeit demonstrieren wird, Menschen zum Mond und darüber hinaus zu bringen. Bei diesem Flug wird Orion an der Spitze der stärksten Rakete der Welt starten und weiter fliegen als jedes für Menschen gebaute Raumschiff je geflogen ist. Im Verlauf der Mission wird es sich 450.000 Kilometer von der Erde entfernen und 64.000 Kilometer über die Rückseite des Mondes hinausfliegen. Orion wird länger im Weltraum bleiben als jedes andere menschliche Raumschiff, ohne an eine Raumstation anzudocken, und schneller und heißer als je zuvor nach Hause zurückkehren.

Diese erste Artemis-Mission wird die Leistungsfähigkeit sowohl von Orion als auch der SLS-Rakete demonstrieren und die Fähigkeiten zur Umkreisung des Mondes und zur Rückkehr zur Erde testen. Der Flug wird den Weg für künftige Missionen in die Nähe des Mondes ebnen, einschließlich der Landung der ersten Frau und des ersten farbigen Menschen auf der Mondoberfläche. Mit Artemis I legt die NASA den Grundstein für die Erforschung des Weltraums durch den Menschen, wo Astronauten in der Nähe des Mondes die Systeme aufbauen und testen werden, die für Missionen auf der Mondoberfläche und für die Erkundung anderer, weiter von der Erde entfernter Ziele, einschließlich des Mars, erforderlich sind. Mit Artemis wird die NASA mit der Industrie und internationalen Partnern zusammenarbeiten, um zum ersten Mal eine langfristige Erkundung zu ermöglichen.

Eine steirische Technologie der Joanneum Research sorgt dabei für eine funktionierende Kommunikation von und zur Mondrakete. Rund 40 ExpertInnen forschen bei „DIGITAL“, dem Institut für Informations- und Kommunikationstechnologien der Joanneum Research, an Weltraumtechnologien. Unter

Foto: Joanneum Research / Bergmann

„Digital'-Forscher Michael Schmidt im Labor bei der Entwicklung des Tracking Receivers

anderem wurde ein Gerät zur Steuerung der Antennen entwickelt, welche die Kommunikation zwischen Rakete und Bodenstation herstellt.

Michael Schmidt, Forscher bei „Digital“, erklärt: „In der Radiokommunikation müssen bewegte Sender wie zum Beispiel Satelliten in niedrigen Umlaufbahnen mit stark gerichteten Antennen nachverfolgt werden, um die Datenkommunikation aufrecht halten zu können. Dafür nutzt man die Methode Monopulse Tracking. Wir haben dafür einen Receiver entwickelt.“ Denn die aus der Radartechnik bekannte Technologie benötigt nur einen Sendeimpuls, um die Fokussierung der Antenne auf den Sender durchzuführen. Entwickelt wurde der Monopulse Tracking Receiver von einem Team der Joanneum Research, aber vertrieben wird dieser von der Antennentechnik GmbH. Diese stellte nun den Signalempfänger für die britische Ground Station Goonhilly. Die große Antenne übernimmt dort die Kommunikation zur und von der Mondrakete, wenn sie im Sichtbereich der Antenne liegt. „Wir haben den Monopulse Tracking Receiver weltweit vermarktet und sind nun besonders stolz, Teil einer so wichtigen Weltraum-Mission wie Artemis zu sein“, freut sich Gerbert Lagerweij, Sales-Direktor von CPI/ Vertex.

Die Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH entwickelt Lösungen und Technologien für Wirtschaft und Industrie in einem breiten Branchenspektrum und betreibt Spitzenforschung auf internationalem Niveau. Bestens eingebettet in das nationale und internationale Innovationsnetzwerk erarbeiten die ForscherInnen Innovationen in den Themenbereichen Informations- und Produktionstechnologien, Humantechnologie und Medizin sowie Gesellschaft und Nachhaltigkeit.

Das Institut „Digital“ ist ein zuverlässiger Partner auf dem Gebiet der digitalen Innovation und Transformation und entwickelt praxisorientierte High-Tech-Lösungen für die Märkte Mobility, Space, Industry, Security & Defence, Energy & Environment, AAL & Digital Care sowie Culture & Creative Industries. Denn Informations- und Kommunikationstechnologien sind Motor und Triebfeder für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Gesellschaft. Die technologische Basis für Forschungsarbeiten, etwa in den Bereichen Industrie 4.0, hochautomatisiertes Fahren und vernetzte Systeme bilden Sensorik und Signalverarbeitung für Bild, Video, Akustik, Wearables und Fernerkundung Kommunikations- und Navigationstechnologien, Web-, Internet- und moderne Informationsmanagement-Technologien. ■

https://www.nasa.gov/specials/artemis-i/
https://www.joanneum.at/
https://www.vertexant.com/

ÖBB: Neue Gesellschaft in China

ÖBB Cargo: Vollwertige lokale Präsenz in Shanghai ab Anfang 2023 – Ausbau der Position in Eurasien – Stärkung des Mittelkorridors der Neuen Seidenstraße

Die ÖBB Rail Cargo Group (RCG) stärkt mit Jahresbeginn 2023 mit der neu in Shanghai gegründeten Tochtergesellschaft Rail Cargo International Freight Forwarding ihre Marktposition in Eurasien. Mit der vollwertigen lokalen Präsenz ist für die RCG erstmals eine direkte Vermarktung der eigenen Logistikdienstleistungen in China möglich.

RCG Vorstandssprecher Clemens Först betont: „Die neue RCG Gesellschaft in Shanghai stärkt unsere vertrieblichen Aktivitäten und reduziert die Abhängigkeiten von externen Partnern in China. Das ist ganz entscheidend, da die China-Geschäfte fast ausschließlich vor Ort abgeschlossen werden“, und ergänzt: „Zusätzlich wollen wir unsere erfolgreiche Entwicklung entlang der Neuen Seidenstraße durch die Forcierung der Routenführung über den Mittelkorridor ausbauen.“

Foto: ÖBB / Rail Cargo Austria / David Payr

Die ÖBB Rail Cargo Group kann mit ihrer neuen Tochtergesellschaft in China ihre gesamte Logistikwertschöpfungskette samt speditioneller Zusatzleistungen in Asien – vom Trucking über Verzollung, Umschlag etc. – nun direkt aus eigener Hand anbieten.

Vorteile der lokalen RCG-Präsenz in Shanghai

Die ÖBB Rail Cargo Group kann mit ihrer neuen Tochtergesellschaft in China ihre gesamte Logistikwertschöpfungskette samt speditioneller Zusatzleistungen in Asien – vom Trucking über Verzollung, Umschlag etc. – nun direkt aus eigener Hand anbieten. Das vereinfacht auch u.a. den Zugang zu den Kunden, den lokalen Partnern und den Zahlungsverkehr.

Mittelkorridor als Alternative aufbauen

Das Netzwerk der RCG (TransNET) reicht schon jetzt über den gesamten eurasischen Kontinent bis nach China. Bis vor Ausbruch des Ukrainekriegs wurde für den Transport entlang der Neuen Seidenstraße primär der sogenannte Nordkorridor (d.h. von China über Rußland bis nach Mittel- und Südosteuropa) verwendet. Als Alternative wird seit März 2022 von der ÖBB Rail Cargo Group der Mittelkorridor (d.h. von China durch Kasachstan über Aserbaidschan/Georgien und das Schwarze Meer nach Rumänien und weiter nach Mittel- und Südosteuropa) forciert. Mit einer attraktiven Laufzeit schafft die RCG eine verläßliche Alternative zur See- und Luftfracht. Darüber hinaus lassen sich so die nach wie vor stark überlasteten Be- und Entladeseehäfen in Nord- und Südeuropa umgehen.

RCG ist seit 2008 von und nach Asien aktiv

Seit Beginn der RCG Aktivitäten mit dem ersten Testzug 2008 sind die Schienengüterverkehrsleistungen kontinuierlich angestiegen. Bis Ende 2016 wurden schrittweise die Abfahrten entlang der Seidenstraße gesteigert und im Jahr 2017 erfolgte der offizielle Markteintritt der RCG in China. Jährlich werden rund 600 Züge entlang der Routen der Neuen Seidenstraße von der RCG gefahren.

Rail Cargo Group: Güterverkehr der ÖBB

Als führender Bahnlogistiker in Europa gestalten die ÖBB die Branche. 365 Tage im Jahr – 24 Stunden am Tag. In Europa bis nach Asien. Man verbindet Menschen, Unternehmen und Märkte – von der ersten bis zur letzten Meile. Wir sind in 18 Ländern präsent – in 15 davon mit eigenen MitarbeiterInnen. Unsere 5.755 Logistikprofis aus 34 Nationen ermöglichen, daß jährlich 463.000 bzw. täglich rund 1.270 Züge sicher an ihr Ziel gebrachte werden. Mit effizienten End-to-end-Logistiklösungen werden jedes Jahr 94 Millionen Nettotonnen transportiert. Ein Schienenanteil von 28 Prozent (vorläufiger Wert) am Gesamtgüteraufkommen in Österreich macht die ÖBB zum Spitzenreiter in Europa. Operative Leitgesellschaft der Rail Cargo Group ist die Rail Cargo Austria AG

Rückgrat des öffentlichen Verkehrs

Als umfassender Mobilitäts- und Logistikdienstleister haben die ÖBB im Jahr 2021 insgesamt 323 Millionen Fahrgäste und über 94 Millionen Tonnen Güter klimaschonend und umweltfreundlich an ihr Ziel gebracht. Denn der Strom für Züge und Bahnhöfe stammt zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien. Die ÖBB gehören mit rund 97 Prozent Pünktlichkeit im Personenverkehr zu den pünktlichsten Bahnen Europas. Mit Investitionen von über drei Milliarden Euro jährlich in die Bahninfrastruktur bauen die ÖBB am Bahnsystem für morgen. Konzernweit sorgen knapp 42.000 MitarbeiterInnen bei Bus und Bahn sowie zusätzlich rund 2.000 Lehrlinge dafür, daß täglich bis zu 1,3 Millionen Reisende und rund 1.300 Güterzüge sicher an ihr Ziel kommen. Die ÖBB sind Rückgrat des öffentlichen Verkehrs und bringen als Österreichs größtes Klimaschutzunternehmen Menschen und Güter sicher und umweltbewußt an ihr Ziel. Strategische Leitgesellschaft des Konzerns ist die ÖBB-Holding AG. ■

https://www.oebb.at

70 Jahre Internationale Chopin-Gesellschaft

Das Jubiläum wurde mit einem großen Festakt im Wiener Rathaus gefeiert.

Foto: FotoLois.com / Alois Spandl

Die Veranstalter, Ehrengäste und die SolistInnen des Festakts

Am 29. Oktober fand im Wappensaal des Wiener Rathauses auf Einladung von Bürgermeister Michael Ludwig, der Internationalen Chopin-Gesellschaft in Wien ICG, der mdw – Universität für Musik und darstellende Kunst Wien, sowie der Internationalen Föderation der Chopin-Gesellschaften IFCS eine repräsentative Festveranstaltung statt.

Zahlreiche Ehrengäste und Glückwünsche zum Jubiläum

Nach einer musikalischen Einleitung mit dem 1. Satz von Frédéric Chopins Klaviertrio g-Moll op.8 durch Janay Tulenova (Violine), Urh Mrak (Violoncello) und Natalia Rehling (Klavier) begrüßte als Moderatorin und Vorstandsmitglied der ICG Liliana Niesielska die Festgäste im vollbesetzten Wappensaal des Rathauses und überbrachte die Glückwünsche zahlreicher Persönlichkeiten. Darunter Bundespräsident Alexander van der Bellen, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, dem Vertreter der Europäischen Kommission in Österreich Prof. Martin Selmayr, NÖ Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Kulturstaatssekretärin Andrea Mayr, Wiens Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler, sowie zahlreicher Persönlichkeiten des öffentlichen, kulturellen, wissenschaftlichen, und wirtschaftlichen Lebens Österreichs.

Auch kamen Glückwünsche der Generalsekretärin des International Music Council der UNESCO in Paris, Silja Fischer, und des Generalsekretärs der Internationalen Föderation der Chopin-Gesellschaften IFCS, Grzegorz Michalski, aus Warschau.

Gefeierte Ehrengast dieser Jubiläumsveranstaltung war der hervorragende Wiener Pianist und Professor an der mdw, ehemaliger Präsident der Wiener Beethoven-Gesellschaft und auch langjähriges Mitglied des Vorstands der Chopin-Gesellschaft, Alexander Jenner, als Zeitzeuge der Gründung vor 70 Jahren.

Im Namen des Wiener Bürgermeisters und Landeshauptmann Michael Ludwig begrüßte und eröffnete der 1. Vorsitzende des Wiener Gemeinderats, LAbg. Thomas Reindl, den Festakt. Er dankte der Chopin-Gesellschaft, die in den 70 Jahren ihres Bestehens mit der Musik die Menschen emotional beeindruckte und damit auch einen wichtigen Beitrag für den Frieden und die Freundschaft zwischen den Völkern leistete, insbesondere zwischen Österreich und Polen.

Erinnerungen an die Gründung der Gesellschaft

Prof. Theodor Kanitzer, Präsident der Internationalen Chopin-Gesellschaft in Wien ICG und der Internationalen Föderation der Chopin-Gesellschaften IFCS, erinnerte an die Gründung der Gesellschaft 1952 durch den Präsidenten der damaligen Akademie für Musik und darstellende Kunst (heute Universität) Prof. Hans Sittner mit hervorragenden Persönlichkeiten des musikalischen Lebens der Nachkriegszeit.

Die Internationale Chopin-Gesellschaft in Wien ist nunmehr sieben Jahrzehnte mit der mdw – Universität für Musik und darstellende Kunst Wien (eine der drei besten Universitäten für Musik der Welt) freundschaftlich verbunden und sehr dankbar für deren wertvolle Unterstützung. Was allein in

den letzten Jahren dank der Initiative und Tätigkeit von Rektorin Ulrike Sych dort verwirklicht wurde, wie z.B das Future Art Lab, ist besonders bemerkenswert.

Die Musikstadt Wien hat im Leben Frédéric Chopins bei seinen zwei Aufenthalten 1829 und 1830/31 (insgesamt acht Monate) eine wichtige Rolle gespielt. Mit seinen beiden Auftritten im damaligen kaiserlichen Kärntnerthortheater begann seine Karriere.

Prof. Kanitzer sprach auch über die umfangreichen Aktivitäten der Gesellschaft durch Konzerte und Festivals mit Werken des genialen Komponisten und Pianisten und seiner Zeitgenossen. Er berichtete über die großen Erfolge des Chopin-Festivals in der Kartause Gaming im niederösterreichischen Ötscherland (gegründet 1985), wo seit 38 Jahren hervorragende SolistInnen, Kammerensembles und Orchesters aus vielen Ländern auftraten.

In Wien fanden seit Jahrzehnten Konzertzyklen mit SolistInnen und Kammerensembles in repräsentativen Veranstaltungssälen wie: Palais Palffy, Festsaal der Bank Austria, den Hotels Radisson, Imperial, Palais Hansen Kempinski statt, die sich großer Beliebtheit erfreuen.

Bemerkenswert auch die langjährige Zusammenarbeit mit dem bedeutendsten österreichischen Jugendmusikwettbewerb „prima la musica“ wo bei allen Konzerten im Vorprogramm 1. PreisträgerInnen (dank der Initiative des Vorstandsmitglieds Angelika Persterer-Ornig, Leiterin von „prima la musica Wien“) auftreten konnten.

Er berichtete auch über die Herausgabe der Zeitschriften „Wiener Chopin-Blätter“, „Chopin in the World“ (in englischer Sprache) sowie die Festschriften des Chopin-Festivals in Gaming.

Durch die Gründung der Internationalen Föderation der Chopin-Gesellschaften IFCS 1985 in Warschau und deren Aufnahme als Mitglied des International Music Council der UNESCO in Paris erweiterten sich die internationalen Beziehungen mit Austauschkonzerten mit vielen Ländern der Welt (u.a. China, Japan, Rußland, Deutschland, Frankreich, Marokko).

Die Errichtung eines modernen Chopin-Denkmals des polnischen Bildhauers Krzysztof M. Bednarski an einem Teich im Wiener Schweizergarten neben dem Wiener Hauptbahnhof kam nach jahrelangen Bemühungen der Chopin-Gesellschaft mit Hilfe von Bürgermeister Dr. Michael Häupl und dem polnischen Kulturministerium zustande.

Es wurde am 25. November 2010 in Anwesenheit des ehemaligen polnischen Kulturministers Waldemar Dąbrowski (derzeit Generaldirektor der polnischen Staatsoper in Warschau) und einem Klavierkonzert des österreichischen Preisträgers des Internationalen Chopin-Klavierwettbewerbs in Warschau Ingolf Wunder im Heeresgeschichtlichen Museum eingeweiht.

Foto: Sebastian Kocon

Prof. Theodor Kanitzer, Präsident der Internationalen Chopin-Gesellschaft Wien am 5. Augusr 2022 bei seinen Begrüßungsworten zum 39. Konzert in der Kartause Gaming

Präsident Kanitzer betonte in seiner Ansprache, daß die ICG in Wien ihre Konzerte und Festivals im Gedenken an die Menschen in vielen Ländern der Welt, die unter diktatorischen, nationalistischen Regimen leiden müssen, sowie dem Kampf des ukrainischen Volkes um seine Freiheit vor der russischen Aggression dem Thema „Völkerverständigung, Frieden und Freiheit“ widmet.

Foto: Sebastian Kocon

Ein Blick in das hohe Kirchenschiff und auf den Hauptaltar der 1342 geweihten Klosterkirche in Gaming während des Chopin-Festivals im August 2022

Rektorin Ulrike Sych über die Zusammenrarbeit mit der ICG

Dann folgte die Rede der Rektorin der mdw – Universität für Musik und darstellende Kunst Wien, Ulrike Sych: „Die Internationale Chopin-Gesellschaft wurde 1952 von Wiener Musikgrößen wie Hans Sittner, Paul Badura-Skoda und Franz Zagiba gegründet, die mit ihren Persönlichkeiten und aus ihrer künstlerischen Exzellenz heraus den Grundstein für den herausragenden musikalischen und gesellschaftspolitischen Erfolg dieser Gesellschaft gelegt haben.

Sie haben die Chopin Gesellschaft von Anfang an mit höchster Qualität nachhaltig ausgerichtet: Seit 70 Jahren ist die Internationale Chopin Gesellschaft in Wien ein Garant für Qualität und Haltung und als Rektorin der mdw – Universität für Musik und darstellende Kunst Wien kann ich mit Stolz sagen, daß die überaus fruchtbare und wertschätzende Zusammenarbeit unserer Universität mit der Chopin Gesellschaft bereits ebenso lange andauert!

Natürlich ist diese Zusammenarbeit zuallererst von der gemeinsamen Auseinandersetzung mit der Musik Frédéric Chopins geprägt, vom Engagement für die Musik, für den Musikstandort Wien, für die internationale Vernetzung der heimischen Musikszene und besonders auch vom Einsatz für die Nachwuchsförderung.

Viele unserer Studierenden und Lehrenden sind durch die Internationale Chopin-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Internationale Chopin Gesellschaft / Johannes Kropfitsch

ICG-Präsident Prof. Theodor Kanitzer

Foto: Internationale Chopin Gesellschaft / Johannes Kropfitsch

1. Vorsitzender des Wiener Gemeinderates LAbg. Thomas Reindl

Foto: Internationale Chopin Gesellschaft / Johannes Kropfitsch

Botschafterin Regina Rusz, stv. Leiterin der Sektion Internationale Kulturangelegenheiten im Außenministerium

Foto: Internationale Chopin Gesellschaft / Johannes Kropfitsch

Ulrike Sych, Rektorin der mdw - Universität für Musik und darstellende Kunst Wien

Foto: FotoLois.com / Alois Spandl

Ein Blick auf die Festgäste der Jubiläumsfeier im Wappensaal im Wiener Rathaus

Gesellschaft in ihrer künstlerischen Weiterentwicklung gestärkt und gefördert worden, beziehungsweise haben durch die Vermittlung und den Austausch mit der Chopin Gesellschaft profitieren können.

Die Internationale Chopin-Gesellschaft unter ihrem Präsidenten Theodor Kanitzer ist unserer Universität (auch mir als Rektorin) seit vielen Jahren eine verlässliche Partnerin, die stets als ein Garant für höchstes künstlerisches Niveau fungiert.

Es gibt aber einen weiteren Faktor, der die Chopin-Gesellschaft und die mdw in enger Verbundenheit zueinander hält: die kompromißlose, beharrliche Überzeugung, daß Musik ein bedeutendes Mittel in der Völkerverständigung und im Engagement für ein friedliches Miteinander ist. Diese Haltung liegt seit vielen Jahren den zahlreichen, vielfältigen Veranstaltungen und Aktivitäten der Chopin Gesellschaft zugrunde – die die Beschäftigung mit der Musik immer auch in den Kontext der Weltpolitik setzt und damit Großes erreicht hat. Diese Haltung geht Hand in Hand mit den Werten der mdw – Universität für Musik und darstellende Kunst Wien: Die Wahrung der Würde und Rechte von Menschen sowie die tiefe Überzeugung, daß Kunst und Musik wichtige Werkzeuge der Demokratie und des Friedens sind, bilden die Basis für unsere künstlerische und pädagogische Arbeit.

Die enorme gesellschaftliche Relevanz von Kunst und Kultur tritt angesichts des Kriegs in Europa und der multiplen Krisen, die unsere Gesellschaft zu bewältigen hat, umso deutlicher hervor. Mehr denn je sind wir gefordert, der Kunst eine starke Stimme zu geben, damit sie ihre gestalterische Kraft entfalten kann.

Wir sind auch im Herzen Europas auf die Dialogangebote angewiesen, die durch künstlerisches Schaffen entstehen.

Die Internationale Chopin-Gesellschaft Wien ist seit nunmehr 70 Jahren ein Leuchtturm, ein inspirierendes Vorbild dafür, wie künstlerische Exzellenz für ein Miteinander und für gesellschaftspolitischen Fortschritt wirken kann.

Im Namen der mdw – Universität für Musik und darstellende Kunst Wien gratuliere ich der Internationalen Chopin-Gesellschaft in Wien sehr herzlich zu ihrem 70-jährigen Jubiläum und ich freue mich auf viele weitere gemeinsame Jahre!“

Botschafterin Regina Rusz zur internationalen Bedeutung der ICG

Botschafterin Regina Rusz, stv. Leiterin der Sektion Internationale Kulturangelegenheiten im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, dankte der ICG für ihren unermüdlichen Einsatz. Vor allem das Engagement für die internationalen Beziehungen und die Förderung junger Künstler, die der Kultursektion ein besonderes Anliegen sind. Die Gesellschaft fördert damit das Ansehen des Musiklandes Österreich.

Das festliche Konzert dieser Veranstaltung lag in den Händen von Natalia Rehling, Klavier, Janay Tulenova, Violine und Urh Mrak, Violoncello, die höchst souverän eine brillante und ausdrucksstarke Interpretation des 1.Satzes aus dem g-Moll Klaviertrio op.8 von Chopin boten. Der große Geiger Edward Zienkowski, am Klavier wieder von Natalia Rehling begleitet, wählte zwei sehr berührende Stücke, zunächst die Legende op.17 des so bedeutenden polnischen Geigers und – gerade noch – Zeitgenossen von Chopin Henryk Wieniawski, sowie des tatsächlichen Zeitgenossen Niccolò Paganini („Cantabile“).

Darauf folgte die von Adam Jávorkai und Clara Biermasz feurig dargebotene Introduction et Polonaise brillante op.3 von Chopin, gefolgt von 2 Stücken aus dem Zyklus „Baal Shem“ für Violine und Klavier des Komponisten Ernest Bloch.

Die ICG war und ist immer bestrebt, kulturell in ihren Programmen zu „Völkerverständigung, Frieden und Freiheit“ einen Beitrag zu leisten. Daher war es ein besonderer Wunsch von Prof. Kanitzer, der Geigerin Janay Tulenova und des Pianisten Manfred Wagner-Artzt, sich mit diesen beiden, den Gesängen des chassidischen polnischen Rabbi Baal Schem Tov nachempfundenen, Kompositionen vor dem jüdischen Volk zu verneigen, das wie kein anderes unter der Vernichtung dieser Werte zu leiden hatte.

Im Anschluß daran interpretierte der wunderbare israelische Pianist Roman Zaslavsky höchst feinfühlig und klangsinnlich das Petrarca-Sonett N°104 des großen Chopin-Freundes und Förderers Franz Liszt, ehe der hochgeschätzte Wiener Pianist Johannes Kropfitsch mit der 3. Ballade von Chopin den glanzvollen Abschluß bildete. ■

https://www.chopin.at/

70 Jahre Österreichische Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte

150 Jahre Anthropologische Gesellschaft in Wien – Standortbestimmung und Perspektiven bei internationaler Tagung

Foto: ÖGUF / Tabea Truntschnig

Die TeilnehmerInnen des Festsymposiums mit Univ.Prof. Alexandra Krenn-Leeb (3.v.r.) und Univ.Prof. Hermann Mückler (2. v.r.)

Im Jahr 1870 wurde die Anthropologische Gesellschaft in Wien gegründet. Die AG, wie sie kurz genannt wird, zählt heute zu den ältesten und angesehensten Wissenschaftsgesellschaften Österreichs. Nur ein halbes Jahr nach der Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte (BGAEU), die als Vorbild diente, gab es schließlich auch in Österreich eine wissenschaftliche Fachvertretung für die Fächer Archäologie, Anthropologie und Ethnologie. Die Gesellschaft hat ihren Sitz im Naturhistorischen Museum Wien und gehört somit seit der Eröffnung des Gebäudes am Wiener Ring im Jahr 1889 zum dortigen „Inventar". Die genannten Fächer vereint neben der Ur- und Frühgeschichte, der Physischen Anthropologie sowie der Kultur- und Sozialanthropologie (die ehemalige Völkerkunde) auch die Europäische Ethnologie (die ehemalige Volkskunde). Nach dem Zweiten Weltkrieg spaltete sich 1952 die Ur- und Frühgeschichte ab und gründete eine eigene Gesellschaft, die Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte, kurz ÖGUF. Zwischen beiden Gesellschaften besteht seither eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit, die sich nicht zuletzt auch in diesem gemeinsam organisierten Festsymposium manifestiert, welches von 20. bis 22. Oktober in den Räumlichkeiten des Naturhistorischen Museums veranstaltet werden konnte.

Das anläßlich der beiden runden Jubiläen bereits für 2020 geplante internationale Symposium mußte damals pandemiebedingt abgesagt werden. Während die Partnergesellschaft in Berlin, die BGAEU, ihre Festveranstaltung nur wenige Tage vor dem ersten Lockdown gerade noch umsetzen konnte, blieb dies den Wienern versagt. Nach zwei weiteren Verschiebungen 2021 war nun die Erwartungshaltung umso größer, daß das Festsymposium wie geplant vollumfänglich durchgeführt werden konnte. Gäste, insbesondere aus Deutschland, ergänzten die Beiträge österreichischer Vortragender. Das Generalthema des Festsymposiums lautete „Wissenschaftliche Gesellschaften. Standortbestimmung und Perspektiven der Archäologie, Anthropologie und Ethnologie".

Die Vorsitzenden der beiden organisierenden Fachgesellschaften, Univ.Prof. Alexandra Krenn-Leeb und Univ.Prof. Hermann Mückler, betonten in ihren Eingangsstatements die Herausforderungen, vor denen heute die Mehrheit der wissenschaftlichen Gesellschaften, die meist als Vereine organisiert sind, stehen. Partielle Überalterung, stagnierende Mitgliederzahlen und veränderte Anforderungen an eine zeitgemäße Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse erfordern von den Gesellschaften Flexibilität, Kreativität und Mut für Neues.

Die Generaldirektorin des Naturhistorischen Museums, Katrin Vohland, betonte in ihren einführenden Worten die Bedeutung von Fachgesellschaften, die wissenschaftliche Leistungen oft auch in einem „Science to Public"-Ansatz auf vielfältige Art an eine breitere Öffentlichkeit bringen und damit einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag erfüllen.

Die Vortragenden stellten in den insgesamt 26 Vorträgen nicht nur die Geschichte und den Ist-Zustand detailreich dar, sondern entwickelten vor allem Strategien für die Zukunft. Die Bandbreite der vorgestellten Gesellschaften reichte – neben den organisierenden beiden Gesellschaften – vom West- und Süddeutschen Altertumsverband, dem Wirken der Görlitzer Wissensgesellschaften, über die Bioarchäologische Gesellschaft Österreichs bis zur Internationalen Gesellschaft für Jäger und Sammler-Forschung. Besonders initiativ erschienen dabei neu gegründete Gesellschaften wie Orbis Ferrorum, der Dachverband Archäologischer Studierenden Vertretungen, ArchaeoPublica sowie das Archäologische Forschungsnetzwerk Innsbruck (AFIN). Gerade letztere zeigten mit ihren Ideen und Konzepten auf, wohin zukünftig die Reise für Wissenschaftsgesellschaften, insbesondere auch unter Einbindung der jüngeren Generation, in den genannten Fächern gehen könnte. Damit lieferte das Festsymposium einen wichtigen Beitrag zu deren Neudefinition und zukünftiger Ausrichtung. *hm*

http://ag-wien.org/
https://oeguf.ac.at/
https://nhm-wien.ac.at/

KZ-Gedenkstätte Mauthausen kooperiert mit USHMM

Durch die internationale Kooperation werden zentrale Archivbestände gesichert und Angehörigen der Opfer sowie Forschenden zugänglich gemacht.

Eine zentrale Aufgabe beider Institutionen ist es, die Zeugnisse der NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik dauerhaft für künftige Generationen zu sichern. Das USHMM, das bereits 2003/04 im Rahmen seiner weltweiten Quellensammlung auch die Originale der KZ-Gedenkstätte Mauthausen mikroverfilmt hatte, beschafft seit langem Kopien aus Archiven in aller Welt, darunter auch in österreichischen Archiven, die für die NS-Zeit relevante Dokumente sammeln, in Form von Digitalisaten. Auch die KZ-Gedenkstätte Mauthausen arbeitet bereits seit Jahren an der Digitalisierung aller Sammlungsbereiche, von Oral History-Interviews, Fotografien bis hin zu Artefakten und nicht zuletzt auch von Schriftgut. Aufgrund der umfassenden Neuzugänge der vergangenen Jahre verständigte man sich zu beiderlei Vorteil, die 20 Jahre alte Kooperation zu erneuern.

Am 21. November unterzeichnete Barbara Glück, Direktorin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, den Kooperationsvertrag gemeinsam mit Zachary Levine, Leiter des Archivs und der Kuratorischen Angelegenheiten am USHMM, in der Österreichischen Botschaft Washington.

Foto: United States Holocaust Memorial Museum / Joel Mason-Gaines

Barbara Glück und Zachary Levine bei der Vertragsunterzeichnung in New York

Gemäß der Kooperation wird das USHMM ab nächstem Jahr mehrere hunderttausend Seiten digitalisieren, die dann Forschenden, Angehörigen der Opfer und anderen Interessierten in Österreich, aber auch in den USA, zugänglich gemacht werden können. „Durch die Kooperation können wir unserer Verpflichtung gegenüber den Angehörigen nachkommen und zur weiteren Aufklärung von Opferbiografien beitragen“, so Barbara Glück. ■

https://www.mauthausen-memorial.org/

Stefan Herheim gewinnt einen »Opera Award 2022«

Bei der Verleihung der „Opera Awards 2022“ im Teatro Real Madrid wurde der Intendant des MusikTheaters an der Wien der Vereinigten Bühnen Wien (VBW), Stefan Herheim, am 28. November mit dem Preis in der Kategorie Director/Regisseur ausgezeichnet. Auf der Nominiertenliste standen neben Herheim auch Rosetta Cucchi, Tobias Kratzer, James Robinson, Simon Stone und Adele Thomas.

Die „International Opera Awards“ werden alljährlich durch das Londoner Fachmagazin „Opera“ verliehen und wurden 2012 ins Leben gerufen, um herausragende Opernleistungen auf der ganzen Welt zu würdigen. Die Bewertung erfolgt durch eine Jury aus Fachleuten der Branche unter dem Vorsitz von Redakteur John Allison.

Für Stefan Herheim ist diese Auszeichnung mit dem International Opera Award ein Zeichen großer Anerkennung, die das Profil der Oper als Kunstform schärft.

An der Bayerischen Staatsoper zeichnete Herheim im Februar 2022 für die Inszenierung von Peter Grimes (Britten) verantwortlich. Sein Debüt am MusikTheater an der Wien mit dem Stück „Das schlaue Füchslein“

Foto: Vereinigte Bühnen Wien / Moritz Schell

Stefan Herheim, Intendant des MusikTheaters an der Wien

(Leoš Janáček) im Oktober diesen Jahres wurde von Publikum und Presse heftig akklamiert. Auch bei der Familienoper von Gian Carlo Menotti „Amahl und die nächtlichen Besucher“ mit Premiere am 15. Dezember hat er wieder am MusikTheater an der Wien Regie geführt.

„Die Auszeichnung von Intendant Stefan Herheim als bester Regisseur bestätigt einmal mehr den Weg der Stadt Wien in Kultur zu investieren und damit den Weltruf Wiens als Musikhauptstadt zu untermauern“, zeigt sich Wiens Stadtrat Peter Hanke erfreut.

„Wiener Musiktheater genießt national wie international höchste Reputation. Die Auszeichnung von Stefan Herheim mit dem ‚International Opera Award‘ zeigt erneut, daß die VBW als eines der wichtigsten Kulturunternehmen der Wien Holding Musiktheater in Spitzenqualität liefern“, so Wien Holding-Geschäftsführer Kurt Gollowitzer.

VBW-Geschäftsführer Franz Patay freut sich, mit Stefan Herheim den erfolgreichen Weg als eines der besten Opernhäuser der Welt fortzusetzen. Bereits 2016 hat das Theater an der Wien für die beste Neuproduktion des Jahres (Peter Grimes, 2015) den International Opera Award erhalten.

Die Vereinigten Bühnen Wien sind ein Unternehmen der Wien Holding. ■

https://www.theater-wien.at/

PaN-Preis NÖ für die Österreichisch-Slowakische Gesellschaft

Feierliche Verleihung im Festsaal des Casinos Baden

Foto: NÖ / EFW Bollwein

v.l.: BM a.D. Werner Fasslabend, Botschafter der Slowakei in Österreich, Peter Mišík, Gen.Sekr. der Österreichisch-Slowakischen Gesellschaft (ÖSG), Elena Penzes-Strobl, PaN-Präsident Univ.Prof. Hermann Mückler, Landesrat Botschafter Martin Eichtinger, PaN-Vorständin Botschafterin Petra Schneebauer, Botschafter i.R. Maximilian Pammer und der Vizepräsident der ÖSG,Josef Wurditsch.

Im Rahmen des Salons Europa-Forum Wachau wurde am 14. September im Congress Center Baden der PaN-Preis NÖ an die Österreichisch-Slowakische Gesellschaft verliehen. Landesrat Martin Eichtinger, Präsident des Europa-Forums Wachau, und PaN-Präsident Univ.-Prof. Hermann Mückler überreichten den neu gestifteten PaN-Preis des Landes Niederösterreich an Bundesminister a.D. Werner Fasslabend, den Präsidenten der Österreichisch-Slowakischen Gesellschaft, und Botschafter i.R. Maximilian Pammer, deren geschäftsführenden Vizepräsidenten. Dem Festakt wohnte S.E. Peter Mišík, der Botschafter der Slowakischen Republik in Österreich, bei.

Schon wenige Monate nach der Geburt der selbständigen Slowakischen Republik wurde im Juni 1993 die Österreichisch – Slowakische Gesellschaft gegründet. Ihr Ziel war – wie bei allen im Dachverband PaN (Österreich Partner aller Nationen) zusammengefaßten bilateralen Freundschaftsgesellschaften – die Förderung der Beziehungen zum Partnerstaat und zwischen den Menschen der beiden Länder.

Im Falle der Slowakei, deren selbständige Lebensfähigkeit nach der Auflösung der Tschechoslowakei vielfach bezweifelt wurde und deren Image durch problematische innenpolitische Entwicklungen beeinträchtigt war, kamen zu diesen allgemeinen Zielsetzungen auch ganz besondere Aufgaben: unser infolge des Eisernen Vorhangs vielfach kaum mehr bekanntes Nachbarland den ÖsterreicherInnen wieder näherzubringen, sie über dieses zu informieren, Klischees und Vorurteile abzubauen, das Interesse an der Slowakei zu wecken und die Kontakte zwischen den Menschen der beiden Nachbarländer zu fördern.

Wenn heute die Slowakei als wirtschaftlich sehr erfolgreiches, seit fast 20 Jahren fest in die EU integriertes Land allgemeine Anerkennung genießt und sich auch verläßlicher Nachbar und Partner Österreichs bewährt hat, ist dies natürlich in erster Linie ihren Menschen und den Verantwortungsträgern in beiden Nachbarländern zuzuschreiben. Doch soll nicht vergessen werden, daß auch die Österreichisch-Slowakische Gesellschaft auf vielfältige Weise um die Erreichung dieser Ziele verdient gemacht hat.

Der Salon Europa-Forum Wachau wurde unter dem Titel „Invest in Identiy, Culture and Future“ anläßlich des 50-Jahre-Jubiläums der Europahymne in Baden veranstaltet, wo Ludwig van Beethoven einst die berühmte Melodie komponiert hatte. Landesrat Martin Eichtinger und Stefan Szirucsek, der Bürgermeister von Baden, begrüßten und leiteten mit Hon.Prof. Christian Mandl, Abteilungsleiter Europapolitik in der Wirtschaftskammer Österreich, die Veranstaltung ein. Nach der Präsentation niederösterreichischer grenzüberschreitender Vorzeigeprojekte diskutierten Robert Ziegler, Landesdirektor des ORF Niederösterreich, und Jan Souček, Direktor von Česká televize TS Brno, über die Bedeutung und Aufgabe öffentlich-rechtlicher Medien in demokratischen Gesellschaften. *hm*

http://www.oe-sg.at/

PaN-Preis BMEIA für Österreichisch-Ukrainische Gesellschaft

Foto: PaN

v.l.: PaN-Präsident Univ.Prof. Hermann Mückler, Ehrenpräsidentin der Österreichisch-Belgischen Gesellschaft Greet Machek-Vos, Leiterin der Sektion Konsularische Angelegenheiten im BMEIA, Botschafterin Petra Schneebauer, PaN-Generalsekretär Senator Walter Gerbautz, Gesandter der Botschaft der Ukraine Vadym Kovalevskyi, Opernsängerin Zoryana Kushpler, Pianistin Iryna Nikolayeva, Präsident der Österreichisch-Ukrainischen Gesellschaft Univ.-Prof. Alois Woldan und PaN-Vorstand Lukas Vosicky

Der alljährlich vom Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PaN vergebene Preis des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten ging 2022 an die Österreichisch-Ukrainische Gesellschaft. Der Festakt fand am 6. Oktober im Alois Mock-Saal des Außenministeriums statt. Botschafterin Teresa Indjein, Leiterin der Sektion für internationale Kulturbeziehungen, hob die österreichisch-ukrainische Freundschaft hervor, der derzeit eine besonders große Bedeutung zukommt. Der ukrainische Gesandte Vadym Kovalevskyi bedankte sich für die Kooperation und das Engagement der Österreichisch-Ukrainischen Gesellschaft und hob den Zusammenhalt hervor, der gerade in solch schwierigen Zeiten von großer Bedeutung ist. Univ.-Prof. Hermann Mückler, Präsident des Dachverbandes-PaN, ging in seiner Laudatio auf die Bedeutung der Geschichte ein und wie sehr die Ereignisse der letzten Monate die Welt bewegt und verändert haben.

In seiner Dankesrede führte Univ.-Prof. Alois Woldan, Präsident der Österreichisch-Ukrainischen Gesellschaft, aus, wie wichtig das Netzwerk der Gesellschaft im letzten Halbjahr war. Die ukrainischen Opernsängerin Zoryana Kushpler, begleitet von Iryna Nikolayeva, – beide stammen aus Lemberg/Lwiw –, gestalteten den musikalischen Rahmen. Durch den abendlichen Festakt, an dem zahlreiche VertreterInnen der unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen und religiösen Gemeinden der in Österreich lebenden Ukrainer teilnahem, führte der Leiter der Abteilung für multilaterale Auslandskultur, Botschafter Martin Pammer. Im Anschluß wurde zu einem Empfang geladen. ■

Lukas Vosicky

Foto: PaN

v.l.: Botschafterin Teresa Indjein, Iryna Nikolayeva, PaN-Präsident Hermann Mückler, ÖUG-Präsident Alfred Woldan, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz und Kushpler Zoryana

20 Jahre Österreichisch-Französische Vereinigung

Ein Fest im Palais Eschenbach

Foto: ÖFV

Ein Blick in den Festsaal in dem von 1870 bis 872 von Otto Thienemann erbauten Palais Eschenbach

Mit einer Festveranstaltung im großen Festsaal des Palais Eschenbach konnte das Covid19-bedingt verschobene 20-Jahr-Bestandsjubiläum der Österreichisch-Französischen Vereinigung (ÖFV) nun gebührend nachgefeiert werden. Knapp 200 Gäste folgten der Einladung des langjährigen Präsidenten der ÖFV, Heinz-Christian Sauer, Vizepräsident Rudolf Novaks sowie Generalsekretärin Regine Kreuchs, die diese am 4. Oktober im prunkvollen Historismus-Ambiente stattgefundene Veranstaltung organisiert hatten. Präsident Sauer erinnert in seiner Eröffnungsrede an die Gründung und Geschichte der ÖVF, die eine jahrzehntelang bestehende Vorläuferorganisation aus der Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte, die aber ihren Betrieb Ende der 1990er-Jahre einstellen mußte. Gerade als die Beziehungen zwischen Österreich und Frankreich einen Tiefpunkt hatten – bedingt durch die Regierungsbildung in Österreich im Jahr 2000 unter Beteiligung einer rechts-nationalen Partei und dem darauffolgenden Widerstand und eingeleiteten Maßnahmen mehrerer europäischer Länder dagegen, die von Frankreich unter Präsident Jacques Chirac angeführt worden waren –, kam es zur Gründung der ÖFV. Um in diesen polarisierenden Zeiten anstelle des Trennenden das Verbindende in den Vordergrund zu rücken, kam diese bilaterale Freundschaftsgesellschaft gerade zum richtigen Zeitpunkt. Die ÖFV ist Mitglied im Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften PaN und kooperiert im Netzwerk bilateraler Freundschaftsgesellschaften auch immer wieder mit anderen Gesellschaften.

Die Leistungsbilanz der ÖFV seit ihrer Gründung kann sich sehen lassen: Ob Vorträge, Führungen, Exkursionen, musikalische Veranstaltungen – attraktive Themen und hochkarätige Gäste, die ihre jeweilige Expertise bereitwillig teilten, trugen dazu bei, ein umfassendes Bild von der französischen Kultur in all ihren Facetten einem interessierten österreichischen Publikum zu eröffnen. Auf einer großen Leinwand konnten die Festgäste in einer Rückschau ihre Erinnerungen an diese Veranstaltungen auffrischen.

Der Rede des Präsidenten folgte die des Botschafters der Republik Frankreich in Österreich, Gilles Pécout. Redegewandt und mit Humor wies er auf kulturelle Eigenheiten der Franzosen und Französinnen hin und reflektierte Klischees und Vorurteile, die oft historische Wurzeln aufweisen. Er dankte der ÖFV für ihre Rolle als außerordentlich erfolgreiche Kulturvermittlerin. Danach hielt der Präsident des Dachverband-PaN, Univ.

Prof. Hermann Mückler, eine Laudatio auf die ÖFV und verwies dabei auf die Wichtigkeit und Bedeutung des ehrenamtlichen zivilgesellschaftlichen Engagements in einer Zeit, die von zunehmenden Herausforderungen geprägt ist. Er strich dabei die Vorbildwirkung der sehr initiativen und engagierten ÖFV heraus und schloß nicht nur mit Dank und Glückwünschen für die geleistete Arbeit für ein gedeihliches, friedliches Miteinander in einer komplexer werdenden Welt, sondern verknüpfte dies mit der Hoffnung, daß die ÖFV auch die kommenden 20 Jahre in ihren brückenbauenden Initiativen nicht nachläßt.

Abgerundet wurde der offizielle Teil durch die musikalischen Darbietungen des Duos Claire Tudela und Anel Ahmetovic. Tudela, eine französische Schauspielerin, Sängerin und Theaterregisseurin, gab sechs Chansons zum Besten, die von dem aus Bosnien-Herzegowina stammenden und in zahlreichen Formationen spielenden Akkordeonisten Ahmetovic kongenial begleitet wurden. Heinz-Christian Sauer, der seit Jahren entscheidend zur Verbreitung der Kenntnis des französischen Chansons in Österreich beiträgt, erläuterte die wohlausgewählten einzelnen Stücke in ihren inhaltlichen Bedeutungen.

Foto: ÖFV

Der Präsident der Österreichisch-Französischen Vereinigung, Heinz-Christian Sauer

Zu den zahlreichen Ehrengästen zählten u.a. mehrere PräsidentInnen bzw. Präsidenten bilateraler Freundschaftsgesellschaften, so z.B. von Luxemburg, Belgien und Großbritannien. Zu den aus Frankreich stammenden Ehrengästen zählte u.a. Senator und Abgeordneter der französischen Nationalversammlung sowie langjähriger leitender Repräsentant der Interparlamentarischen Union, Robert Denis del Picchia, aber auch Mitglieder des Hochadels, darunter Comte Romée de La Poëze d'Harambure. Dem offiziellen Festakt folgte ein gemütliches Beisammensein mit Wein und kleinen Häppchen, bei dem persönliche Kontakte vertieft werden konnten. *hm*

https://oefv.org/

Foto: ÖFV

Das Duo Claire Tudela und Anel Ahmetovic gab sechs Chansons zum Besten.

Österreichisch-Deutsches Länderforum

Diskussionsveranstaltung der bilateralen Freundschaftsgesellschaft Österreich-Deutschland in der Diplomatischen Akademie Wien

Die bilaterale Freundschaftsgesellschaft Österreich-Deutschland – das Österreichisch-Deutsche Länderforum – ist nicht nur bestrebt, die österreichisch-deutschen freundschaftlichen Beziehungen zu fördern, sondern auch Raum für Kommunikation und Vernetzung zu bieten. Das Länderforum zielt darauf ab, als Drehscheibe für den Austausch bilateraler aber auch multilateraler Akteure zu fungieren und damit für seine Mitglieder, aber auch interessiertem Publikum außerhalb des Vereins, einen Zugang zu Experten und Spezialisten aus Kultur, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik herzustellen.

Die »Hamburger Reihe«

Von daher pflegt das Länderforum unter anderem eine enge Kooperation mit der „Hamburger Reihe“, die, unter der Schirmherrschaft der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste, regelmäßig alljährlich Symposien im renommierten Übersee-Club in Hamburg und alternierend in Wien veranstaltet. Der Themenbogen umspannt nicht nur aktuelle gesellschafts-, geopolitische- oder wirtschaftliche Themen, sondern umfaßt auch Inhalte kultureller bzw. kulturhistorischer Natur. Das Österreichisch-Deutsche Länderforum wirkt hierbei sowohl bei der Themensetzung, als auch bei den Vorbereitungen von diesbezüglichen Veranstaltungen intensiv mit. Der hierbei immer anschließende Empfang zielt darauf ab, nicht nur Speis und Trank dem Publikum zu bieten, sondern auch die Möglichkeit sich mit den Vortragenden im Rahmen eines persönlichen Gesprächs auszutauschen.

Übersee-Club Hamburg

So wurde in oben besagter Kooperation am 2. Mai 2019 zu einem Symposium über die Klimakrise in den Übersee-Club Hamburg geladen. Zur Fragestellung – „Ist der Klimawandel noch beherrschbar? Wege zwischen Klimaschutz und Anpassung an die Folgen der Erderwärmung“ – wurden politische und ethische Dimensionen der Klimafolgen ausgeleuchtet, sicherheitspolitische und gesellschaftliche Klimafolgen angesprochen, die in den kommenden Jahrzehnten zu erwarten sind.

Foto: ÖDLF / E.Prokofieff

Die Generalsekretärin des Österreichisch-Deutschen Länderforums, Talieh Wögerbauer (l.) im Mai 2019 mit Österreichs Bundeskanzlerin a.D. Brigitte Bierlein im Übersee-Club Hamburg

Nach einer durch die Pandemie bedingten längeren Pause wurde zu einem weiteren Symposium am 9. September 2021 in den Übersee-Club Hamburg geladen. Zunächst war geplant, daß Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder gemeinsam mit Österreichs Bundeskanzlerin a.D. Brigitte Bierlein zum Thema „Brauchen wir eine neue Weltordnung?“ referieren sollte. Allerdings sagte Schröder wegen einer Terminkollision kurzfristig ab. Harald Wögerbauer, Mitglied des Präsidiums des Europäischen Rechnungshofes a.D. und Präsident des Österreichisch-Deutschen Länderforums, sprang kurzfristig ein. Globale politische und wirtschaftliche Entwicklungen der letzten Jahre und der Gegenwart wurden von Wögerbauer und Bierlein erörtert, sicherheitspolitische, datenschutzrechtliche und sozioökonomische Aspekte beleuchtet, vor allem auch im Hinblick klima- und pandemiebedingter Auswirkungen. Es entspann sich ein reger Diskussionsverlauf mit dem Publikum, wobei vor allem Fragen österreichspezifischer Natur den Vortragenden gestellt wurden.

Diplomatische Akademie Wien

Im heurigen Jahr fand nun diese Syposiumreihe am 11. Oktober in der Diplomatischen Akademie Wien unter der gemeinsamen Ägide des „Österreichisch-Deutschen Länderforums (ÖDLF)“ und der „Europäischen Akademie der Wissenschaft und Künste“ ihre Fortsetzung. Diesjähriges Thema war die Erörterung der Frage „Die Rückkehr der Nuklearen Bedrohung – ist sie Realität?“. Deutsche und österreichische Experten diskutierten unter der Moderation des Direktors der Diplomatischen Akademie, Botschafter Emil Brix, die Entwicklungen in den Nuklearstrategien der Atommächte und die mit den russischen Atomdrohungen verbundenen Risiken für Europa und die Welt.

Der Präsident des Länderforums, Harald Wögerbauer, begrüßte die sehr zahlreichen

*) *Harald Wögerbauer ist u.a. Träger des Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich, er ist Ehrenvorstand der Österreichisch-Koreanischen Gesellschaft, Mitglied im Vorstand der Österreichisch-Russischen Gesellschaft und Mitglied sowie Ehrenzeichenträger im Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PaN*

Österreich, Europa und die Welt / PaN

Foto: PaN / WJG

In der Diplomatischen Akademie (v.l.): ÖDLF-PaN Generalsekretärin Talieh Wögerbauer, Brigadier a.D. Walter Feichtinger, der Direktor der Diplomatischen Akademie, Botschafter Emil Brix, Brigadegeneral a.D. Helmut W. Ganser und Oberst i. R. Wolfgang Richter

Teilnehmer und setzte mit seiner Einführung prägnant den inhaltlichen Rahmen für die nachfolgende Debatte. Oberst a.D. Wolfgang Richter von der Berliner „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) vermittelte einen Überblick über die modernisierten Atomwaffenarsenale und die neue Betonung der Atomwaffen in den Nuklearstrategien der atomaren Supermächte USA und Rußland, die über 90 Prozent des gesamten Nuklearwaffenpotentials verfügen. Brigadegeneral a. D. Helmut W. Ganser vertrat die Auffassung, daß das atomare Eskalationsrisiko durch Rußland im weiteren Kriegsverlauf real sei. Wenn die nukleare Schwelle erstmals seit 77 Jahren überschritten werde, bestehe das hohe Risiko einer unkontrollierbaren Eskalation, in die ganz Europa hineingezogen werden könnte. Washington und Moskau müßten dringend einen Ausstieg aus der Eskalationsspirale finden, den Krieg stoppen und zu diplomatischen Verhandlungen zurückkehren. Brigadier i.R. Walter Feichtinger konzentrierte sich auf die mit dem Krieg verbundenen strategischen Dynamiken und die Analyse der russischen Operationsführung im Krieg gegen die Ukraine. In der abschließenden lebhaften Diskussion mit den Zuhörern wurde unter anderem die mögliche vermittelnde Rolle und die Positionierung Chinas und der Türkei in diesem Krieg thematisiert.

Foto: PaN / WJG

Der Präsident des Österreichisch-Deutschen Länderforums, Harald Wögerbauer

Vorschau

Das nächste Symposium wird voraussichtlich wieder im Übersee-Club in Hamburg im Mai 2023 stattfinden. Nähere Informationen hierzu werden zeitgerecht auf der Webseite des Österreichisch-Deutschen Länderforums bekanntgegeben. Darüber hinaus ist geplant eventuell ein zweites Symposium hier in Wien im Herbst 2023 anzubieten. Auf ein zahlreich interessiertes Publikum freut sich das Österreichisch-Deutsche Länderforum. ■

http://www.oedlf.at/
https://www.da-vienna.ac.at/

PaN-Gesellschaften vor den Vorhang

PaN-Projektunterstützungspreise 2022 im Wiener Rathaus verliehen

Foto: Stadt Wien

v.l.: PaN-Vorstand Lukas Marcel Vosicky, PaN-Vizepräsident Oskar Wawra,PaN-Generalsekretär Senator Walter J. Gerbautz, Präsidentin der Österreichisch-Indischen Gesellschaft Prof. Radha Anjali, Ehrenpräsidentin der Österreichisch-Belgischen Gesellschaft Greet Machek-Vos, Schatzmeisterin des Vereins der Freudne Bhutans Christine Jantscher, Präsident der Österreich Südsudan Gesellschaft Abg. z. NR Günter Kössl, Direktor der Diplom. Akademie Botschafter Emil Brix, Projektverantwortlicher Miakwadang Herbert Bronnenmayer, Projektverantwortliche Miakwadang Veronika Kunze, Vizepräsident der Österreich Südsudan Gesellschaft Paul A. Slatin, Botschafter der Republik Sudan SE Mr. Magdi Mofadal, Gesandter der Botschaft der Republik Sudan, Gruppenleiterin der Magistratsdirektion für Europa und Internationales Alena Sirka-Bred und PaN-Präsident Univ.Prof. Hermann Mückler.

Nach dreijähriger coronabedingter Unterbrechung lud der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PaN seine bilateralen Freundschaftsgesellschaften wieder zu dem traditionellen PaN-Projektwettbewerb ein. Am 3. November fand im Wappensaal des Wiener Rathauses ein Festakt zur feierlichen Verleihung der PaN-Projektunterstützungspreise an die drei siegreichen PaN-Gesellschaften, nämlich an den Verein der Freunde Bhutans-PaN, die Österreichisch-Indische Gesellschaft-PaN und die Österreichisch-Sudanesische Gesellschaft-PaN in Anwesenheit von rund 140 Festgästen ein.

Ein Höhepunkt des Abends war der vielbeachtete Festvortrag des Leiters der Diplomatischen Akademie, Botschafter Emil Brix, welcher mit dem kryptischen Thema „Wie groß ist Österreich?“ die gespannt lauschenden Festgäste aus Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur sowie die zahlreichen Vorstände und Freunde der bilateralen Freundschaftsgesellschaften-PaN begeisterte.

Foto: Stadt Wien

Botschafter Emil Brix, Leiter der Diplomatischen Akademie, fesselte die Festgäste mit seinem Vortrag mit dem kryptischen Thema „Wie groß ist Österreich?“

Durch das Programm führte PaN-Präsident Univ.Prof. Hermann Mückler, der sich auch im Namen des PaN-Vorstandes für die rege Teilnahme der bilateralen Freundschaftsgesellschaften an diesem Projektwettbewerb bedankte und jenen Gesellschaften, die heuer nicht unter die ersten drei kamen, ermunterte, im kommenden Jahr erneut beim PaN-Projektunterstützungspreis teilzunehmen.

Die musikalische Umrahmung erfolgte durch zwei hervorragende ukrainische Pianistinnen, die die Zuhörer durch ihr großartiges Können zu Beifallsstürmen aufmunterten.

https://austria-bhutan.org/
https://www.austriaindia.org/
Die Österreichisch-Sudanesische Gesellschaft-PaN hat keine Homepage

VAE-Botschafter im Burgenland

Foto: ÖVAEG-PaN

Die Geschäftsleitung der Firma Kludi und die ÖVAEG-PaN Delegation (v.l.): PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Betriebsleiter Alexander Fürlinger, Geschäftsführer Thomas Krones, SE Botschafter Hamad Alkaabi, ÖVAEG-PaN-Präsident Hans Niessl, Generalsekretär der Österreichisch-Arabischen Handelskammer Mouddar Khouja und ÖVAEG-PaN-Vorstand Robert Schneider.

Am 11. November besuchte SE Hamad Alkaabi, Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate, im Rahmen einer von der Österreichisch Vereinigten Arabischen-Emirate-Freundschaftsgesellschaften-PaN organisierten Delegation mehrere Unternehmungen im nördlichen Burgenland.

Die erste Station war die Firma Kludi in Hornstein im Bezirk Eisenstadt, welche im Jahr 2021 von einem renommierten Unternehmen aus den VAE übernommen worden war. Botschafter Alkaabi war von den Produktionsabläufen und der erfolgreichen Firmengeschichte sehr beeindruckt und wünschte der Geschäftsleitung mit Geschäftsführer Thomas Krones an der Spitze weiterhin viel Erfolg.

Die zweite Station befand sich im Windpark der Energie Burgenland in Neudorf bei Parndorf, wo der CEO von Energie Burgenland, Stephan Sharma, mit seinem Team die ÖVAEG-PaN Delegation in Empfang nahm.

Foto: Burgenland Energie / Richard Neubauer

CEO Stephan Sharma führte SE Botschafter Alkaabi durch die Baustelle im Windpark Neudorf

Botschafter Alkaabi und den Delegationsteilnehmern wurde der Aufbau eines gigantischen Windrades mit fast 200 m Höhe eindrucksvoll vor Augen geführt. Besonders beeindruckte Botschafter Alkaabi die weitsichtigen Investitionen in die Windenergie ‚die

unter dem als ÖVAEG-Präsident an der Spitze der Delegation stehenden Landeshauptmann a.D. Hans Niessl bereits eingeleitet worden waren.

Vom Windpark Neudorf ging es über die Parndorfer Platte bei Kaiserwetter nach Frauenkirchen, wo in der Martinstherme Lodge Direktor Klaus Hofmann die Delegation mit burgenländischer Gastfreundschaft in Empfang nahm.

Eine kulinarische Stärkung verhalf den Delegationsteilnehmern zu neuen Lebensgeistern, wobei Hofmann die Zeit nutzte, die Sankt Martin Therme & Lodge in einem geschichtlichen Bogen zu präsentieren. Im Anschluß führte er durch das Hotel und die Thermenlandschaft.

Vierte und letzte Besuchsstation war die Perlinger Gemüse GmbH in Wallern im Seewinkel, dem größten Gemüseproduktionsunternehmen, bzw. der „geo"-Gemüseerzeugerorganisation. Aufsichtsrat und Seniorchef Werner Perlinger und Sohn Patrick begrüßten SE Botschafter Alkaabi und die ÖVAEG-PaN-Delegation und führten durch das nach modernsten ökologischen Gesichtspunkten errichtete lichtdurchflutete Gewächshausareal. Mehr als 50 verschiedene Gemüsesorten werden mit modernsten ökologischen Produktionsmethoden in einem der größten Glashäuser Europas erzeugt.

Die Dämmerung legte sich bereits über den Seewinkel, als die ÖVAEG-PaN Delegation tief beeindruckt von den vielfältigen burgenländischen Produktions- und Dienstleistungsunternehmen die Heimreise antrat. ■

https://www.oevaeg.at/
https://www.kludi.com
https://www.burgenlandenergie.at
https://www.perlinger-gemuese.at
https://www.stmartins.at

Foto: ÖVAEG-PaN

Die ÖVAEG-PaN-Delegation vor der St. Martinstherme in Fraunenkirchen mit CEO Klaus Hofmann (2. v.l.) nach der Führung durch das Hotel und die Thermenlandschaft.

Foto: ÖVAEG-PaN

v.l.: ÖVAEG-PaN-Vorstand Robert Schneider, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Juniorchef Patrick Perlinger, ÖVAEG-PaN-Präsident Hans Niessl, SE Botschafter Hamad Alkaabi, Seniorchef Werner Perlinger und AACC-Generalsekretär Mouddar Khouja; das Bild unten bietet einen kleinen Einblick in die Dimensionen des Gemüseproduktionsunternehmens.

Foto: ÖVAEG-PaN

Länderübergreifendes Orchesterkonzert

Die Österreich-San Marino Freundschaftsgesellschaft-PaN setzte im Joseph Haydn Konservatorium Eisenstadt ein großartiges Beispiel für Völkerverbundenheit.

Foto: San Marino Gesellschaft-AD

Ein Blick auf die Studierenden des Joseph Haydn Konservatoriums Eisenstadt

Die jüngste der derzeit 125 PaN-Gesellschaften, die Österreich-San Marino Freundschaftsgesellschaft-PaN, hat mit dem am 16. November im Joseph Haydn Konservatorium stattgefundenen länderübergreifenden Orchesterkonzert wieder ein großartiges Beispiel für Völkerverbundenheit gesetzt. Im bis auf den letzten Platz gefüllten Haydn Saal führten die Studierenden des Haydn Konservatoriums (JHK) mit großartiger Verstärkung durch Künstlerinnen aus San Marino und unter der Dirigentin Chariklia Apostolu Werke von Carl Goldmark – „In Italien“, Ouvertüre für Orchester op. 49, von Joseph Haydn, das Trompetenkonzert in Es-Dur, Hob. VIIe.1, und Jenő Takács eine Uraufführung der „Volkstänze aus dem Burgenland“ op. 57 auf – perfekt dargeboten von Studierenden des JHK.

Foto: San Marino Gesellschaft-AD

Die vielseitige Pianistin Patrizia Romanello

Einen viel beachteten Höhepunkt des Konzertabends bildete die Uraufführung der „Fantasia Concertante“ des an diesem Abend anwesenden Komponisten, Dirigenten und Intendanten des „San Marino International Festival of New Music“, Massimiliano Messieri. Das Stück für Klavier und Streichorchester entstand als Reaktion auf eine Zeit der Ermutigung für die ganze Menschheit, in der viele Menschen ihre Lieben durch die Pandemie verloren haben. Das „Leitmotiv“ der „Fantasia Concertante“ ist das Bewußtsein der Unvermeidlichkeit. Die verrinnende Zeit lehrt uns, daß das Leben in seinen verschiedenen Facetten einen Sinn hat und zu Ende gelebt werden muß.

Die Darbietung der vielseitigen Pianistin Patrizia Romanello reicht vom Barock bis zur Modernen Kunst und der an diesem Abend gefeierten Uraufführung des Maestro Massimiliano Messieri, der ihr „12 Haikus“ und zahlreiche andere Kompositionen gewidmet hat.

Die Begrüßung des honorigen Publikums nahm Gerhard Krammer, Direktor des JHK, vor, welcher auch mit zahlreichen musikalischen Anekdoten das Publikum durch das anspruchsvolle Programm führte. Die aus Wien angereiste Botschafterin von San Marino, I.E. Elena Molaroni, bedankte sich bei der Österreich-San Marino Gesellschaft-PaN für diese Initiative, die von deren Präsidenten Johannes Pinczolits und Vizepräsidenten Alfred Diewald nicht nur ergriffen, sondern auch maßgeblich organisiert wurde. Damit seien die Bande zwischen San Marino und Österreich und speziell dem Burgenland wieder vertieft und gefestigt worden, so die Botschafterin.

Unter den Ehrengästen befanden sich zahlreiche Persönlichkeiten aus Diplomatie, Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur, so unter anderen die Europaabgeordnete a.D. und Landesrätin a.D. Christa Prets, Landeshauptmann Stellvertreter a.D. und Geschäftsführer des JHK Franz Steindl und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz.

Nach dem Konzert erfolgte die Einladung der Österreich-San Marino Gesellschaft-PaN zu einem typisch burgenländischen Empfang unter FreundInnen in der Lounge des dazu bestens geeigneten JHK.

Das JHK bildet als postsekundäre Bildungseinrichtung des Landes Burgenland Studierende aus aller Welt in künstlerischen und pädagogischen Bereichen der Musik und in der Entwicklung und Erschließung der Künste (artistic research) aus. ■

https://www.austria-sanmarino.at/
https://haydnkons.at/

IE Botschafterin Elena Molaroni bei ihrer Begrüßungsrede

v.l.: San Marino-Vizepräsident Alfred Diewald, Marco Capriccioni Presseverantwortlicher, Pianistin Patrizia Romanello, Maestro und Komponist Massimiliano Missieri, IE Botschafterin Elena Molaroni und San-Marino-Präsident Johannes Pinczolits

Alle Fotos: San Marino Gesellschaft-AD

San Marino Spezereien versüßten den Abend…

Nationalfeiertag der Vereinigten Arabischen Emirate in Wien

Nach zweijähriger Unterbrechung gab der Botschafter im Kursalon Hübner im Wiener Stadtpark einen festlichen Empfang für 300 Gäste

Foto: Botschaft der VAE / Philipp Hutter

Die Vorstände der ÖVAEG-PaN mit dem Violinquartett „Camerata Prima Wien“ (v.l.): vl. Ehrenpräsident Walter Hildebrand, Moderatorin Emese Kovacs, ÖVAEG-PaN-GS Walter J. Gerbautz, ÖVAEG-Beirat Angelika Persterer-Ornig, Jewgenij Andrusenko (Geiger der Wr. Philharmoniker), Botschafter Hamad Alkaabi, ÖVAEG-Vizepräsident Omar al Rawi und ÖVAEG-Vorstand Mouddar Khouja

Anläßlich des 51. Jahrestages des Nationalfeiertags der Vereinigten Arabischen Emirate lud der Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate und Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen und internationalen Organisationen in Wien, S.E. Hamad Alkaabi zu einem Empfang in den Kursalon Wien ein.

Der Empfang fand am 2. Dezember nach zweijähriger Corona-Pause statt. S.E. Alkaabi lud zahlreiche Ehrengäste und über 300 Einwohner der Bundeshauptstadt ein – unter ihnen Mitglieder des Vorstands des Dachverbands aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PaN und der Österreich-Vereinigte Arabische Emirate-Gesellschaft. In seinen Begrüßungsworten bekräftigte er die starke bilaterale strategische Beziehung, die zwischen den beiden Ländern besteht, und wies auf die Bedeutung von Toleranz, Wohlergehen der Menschen, Stärkung internationaler Partnerschaften, die Bedeutung einer

Foto: Botschaft der VAE / Philipp Hutter

v.r.: Botschafterin und PaN-Vorstandsmitglied Petra Schneebauer, SE Botschafter Alkaabi, ÖVAEG und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, PaN-Beirat Ernst Huber und „Cercle Diplomatique“-Redakteur Arian Hamidj Faal

SE Botschafter Hamad Alkaabi bei seiner Festansprache

v.l.: ÖVAEG-PaN-Vorstand Robert Schneider mit Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Ehrenpräsident Walter Hildebrand und Angelika Persterer-Ornig Ehemann Alex Persterer

v.l.: ÖVAEG-PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz mit den beiden ÖVAEG-Vorständen Mouddar Khouja und Omar al Rawi

Alle Fotos: Botschaft der VAE / Philipp Hutter

wissensbasierten Wirtschaft hin, um den Fortschritt aufrechtzuerhalten und das Bestreben, die gemeinsamen Ambitionen der beiden Länder zu erfüllen.

Nach der feierlichen Ansprache des Botschafters wurde die kuklturelle Verbundenheit der beiden Länder mit den Darbietungen des Violinquartetts der "Camerata Prima Wien" unter der musikalischen Leitung des Wiener Philharmonikers Jewgenij Andrusenko auf eindrucksvolle Weise manifestiert. Die vier Violinistinnen Kateryna Skorobogatova , Sofija Ulanova, Timer Bornemisza und Michael Andrusenko aus der Hochbegabtenförderung der Musikschulen der Stadt Wien begeisterten die Gäste mit dem Concerto a 4 Violini No. 2 G major TWV 40.201 von Georg Philipp Teleman. Alle vier Geigerinnen sind mehrfache erste Preisträgerinnen von „Prima la Musica" und mehreren internationalen Wettbewerben.

Der Nationalfeiertag wurde auch durch zahlreiche Überraschungen und Unterstützer bereichert. Die Falkner der Adlerwarte Kreuzenstein gaben die Gelegenheit, sich mit der Falknerei und der Bedeutung der Beibehaltung der Falknereitraditionen im Allgemeinen vertraut zu machen. Musikalische Beiträge leistete auch die österreichische Blaskapelle Mammut Horns.

Außerdem bot Etihad Airways ein Ticket von Wien nach Abu Dhabi an, bei dem der Gewinner am Abend per Tombola ermittelt wurde. Der stellte sich aber als Mitarbeiter der Emirates Airline heraus, woraufhin sich die Airline entschied, das Ticket an die jungen Talente des Violinquartetts „Camerata Prima Wien" weiterzugeben und sie damit zu fördern. Elisabeth Zauner, Country Managerin von Emirates in Österreich, und Miroslava Andrejkova, Airport Managerin von Etihad Airways in Österreich, waren sich über die gemeinsame Förderung der hochbegabten jungen Talente einig.

Die VAE sind stolz darauf, diese Festveranstaltung mit ihren angesehenen Partnern und Unterstützern im wunderbaren Wien ausgerichtet zu haben.

Die Österreich-Vereinigte Arabische Emirate Gesellschaft (ÖVAEG PaN) wurde im Jahr 2003 gegründet um die bilateralen Beziehungen sowohl den wirtschaftlichen als auch den kulturellen Austausch zwischen Österreich und den VAE zu fördern. Beide Länder pflegen seit der Gründung der VAE im Jahr 1971 diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen. ■

https://www.mofaic.gov.ae/en/missions/vienna
https://www.oevaeg.at/

PaN-Partnerschaftstreffen mit dem Österreichischen Bundesheer

Foto: PaN

v.l.: PaN-Vizepräsident Oskar Wawra, Oberstleutnant Kurt Rogan, Partnerschaftsbeauftragter des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV), PaN-Vorständin Greet Machek-Voss, Generalmajor Martin Dorfer, PaN-Präsident Hermann Mückler, Generalmajor Gerhard Christiner, PaN-Generalsekretär Walter J.Gerbautz und BMLV-Protokolloffizier Armin Wagner

Der Vorstand des Dachverbandes aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften-PaN und Vertreter des Kooperationspartners Österreichisches Bundesheer mit Generalmajor Martin Dorfer, Leiter der DION 1 im Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV), und Genermajor Gerhard Christiner, Chef des Stabes der DION 1 im BMLV an der Spitze, trafen in Wien zum alljährlichen Gedankenaustausch zusammen. Bei dieser Gelegenheit wurden einerseits die erfolgreichen Partnerschaftsveranstaltungen in diesem Jahr besprochen und andererseits ein Blick ins Jahr 2023 hinsichtlich der geplanten gemeinsamen Aktivitäten gemacht.

Der Rückblick auf neun Jahre Partnerschaft läßt sich sehen, was auch im Rahmen eines Festaktes im Frühjahr dieses Jahres in der Belgierkaserne in Graz durch Verteidigungsministerin Klaudia Tanner durch die urkundliche Auszeichnung von PaN als „Partner des Bundesheeres“ gewürdigt wurde. ■

https://www.bundesheer.at

Siehe unseren Beitrag in der Ausgabe 203
https://kiosk.oesterreichjournal.at/ausgabe-203/67047582
Seiten 110 und 111.

Bundespräsidentenwahl vom 9. Oktober 2022

Bundespräsident Alexander Van der Bellen erhielt 56,7 Prozent der Wählerstimmen

Foto: Fabi Sackl / Lukas Kafenda

Der alte und neue Bundespräsident Alexander Van der Bellen, umgeben von seinen UnterstützerInnen

Sieben Wahlwerber hatten ausreichend Unterstützungserklärungen für die Bundespräsidentanwahl am 9. Oktober abgegeben: Michael Brunner, Gerald Grosz, Walter Rosenkranz, Heinrich Staudinger, Alexander Van der Bellen, Tassilo Wallentin und Dominik Wlazny hatten die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Bewerbung erfüllt.

Wie die ORF/SORA/ISA Wahltagsbefragung unter 1.226 Wahlberechtigten (davon 957 deklarierte WählerInnen) zeigte, haben Enttäuschung und Ärger über die Politik die Stimmung bei dieser Wahl geprägt.

Negative Sicht auf die Entwicklung Österreichs verstärkt

Die Entwicklung Österreichs in den vergangenen Jahren wird von zwei Dritteln (66 %) negativ beurteilt. Damit hat sie sich verschlechtert, obwohl bereits beim ersten Durchgang der Bundespräsidentschaftswahl 2016 52 % negativ auf die letzten Jahre zurückblickte.

Derzeit erkennt nur rund jede/r zehnte WählerIn (13 %) eine positive Entwicklung, die übrigen Befragten (19 %) sehen keine Veränderung. Den Eindruck, daß Österreich sich negativ entwickelt hat haben insbesondere Frauen, ArbeiterInnen und Menschen, deren Einkommen kaum zum Leben ausreicht.

Alexander Van der Bellen konnte unabhängig von der Stimmung in allen Lagern gut mobilisieren, jedoch wählten Personen, die positive oder keine Veränderungen feststellen konnten, überdurchschnittlich oft den Amtsinhaber.

Walter Rosenkranz erzielte unter jenen, die negativ auf Österreichs Entwicklung blicken, mit 24 % sein bestes Ergebnis.

Emotionen zur Politik in Österreich zwischen Ärger und Enttäuschung

Die Gefühle gegenüber der Politik in Österreich sind mehrheitlich negativ und gespalten zwischen Ärger und Enttäuschung: 42 % sind von der politischen Lage enttäuscht, 40 % verärgert. Zufrieden ist weniger als ein Fünftel (15 %). Die Emotionen haben sich im Vergleich zum ersten Wahldurchgang bei der Bundespräsidentschaftswahl verstärkt, dennoch war 2016 bereits die Stimmung von Enttäuschung (40 %) und Ärger (36 %) geprägt.

Dabei hat Walter Rosenkranz unter den Verärgerten mit 29 % besonders gut abgeschnitten, während Alexander Van der Bellen unter den Zufriedenen das beste Ergebnis mit 82 % erzielt. Aber auch Enttäuschte wählten mehrheitlich (57 %) den Amtsinhaber.

Endgültiges Endergebnis (inkl. Wahlkartenergebnisse)

	Stimmen	%
Wahlberechtigte	6.363.336	
Abgegebene	4.148.082	65,2 %
Ungültige	91.353	2,2 %
Gültige	4.056.729	97,8 %
Davon entfielen auf die einzelnen Wahlwerber		
Dr. Michael Brunner	85.465	2,1 %
Gerald Grosz	225.942	5,6 %
Dr. Walter Rosenkranz	717.097	17,7 %
Heinrich Staudinger	64.411	1,6 %
Dr. Alexander Van der Bellen	2.299.590	56,7 %
Dr. Tassilo Wallentin	327.214	8,1 %
Dr. Dominik Wlazny	337.010	8,3 %

Grafik: Bundesministerium für Inneres

Zahl der ausgestellten Wahlkarten

Bundesland	insgesamt	davon mit Wohnsitz im Ausland
Burgenland	233.412 (233.182)	1.001 (975)
Kärnten	434.371 (437.785)	4.648 (4.724)
Niederösterreich	1.294.432 (1.292.902)	6.684 (6.750)
Oberösterreich	1.100.049 (1.104.436)	9.256 (9.305)
Salzburg	392.684 (395.640)	5.394 (5.472)
Steiermark	955.578 (965.659)	8.813 (8.913)
Tirol	540.626 (543.044)	6.299 (6.395)
Vorarlberg	275.202 (274.500)	4.578 (4.582)
Wien	1.137.135 (1.149.664)	14.440 (14.837)
Gesamt	**6.363.489 (6.396.812)**	**61.113 (61.953)**

Aktive Einmischung von Mehrheit gewünscht

Dabei ist auch die Rolle des Bundespräsidenten für rund zwei Drittel klar: Er soll sich aktiv in die Innenpolitik einmischen, finden 59 %. 36 % wünschen sich einen Bundespräsidenten, der ausschließlich eine repräsentative Funktion erfüllt. Bereits 2016 wünschte sich mit 56 % die Mehrheit der Menschen in Österreich, daß sich der Bundespräsident auch in die aktuelle Politik einbringt.

Insbesondere junge Menschen unter 30 Jahren, Menschen ohne Matura und Menschen, der Einkommen nicht ausreicht, erwarten sich mehr Einmischung des Staatsoberhauptes.

Diese aktive Einmischung bedeutet aber nicht unmittelbar, daß sich der Bundespräsident über die Mehrheiten im Parlament hinwegsetzen soll: Eine Mehrheit von 56 % (Stichwahl 2016: 56 %) erwartet, daß sich das Staatsoberhaupt unter die parlamentarische Mehrheit unterordnet.

Konkret wünschen sich 39 % der Wahlberechtigten Österreich – davon 24 % sehr, 15 % ziemlich – daß der Bundespräsident die Bundesregierung entlassen soll. 52 % sind dagegen.

Unter jenen, die sich eher einen aktiven Bundespräsidenten wünschen, erzielte Walter Rosenkranz mit 24 % ein besseres Ergebnis als unter jenen, die diese Ausgestaltung des Amtes eher ablehnen.

Daß der Bundespräsident die Regierung entlassen sollte, sehen mit 73 % vor allem die WählerInnen von Walter Rosenkranz so.

Innenpolitik

Mehrheit akzeptiert das Wahlergebnis unabhängig vom Ausgang, ein Fünftel nicht

Die Akzeptanz des Wahlergebnisses der Bundespräsidentschaftswahl hängt für rund drei Viertel der Menschen nicht vom Sieg ihres Kandidaten ab: 71 % sagen, daß sie das Ergebnis unabhängig vom Ausgang akzeptieren werden, rund ein Fünftel (21 %) verneint dies. Bei der Wiederholung der Stichwahl 2016 waren es noch 80 %, die das Wahlergebnis unabhängig vom Ausgang akzeptieren wollten.

Auch hier stechen die WählerInnen von Walter Rosenkranz hervor, von denen 38 % sagen, daß sie das Wahlergebnis nicht bedingungslos akzeptieren werden.

Van der Bellen: ist erfahren, hat gute Arbeit geleistet und kann repräsentieren

WählerInnen von Alexander Van der Bellen stimmten für ihn vor allem aufgrund seiner Erfahrung (74 %), der positiven Einschätzung seiner bisherigen Arbeit (63 %), aus Sympathie-Gründen (60 %) und der Meinung, daß er Österreich im Ausland am besten vertreten kann (60 %).

Ein sehr wichtiges Wahlmotiv für die WählerInnen von Walter Rosenkranz war, daß er ein Gegenpol zum politischen System bilde (69 %), sein Verständnis für die Sorgen der Menschen (62 % „trifft sehr zu“) und sympathisch ist (60 %). Dahinter folgt die Ansicht, daß er wichtige Veränderungen im Land anstoßen kann (57 %).

Wer hat wen gewählt?

Die Wahltagsbefragung zeigt die Unterschiede im Wahlverhalten unterschiedlicher soziodemographischer Gruppen.

Kein Gender Gap, Van der Bellen bei Ältesten am stärksten

Während es 2016 einen großen Gender Gap zwischen den Kandidaten Nobert Hofer und Alexander Van der Bellen gab, sind 2022 keine Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den Geschlechtern feststellbar.

Van der Bellen konnte die Bevölkerung ab 60 besonders gut ansprechen, er lag hier bei 73 %. Walter Rosenkranz wurde hingegen von allen Altersgruppen ähnlich stark unterstützt.

Trotz großer Schwankungsbreite und geringer Fallzahl sticht hervor, daß Dominik Wlazny bei jungen WählerInnen unter 30 mit 20 % ein besonders gutes Ergebnis erzielt hat und den zweiten Platz erreicht hätte.

Foto: ORF / Thomas Ramstorfer

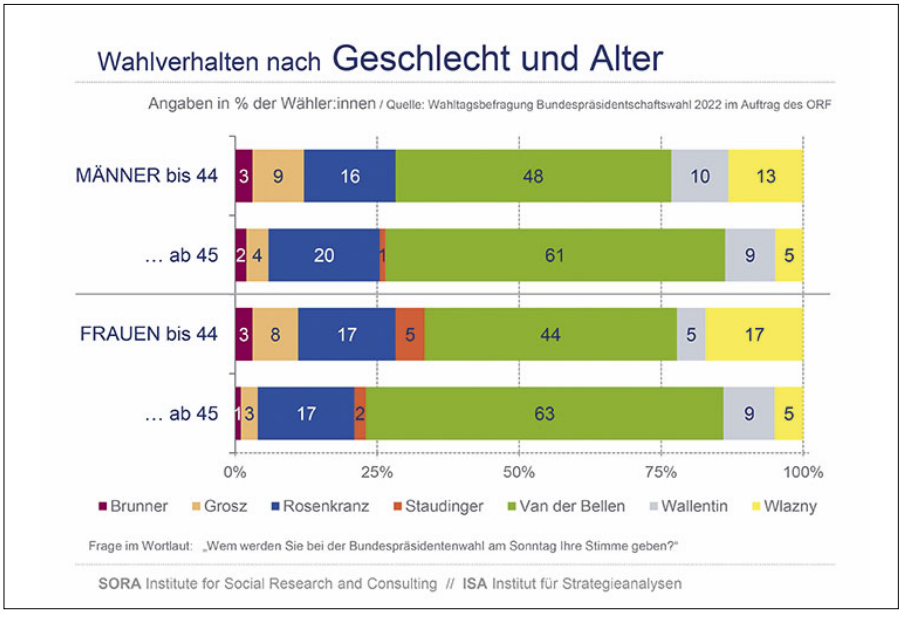
Alle Kandidaten auf einen Blick (v.l.): Michael Brunner, Heinrich Staudinger, Gerald Grosz, Dominik Wlazny, Tassilo Wallentin, Walter Rosenkranz und Alexander Van der Bellen

Van der Bellen erreicht 62 % bei Erwerbstätigen mit Matura

Die Unterscheidung nach Erwerbsstatus und formaler Bildung zeigt: Alexander Van der Bellen schneidet unter den Erwerbstätigen mit Matura deutlich besser ab als unter jenen ohne (62 % bzw. 40 %). Im Detail konnte Van der Bellen vor allem die Stimmen der Personen mit Universitätsabschluß gewinnen, hier erzielte er 69 %. Unter PensionistInnen war bei dieser Wahl Alexander Van der Bellen der klare Gewinner, er kam auf 72 % der Stimmen. Walter Rosenkranz erreicht hier nur 15 %.

Wahlverhalten nach Einkommen mit dem Auskommen

Neben jenen, die mit der Entwicklung Österreichs überdurchschnittlich zufrieden waren (siehe oben), konnte Alexander Van

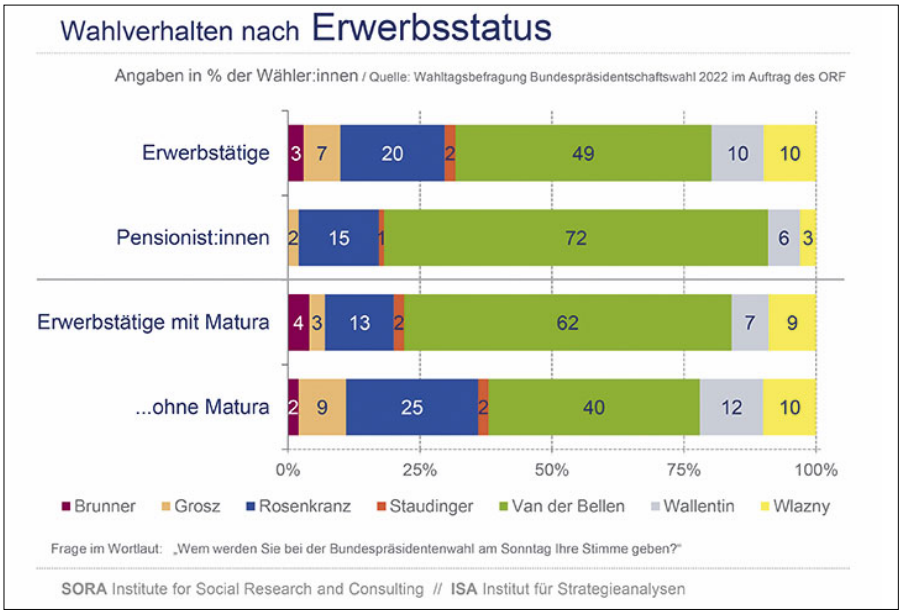


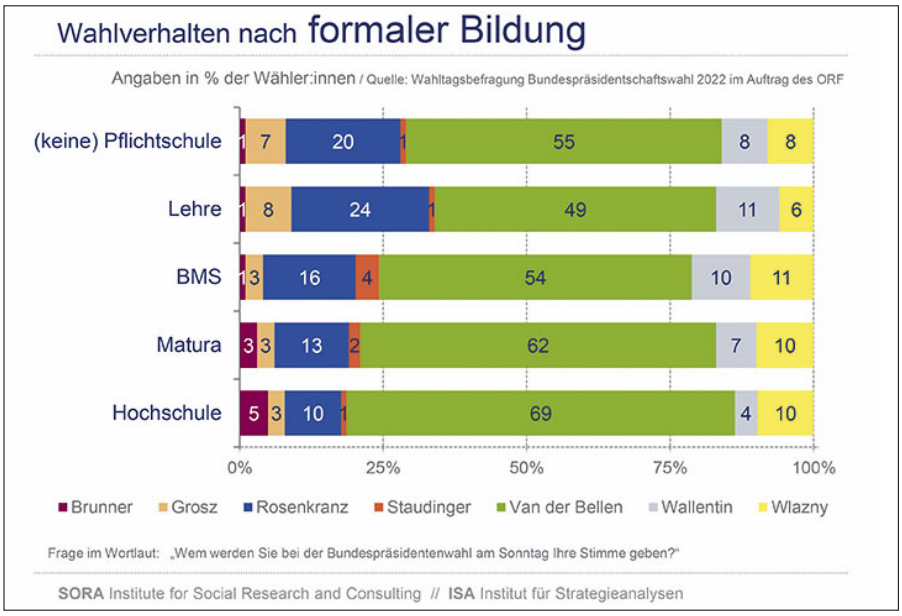
der Bellen insbesondere jene mobilisieren, die gut von ihrem Einkommen leben können: von ihnen wählten 62 % den Amtsinhaber. Er erzielt mit 39 % zwar auch in der Gruppe derer den ersten Platz, die wenig oder gar nicht mit ihrem Einkommen auskommen, jedoch ein weitaus niedrigeres Ergebnis. Walter Rosenkranz erzielt in dieser Gruppe 24 %.

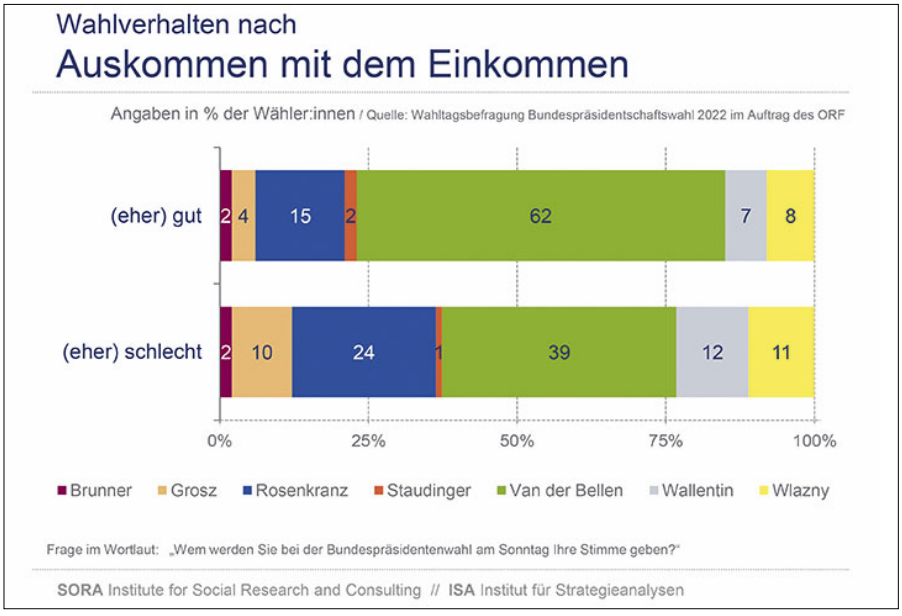
Die Wählerströme ausgehend von der wiederholten Stichwahl 2016

Die größten Trends

- Alexander Van der Bellen konnte 76 % (1.879.000 Stimmen) von der wiederholten Stichwahl wieder von sich überzeugen. Außerdem wanderten 19 % (412.000 Stimmen) der WählerInnen von Norbert Hofer zum Amtsinhaber. 8.000 Personen, die 2016 nicht gewählt hatten, gaben 2022 Van der Bellen ihre Stimme.
- Walter Rosenkranz konnte 30 % (644.000) der WählerInnen von Norbert Hofer von sich überzeugen, umgekehrt entschieden sich 48.000 Personen, die 2016 noch Van der Bellen ihre Stimme gaben, diesmal für den FPÖ-Kanidaten. Er gewann zudem 26.000 ehemalige NichtwählerInnen.
- Dominik Wlazny gewann 6 % der Hofer-WählerInnen (125.000) und 8 % der Van der Bellen-WählerInnen (198.000 Stimmen) für sich. Er konnte zudem 14.000 NichtwählerInnen von sich überzeugen – auch in dieser Hinsicht belegt Wlazny den dritten Platz, mehr NichtwählerInnen konnten nur Grosz und Rosenkranz von sich überzeugen.
- Tassilo Wallentin hat 217.000 ehemalige Hofer-WählerInnen (10 %) von sich überzeugen können. 108.000 WählerInnen bzw. 4 %, die bei der wiederholten Stichwahl 2016 Van der Bellen ihre Stimme gaben, wählten diesmal Wallentin. Er konnte im Vergleich zu den anderen Kandidaten die wenigsten ehemaligen NichtwählerInnen (2.000) von sich überzeugen.
- Gerald Grosz mobilisierte 186.000 ehemalige Hofer-WählerInnen (9 %) und 23.000 von Van der Bellen (1 %). Mit 17.000 ehemaligen NichtwählerInnen, die Grosz bei dieser Wahl ihre Stimme gaben, hat nur Walter Rosenkranz mehr Stimmen von NichtwählerInnen mobilisieren können.
- Michael Brunner überzeugte 2 % der WählerInnen (39.000 Stimmen) von Norbert Hofer und 2 % (bzw. 38.000 Stimmen) von Van der Bellen von sich.







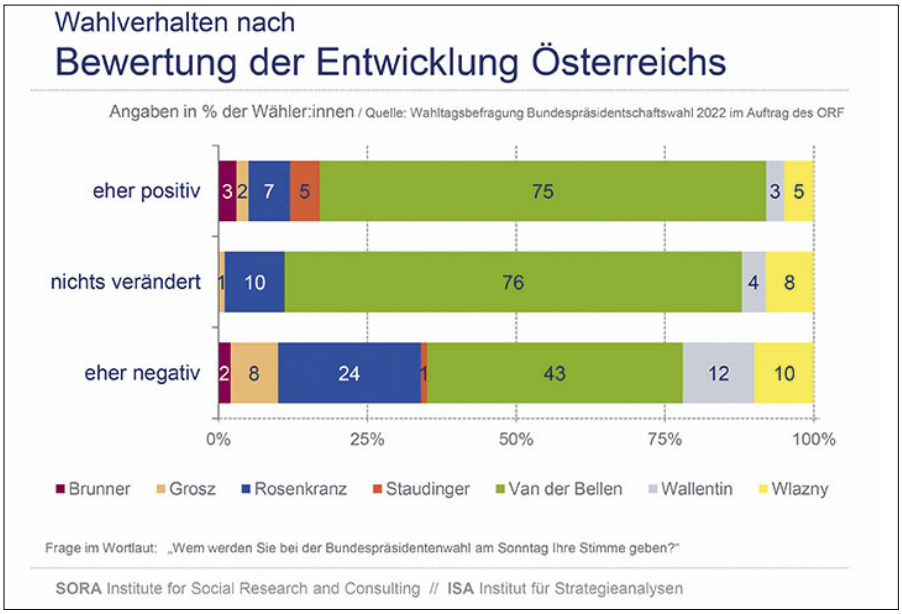
- Heinrich Staudinger gewann 17.000 WählerInnen (1 %) von Hofer und 44.000 Stimmen (2 %) von Personen, die 2016 Van der Bellen wählten.

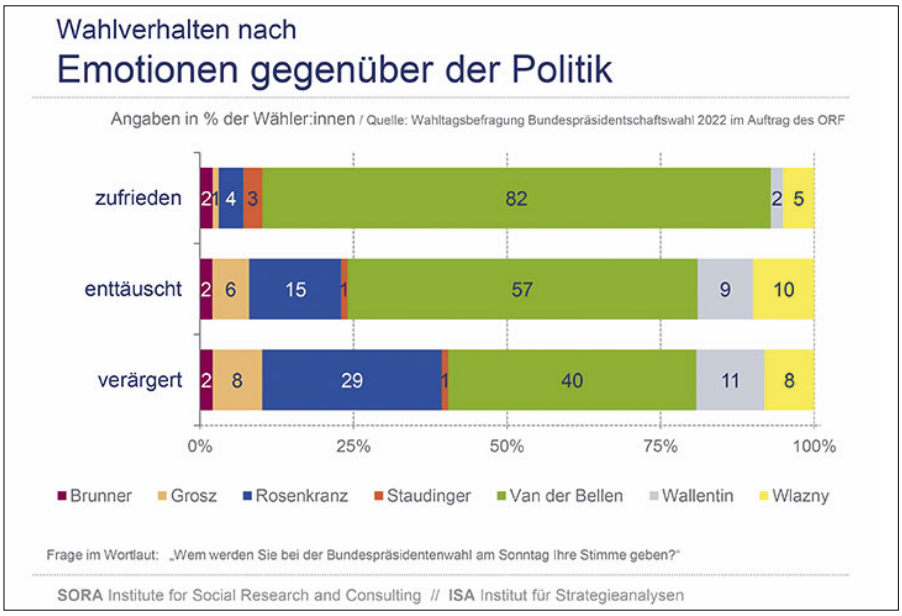
Wählerströme ausgehend von der Nationalratswahl 2019

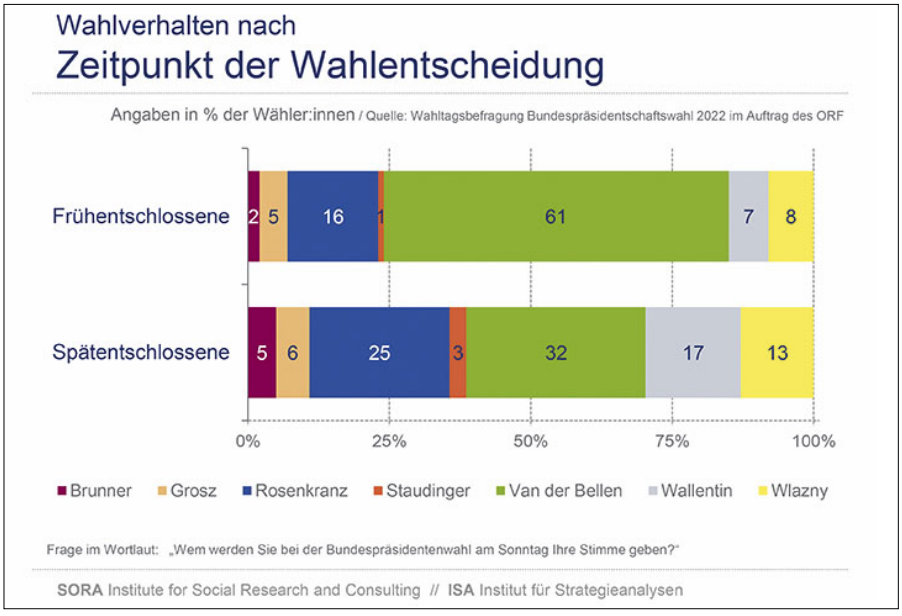
Die größten Trends

- Alexander Van der Bellen hat mit mehr als der Hälfte (55 %) ehemaligen ÖVP-WählerInnen die meisten seiner Stimmen (989.000) von der ÖVP gewonnen. 459.000 Personen bzw. 69 % jener, die 2019 den Grünen ihre Stimme gaben, haben diesmal Van der Bellen ihre Stimme gegeben. 6 von 10 Menschen, die 2019 noch der SPÖ ihre Stimme gaben, wählten bei dieser Wahl den Amtsinhaber, was 622.000 Stimmen ausmacht. Auch von NEOS-WählerInnen verzeichnet Van der Bellen 159.000 Stimmen. Weiters konnte er 27.000 Menschen, die bei der Nationalratswahl 2019 nicht wählen waren, mobilisieren.
- Walter Rosenkranz hat weniger als die Hälfte (43 %) der ehemaligen FPÖ-WählerInnen (332.000 Stimmen) mobilisiert. Zudem konnte er 13 % (229.000 Stimmen) von der ÖVP sowie 73.000 ehemalige SPÖ-WählerInnen von sich überzeugen.
- Dominik Wlazny mobilisiert aus allen politischen Richtungen, vor allem von jenen, die 2019 NEOS (85.000 Stimmen) oder die Grünen (100.000) gewählt haben. 44.000 Stimmen kommen von der SPÖ, von den Freiheitlichen 43.000 und weitere 34.000 von der ÖVP.
- Tassilo Wallentin konnte 232.000 ÖVP-WählerInnen von 2019 von sich überzeugen. Ein kleinerer Teil (37.000 bzw. 25.000 Stimmen) stammen von SPÖ und FPÖ.
- Gerald Grosz mobilisierte 97.000 Stimmen von WählerInnen, die 2019 der FPÖ ihre Stimme gaben, dazu kleine Anteile von ÖVP und SPÖ (47.000 bzw. 37.000 Stimmen).
- Michael Brunner erhielt 27.000 Stimmen von der ÖVP, gefolgt von 16.000 von der SPÖ und 13.000 von den Sonstigen der Nationalratswahl 2019.
- Heinrich Staudinger konnte mit 28.000 Stimmen vor allem ÖVP-WählerInnen von 2019 von sich überzeugen. Weitere 14.000 Stimmen stammen von der Liste Jetzt. ■

https://www.bmi.gv.at
https://www.sora.at/







Innenpolitik

Proben für den Echtbetrieb

Vorbereitungen im sanierten Parlamentsgebäude vor der Wiedereröffnung Mitte Jänner

Foto: Parlamentsdirektion / Ulrike Wieser

Ein Blick in den neu gestalteten Sitzungssaal des Nationalrats mit StatistInnen während der Probestellung

Proben für den Echtbetrieb hieß es am 23. November im Parlamentsgebäude an der Wiener Ringstraße. Vor der Wiedereröffnung des Hauses Mitte Jänner und der ersten Nationalratssitzung am 31. Jänner 2023 gilt es, den parlamentarischen Betrieb bis ins letzte Detail vorzubereiten. Probesitzungen von Nationalrat und Ausschüssen sowie Proben weiterer Abläufe dienten dazu.

Rund 560 StatistInnen waren insgesamt im Einsatz. In der Probesitzung des Nationalrats mimten sie etwa Abgeordnete und spielten den Sitzungsablauf vom Einmelden der RednerInnen bis zur letzten Abstimmung im Detail durch. Parlamentsvizedirektorin Susanne Janistyn-Novák, die in die Rolle der Nationalratspräsidentin schlüpfte, zeigte sich mit dem Ablauf zufrieden. „Das neue, alte Gebäude fühlt sich dank der perfekten Vorbereitung aller beteiligten KollegInnen sehr vertraut an“, sagte sie.

Insgesamt dienen vier Termine im November und Dezember dazu, unterschiedliche Abläufe und Szenarien zeitgleich zu proben. Denn auch im realen Betrieb werden Sitzungen, Führungen, Workshops, Besuche und Veranstaltungen teilweise parallel stattfinden. Anfang November wurde bereits eine Plenarsitzung des Bundesrats simuliert.

Die Probesitzungen sind Teil eines komplexen Prozesses der Inbetriebnahme, der nötig ist, bevor der parlamentarische Betrieb in einem so großen, umfassend sanierten Gebäude starten kann. Die Parlamentsdirektion hat dafür einen Prozeß mit 47 Einzelprojekten aufgesetzt, die einem engen Monitoring unterzogen werden. So soll sichergestellt werden, daß das Haus koordiniert „hochgefahren“ und für den parlamentarischen Betrieb sowie für BesucherInnen vorbereitet wird. Ein wichtiges Arbeitsfeld in diesem Prozeß bleibt auch weiterhin die Arbeitssituation für Medien im Hohen Haus. Mit Blick auf die tragende Rolle der Medien in der Demokratie soll die Zugänglichkeit für Medien jedenfalls gewahrt bleiben. An der Probesitzung haben daher auch Mitglieder der Vereinigung der ParlamentsredakteurInnen teilgenommen.

Weitere Arbeitspakete reichen von der Möblierung, der Ausstattung mit Medientechnik, der IT im gesamten Haus bis zur Organisation von Sicherheits- und Logistikabläufen. Die neuen Bereiche für BesucherInnen, wie das BesucherInnenzentrum, die Bibliothek und die Gastronomie müssen ebenfalls eingerichtet und in Betrieb genommen werden. Auch Veranstaltungen, Führungen und internationale Besuche werden geprobt. Wesentlicher Teil der Inbetriebnahme ist auch die Rückübersiedlung von ParlamentarierInnen und Organisationseinheiten der Parlamentsdirektion. ■

https://www.parlament.gv.at

IHS: Herbst-Prognose der österr. Wirtschaft 2022–2023

Stagflation durch Verwerfungen auf den Energiemärkten

Der durch den Krieg gegen die Ukraine verstärkte drastische Anstieg der Inflation und die hohe Unsicherheit bremsen die Expansion der Weltwirtschaft. Die österreichische Volkswirtschaft dürfte aufgrund des äußerst kräftigen Wachstums in der ersten Jahreshälfte im laufenden Jahr trotzdem um 4,7 % zulegen. Für das kommende Jahr wird nur noch ein Wachstum von 0,3 % erwartet. Getrieben von den hohen Energiepreisen und in Einklang mit der internationalen Entwicklung dürfte die heimische Inflationsrate heuer im Jahresdurchschnitt 8,5 % betragen und mit 6,8 % auch im nächsten Jahr sehr hoch bleiben. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich von 6,4 % heuer auf 6,7 % im kommenden Jahr ansteigen. Die Fiskalpolitik ist weiterhin expansiv, zusätzliche Belastungen des Budgets sollten aus Sicht des Instituts aber vermieden werden.

Quartalsdaten 1. und 2. Halbjahr

Laut den Quartalsdaten der VGR (Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) verzeichnete die österreichische Wirtschaft im ersten Halbjahr ein kräftiges Wachstum. Gegenüber dem jeweiligen Vorquartal betrug das Wachstum 1,3 % bzw. 1,9 %. Die Exportwirtschaft profitierte von den internationalen Aufholeffekten im Verarbeitenden Gewerbe nach der Coronakrise und dem schwachen Euro. Durch den Wegfall der coronabedingten Einschränkungen legte auch der private Konsum im Jahresvergleich kräftig zu. Hingegen sinken die Investitionen bereits seit Jahresbeginn.

Für das zweite Halbjahr haben sich die Rahmenbedingungen deutlich verschlechtert. Mit dem Krieg gegen die Ukraine sind die bereits hohen Energiepreise nochmals kräftig gestiegen. Ausgehend von 5,0 % im Jänner kletterte die Inflationsrate bis zum September auf voraussichtlich 10,5 %. In Einklang mit der konjunkturellen Abkühlung der Weltwirtschaft sind auch in Österreich die Frühindikatoren abwärts gerichtet. Das Institut geht von einer leichten Schrumpfung der Wirtschaftsleistung im zweiten Halbjahr aus. Erst im Frühjahr 2023 dürfte die heimische Wirtschaft wieder etwas expandieren. Aufgrund der kräftigen Wachstumsdynamik im ersten Halbjahr hebt das Institut dennoch seine Wachstumsprognose für den Jahresdurchschnitt 2022 auf 4,7 % an. Mit der Konjunkturschwäche im Euroraum und der hartnäckig hohen Inflation haben sich die Aussichten für das kommende Jahr deutlich verschlechtert. Das Institut nimmt daher seine Wachstumsprognose für 2023 auf 0,3 % zurück. Die Prognose ist weiterhin mit hoher Unsicherheit behaftet. Das Institut unterstellt, daß die Gasversorgung aufrecht erhalten werden kann. Die Annahme über die weitere Entwicklung der Rohstoffpreise orien-

Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt, real	4,6	4,7	0,3
Privater Konsum, real	3,6	4,7	0,3
Bruttoinvestitionen, real	11,4	−2,8	0,5
Bruttoanlageinvestitionen, real	8,7	−2,3	1,5
Ausrüstungsinvestitionen, real	11,3	−3,5	2,0
Bauinvestitionen, real	5,8	−1,0	1,0
Inlandsnachfrage, real	6,5	2,2	0,1
Exporte i. w. S., real	9,6	10,9	1,9
Waren, real (laut VGR)	12,9	8,0	1,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	−32,5	95,0	20,0
Importe i. w. S., real	13,7	6,9	1,6
Waren, real (laut VGR)	14,2	6,3	1,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	60,0	32,0	10,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2,5	2,8	0,4
Arbeitslosenquote: Nationale Definition[i]	8,0	6,4	6,7
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition[i]	6,2	4,7	4,9
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,2	4,5	7,3
Preisindex des BIP	1,9	4,6	5,0
Verbraucherpreisindex	2,8	8,5	6,8
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP[i]	−5,9	−3,3	−2,7
3-Monats-Euribor[i]	−0,5	0,3	3,3
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen[i]	−0,1	1,8	3,2

[i] *absolute Werte*

Quellen: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2022 Prognose des IHS

tiert sich an den Notierungen der Terminmärkte.

Wachstum ist im Frühjahr dieses Jahres zum Stillstand gekommen

Nach dem kräftigen Aufholprozeß der Weltwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2021 ist das Wachstum im Frühjahr dieses Jahres zum Stillstand gekommen. Der Angriff Rußlands auf die Ukraine und die strikte Null-Covid-Politik in China haben den kräftigen Preisauftrieb nochmals verstärkt und die Lieferkettenprobleme wieder verschärft. Der Rückgang der Reallöhne dämpft den privaten Konsum. Die Geldpolitik wird deutlich gestrafft, die Zinsanhebungen sind aber angesichts der hohen Inflationsraten bisher moderat. Die konjunkturelle Grundtendenz in den OECD-Ländern ist sehr schwach. In den USA und in China ging das BIP im zweiten Quartal zurück. Im Euroraum übertrafen die von den Lockerungen der Corona-Pandemie ausgehenden Impulse die bremsenden Faktoren, sodaß die Wirtschaftsleistung in den ersten beiden Quartalen um 0,7 % bzw. 0,8 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt hat. Die Aussichten für den weiteren Prognosezeitraum haben sich seit der Sommer-Prognose eingetrübt. Die stark steigenden Energiepreise und die hohe Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung belasten Haushalte und Unternehmen insbesondere in Europa. Die Wachstumsprognose für China wird für das laufende Jahr auf 3,0 % zurückgenommen, für das kommende Jahr werden 4,5 % erwartet. Die hartnäckige Inflation und die Straffung der Geldpolitik implizieren eine Rücknahme der Wachstumsaussichten für die USA auf 1,6 % bzw. 0,7 %. Nach der vom kräftigen ersten Halbjahr getragenen Expansion der Wirtschaft im Euroraum von 3,1 % im laufenden Jahr ist für das kommende Jahr nur noch ein Wachstum von 0,3 % zu erwarten. Die Weltwirtschaft dürfte um 3,0 % bzw. 2,1 % zulegen.

Konsum in Österreich mit einer Zunahme um 4,7 % Wachstumstreiber

Im laufenden Jahr sollte der reale private Konsum in Österreich mit einer Zunahme um 4,7 % ein Wachstumstreiber bleiben. Dieses Aggregat profitiert besonders stark von der Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen. Das gilt insbesondere für den Bereich Gastronomie und Beherbergung. Laut den Quartals-Daten der VGR hat der private Konsum im ersten Halbjahr kräftig expandiert. Immer stärker bremsend wirkt allerdings der Kaufkraftentzug durch den Anstieg der Inflation. Die hohen staatlichen Transfers und die Senkung der Sparquote sollten es den Haushalten aber ermöglichen, ihr reales Konsumniveau im restlichen Prognosezeitraum aufrecht zu erhalten. Für den Jahresdurchschnitt 2023 wird nur eine marginale Ausweitung des privaten Konsums um 0,3 % erwartet.

Im Vorjahr wurden die Anlageinvestitionen kräftig ausgeweitet. Seit Jahresbeginn hat sich das Investitionsklima aber deutlich abgekühlt. Die ungünstigen internationalen Wirtschaftsaussichten, die hohe Unsicherheit im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung des Kriegs gegen die Ukraine sowie insbesondere der kräftige Anstieg der Energiepreise sind wesentliche Bremsfaktoren. Vor diesem Hintergrund muß die Investitionsprognose neuerlich zurückgenommen werden. Im laufenden Jahr sollten die Anlag-

Tabelle 2: Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2019	2020	2021	2022	2023
BIP, real					
Deutschland	1,1	−3,7	2,6	1,4	−0,4
Italien	0,5	−9,0	6,6	3,2	0,5
Frankreich	1,8	−7,8	6,8	2,4	0,8
Vereinigtes Königreich	1,6	−11,0	7,5	3,4	0,1
Schweiz	1,2	−2,5	4,2	2,2	1,0
USA	2,3	−2,8	5,9	1,6	0,7
Japan	−0,4	−4,5	1,7	1,5	1,3
China	6,0	2,2	8,1	3,0	4,5
Polen	4,7	−2,2	5,9	4,0	1,3
Slowakei	2,5	−4,4	3,0	1,8	1,0
Tschechien	3,0	−5,5	3,5	2,5	1,0
Ungarn	4,9	−4,5	7,1	5,3	1,0
Slowenien	3,5	−4,3	8,2	5,0	1,3
MOEL-5[i]	4,1	−3,5	5,5	3,8	1,2
Bulgarien	4,0	−4,4	4,2	2,3	1,8
Rumänien	4,2	−3,7	5,9	5,3	3,0
Kroatien	3,5	−8,1	10,2	6,5	2,8
Russland	2,2	−2,7	4,7	−5,0	−3,5
Euroraum	1,6	−6,1	5,2	3,1	0,3
NMS-6[ii]	4,3	−3,6	5,8	4,2	1,6
EU-27	1,8	−5,7	5,3	3,2	0,4
OECD	1,7	−4,6	5,5	2,5	0,7
Welt	2,7	−3,4	5,8	3,0	2,1
Welthandel (Waren laut CPB)	−0,3	−5,2	10,2	4,0	1,7
Österreichische Exportmärkte	2,3	−8,7	9,9	5,5	0,8
USD/EUR-Wechselkurs[iii]	1,12	1,14	1,18	1,04	0,98
Rohölpreis[iii]	64,3	42,8	70,7	100,0	85,0

[i] *aiMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien*
[ii] *NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien*
[iii] *absolute Werte*
Quellen: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, Refinitiv Datastream, ab 2022 Prognose des IHS

einvestitionen um 2,3 % sinken. Für die Ausrüstungsinvestitionen wird ein kräftiger Rückgang um 3,5 % erwartet, für die Bauten ein Minus von 1,0 %. Nach dem Einbruch im laufenden Jahr könnten die Anlageinvestitionen im kommenden Jahr wieder etwas expandieren. Eine Zunahme der Investitionen in Ausrüstungen von 2,0 % und von 1,0 % bei den Bauten ergibt einen Anstieg der Anlageinvestitionen von 1,5 %.

Ungünstige internationale Rahmenbedingungen werden die Exporttätigkeit merklich einbremsen

Im Vorjahr profitierte die österreichische Exportwirtschaft von der kräftigen Erholung der Weltwirtschaft und des Welthandels. Laut den Quartals-Daten der VGR hat sich die positive Dynamik der realen Güterexporte im ersten Halbjahr 2022 fortgesetzt. Die österreichische Exportwirtschaft dürfte dabei noch vom internationalen Aufholprozeß nach der Corona-Krise und dem schwachen Euro profitiert haben. Im weiteren Prognosezeitraum sollten die ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen die Exporttätigkeit aber merklich einbremsen. Somit werden die Warenexporte im laufenden Jahr um voraussichtlich 8,0 % expandieren. Für nächstes Jahr wird nur noch eine Zunahme um 1,0 % erwartet. Der Wegfall der coronabedingten Einschränkungen ermöglicht einen kräftigen Aufholprozeß der Reiseverkehrsexporte. Die Gesamtexporte laut VGR sollten im laufenden Jahr um 10,9 % zulegen. Für nächstes Jahr wird nur noch ein Zuwachs von 1,9 % erwartet. Laut Prognose steigen die Gesamtimporte laut VGR um 6,9 % bzw. 1,6 %. Die Außenwirtschaft liefert im laufenden Jahr einen positiven Wachstumsbeitrag. Bei der Interpretation der Außenwirtschaft ist aber der heimische Einkommensverlust zu bedenken, der sich aufgrund der durch den Anstieg der internationalen Energiepreise verursachte Verschlechterung der Terms of Trade ergibt.

Auch die Kerninflation ist merklich gestiegen

In Einklang mit der europäischen Entwicklung hat sich die Inflation im Jahresverlauf weiter erhöht. Für den September schätzt Statistik Austria einen Wert von 10,5 %. Getrieben wird die Inflation weiterhin vom starken Anstieg der Energiepreise. Die kräftigen Steigerungen der Großhandelspreise von Strom und Gas kommen nun zunehmend bei den VerbraucherInnen an. Kräftig zugelegt haben auch die Lebensmittelpreise. Aber auch die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) ist merklich gestiegen. Für die nächsten Monate ist noch nicht mit einer Entspannung zu rechnen. Folglich muß die Inflationsprognose für den Jahresdurchschnitt 2022 auf 8,5 % angehoben werden. Für den Jahresdurchschnitt 2023 wird eine Teuerungsrate von 6,8 % erwartet. Der Beitrag der Energiepreise (Gas, Strom) zur Inflation wird auch im kommenden Jahr hoch bleiben, Zweitrundeneffekte und steigende Lohnstückkosten sind weitere inflationstreibende Faktoren. Hingegen sollte sich die globale Lieferkettenproblematik etwas entspannen, und von den internationalen Rohstoffpreisen dürften keine preistreibenden Impulse mehr ausgehen.

Leichter Anstieg der Arbeitslosenzahlen

Die Lage am Arbeitsmarkt ist günstig, allerdings ist keine weitere Verbesserung zu erwarten. In saisonbereinigter Betrachtung nahm die Arbeitslosenzahl in den letzten Monaten marginal zu und die Beschäftigung stagnierte auf hohem Niveau. Für den Jahresdurchschnitt 2022 erwartet das Institut einen Beschäftigungsanstieg um 2,8 % und eine Arbeitslosenquote von 6,4 %. Aufgrund der konjunkturellen Eintrübung dürfte die Beschäftigung nächstes Jahr nur noch um 0,4 % zulegen und die Arbeitslosenquote auf 6,7 % ansteigen.

großer Unsicherheit bei Budgetentwicklung des öffentlichen Haushalts 2023

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird von der Konjunktur und den Maßnahmen zur Abfederung der Inflationsfolgen geprägt. Aufgrund der expansiven Fiskalpolitik geht das Defizit trotz des allmählichen Wegfalls der staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen voraussichtlich nur auf 3,3 % des BIP zurück. Hinsichtlich der Budgetentwicklung im kommenden Jahr bestehen noch große Unsicherheiten, gegenwärtig geht das Institut von einer Defizitquote von 2,7 % aus. Die hohe Inflation führt zwar zu partiell höheren Einnahmen (etwa bei der Umsatzsteuer), allerdings steigen auch die staatlichen Ausgaben, etwa für Lohnzahlungen oder für die Valorisierung der Sozialausgaben. Das Institut sieht allfällige weitere Budgetbelastungen sehr kritisch. Ein nachhaltiger Budgetkurs ist notwendig, um Spielräume für die Finanzierung der künftigen Ausgaben für den demografischen Wandel und die Erreichung der Klimaziele zu schaffen.

Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur

Die Prognose ist weiterhin mit beträchtlichen Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur behaftet. Ein längerfristiger Ausfall von Gaslieferungen würde wohl Rationierungen erforderlich machen und würde einige europäischen Länder in eine schwere Rezession schicken. Weiters würden wohl auch die Energiepreise noch weiter steigen, was die Inflation antreiben würde. Von einer raschen und nachhaltigen Entspannung der Situation an den Energiemärkten würden hingegen Wachstumsimpulse ausgehen. Eine hartnäckiger als erwartete Inflation würde wohl eine noch stärkere Straffung der Geldpolitik erfordern, was die Situation am Immobilienmarkt verschärfen könnte. Weitere Risiken bestehen bezüglich der Konjunkturentwicklung in China und möglichen Beeinträchtigungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

Auch für die heimische Wirtschaft bestehen insbesondere für das kommende Jahr beträchtliche Abwärtsrisiken. Eine Verringerung des Gasangebots, welche in einer Verdopplung des Gaspreises resultiert, könnte die Wirtschaftsleistung um 2 % verringern. Der Prognose liegt die Erwartung zugrunde, daß die privaten Haushalte auf die inflationsbedingten Einkommensverluste mit einer Senkung der Sparquote reagieren. Die hohe Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Energiepreise könnte aber eine Konsumzurückhaltung auslösen. Die ungünstigen internationalen Wirtschaftsaussichten und der starke Anstieg der Energiekosten könnten die Investitionsneigung der Unternehmen stärker bremsen als erwartet. Neuerliche Corona-Schutzmaßnahmen würden insbesondere den Tourismus belasten. ■

https://www.ihs.ac.at/

Wirtschaft

Hohe Inflation und schwache Konjunktur

UniCredit Bank Austria Konjunktureinschätzung 2023/24: Gegenwind durch geldpolitische Straffung, hohe Inflation und anhaltende geopolitische Spannungen bremsen die globale Wirtschaft 2023 stark ein und lassen nur zaghafte Erholung 2024 zu – Ungewöhnlich hohe Konjunkturrisiken durch geopolitische Unsicherheiten , (Energie)- Rohstoffpreistrends sowie Risiken für die Finanzstabilität durch Überschießen der Geldpolitik

Die Weltwirtschaft sieht sich mit zunehmendem Gegenwind konfrontiert“, meint UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer einleitend zum aktuellen Konjunkturüberblick der UniCredit Bank Austria. „Die synchron laufende, stärkste und schnellste Straffung der Geldpolitik seit Jahrzehnten wird die Auswirkungen der hohen Inflation und der schweren Irritationen bei den internationalen Tauschverhältnissen in vielen Ländern (so genannte Terms-of-Trade-Schocks) verstärken. Die anhaltenden geopolitische Spannungen werden weiter für Verunsicherung sorgen. Wir gehen davon aus, daß das globale BIP im Jahr 2023 nur um 1,9 Prozent steigen wird, was de facto einer Rezession gleichkommt. In den großen entwickelten Wirtschaftsräumen USA und der Eurozone ist im kommenden Jahr mit einer Stagnation zu rechnen.“

Die Wirtschaftsentwicklung wird in der Eurozone zum Jahreswechsel 2022/23 und in den USA im Verlauf des ersten Halbjahres 2023 voraussichtlich von einer technischen Rezession geprägt sein.

„Trotz der Abschwächung der globalen Konjunktur, der hohen Energiekosten für die Unternehmen und dem Kaufkraftverlust durch sinkende Reallöhne erwarten wir eine nur milde Rezession. Die unterstützende Fiskalpolitik, die günstige Liquiditätslage im Unternehmenssektor und die hohen Ersparnisse der Haushalte sowie die weitere Entspannung der Lieferkettenprobleme und stabile Arbeitsmärkte sollten einen tiefen Einbruch verhindern“, meint Bruckbauer und ergänzt: „Noch in der ersten Jahreshälfte 2023 wird die Wirtschaft zu einer Erholung ansetzen. Aufgrund der verzögerten Wirkung der Geldpolitik erwarten wir sowohl in den USA als auch in der Eurozone mit einem Wirtschaftswachstum um 0,9 bzw. 1,0 Prozent für 2024 nur ein unterdurchschnittliches Aufschwungstempo, trotzdem scheint der derzeitige Pessimismus etwas zu stark zu sein.“

Wende in der Geldpolitik 2024 nach Verschärfung bis ins Frühjahr 2023

Die Inflation in den USA ist hauptsächlich nachfragegetrieben, ausgelöst durch eine zu lockere Finanz- und Geldpolitik während der Pandemie. Die Inflation in der Eurozone ist dagegen überwiegend kostengetrieben, als Folge hoher Preise für Energieimporte. Die ungleiche Quelle des Inflationsschocks ist für das unterschiedliche Ausmaß der Verschärfung der Geldpolitik in den beiden Wirtschaftsräumen verantwortlich.

„Die Zentralbanken werden die Zügel der Geldpolitik weiter anziehen und dabei nach unserer Ansicht etwas übers Ziel hinausschießen, um im Kampf gegen die Inflation auf Nummer sicher zu gehen. Wir gehen davon aus, daß die Leitzinsen in den USA bei 5 Prozent und der Refinanzierungssatz in der Eurozone bei 3,25 Prozent (Einlagensatz: 2,75 Prozent) im Frühjahr 2023 ihren Höhepunkt erreichen werden. Die quantitative Straffung der EZB wird zudem bald darauf folgend eine Verringerung des Wertpapierbestands aus den Ankaufprogrammen um etwa 15 Milliarden Euro pro Monat beinhalten“, erwartet Bruckbauer.

Für 2024 gehen die Ökonomen der UniCredit Bank Austria von einem Wendepunkt in der Geldpolitik aus. Die US-Notenbank Fed dürfte die Leitzinsen um insgesamt 150 Basispunkte und die EZB um 75 Basispunkte senken. Mit dem Beginn des Lockerungszyklus und der Verringerung des Zinsdifferenzials wird sich die Stärke des US-Dollars gegenüber dem Euro abbauen. Ende 2024 dürfte der Wechselkurs des US-Dollars wieder bei 1,10 bis 1,12 für einen Euro stehen.

Inflation sollte bis Mitte 2024 in den Zielbereich der Notenbanken sinken

Trotz unterschiedlicher Ursachen der Inflation in den USA und in der Eurozone ist für die Verlangsamung der Inflation ein einheitliches Muster zu erwarten. Die Güterpreise werden nachfragebedingt zuerst zurückgehen, die Dienstleistungspreise werden mit etwas Verspätung folgen. „Wir gehen davon aus, daß die Inflation bis Ende 2023 auf etwa 3 Prozent in den USA und 2,5 Prozent in der Eurozone zurückgehen wird. Mitte 2024 sollte die Teuerung nur noch bei 2 Prozent liegen und damit in den Zielbereich der Notenbanken zurückgekehrt sein“, so Bruck-

Österreich Konjunkturprognose *Prognose*

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
(Reale Veränderung in %)							
BIP	**2,4**	**1,5**	**-6,5**	**4,6**	**4,8**	**0,3**	**1,2**
Privater Konsum	1,1	0,5	-8,0	3,6	5,0	0,3	1,2
B. Investitionen *)	4,4	4,5	-5,3	8,7	-1,1	0,0	2,6
davon Ausrüstung	1,2	1,6	-9,5	16,0	-2,9	-1,5	3,5
davon Bau	5,6	3,6	-3,4	5,8	1,5	1,4	1,8
Exporte i.w.S.	5,2	4,0	-10,7	9,6	14,7	0,5	3,5
Importe i.w.S.	5,3	2,1	-9,2	13,7	7,4	0,5	3,5
VPI (Veränderung z. Vorjahr)	**2,0**	**1,5**	**1,4**	**2,8**	**8,5**	**6,5**	**3,0**
Beschäftigung (Veränderung zum Vorjahr)**)	2,5	1,6	-2,0	2,5	2,8	0,7	0,9
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	**7,7**	**7,4**	**9,9**	**8,0**	**6,4**	**6,4**	**6,3**
Arbeitslosenquote (Eurostat Definition)	5,2	4,8	6,0	6,2	4,7	4,8	4,8
Öffentliches Defizit (in % des BIP)	**0,2**	**0,6**	**-8,0**	**-5,9**	**-3,3**	**-3,0**	**-2,0**
Öffentliche Schuld (in % des BIP)	74,1	70,6	82,9	82,3	77,4	76,1	75,0
Sparquote der Haushalte	7,7	8,6	13,3	12,0	6,0	7,4	6,8

*) Exkl. Vorratsänderungen **) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen

Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

bauer. Im Jahresdurchschnitt dürfte sich die Inflation im Euroraum nach 8,6 Prozent im Jahr 2022 auf 5,9 Prozent 2023 und auf 2,1 Prozent 2024 abschwächen.

Moderate Erholung nach Winterrezession in Österreich

Die Konjunktur in Österreich hat sich nach einem starken ersten Halbjahr 2022 mittlerweile deutlich verlangsamt. „Angesichts der Abkühlung der internationalen Konjunktur sowie der hohen Inflation, die den Konsum und die Investitionstätigkeit belasten, erwarten wir für die österreichische Wirtschaft eine leichte Rezession über den Jahreswechsel 2022/23“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl und ergänzt: „Mit der Abschwächung der Teuerung sollte unterstützt von der Entwicklung im Euroraum ab dem Frühjahr eine Erholung einsetzen. Aufgrund des schwachen Jahresbeginns ist für 2023 jedoch nur eine Stagnation mit einem BIP-Anstieg von 0,3 Prozent zu erwarten. Das Erholungstempo bleibt niedrig, gedämpft unter anderem durch die verzögerten Auswirkungen der Verschärfung der Finanzierungsbedingungen. Für 2024 gehen wir von einem Wirtschaftswachstum von nur 1,2 Prozent aus.“

Damit sollte der Anstieg des BIP jedoch erneut leicht über dem Durchschnitt im Euroraum zu liegen kommen.

UniCredit Bank Austria Einkaufs-Manager Index deutet auf Stabilisierung des Industrieabschwungs hin

Die Konjunkturabschwächung in Österreich ist zum einen von einem Abwärtstrend im Dienstleistungssektor gekennzeichnet. Mit der nachlassenden Teuerung und unterstützt durch fiskalische Impulse und der guten Lohnentwicklung wird der Dienstleistungssektor die Erholung ab dem Frühjahr in Österreich anführen. Die heimische Industrie ist bereits in eine Rezession geschlittert und eine baldige Trendwende ist nicht absehbar. Der Produktionssektor wird daher voraussichtlich zeitverzögert der vom Dienstleistungssektor getragenen Erholung der österreichischen Wirtschaft ab 2023 folgen.

„Der UniCredit Bank Austria Einkaufs-ManagerIndex hat sich im November bei 46,6 Punkten stabilisiert, liegt damit jedoch bereits den vierten Monat in Folge unterhalb der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Die Produktionserwartungen der Unternehmer haben sich im November etwas verbessert, aber der entsprechende Index signalisiert mit 40,9 Punkten einen anhaltenden Rückgang der Produktion in der österreichischen Industrie auf Jahressicht“, meint Pudschedl.

Während der Beschäftigungsaufbau an Fahrt verliert, ist das Neugeschäft erneut stark zurückgegangen und die Produktion wurde verringert, wenn auch mit etwas reduziertem Tempo.

Die schwache Nachfrage schlägt sich auch im Anstieg der Lagerbestände, der Verringerung der Lieferzeiten sowie der deutlichen Entspannung der Einkaufspreise gegenüber dem Vormonat nieder.

Inflation wird in Österreich langsamer als im Euroraum sinken

Mit dem Nachfragerückgang wird sich auch in Österreich ab dem kommenden Jahr die Inflation abschwächen. „Neben dem Nachfragerückgang sollten Basiseffekte, die weitgehende Stabilisierung der Rohstoffpreise insbesondere für Energie und die weitere Entspannung der Materialengpässe eine Verlangsamung der Inflation von durchschnittlich 8,5 Prozent 2022 auf 6,5 Prozent im Jahr 2023 und 3,0 Prozent 2024 unterstützen. Damit wird die Teuerung in Österreich jedoch langsamer als im Euroraum sinken, da mit mehr Zweitrundeneffekten durch eine höhere Lohndynamik und stärkeren fiskalischen Impulsen zu rechnen ist“, so Pudschedl.

Enger Arbeitsmarkt sorgt für Herausforderungen

Trotz der schwachen Konjunkturentwicklung wird sich der Arbeitsmarkt in Österreich voraussichtlich als recht widerstandsfähig erweisen. „Wir erwarten nach dem Rückgang der Arbeitslosenquote 2022 auf durchschnittlich 6,4 Prozent eine Stabilisierung bei 6,4 Prozent für 2023 sowie einen leichten Rückgang auf 6,3 Prozent für 2024“, meint Pudschedl. Der Grund für den Optimismus liegt in der derzeitigen Enge am heimischen Arbeitsmarkt. Die Vakanzquote, also die Anzahl der gemeldeten offenen Stellen im Verhältnis zur Beschäftigung ist auf einen Rekordwert von 3 Prozent gestiegen.

„Der österreichische Arbeitsmarkt ist durch das strukturelle Problem eines Mangels an Arbeitskräften gekennzeichnet. Ursachen sind unter anderem eine zu geringe Frauenbeschäftigungsquote und der Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit. Eine Anhebung der Beschäftigungsquote in Österreich auf deutsches Niveau oder ein Anstieg der Arbeitszeit pro Beschäftigten um eine Wochenstunde von derzeit durchschnittlich 27 würden jeweils rein rechnerisch die derzeitige Anzahl an offenen Stellen von rund 120.000 vollständig abdecken“, so Pudschedl.

Hohe Risiken, aber auch Chancen abhängig von geopolitischen Entwicklungen

Der Konjunkturausblick der Ökonomen der UniCredit Bank Austria für die nächsten zwei Jahre ist durch ungewöhnlich hohe Risiken gekennzeichnet. Entscheidend sind vor allem die geopolitischen Unsicherheiten. „Die Wachstumserwartungen sind stark von den geopolitischen Entwicklungen vor allem des Konflikts in der Ukraine und dessen Folgen für Energie- und sonstige Rohstoffpreise abhängig. Diese könnten sich einerseits zwar rascher auflösen als erwartet, andererseits jedoch auch noch deutlich eskalieren. Damit würde neben der Erholung auch die erwartete Beruhigung der Inflation aufgehalten“, meint Bruckbauer und ergänzt: „In diesem Fall wäre ein weiterer Anstieg der Rohstoffpreise und eine Unterbrechungen im Handel und in den Lieferketten zu erwarten. Die Aufgabe der Notenbanken würde dann noch schwieriger werden.“

Außer Acht gelassen werden darf nach Einschätzung der Ökonomen der UniCredit Bank Austria auch nicht, daß die höheren Zinsen und die verschärften finanziellen Bedingungen einer überschießenden Geldpolitik der Zentralbanken die Risiken für die Finanzmarktstabilität erhöht haben. „Trotz der Herausforderungen für die Finanzmarktstabilität durch die überschießende Geldpolitik ist eine Systemkrise jedoch nicht zu erwarten, denn die Bilanzen der privaten Haushalte und Unternehmen sind im Allgemeinen in guter Verfassung und der globale Bankensektor ist gut kapitalisiert“, meint Stefan Bruckbauer abschließend. ■

https://www.bankaustria.at/

Konjunkturausblicke bleiben mehrheitlich skeptisch

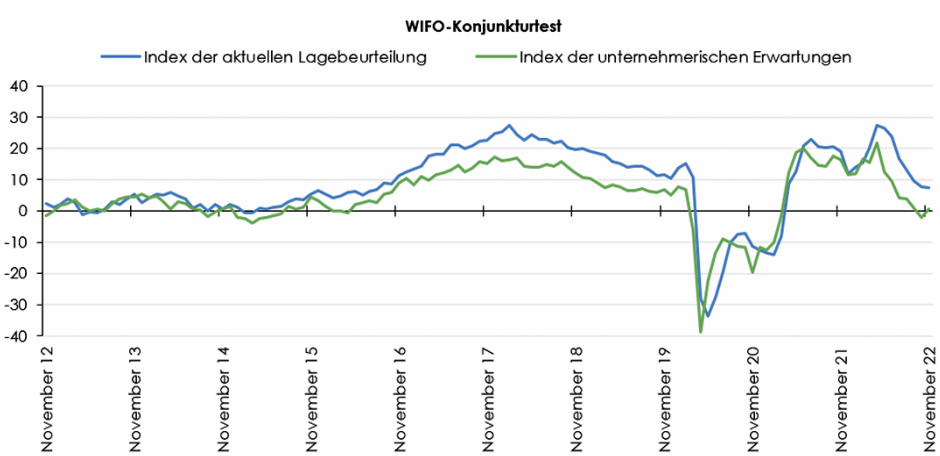
Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests zeigen im November eine leichte Verbesserung der Konjunkturbeurteilungen. Der WIFO-Konjunkturklimaindex notierte mit 4,0 Punkten (saisonbereinigt) 1,1 Punkte über dem Wert des Vormonats (2,9 Punkte). Während die Lageindikatoren trotz kleiner Rückgänge weiterhin ein durchschnittliches Konjunkturumfeld zeichnen, signalisieren die unternehmerischen Erwartungen trotz Indexsteigerungen in vielen Branchen nach wie vor mehrheitlich skeptische Konjunkturausblicke. Die unternehmerische Unsicherheit ist weiterhin hoch. Die Kreditnachfrage der Unternehmen blieb im November trotz Anstieg unterdurchschnittlich. Die Unternehmen schätzen die Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe deutlich restriktiver ein als in den vergangenen Jahren.

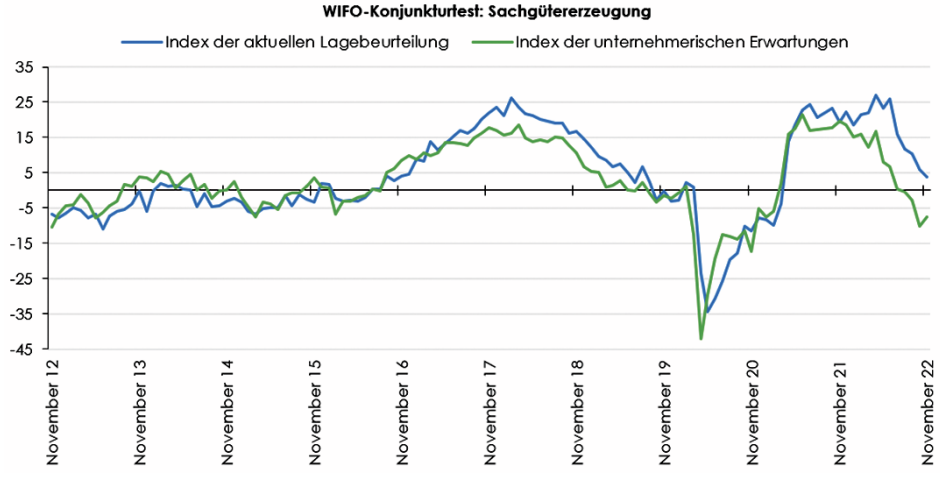
Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen verlor im November 0,4 Punkte, notierte aber mit 7,4 Punkten weiter im positiven Bereich. In der konjunkturell besonders reagiblen Sachgütererzeugung verlor der Lageindex 2,0 Punkte gegenüber dem Vormonat und blieb mit 3,8 Punkten knapp im positiven Bereich. In der Bauwirtschaft verlor der Lageindex 5,7 Punkte, blieb aber mit 17,9 Punkten weiterhin deutlich über der Nulllinie. In den Dienstleistungsbereichen gewann der Index 1,1 Punkte gegenüber dem Vormonat hinzu und notierte mit einem Wert von 10,1 Punkten über der Nulllinie. Im Einzelhandel stieg der Lageindex um 2,1 Punkte, notierte aber mit –6,1 Punkten weiter im Bereich skeptischer Konjunktureinschätzungen.

Der Index der unternehmerischen Erwartungen stieg im November an (+2,6 Punkte), notierte aber mit 0,5 Punkten nur knapp über der Nulllinie, welche negative von positiven Konjunkturerwartungen trennt. Im Einzelhandel blieb der Erwartungsindex nahezu unverändert (+0,1 Punkte) und notierte mit -19,9 Punkten weiterhin deutlich im negativen Bereich.

In den Dienstleistungsbranchen stieg der Erwartungsindex um 3,8 Punkte an und notierte mit 2,6 Punkten wieder über der Nulllinie. In der Bauwirtschaft hingegen sank der Erwartungsindex um 0,9 Punkte, blieb aber bei optimistischen 35,0 Punkten. Dieser hohe Wert ist auf die weiterhin hohen Baupreiserwartungen zurückzuführen. Die Geschäftslageerwartungen sind in der Bauwirtschaft bereits seit Mai im negativen Bereich. In der von den Energiepreisanstiegen besonders betroffenen Sachgütererzeugung zeigte sich beim Erwartungsindex ein leichter Anstieg (+2,4 Punkte). Dieser notierte mit -7,6 Punkten aber nach wie vor merklich im pessimistischen Bereich. ■

https://www.wifo.ac.at





Wirtschaft

Oberösterreichs Innovationskaiser 2022 ausgezeichnet

LH Thomas Stelzer / LR Markus Achleitner: »Mit dem OÖ. Innovationspreis wurden wieder herausragende Unternehmen und Forschungseinrichtungen mit zukunftsweisenden Ideen und Projekten vor den Vorhang geholt«

Foto: Land Oberösterreich / Mayrhofer

Landeshauptmann Thomas Stelzer (m.) und Landesrat Markus Achleitner (3.v.r.) mit den GewinnerInnen und EinreicherInnen

Nicht weniger als 62 Einreichungen hat es für den OÖ. Innovationspreis 2022 gegeben – am Abend des 10.November wurden dann die kreativsten Köpfe, besten Ideen und zukunftsweisendsten Projekte des Bundeslandes von Landeshauptmann Thomas Stelzer und Wirtschafts- und Forschungs-Landesrat Markus Achleitner ausgezeichnet: Bei den Klein- und Mittelunternehmen konnte die Pansatori GmbH mit ForgTin – forget Tinnitus den begehrten Preis mit nach Hause nehmen. Bei den Großunternehmen ging der Preis an die Miba AG mit ihren pyrotechnischen Sicherheitssystemen für Elektrofahrzeuge. Als innovativste Forschungseinrichtung konnte sich die FH OÖ Forschungs- und Entwicklungs GmbH mit ihrem pflanzlichen Wirkstoff gegen Diabetes durchsetzen. Der Jurypreis für radikale Innovation wurde an Primetals Technologies Austria GmbH für ihre HYFOR-Technologie vergeben, die einen wichtigen Beitrag zur klimafreundlichen Stahlerzeugung leisten soll. „Die vielen herausragenden Einreichungen im heurigen Jahr belegen einmal mehr die enorme Innovationskraft unserer Unternehmen und Forschungseinrichtungen in Oberösterreich. Das ist ein entscheidender Wettbewerbsfaktor für die Betriebe und den Standort OÖ“, betonten Landeshauptmann und Wirtschafts-Landesrat im Rahmen der Verleihung im ORF-Landesstudio in Linz.

„Innovation hat in Oberösterreich Tradition. Mutig zu sein und Neues zu wagen, das hat unser Bundesland nach vorne gebracht und wird uns auch erfolgreich durch diese herausfordernden Zeiten führen. Mit dem OÖ. Innovationspreis würdigen wir Unternehmen für ihre innovative Ideen und Lösungen. Sie alle tragen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich bei“, erklärte Landeshauptmann Stelzer.

„Oberösterreichs Antwort auf Krisen war immer Innovation. Denn nur wer auf Zukunftstechnologien setzt, bei Produkten und Dienstleistungen neue Wege geht und innovative Strategien verfolgt, kann erfolgreich Weiterentwicklungen in Gang setzen. Oberösterreich ist ein Motor der Innovation, in Österreich und darüber hinaus“, unterstrich Landesrat Achleitner.

Der Landespreis für Innovation ist eine Kooperation des Landes Oberösterreich und der oö. Standortagentur Business Upper

Pansatori - v.l.: Herbert Auer (Leiter Corporate Banking Sparkasse OÖ), Landesrat Markus Achleitner, Marlena und Klaus Grübl (Pansatori GmbH), Landeshauptmann Thomas Stelzer

Miba AG - v.l.: Stephan Kubinger (WKOÖ – Sparte Industrie), Landesrat Markus Achleitner, Gerhard Stempfer und F. Peter Mitterbauer (MIBA AG), Landeshauptmann Thomas Stelzer

Fotos: Land Oberösterreich / Mayrhofer

Austria mit der WKO Oberösterreich – sparte.industrie, der Sparkasse OÖ und Medienpartner.

„Viele der eingereichten Innovationen haben das Potential für eine erfolgreiche weltweite Vermarktung. Genau das brauchen wir im Exportbundesland Nummer eins!“, hob Stephan Kubinger, Obmann-Stellvertreter der sparte.industrie WKO Oberösterreich, hervor. „Herausragende Ideen und innovative Technologien sind für die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens, vor allem im internationalen Vergleich, essentiell. Dieser Preis holt die innovativsten Ideen des Landes vor den Vorhang – das unterstützen wir gerne“, sagte Herbert Auer, Leiter Corporate Banking der Sparkasse OÖ.

Die Preisträger 2022 und ihre Innovationen

Kleine und mittlere Unternehmen
Pansatori GmbH

Bei ForTin handelt es sich um ein patentiertes, CE-zertifiziertes Medizinprodukt, das Menschen mit Tinnitus dabei hilft, wieder Stille zu erleben. ForgTin ist ein im 3D-Laserdrucker hergestellter Bügel aus Edelstahl und Soft-Touch-Silikon, der ganz einfach hinter dem Ohr angelegt werden kann. Tagsüber getragen reduziert dieses kleine Gerät unangenehme Ohrgeräusche bis hin zur kompletten Stille.

Mithilfe einer entsprechenden Druckverteilung werden in Summe vier wesentliche Wirkungsbereiche stimuliert – diese wiederum setzen einen „Verlernprozeß“ im Gehirn in Gang. Das führt letzten Endes bis zum vollständigen Vergessen der störenden Ohrgeräusche.

Großunternehmen: Miba AG

Die Miba Power Fuse und der Miba Power Closer sind pyrotechnische Sicherheitssysteme für Elektrofahrzeuge, die bei einem Unfall den Stromfluss sicher ableiten. Diese Innovation schützt nicht nur die Batterien und Brennstoffzellen, sie kann auch den InsassInnen das Leben retten. Die Technik funktioniert durch eine pyrotechnische Explosion, die binnen weniger Millisekunden die Batterie von der Fahrzeugelektronik trennt, bzw. die Restenergie aus den Brennstoffzellen sicher abbaut.

Forschungseinrichtungen: FH OÖ Forschungs- und Entwicklungs GmbH

Man ist was man ißt: Nach diesem Leitsatz wurde das Nahrungsergänzungsmittel der FH OÖ entwickelt. Konkret handelt es sich um ein Produkt, das auf rein pflanzlicher Basis Diabetes vorbeugen oder bei einer Therapie unterstützen kann. Das entwickelte Nahrungsergänzungsmittel sorgt dabei für eine Reduktion der Zuckeraufnahme im Darm und verbessert zusätzlich die Aufnahme von Zucker in den Blutkreislauf. Mit dem Projekt möchte die FH OÖ einer künftigen Überlastung des Gesundheitssystems aufgrund der „Zivilisationskrankheit“ Diabetes entgegenwirken.

Jurypreis für radikale Innovation: Primetals Technologies Austria GmbH

Die HYFOR-Technologie (HYFOR® – Hydrogen-based Fine Ore Reduction) soll einen wichtigen Beitrag zur klimafreundlichen Stahlerzeugung leisten. Sie ist weltweit das einzige Direktreduktionsverfahren, das feinstkörnige Eisenerze ohne aufwendige Vorverarbeitungen verwenden kann. Dadurch werden erhebliche Mengen an Energie und Emissionen gespart.

Durch den Einsatz von Wasserstoff als Reduktionsmittel wird zudem die Bildung von klimaschädlichem CO_2 vermieden. HYFOR kann daher den Grundstein für die Produktion von grünem Stahl legen und hebt sich damit klar vom kohlenstoffbasierten Stand der Technik ab.

Wirtschaft

Alle Landespreisträger 2022 im Überblick

Kleine und Mittlere Unternehmen

1. Platz: Pansatori GmbH – ForgTin – forget Tinnitus
   http://pansatori.com/
2. Platz: Lung-Diagnostics GmbH – LuDi20
   https://www.adkdiagnostics.at/
3. Platz: Green Soul Technologies e.U. – SoulHeat
   https://www.greensoultech.com/

Großunternehmen

1. Platz: Miba AG – Pyrotechnische Sicherheitssysteme für Elektro-Fahrzeuge
   http://www.miba.at/
2. Platz: Weber Hydraulik GmbH – Rettungsgeräte Baureihe SMART-FORCE
   https://www.weber-hydraulik.com/
3. Platz: GE Healthcare Austria GmbH & Co OG – Voluson Expert 22 – eine neue Dimension im Ultraschall für Gynäkologie und Geburtshilfe
   https://www.gehealthcare.com/

Forschungseinrichtungen

1. Platz: FH OÖ Forschungs- und Entwicklungs GmbH – Pflanzliche Wirkstoffe mit anti-diabetischer Wirkung
   https://www.fh-ooe.at/
2. Platz: Transfercenter für Kunststofftechnik GmbH – LUFFI – Carbonfaserabfall in einem neuen Lebenszyklus
   https://www.tckt.at/kontakt

3. Platz: Software Competence Center Hagenberg – Schwanger dank KI (Machine Learning for Blastocyst-Analysis)
   https://www.scch.at/

Jurypreis für radikale Innovation:

Primetals Technologies Austria GmbH – HYFOR ® – Hydrogen-based Fine Ore Reduction
https://www.primetals.com/

Aus allen Einreichungen wurden drei Unternehmen für die Teilnahme am Staatspreis Innovation sowie je ein Unternehmen für die österreichweiten Sonderpreise VERENA (Energie-Innovationen von Unternehmen in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Kooperationspartnern) und ECONOVIUS (innovative KMU) ausgewählt:

FH OÖ - v.l.: Landesrag Markus Achleitner, Alexandra Halouska (Chefredakteurin Kronenzeitung OÖ), Johann Kastner, Markus Iken und Julian Weghuber (FH OÖ), Landehauptmann Thomas Stelzer

Fotos: Land Oberösterreich / Mayrhofer

Primetals Technologies Austria - v.l.: Christopher Lindinger (Vizerektor JKU und Juryvorsitzender), Landesrat Markus Achleitner, Bernhard Hiebl und Thomas Wolfinger (Primetals), Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Nominierungen Staatspreis Innovation 2022
Miba AG
Primetals Technologies Austria GmbH
Weber-Hydraulik GmbH

Nominierung VERENA 2022
Green Soul Technologies e.U.

Nominierung ECONOVIUS 2022
Pansatori GmbH

https://www.land-oberoesterreich.gv.at/
https://www.biz-up.at/

Chronik

Oberösterreich feiert seine Landeshymne

LH Stelzer: »Die Landeshymne ist ein Symbol für die Identität unseres Landes«

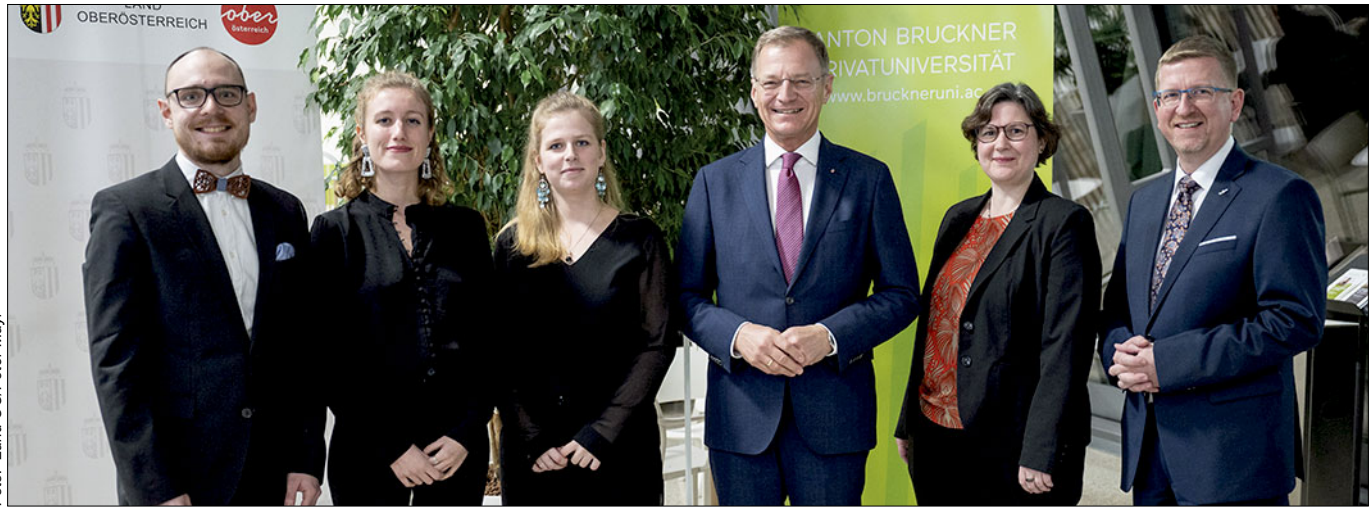


Foto: Land OÖ/Peter Mayr

v.l.: die Studierenden Adam Štefunko (Slowakei, Cembalo), Ixta Rodero Gil (Spanien, Komposition), Julia van der Haagen (Niederlande, Flöte), LH Thomas Stelzer, Vizerektorin Julia Purgina sowie Rektor Martin Rummel beim Festabend an der Anton Bruckner Privatuniversität in Linz

Vor 70 Jahren, am 28. November 1952, hat der Oö. Landtag beschlossen, das Gedicht „Hoamatgsang“ von Franz Stelzhamer in der Vertonung von Hans Schnopfhagen zur oberösterreichischen Landeshymne zu erklären. Dieses Jubiläum war am 25. November Anlaß für einen Festabend an der Anton Bruckner Privatuniversität in Linz.

Im Rahmen des Abends wurde die Oö. Landeshymne von Lehrenden und Studierenden der Anton Bruckner Privatuniversität aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet und interpretiert. Joachim Rathke hat mit Studierenden eine szenische Interpretation von „Stelzhamer Gedichten und Zitaten“ auf die Bühne gebracht. Vizerektorin Julia Purgina hat mit Erasmus-Studierenden über die Hymnen ihrer Länder und deren Bedeutung gesprochen.

In seiner Festansprache hat Landeshauptmann Thomas Stelzer die Rolle und Bedeutung einer Hymne für die Identität eines Landes thematisiert: „Die Landeshymne ist ein Symbol für die Identität unseres Landes. Es geht um die Essenz, was unser ‚Hoamatland‘ Oberösterreich in seinem Kern ausmacht und was uns antreibt.“

Foto: Land OÖ/Peter Mayr

LH Thomas Stelzer mit dem originalen Landesgesetzblatt, mit dem der „Hoamatgsang“ damals offiziell zur oö. Landeshymne erklärt wurde.

»Das ›Hoamatland‹ weiter mutig gestalten und niemanden alleine lassen«

„Gerade angesichts schwieriger Zeiten wollen wir unser ‚Hoamatland‘ weiter mutig gestalten und weiter entwickeln zu einem Land der Möglichkeiten mit Perspektiven für alle. Durch den Umbau zu einem modernen, klimaschonenden Produktionsstandort, der uns Arbeit sichert. Wo wir niemanden alleine lassen mit Sorgen und Bedürfnissen, wo wir Hilfe und Unterstützung bieten. Eine Heimat, in der engagierte und anpackende Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, inspiriert von Kunst und Kultur, gestärkt werden und zusammenhalten“, so Stelzer. Durch die unentschuldbaren antisemitischen Ausfälle des Autors Franz Stelzhamer ist die Landeshymne laut Stelzer ein steter Anstoß, auch die Erinnerung an die Schatten unserer Geschichte lebendig zu halten: „Wir vergessen nichts und niemanden, und werden die Erinnerung wachhalten. Auch das ist Teil unserer Identität.“ ■

http://www.land-oberoesterreich.gv.at/
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/27586.htm
https://www.youtube.com/watch?v=CGVVu30T0PU

Chronik

Stille Nacht, heilige Nacht

Das Lied von Franz Xaver Gruber und Josephus Franciscus Mohr ist in 320 Sprachen weltweit fest mit dem Weihnachtsfest verbunden

Franz Xaver Gruber wurde am 25. November 1787 in der Innviertler Gemeinde Hochburg geboren. 1807 trat er eine Stelle als Lehrer, Mesner und Organist in Arnsdorf an. Dort komponierte er 1818 das Weihnachtslied „Stille Nacht! Heilige Nacht!“ zu einem Text seines Freundes Joseph Mohr, Coadjutor in Oberndorf. In der Christnacht 1818 erklang das Lied zum ersten Mal in der Oberndorfer Pfarrkirche St. Nicola, wo Gruber auch als Organist tätig war. Franz Xaver Gruber wurde 1829 Lehrer und Mesner in Berndorf bei Salzburg. 1835 kam er als Chorregent und Stadtpfarrorganist nach Hallein, was er bis zu seinem Tod im 76. Lebensjahr blieb. Franz Xaver Gruber starb am 7. Juni 1863 in Hallein.

Josephus Franciscus Mohr wurde am 11. Dezember 1792 in der Stadt Salzburg geboren. Er war ein uneheliches Kind. Die erste offizielle Dienststelle als Priester war 1815 Mariapfarr im Lungau – der Geburtsort seines Vaters. Aus dem Lungau, wo er 1816 den Text von „Stille Nacht!“ schrieb, kam Mohr 1817 wegen seines schlechten Gesundheitszustandes nach Salzburg zurück und trat im gleichen Jahr seinen Dienst in Oberndorf an. Dort trafen sich die Lebenswege von Mohr und Gruber. Nach Einsätzen als Seelsorger in vielen weiteren Gemeinden verstarb Mohr am 4. Dezember 1848 mit 56 Jahren als Pfarrvikar in Wagrain.

Der erste Schritt zur Verbreitung des Liedes wird dem Umstand zugeschrieben, daß sowohl Joseph Mohr als auch Franz Xaver Gruber mit Karl Mauracher bekannt waren, einem Orgelmacher aus Fügen im Zillertal, der das Lied mit sich nahm. Mauracher hatte sich mehrmals in Arnsdorf und Oberndorf aufgehalten, wo er sowohl die Orgel der Wallfahrtskirche Arnsdorf als auch jene der Schifferkirche St. Nikola repariert hatte bzw. 1825 dann neu erbaute. 1819 zur Christmette wurde das Lied bereits in Fügen gesungen. Dort übernahmen es die Geschwister Rainer, die im Kirchenchor von Fügen sangen.

Foto: Stille Nacht Gesellschaft/SalzburgerLand Tourismus

Die Stille-Nacht-Kapelle in Oberndorf bei Salzburg wurde in den Jahren 1935-37 fertiggestellt und am 15. August 1937 von Weihbischof Johannes Filzer in Anwesenheit von Bundeskanzler Kurt Schuschnigg und Landeshauptmann Franz Rehrl eingeweiht.

Foto: Stille Nacht Gesellschaft

Franz Xaver Gruber

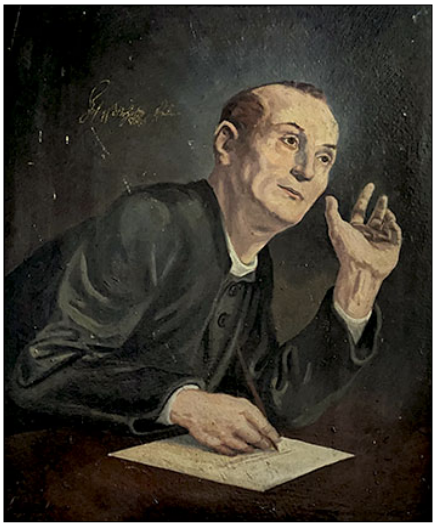


Foto: Stille Nacht Gesellschaft

Josephus Franciscus Mohr

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts besserten zahlreiche Familien aus dem Zillertal ihr Einkommen als fahrende Händler auf, die bäuerliche Bevölkerung bevorzugt im Winter. Da im Zillertal traditionell Volksmusik gepflegt wurde, lockten manche der Händler die Käufer mit Musik und Gesang an ihre Stände.

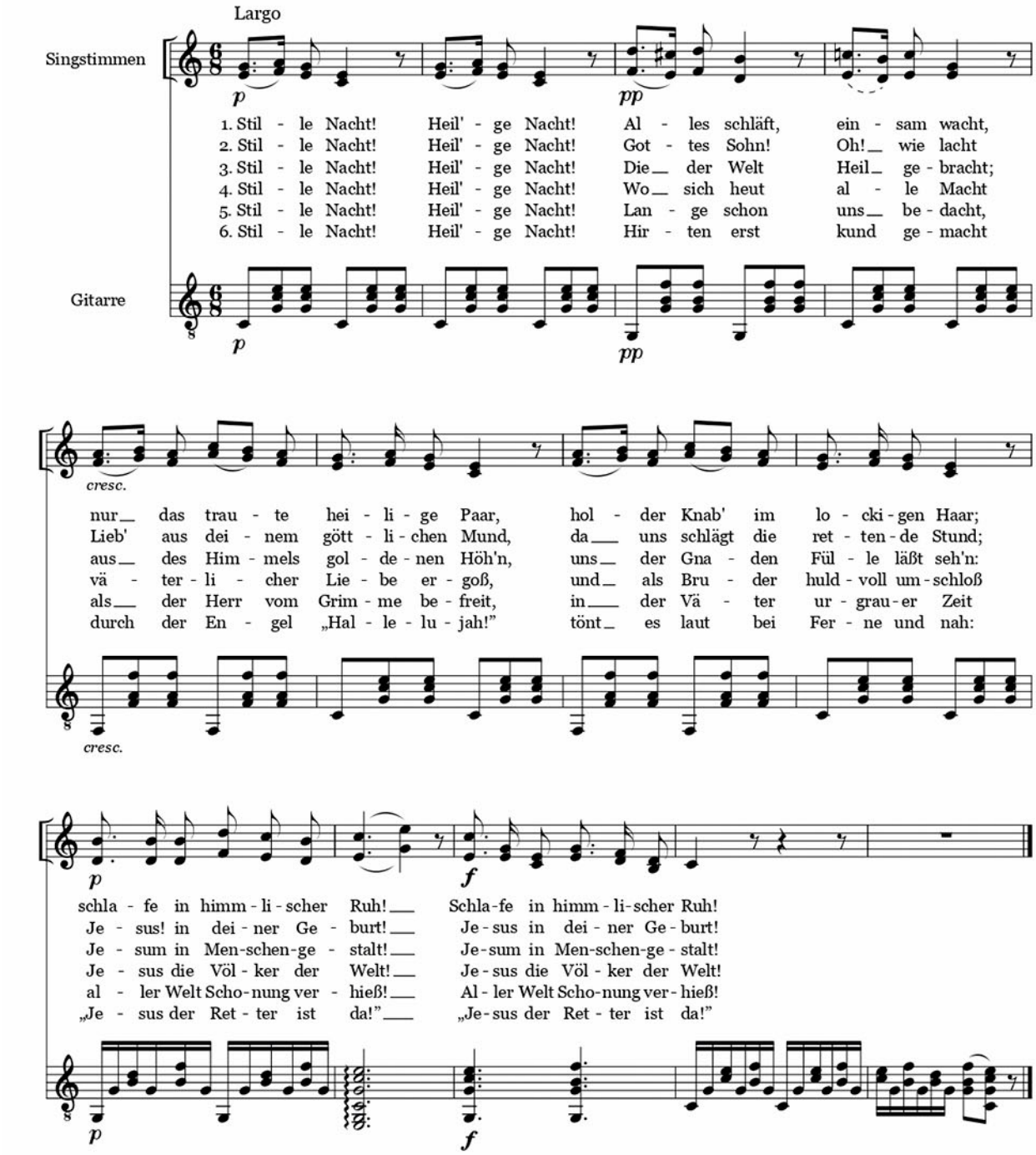
100 Jahre später, 1914 sangen deutsche und britische Soldaten beim sogenannten Weihnachtsfrieden gemeinsam Stille Nacht. 1934 sang Bing Crosby in seiner Weihnachts-Radiosendung Silent Night. Die Aufnahme wurde mit 30 Millionen Stück dritterfolgreichste Musiksingle. 1941 sangen Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill gemeinsam mit den versammelten Menschen im Garten des Weißen Hauses Silent Night.

1943 stellte die Schriftstellerin Hertha Pauli (1906–1973) fest, daß viele US-Amerikaner das Lied Silent Night für ein „US-amerikanisches Volkslied“ hielten, und schrieb darüber in den USA das Buch „Silent Night. The Story of a Song“, in dem sie den eigentlichen Ursprung des Liedes erläuterte.

Der deutsche Liedtext wurde weltweit in 320 Sprachen und Dialekte übersetzt. ■

Quellen: ***https://www.stillenacht.gallery/***
https://de.wikipedia.org/wiki/Stille_Nacht,_heilige_Nacht
Video https://www.youtube.com/watch?v=3BS9ohD1R5g

Stille Nacht! Heil'ge Nacht!



© Stille-Nacht-Gesellschaft 2012, nach dem Mohr-Autograph (um 1820). Notensatz: Peter Fahrnberger

Chronik

Das Digital Skills Barometer

Wie steht es um die digitale Fitness der ÖsterreicherInnen? Nun wurde das europaweit erste befragungsbasierte Erhebungsinstrument geschaffen.

Foto: BKA / Christopher Dunker

v.l.: Reinhard Gojer (Präsident fit4internet, Vorstandsdirektor DONAU Versicherung AG Vienna Insurance Group), Florian Tursky (Staatssekretär für Digitalisierung und Breitband), Ulrike Domany-Funtan (Generalsekretärin fit4internet), Michael Zettel (Country Managing Director, Accenture Österreich) und Christoph Becker (Geschäftsführer ETC – Enterprise Training Center)

Dieses einmalige, umfangreiche und detaillierte Lagebild über die digitale Fitness der österreichischen Bevölkerung bietet auch EntscheidungsträgerInnen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft eine Grundlage, um bedarfsorientiert, zielgerichtet sowie zukunftssicher Schwerpunkte für Re- und Up-Skilling zu setzen – und damit die digitalen Skills der österreichischen Bevölkerung strukturiert und nachhaltig zu steigern. Mithilfe des Digital Skills Barometers kann die digitale Transformation der Republik nicht nur unterstützt, sondern in eine echte Chance für die Zukunft Österreichs verwandelt werden.

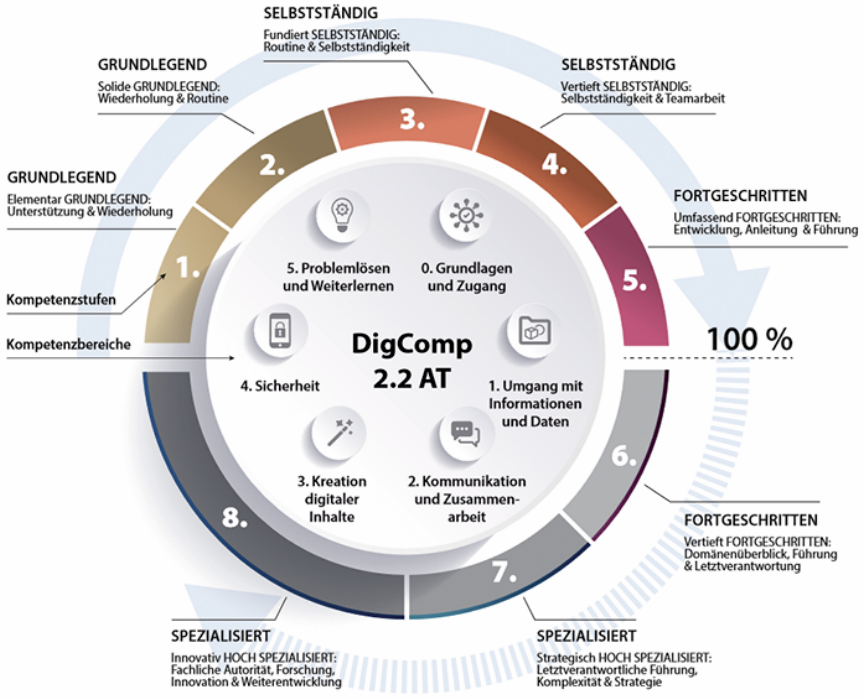
„Österreich ist in der Umsetzung des Kompetenzmodells für digitale Kompetenzen (DigComp) derzeit Vorreiter in der EU. Und mit dem Digital Skills Barometer steht erstmalig ein Ergebnis auf Basis dieses Standards zur Verfügung, das nicht nur die Selbsteinschätzung, sondern auch das digitale Wissen der österreichischen Bevölkerung einbezieht. Dieser tiefgehende Einblick in den tatsächlichen Stand des digitalen Wissens ermöglicht es auch, bestehende Mängel und ‚skills gaps' zu identifizieren, denen wir uns widmen müssen, um Österreich #digitallyfit für die Zukunft zu machen", erläutert f4i-Präsident Reinhard Gojer.

„Gerade in einer wirtschaftlich fordernden Zeit müssen wir die Chancen der Digitalisierung für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Lebensqualität offensiv nutzen. Digitales Wissen ist in jeder Hinsicht der Treibstoff für die Zukunft. Deshalb rate ich jedem zu einem digitalen Workout. Denn Einschätzung und Realität liegen oft weit auseinander. Die Erkenntnisse des Barometers zeigen, daß die durchschnittliche digitale Fitness der Österreicherinnen und Österreicher ab 16 Jahren nur bei rund 41 Prozent liegt. Um sich in der digitalen Welt sicher und kompetent zu bewegen, bedarf es jedoch mindestens eine digitale Fitness von 60 bis 80 Prozent. Klar ist: Sowohl Frauen als auch Männer überschätzen ihre digitale Fitness enorm. Dank Initiativen wie fit4internet und Projekten wie dem Digital Skills Barometer zählen wir zu europäischen Best-Practices- gemeinsam arbeiten wir für die digitale Zukunft Österreichs", so Florian Tursky, Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen.

Detaillierter Blick auf die digitale Fitness der ÖsterreicherInnen

Das Digital Skills Barometer bietet einen einmaligen Einblick in und einen Überblick über den digitalen Wissensstand der ÖsterreicherInnen auf Basis des Digitalen Kompetenzmodells für Österreich – DigComp 2.2 AT. Das digitale Wissen der österreichischen Bevölkerung wurde über Selbsteinschätzungs- und Wissensfragen von knapp 4.000 Personen ab 16 Jahren umfangreich online erfaßt. Die Ergebnisse wurden den Kompetenzstufen 1 (grundlegend elementar 0-20 %) bis 5 (umfassend fortgeschritten, 80,1-100 %) des Digitalen Kompetenzmodells zugeordnet, wobei ExpertInnen davon ausgehen, daß für einen sicheren, kompetenten und selbstbestimmten Umgang in der digitalen Welt mindestens Kompetenzstufe 4 (vertieft selbständig, 60,1-80 %) erreicht werden sollte. Die Ergebnisse liefern aufschlußreiche Key Findings: So beträgt etwa die durchschnittliche digitale Fitness der ÖsterreicherInnen aktuell 41,6 %. Damit verfügen sie über fundiert selbständiges digitales Wissen und können Aufgaben selbständig bewältigen, solange keine Probleme auftreten.

Überdies thematisieren die Key Findings die digitalen Gender und Knowledge Gaps: Frauen bewegen sich im Durchschnitt auf Kompetenzstufe 2 (38,1 %, solide grundlegend) und Männer auf Kompetenzstufe 3 (45 %, fundiert selbständig). Damit schliessen Frauen bei Fragen zu digitalem Wissen um rund 7 Prozentpunkte schlechter ab. Ein Merkmal, das sich beide Geschlechter teilen:



Kompetenzstufe NQR-Niveau 3 bis 4 ist jener Kompetenzgrad, der jedenfalls im Alltag einen sicheren, kompetenten, selbstbestimmten Umgang in der digitalen Welt ermöglicht.

Kompetenzstufe NQR-Niveau 4 bis 5 ist jener Kompetenzgrad, der im beruflichen Kontext eine digitale berufliche Anschlußfähigkeit sicherstellt.

Kompetenzstufen ab NQR-Niveau 6 bis 8 entsprechen Bachelor bis PhD-Niveau und stehen derzeit nicht im Fokus der Analysen.

© f4i

Sie überschätzen ihre digitale Fitness enorm, der Gap zwischen Selbsteinschätzung (77,5 %) und tatsächlichem Wissen (41,6 %) liegt bei rund 36 Prozentpunkten, was annähernd 2 Kompetenzstufen entspricht.

Der größte Wissensmangel besteht dabei in den Kompetenzbereichen Grundlagen und Zugang sowie Sicherheit: ca. 60 % der Bevölkerung kommen hier nur auf Kompetenzstufe 1, wesentliche Konzepte wie die Zwei-Faktor-Authentifizierung können nur von einem Bruchteil erklärt werden. Zudem weiß der Großteil der Befragten nicht, wie man Informationen aus dem Internet verifiziert, wohin man sich bei Fake News wendet oder wie man sie von echten Nachrichten unterscheidet. Diese digitale Medienkompetenz ist jedoch essentiell und muß gezielt gefördert werden, da immer mehr Menschen täglich Nachrichten über Social Media konsumieren und der Filterblaseneffekt dabei eine große Rolle spielt.

Die Digitalisierung betrifft alle Menschen, daher muß die Teilhabe daran auch allen ermöglicht werden. Dies kann etwa über Techniken für ein barrierefreies Internet erfolgen – doch auch hier ist das Unwissen der ÖsterreicherInnen hoch. Damit Inklusion gelebte Praxis wird und keine Besonderheit bleibt, braucht es mehr Wissen über die grundlegenden Techniken zur digitalen Barrierefreiheit sowie darüber, wie diese in der eigenen Kreation digitaler Inhalte angewandt werden können.

Digitale Kompetenzen – der Schlüssel zur Zukunft

Digitale Skills zählen zu den 8 Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen und als 4. Kulturtechnik zu den Grundfertigkeiten neben Lesen, Schreiben und Rechnen. Da bereits 90 Prozent aller Berufe digitale Basiskompetenzen voraussetzen, sind digitale Fitness und berufliche Anschlußfähigkeit untrennbar miteinander verknüpft und entscheiden über die Zukunftsfähigkeit Österreichs mit.

Die gewonnenen Ergebnisse der Erhebung sind für die österreichische Bevölkerung repräsentativ und anschlußfähig an den Referenzrahmen für digitale Kompetenzen (DigComp) der Europäischen Kommission sowie an den Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR). Die Erkenntnisse aus dem Digital Skills Barometer von fit4internet leisten in diesem Kontext zudem einen wesentlichen Beitrag zu den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen (UN SDGs) in den Bereichen Hochwertige Bildung (SDG#4), Geschlechtergleichheit (SDG#S), Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum (SDG#8), Industrie, Innovation und Infrastruktur (SDG#9) und Weniger Ungleichheiten (SDG#10).

„Bereits seit 2018 ist es unser erklärtes Ziel als fit4internet, die österreichische Bevölkerung fundiert für die digitale Zukunft zu rüsten und federführend zur Standardisierung und Steigerung der digitalen Kompetenzen in Österreich beizutragen. Durch Interdisziplinarität, rasche Entwicklungen und Umsetzungen sowie Stakeholdergruppenübergreifende Zusammenarbeit auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene konnte europaweit ein Best-Practice zur Umsetzung des DigComp geschaffen werden. Mithilfe der detaillierten Ergebnisse des Digital Skills Barometers haben wir nun zusätzlich ein Werkzeug, das dazu beitragen kann, zielgerichtet Maßnahmen für digitale Inklusion und die digitale Zukunftsfähigkeit Österreichs zu gewährleisten“, faßt f4i-Generalsekretärin Ulrike Domany-Funtan zusammen.

Statements zum Digital Skills Barometer

Michael Zettel, Country Managing Director, Accenture Österreich: „Die Digitalisierung und damit die digitalen Skiffs der Österreicherinnen und Österreicher sind das Fundament für erfolgreiche Unternehmen, das Wirtschaftswachstum und unseren künftigen Wohlstand. Das Digital Skiffs Barometer ist der erste Reaitycheck der digitalen Skiffs der Österreicherinnen und Österreicher. Auf diese digitale Kompetenzmessung aufbauend können zielgerichtet und bedarfsorientiert Maßnahmen entwickelt werden.“

Christoph Becker, Geschäftsführer ETC – Enterprise Training Center: „Lebenslanges Lernen und lebenslange Weiterentwicklung gewährleisten im Zusammenspiel mit zeitgemäßen digitalen Kompetenzen die berufliche Anschlußfähigkeit des Individuums auf dem Arbeitsmarkt. Mit dem Digital Skiffs Barometer halten wir endlich ein Werkzeug in der Hand die tatsächliche digitale Fitness der österreichischen BürgerInnen detailliert zu bestimmen. Das ist die Grundlage, um schnell und einfach Zugang zu bedarfsorientierten Weiterbildungsmaßnahmen zu bieten. Damit wird das digitale Basiswissen gefördert. Dies ist ein entscheidender Schritt für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft Österreichs!“ ■

https://www.fit4internet.at/

Chronik

Himmlische Einblicke auf Graz

Mehr als 225.000 Luftbilder der steirischen Landeshauptstadt sind archiviert.

Graz ist wahrlich im Bilde, schließlich betreut und nutzt das Stadtvermessungsamt seit den 1950er-Jahren Fotoschätze, die bei Befliegungen entstanden sind. 1996 wurde von der analytischen in die Photogrammetrie umgestellt, die Bilder aus den Jahrzehnten davor sukzessive digitalisiert, woraus um die Jahrtausendwende das erste Online-Service in Betrieb ging.

Vizebürgermeisterin Judith Schwentner, Stadtbaudirektor Bertram Werle, Stadtvermessungsamtsleiterin Elke Achleitner und Präsidialabteilungsleiterin Verena Ennemoser freuen sich, mit einem neuen digitalen Service diesen Schatz nicht nur ExpertInnen, sondern auch Privatpersonen zu präsentieren und leichter zugänglich zu machen.

Durch die Zusammenarbeit mit der Präsidialabteilung setzt die Stadtvermessung somit zu einem erneuten Höhenflug an und zeigt Graz dabei von der fotogensten Seite. Das Luftbildservice wurde überarbeitet und digital auf komplett neue Beine gestellt. Man kann nun über die digitale Stadt – dessen Angebot durch die Luftbildbestellung nun noch attraktiver wurde, mit wenigen Klicks adreßgenau Luftbilder aus sieben Jahrzehnten oder Orthophotos (für ArchitektInnen, PlanerInnen, etc.) bestellen. Die Kosten betragen zwischen rund 19 und knapp 57 Euro.

Foto: Stadt Graz / Fischer

v.l.: Vizebürgermeistern Judith Schwentner, Stadtvermessungsamtsleiterin Elke Achleitner und Stadtbaudirektor Bertram Werle mit Vergrößerungen der Grazer Luftbilder

Foto: Stadtvermessungsamt Graz

Ein wunderschöner Blick auf die Grazer Altstadt – auch den kann man bestellen und sich nachhause liefern lassen. Die Preise dafür bewegen sich zwischen 19 und knapp 57 Euro.

Welche sind die jüngsten Aufnahmen im Luftbildarchiv?

Die aktuellsten Aufnahmen stammen vom Bildflug 2022, aufgenommen am 4. August. Bei diesem Flug wurden nunmehr schon zum dritten Mal gleichzeitig Senkrecht- und Schrägaufnahmen vom gesamten Stadtgebiet erstellt.

Wofür braucht die Stadt Graz Luftbilder?

Die Einsatzgebiete sind vielfältig. Seit 1989 werden mittels Photogrammetrie großräumig, hochgenau und sehr effizient Naturdaten erfaßt und aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenkende Orthophotos (maßstäbliche Bildpläne) erstellt. Diese dienen Aufgaben und Projekten des Klima- und Umweltschutzes, der Stadtplanung, des Stadtentwicklungskonzeptes, des Flächenwidmungsplans bis hin zu städtebaulichen Wettbewerben, Kanalnetzberechnungen, Verkehrsplanungen, in der Forstwirtschaft und noch vielem mehr.

Wie sehr wird das Bestellservice an Luftbildern bereits genutzt?

Noch vor dem neuen digitalen Service wurden alleine heuer bis dato 115 Aufträge samt Aufbereitung und Übermittlung von rund 220 Bildeinheiten erledigt. ■

Zur Schritt-für Schritt-Anleitung:
https://www.graz.at/luftbildbestellung
https://www.digitalestadt.graz.at

Gastronomie & Kulinarisches

Gault&Millau Guide 2023

Die wichtigsten Auszeichnungen der heimischen Gastronomie-Branche konnten nach coronabedingter Zwangspause endlich wieder persönlich überreicht werden.

© Gault&Millau / Foto: Philipp Lipiarski

Die Preisträger ernteten am 16. November im modernen Ambiente des SO/ Vienna-Hotels viel Applaus.*

Die Preisträger ernteten am 16. November im modernen Ambiente des SO/ Vienna-Hotels* viel Applaus. Die Ernennung zum Gault&Millau „Koch des Jahres" ist unbestritten die wichtigste Auszeichnung der österreichischen Kulinarik-Branche. Neuer Titelträger ist Lukas Nagl vom Restaurant Bootshaus am Traunsee. Viel beachtet ist auch stets, ob es an der Spitze der Qualitätspyramide Bewegung gibt. Tatsächlich darf man einem überaus talentierten Koch zur fünften Haube gratulieren: Benjamin Parth vom Restaurant Stüva in Ischgl.

Trotz extrem schwieriger Rahmenbedingungen für die heimische Gastronomie kann der Guide Gault&Millau 2023 nicht weniger als 762 Haubenrestaurants ausweisen, die in Summe 1.486 Hauben tragen. Das ist neuer Rekord, so viele waren es noch nie. Die Aufsteiger finden sich quer über das gesamte Spektrum: 45 Betriebe kamen erstmals zu Hauben-Ehren, 36 wurden um ein, zwei oder sogar drei Punkte aufgewertet.

Neuer Fünf-Hauber aus Tirol

Tirol liegt hinter Wien an Stelle zwei der Bundesländer mit den meisten Hauben insgesamt – es sind 115 Betriebe. Hier werkt auch der jüngste unter den Fünf-Hauben-Köchen. Benjamin Parth steht ab sofort in einer Reihe mit den bewährten Fünf-Hauben-Stars:

- Konstantin Filippou (Wien)
- Silvio Nickol (Wien)
- Heinz Reitbauer (Steirereck, Wien)
- Martin Klein (Ikarus, Salzburg) und
- Karl und Rudi Obauer (Werfen, Salzburg)

Darüber hinaus weist Tirol so viele Aufsteiger auf wie kein anderes Bundesland. Gleich zehn Lokale errangen heuer mehr Punkte als im Jahr davor. Das Köhle in Serfaus, der Berghof Crystal in Hintertux und das Alpin Resort Sacher in Seefeld konnten sogar jeweils um zwei Punkte zulegen. Tirol führt auch mit 13 Vier-Hauben-Betrieben die Rangliste der Vierhauber an. Zwei erfreuliche Neuzugänge sind: das Gründler Gourmetstüberl, wo Armin und Alexander Gründler zu Werke gehen, sowie Sigwarts Tiroler Weinstuben mit der begnadeten Köchin Traudl Sigwart. Sie ist damit die einzige allein verantwortliche Vier-Hauben-Köchin Österreichs. (Auch Astrid Krainer aus Langenwang, die die Küche mit ihrem Mann Andreas leitet, ist jetzt mit vier Hauben dekoriert).

Lukas Nagl ist »Koch des Jahres«

Das zweite Bundesland, das auf der kulinarischen Überholspur fährt, ist Oberösterreich. Hier reicht die Fülle an Vielfalt von

© Gault&Millau / Foto: Philipp Lipiarski

Erstmals fünf Hauben für Benjamin Parth, überreicht von Martina Hohenlohe

Gastronomie & Kulinarisches

© Gault&Millau / Foto: Philipp Lipiarski

Karl Hohenlohe, Lukas Nagl, der Koch des Jahres 2022, und Martina Hohenlohe

© Gault&Millau / Foto: Philipp Lipiarski

Service-Award für Judith Knittelfelder, Andy Rock, Geschäftsführer der Brennerei Ziegler, und Martina Hohenlohe

© Gault&Millau / Foto: Philipp Lipiarski

Karl Hohenlohe (l.), die Patissière des Jahres 2022, Lisa Krispel und Martina Hohenlohe

© Gault&Millau / Foto: Philipp Lipiarski

Parvin Razavi ist die Newcomerin des Jahres 2022 – im Bild mit charmantem Support

der Fischküche an den Salzkammergutseen bis zu hippen Szenelokalen in Linz und der subtilen Naturküche im Alpenvorland. Der „Koch des Jahres 2023“ kommt aus Oberösterreich: Lukas Nagl nutzt im Bootshaus in Traunkirchen die reichen Schätze des Sees vor der Haustür und kombiniert sie mit Gemüse und Kräutern aus der Region. „Mit dem Fokus auf den See hat es Lukas Nagl in den letzten Jahren zu wahrer Meisterschaft gebracht, wohlverdient geht dieser Award an ihn“, urteilt das Team von Gault&Millau.

Patissière des Jahres 2023: Lisa Krispel

Präzise, harmonisch, überraschend – wenn die Gäste im Restaurant des steirischen Weinguts Krispel glauben, endgültig satt zu sein, schafft es Lisa Krispel, sie mit ihren Kreationen aus Früchten, Beeren, Nüssen und feinem Teig erneut zu verführen.

Service Award 2023: Judith Knittelfelder

Professionell, hoch aufmerksam, konzentriert, stets freundlich und streßresistent selbst bei großem Andrang – Judith Knittelfelder verkörpert im Restaurant und Wirtshaus der Geschwister Rauch geradezu den perfekten Service. Daß sie auch eine äußerst kundige Sommelière ist, muß man da nur mehr am Rande erwähnen.

Newcomerin des Jahres 2023: Parvin Razavi

Wer einen Blick in die Kulinarik der Zukunft tun will: Parvin Razavi verbindet orientalische mit europäischen Traditionen, verzaubert frisches Gemüse mit Säften und Kräutern zu hochkomplexen

© Gault&Millau / Foto: Philipp Lipiarski

Hedi Klinger wurde für ihr Lebenswerk geehrt– im Bild mit Karl Hohenlohe (l.), Wein & Co GF Willi Klinger und Martina Hohenlohe

Gerichten und zeigt in ihrer offenen Küche des Wiener Restaurants „&flora“ auch noch, wie sehr ihr das alles Spaß macht.

Hedi Klinger wird für ihr Lebenswerk geehrt

Man muß nicht Thomas Bernhard gelesen haben, um zu wissen, daß es im Gasthof Klinger in Gaspoltshofen die beste Frittatensuppe Ostösterreichs gab, vom Schweinsbraten, den Knödeln und dem Mohnstrudel ganz zu schweigen. „Gab“ – denn die legendäre Hedi Klinger hat ihren Betrieb 2022 endgültig geschlossen. Die Ehrung für das Lebenswerk war der emotionalste Moment bei der Präsentation des Guides im SO/ Vienna, Hedi Klinger wurde mit anhaltenden Standing Ovations bedacht. ■

https://www.gaultmillau.at/

Gastronomie & Kulinarisches

Bierkulturbericht 2022

Bierige Trends: alkoholfrei, regional und nachhaltig – wie ÖsterreicherInnen ihr Bier genießen.

Der 14. Österreichische Bierkulturbericht, der von der Kommunikationsabteilung der Brau Union Österreich auf Basis einer repräsentativen Studie des market-Meinungsforschungsinstituts herausgegeben wird, verfolgt den bierigen Lebenszyklus vom Feld bis zum Genuß und gewährt Einblicke in Verhalten und Prioritäten der österreichischen BiergenießerInnen. Gabriela Maria Straka, Director Corporate Affairs & ESG Sustainability bei der Brau Union Österreich, erklärt: „Bier ist seit jeher ein natürliches Getränk und kann nur so gut sein wie die Rohstoffe, aus denen es gebraut wird. Daher stecken Regionalität und Nachhaltigkeit in der DNA des Bieres. Daß diese Themen aber nicht nur den Brauern, sondern zunehmend auch den Biergenießern wichtig sind, zeigt der Bierkulturbericht 2022. Basierend auf den Studienergebnissen wird das bierige Konsum- und Einkaufsverhalten der Österreicherinnen und Österreicher beleuchtet. Die Leser werden ein Stück weit auf den Lebensweg eines Bieres mitgenommen, zu Gersten- und Hopfenbauern, in die Brauereien, wo das Handwerk gelebt wird und dank Wissen und Pioniergeist federführende Innovationen beim Produkt, aber ebenso in der Produktion möglich werden. Selten liegen Tradition und Innovationskraft so nahe beisammen – nachhaltige Braukunst hilft, die Welt Schluck für Schluck besser zu machen.“

Foto: Brau Union Österreich

Die Österreicher genießen ihr Bier gerne im sonnigen Gastgarten, untertags meist alkoholfrei.

Alkoholfrei, regional, nachhaltig: Wie die ÖsterreicherInnen ihr Bier genießen

Der Stellenwert von Bier für die Getränkekultur in Österreich ist ungebrochen. Knapp 90 % unserer Landsleute bewerten Bier als „sehr wichtig“ oder „wichtig“ für die österreichische Getränkekultur. Am liebsten trinken wir Bier beim Grillen, wobei die Herren mit 50 % deutlich lieber zum flüssigen Gold greifen als die Damen. Auch Feiern (41 %) und Treffen mit Freundinnen und Freunden (33 %) sind beliebte Konsumanlässe. Bei 28 % der ÖsterreicherInnen landet Bier einmal im Monat im Einkaufswa-

Foto: Brau Union Österreich

Das Sortiment der AlkoholFREIZONE bietet für jeden Geschmack, von bierig bis fruchtig, das passende Getränk.

gen, 21 % kaufen alle zwei bis drei Wochen Bier für ihren Haushalt. Bei den beliebten Biersorten hat Märzen mit 56 % den höchsten Zuspruch, es folgen Pils (41 %) und Zwickl (37 %). Radler verzeichnet nach einer gewissen Stagnation in den Vorjahren einen Aufwärtstrend: 23 % der ÖsterreicherInnen trinken sehr gerne Radler, 27 % gerne.

Auch die Regionalität ist ein Thema: 80 % der Befragten geben an, daß das Angebot von regionalen Bieren für die heimische Bierkultur sehr wichtig bzw. eher wichtig ist. Straka erklärt: „Bier ist für viele ein Stück Heimat. Unsere Landsleute greifen sehr gern zum Bier aus der eigenen Gegend, quasi rund um den Schornstein der Brauerei zeigt sich die Tendenz, dieses heimische Bier zu bevorzugen.

Schon die Biermarken verweisen ja meistens auf die Herkunft: Das Zipfer kommt aus Zipf, Fohrenburger aus Fohrenburg und Schwechater aus Schwechat. Internationalem Bier geben nur 5 % der Österreicherinnen und Österreicher den Vorzug.“

Mit dem regionalen Angebot in Handel und Gastronomie geben sich die Befragten auch zu großen Teilen zufrieden: 78 %der ÖsterreicherInnen geben dem regionalen Angebot im Handel die Note 1-2. In der Gastronomie sind 68 % mit dem Angebot zufrieden.

Auch wurde die Frage gestellt, zu welchem Bier Herr und Frau Österreicher greifen, wenn sie in einer anderen österreichischen Region urlauben. Und siehe da: Zwei Drittel (63 %) zeigen sich probierfreudig und greifen zu dem regionalen Bier aus der Urlaubsregion lieber als zu einer anderen österreichischen Biersorte. Besonders auffällig ist das Ergebnis bei den reisenden WienerInnen: Sie greifen überdurchschnittlich (68 %) zu der regionalen Sorte.

© Brau Union Österreich / Foto Freisinger

Frauen trinken besonders gerne Biermischgetränke aber auch alkoholfreies Bier und greifen am liebsten zu den Biersorten Märzen, Pils und Weizenbier.

© Brau Union Österreich / Foto Freisinger

Die Grüne Brauerei Göss ist das Vorzeigeprojekt der Brau Union Österreich

Null gewinnt: Wer gerne Bier trinkt, mag auch alkoholfrei immer lieber

Die Studie enthüllt, daß das Verantwortungsbewußtsein im Umgang mit Alkohol bereits in der Gesellschaft angekommen ist. Sowohl in puncto Genuß als auch in puncto Ansehen ist alkoholfreies Bier klar auf dem Vormarsch. So ist sich eine absolute Mehrheit (57 %) sicher, daß alkoholfreies Bier an Ansehen gewonnen hat. Das ist ein Plus von 12 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Bei den regelmäßigen Bierkonsum unterschreiben sogar 60 % diese positive Veränderung. Auch beim Genuß von alkoholfreiem Bier sprechen die Zahlen für sich – tranken 2017 noch 17 % gerne alkoholfrei, sind es inzwischen 28 %. Besonders deutlich zeigt sich der Trend bei den Jüngeren von 18 bis 29 Jahren: Hier sind es 32 %.

Nachhaltigkeit ist den Konsumenten wichtig

Die repräsentative Studie zum Bierkulturbericht 2022 belegt, daß die KonsumentInnen sich Gedanken zum Thema Nachhaltigkeit machen: Als Kriterien für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Bierproduktion sehen sie u.a. die Vermeidung von langen Transportwegen (64 %), Verwendung von regionalen Rohstoffen (59 %), Einhaltung von Umweltschutzauflagen (45 %) oder auch die Reduzierung des CO_2-Ausstoßes bei der Produktion (38 %). 76 % der Befragten geben an, daß ihnen wichtig ist, daß Brauereien in Zukunft CO_2-neutral brauen. Auch Recycling ist ein Thema, so legen die Österreicher besonders darauf Wert, daß Bier in Mehrwegflaschen verkauft wird (61 %), daß das Verpackungsmaterial zu 100% wiederverwendbar sind (54 %). Daß in der Produktion die Ressourcen geschont werden, finden 44 % der Befragten besonders wichtig.

Wunsch nach mehr Informationen zu nachhaltigem Bier

45 % der ÖsterreicherInnen würden sich laut Studie mehr Informationen zu nachhaltigem Bier wünschen. Hier gibt es eine deutliche Steigerung: 2016 gaben erst 29 % der Befragten an, daß sie gerne mehr Informationen zu diesem Thema hätten. Besonders interessieren sich die Befragten dabei für die Herkunft der Rohstoffe (70 %), für Recycling (53 %), die Transportwege zu und von der Brauerei (53 %). Jeweils 41 % interessieren sich für den CO_2-Fußabdruck pro Krügerl und den Energieverbrauch im Brauprozeß. Auch der Wasserverbrauch beim Brauen ist für 39 % von Interesse. Die jüngeren Befragten zwischen 18 und 29 Jahren interessieren sich überdurchschnittlich für den CO_2-Fußabdruck (50 %) und den Wasserverbrauch (43 %). ■

https://www.brauunion.at/

Personalia

Physik-Nobelreisträger Prof. Anton Zeilinger

Am 4. Oktober gab die Königlich Schwedische Akademie der Wissenschaften die Namen der drei Nobelpreisträger für Physik 2022 bekannt. Mit Alain Aspect und John F. Clauser wurde Prof. Anton Zeilinger am 10. Dezember – dem Todestag von Alfred Nobel – in Stockholm für seine Forschungsarbeit ausgezeichnet.

Foto: ÖAW / Hinterramskogler

Anton Zeilinger erhielt in Stockholm den Nobelpreis für seine Arbeiten zur Quantenverschränkung. Dem ÖAW-Quantenphysiker wurde die Auszeichnung vom schwedischen König Carl XVI. Gustaf überreicht.

Verschränkte Zustände – von der Theorie zur Technologie: Alain Aspect, John Clauser und Anton Zeilinger haben jeweils bahnbrechende Experimente mit verschränkten Quantenzuständen durchgeführt, bei denen sich zwei Teilchen wie eine Einheit verhalten, auch wenn sie getrennt sind. Ihre Ergebnisse haben den Weg für neue, auf Quanteninformation basierende Technologien geebnet, so die Königlich Schwedische Akademie der Wissenschaften in einer Aussendung am 4. Oktober in ihrer Begründung für die Nominierung der drei Physiker für den mit 10 Mio. Schwedischen Kronen (rund 92.000 Euro) dotierten Nobelpreis 2022, den sich die Ausgezeichneten teilen.

Die Preisträger

Alain Aspect, geboren 1947 in Agen, Frankreich. Promotion 1983 an der Universität Paris-Sud, Orsay, Frankreich. Professor an der Graduiertenschule des Institut d'Optique der Université Paris-Saclay und der École Polytechnique, Palaiseau, Frankreich.

John F. Clauser, geboren 1942 in Pasadena, CA, USA. Promotion 1969 an der Columbia University, New York, USA. Forschungsphysiker, J.F. Clauser & Assoc., Walnut Creek, CA, USA.

Anton Zeilinger, geboren 1945 in Ried im Innkreis, Österreich. PhD 1971 an der Universität Wien und Professor ebendort.

Die Begründung der Akademie

Die unaussprechlichen Effekte der Quantenmechanik finden allmählich Anwendung. Inzwischen gibt es ein großes Forschungsgebiet, das Quantencomputer, Quantennetze und sichere verschlüsselte Quantenkommunikation umfaßt. Ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung ist die Tatsache, daß die Quantenmechanik es ermöglicht, daß zwei oder mehr Teilchen in einem so genannten verschränkten Zustand existieren. Was mit einem der Teilchen in einem verschränkten Paar geschieht, bestimmt, was mit dem anderen Teilchen geschieht, selbst wenn sie weit voneinander entfernt sind. Lange Zeit stellte sich die Frage, ob die Korrelation darauf zurückzuführen ist, daß die Teilchen in einem verschränkten Paar versteckte Variablen enthalten, d. h. Anweisungen, die ihnen sagen, welches Ergebnis sie in einem Experiment liefern sollen. In den 1960er-Jahren entwickelte John Stewart Bell die nach ihm benannte mathematische Ungleichung. Diese besagt, daß bei Vorhandensein verborgener Variablen die Korrelation zwischen den Ergebnissen einer großen Anzahl von Messungen niemals einen bestimmten Wert überschreiten wird. Die Quantenmechanik sagt jedoch voraus, daß eine bestimmte Art von Experimenten gegen die Bellsche Ungleichung verstößt, was zu einer stärkeren Korrelation führt, als es sonst möglich wäre.

John Clauser entwickelte die Ideen von John Bell weiter, was zu einem praktischen Experiment führte. Als er die Messungen durchführte, stützten sie die Quantenmechanik, indem sie eine Bellsche Ungleichung eindeutig verletzten. Dies bedeutet, daß die

Quantenmechanik nicht durch eine Theorie ersetzt werden kann, die versteckte Variablen verwendet. Nach dem Experiment von John Clauser blieben einige Lücken.

Alain Aspect entwickelte den Aufbau weiter und nutzte ihn so, daß er eine wichtige Lücke schloß. Er war in der Lage, die Meßeinstellungen zu ändern, nachdem ein verschränktes Paar seine Quelle verlassen hatte, so daß die Einstellung, die zum Zeitpunkt der Aussendung bestand, das Ergebnis nicht beeinflussen konnte.

Mit verfeinerten Werkzeugen und langen Versuchsreihen begann Anton Zeilinger, verschränkte Quantenzustände zu nutzen. Seine Forschungsgruppe hat unter anderem ein Phänomen namens Quantenteleportation nachgewiesen, das es ermöglicht, einen Quantenzustand von einem Teilchen auf ein anderes zu übertragen, das sich in einer gewissen Entfernung befindet. ‚Es wird immer deutlicher, daß eine neue Art von Quantentechnologie im Entstehen begriffen ist. Wir können sehen, daß die Arbeit der Preisträger mit verschränkten Zuständen von großer Bedeutung ist, auch über die grundlegenden Fragen zur Interpretation der Quantenmechanik hinaus‘, sagte Anders Irbäck, Vorsitzender des Nobelkomitees für Physik.

Die Nachricht aus Stockholm

Anton Zeilinger hat am späten Vormittag des 4. Oktober von seiner Nominierung erfahren. „Da hat mich meine Assistentin angerufen und ich habe ihr gesagt, ich möchte meine Ruhe haben, um weiter an meinen Papieren arbeiten zu können. Und sie hat gesagt, ‚Da ist jemand. Eine Frau, die läßt sich nicht abwimmeln, die möchte unbedingt mit Ihnen reden und sie sagt nicht, wer sie ist. Aber die Telefonnummer ist aus Schweden.‘ Da habe ich gesagt: ‚Na gut, verbinden Sie halt.‘ Und das war die Sekretärin von der Akademie der Wissenschaften, die mich dann an den Generalsekretär weitergegeben hat, der mir das mitgeteilt hat. Er hat übrigens gleich als erstes gesagt ‚I just want to make sure this is not a fake phone call‘ („Ich möchte nur sichergehen, daß es sich nicht um einen gefälschten Anruf handelt.“, Anm.), weil es offenbar Spaßvögel gibt, die gerade um diese Zeit Leute auf Schwedisch anrufen und ihnen da was erzählen. Und dann mußte ich ein Gespräch mit anderen Mitgliedern des Nobelpreis-Komitees führen, die mir erklärt haben, warum ich gemeinsam mit den Kollegen den Preis bekommen habe und die mich auch über die weitere Prozedur informiert haben.“‚Die eigentliche Überreichung des Preises werde am am 10. Dezember stattfinden und er sei eingeladen, eine Woche in Schweden zu verbringen.

© Nobel Prize Outreach. Photo: Nanaka Adachi

Prof. Anton Zeilinger nach dem Erhalt des Nobelpreises

Prof. Anton Zeilinger

Geboren 1945 in Ried/Innkreis in Oberösterreich, studierte Anton Zeilinger Physik und Mathematik an der Universität Wien. Nach seiner Dissertation im Jahr 1971 war er Forschungsassistent am Atominstitut in Wien und anschließend Fulbright Fellow am Neutron Diffraction Laboratory des Massachusetts Institute of Technology (MIT). Zurück in Wien, habilitierte er sich 1979 an der Technischen Universität Wien.

Weitere Stationen und Forschungsaufenthalte führten Anton Zeilinger unter anderem ans Collége de France sowie an die Oxford University. Im Fokus seiner Forschungsarbeiten stand und steht das Phänomen der quantenphysikalischen Verschränkung, die rätselhafte Verbindung zwischen zwei Teilchen, die unabhängig von ihrer Entfernung einen identischen Zustand annehmen.

2003 gründete Anton Zeilinger das Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) mit, deren Mitglied er seit 1994 ist. Von 2004 bis 2013 leitete er das Institut in Wien, bevor er zum Präsidenten der ÖAW gewählt wurde. 2022 stand er der Akademie als Präsident vor, betrieb zugleich weiterhin quantenphysikalische Forschungen, die weltweit für große Aufmerksamkeit sorgten.

Anton Zeilingers frühes Interesse

„Ich war immer schon naturwissenschaftlich interessiert. Ich wollte immer wissen, wie etwas funktioniert oder wie man alle

möglichen Sachen zerlegt – unter anderem auch, die Puppen meiner Schwester, die die Arme bewegen konnten. Und ich wollte wissen, wie das funktioniert, habe das zerlegt. Aber ich war nie daran interessiert, das wieder zusammenzubauen. Also ich meine, ich war nie ein Bastler, weil ich habe dann schon gewußt, wie es funktioniert", erinnert sich der Wissenschaftler. „Es hat natürlich nicht jeden gefreut, dessen Dinge ich ich zerlegt hatte."

Sein Vater war auch Naturwissenschaftler und seit 1954 Professor für Mikrobiologie an der Universität für Bodenkultur in Wien. Und da gab es immer positives Klima gegenüber der Wissenschaft – er hatte nie versucht, ihn in irgendeine Richtung zu drängen oder zu pushen, sondern es war einfach eine Selbstverständlichkeit, sich mit so vielen Sachen Sachen zu befassen. Dann habe er im Gymnasium in Hietzing großes Glück mit einem Lehrer namens Lederer zu haben der wirklich begeistern konnte. Fünf von 20 MitschülerInnen aus seiner Maturaklasse hätten Physik studiert, erinnert sich Anton Zeilinger. „Der konnte mir das Gefühl geben, daß ich die Relativitätstheorie verstehe. Was natürlich wirklich ein bißchen übertrieben ist. Aber das war halt so. Als ich dann an die Universität kam – das war, ehe es diese umfangreichen Studienpläne und auch noch keine Bologna Punkte gab –, war das ein ziemlich freies Studium. Man konnte in die Vorlesung gehen wie man wollte und es war letztlich nur notwendig, ich glaube, zwei Theorie-Seminare zu machen und die praktischen Übungen für Fortgeschrittene, also sozusagen die wirklich tiefergehenden, um dann eine Doktorarbeit vorzulegen. Es war auch noch nicht notwendig – was ich auch für übertrieben halte –, eine Bachelor- oder eine Masterarbeit zu schreiben. Man konnte direkt die Dissertation machen. Und am Schluß gab es dann das Rigorosum, das war aber wirklich eine Prüfung. Also man ist echt

Foto: ÖAW / Hinterramskogler

Unter den hochrangigen Gästen bei der Verleihung in Stockholm war Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsminister Martin Polaschek

© Nobel Prize Outreach. Photo: Nanaka Adachi

Ein Blick auf das Festbankett anläßlich der Nobelpreisverleihung im Stockholmer Rathaus

geprüft worden, es war keine Formalität“, erinnert sich Anton Zeilinger, und weiter: „Ich bin in meiner Ausbildung keine einzige Stunde in eine Lehrveranstaltung gegangen – so frei war war das Studium damals. Und dann habe ich aber aber gewußt, ich muß das gut können, und bin dann ein paar Wochen vorher zu Professor Herbert Pietschmann gegangen, der die theoretische Physik geprüft hat, mit der Bitte, ‚ich möchte, daß Sie mich insbesondere Quantenphysik prüfen, weil ich möchte gezwungen werden, das zu genau zu lernen‘. Und so war es auch – und so habe ich dann gesehen, wie spannend das Ganze ist. Und ich habe das Glück gehabt, daß man in Wien diese Experimente machen konnte. Das war ungewöhnlich. An vielen anderen Orten wäre das nicht möglich gewesen.“

Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 5. Oktober empfing Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) gemeinsam mit Vizekanzler Werner Kogler (r.) und Bundesminister Martin Polaschek (m.r.) den Nobelpreisträger Anton Zeilinger

Pressekonferenz am Tag der Bekanntgabe seiner Nominierung

Eingangs seiner Pressekonferenz am Tag der Bekanntgabe seiner Nominierung sagte Anton Zeilinger, „Ich möchte zuerst vorausschicken, daß das nicht möglich gewesen wäre ohne die Unterstützung meiner Familie. Ich weiß, daß ich für meine Familie manchmal nicht in dem Umfang zur Verfügung stand, weil mich einfach die Physik so begeistert hat. Und ich weiß, das war nicht immer leicht, aber ich möchte da zuerst meiner Familie sehr herzlich danken. Dann möchte ich den österreichischen und europäischen SteuerzahlerInnen danken.“ Es sei einfach so, daß dies ohne deren Unterstützung nie möglich gewesen wäre. „Das ist nur möglich gewesen, weil mir die Chance gegeben wurde, schon von sehr früh an die Dinge zu machen in der Physik, die mich interessiert haben, ohne Rücksicht darauf, ob das vielleicht irgendwo einen Nutzen haben könnte. Im Gegenteil: Sogar bei den ersten Experimenten wurde ich manchmal von der Presse gefragt, wozu das Ganze gut sein soll. Und ich habe gesagt: ‚Ich kann Ihnen ganz stolz sagen, das ist für nichts gut. Das mache ich nur aus Neugierde‘, weil ich von der Quantenphysik von Anfang an, wo ich zum Ersten Mal davon gehört habe, vollkommen begeistert war wegen der mathematischen Schönheit dieser Beschreibung.“ Und die Presse sei gleichzeitig total erstaunt gewesen über die Vorhersagen, die diese Theorie trifft für Experimente, die vollkommen der Intuition entgegenlaufen. Und er hätte das Glück gehabt, solche Experimente machen zu können. Sein Doktorvater Helmut Rauch (1939-2019), er war Professor an der TU, habilitiert an der Universität Wien und auch Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, war sehr prominent.

„Ich habe erst viel später gesehen, daß das etwas Ungewöhnliches war, daß das weltweit gar nicht so oft der Fall war, daß man nur seiner Neugier nachgehen kann. Was ich Helmut auch verdanke, ist, daß ich von ihm gelernt habe: man soll seiner Intuition vertrauen, auch wenn diese manchmal verrückt spielt, und wenn man eine Idee hat, was man machen könnte, die Begründung, die man macht, ist einfach falsch, schlicht und einfach falsch. Aber die Idee kann richtig sein. Das ist hochinteressant. Man muß seiner Intuition und seinen Spinnereien ein bißchen vertrauen.“

Anton Zeilinger dankte dann allen seinen MitarbeiterInnen, die er über die vielen Jahre hatte. Er nimmt an, es seien schon an die 150 bis 200 DoktorandInnen und DiplomandInnen, die jetzt in der ganzen Welt verstreut sind, mit denen er phantastische Arbeiten machen konnte. „Eigentlich sind es die gewesen, die im Labor gestanden sind. Und ich habe dann immer meine Kommentare dazu gegeben, die manchmal vielleicht nicht ganz willkommen waren. Aber das ist einfach so, das gehört dazu. Heute habe ich noch eine Gruppe von sieben Leuten, die mit mir zusammenarbeiten, wo wir versuchen, neue Dinge anzustoßen“, so Anton Zeilinger, der noch jemanden erwähnte: Er sei am Massachusetts Institute of Technology gewesen und sein Supervisor und Kollege war Clifford G. Shull, der 1994 den Nobelpreis bekommen hatte. Von dem habe er viel gelernt. Es sei „sehr mühsam, daß, wenn man etwas tut und glaubt, man ist schon zufrieden mit dem Resultat – daß es sich dann trotzdem auszahlt, noch genauer zu arbeiten.“

Und er dankte „allen Leuten, die mich auf die diversen Stellen berufen haben, insbesondere der Universität Innsbruck“, die ihn 1990 als Professor für Experimentalphysik berief. Das sei auch sehr ungewöhnlich gewesen, „weil ich sozusagen Sachen gemacht habe, die nicht Mainstream waren. Und ich möchte mich bei der Universität Wien bedanken, die mich dann hierher geholt und mir die Möglichkeit gegeben hat, weiterzuarbeiten und auf diesen Dingen aufbauend als Professor an der Universität zu arbeiten, dann auch auch als einer der Gründungsdirektoren des Instituts für Quanten Information wieder neue Richtungen zu erschließen – die auf dem aufbauen, was ich am Beginn gemacht habe.“

Anton Zeilinger über seine Nobelpreis-Kollegen

„Nun möchte ich noch kurz etwas sagen über uns drei, die wir den Preis bekommen haben. Ich kenne alle drei schon sehr, sehr lange. Wir haben wunderbare Zeiten miteinander verbracht. John Claser ist einer der besten Amateur-Segler in den Vereinigten Staaten. Mit dem konnte ich einmal bei einem Rennen mitfahren. Das war unglaublich, phantastisch, so etwas zu sehen. Und Alain Aspect hat, wie man es von einem Franzosen erwartet, einen wunderbaren Weinkeller. Wenn man einmal da mal drin war, ändert sich auch das Bild vom Wein, das man zuvor hatte. Und John Glaser war der Erste, der ein Experiment gemacht hat, um die berühmten Bellschen Ungleichungen zu testen, die Idee von Einstein, Podolski

und Rosen im Jahr 1935. Alain Aspect hat dann mit seinen Leuten, insbesondere Philippe Grangier, wunderschöne Arbeiten gemacht, was die Sache noch viel dingfester machte, als das vorher der Fall war. Insbesondere hat er in den Experimenten zum ersten Mal ausgeschlossen, daß diese Korrelationen durch Übertragung erklärt werden können, die ja immer auf die Lichtgeschwindigkeit beschränkt sind. Wie gesagt, ich kenne die zwei seit langer, langer Zeit. Wir haben schon einmal einen einen Top-Preis miteinander gewonnen, das war im Jahr 2010 der Wolff Preis. Es ist einer der fünf oder sechs Top Preise weltweit, der in Israel vergeben wird. Und es ist schön, wenn wir uns jetzt wieder in Stockholm wiedersehen zu einem weiteren Preis", so Anton Zeilinger.

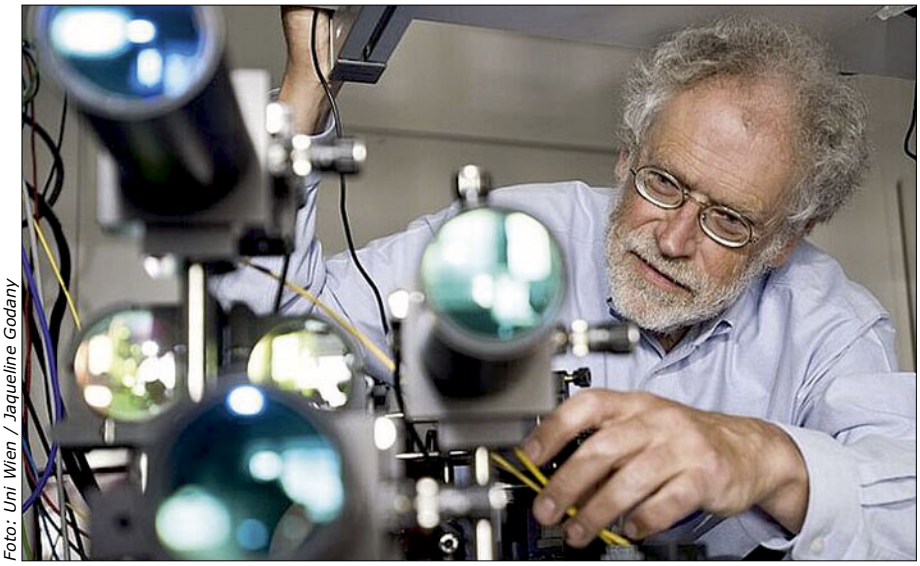


Foto: Uni Wien / Jaqueline Godany

Er sei „sehr überrascht" von dem Anruf gewesen, sagte der neue Physiknobelpreisträger Anton Zeilinger in einer ersten Reaktion im Rahmen der Pressekonferenz in Stockholm.

Forschungen von Anton Zeilinger

Was ist Quantenverschränkung?

Die Verschränkung ist eine der seltsamen Eigenschaften von Quantensystemen, die sich mit klassischen Theorien nicht beschreiben lassen. Albert Einstein hat das Phänomen einst als „spukhafte Fernwirkung" bezeichnet, weil zwei Teilchen in einem quantenmechanischen Verschränkungszustand einander auch über astronomische Distanzen hinweg verbunden bleiben: Wenn eine Messung an einem der Teilchen durchgeführt wird, wird im selben Moment auch der Zustand des anderen Teilchens festgelegt. Das scheint auf den ersten Blick einen der Grundsätze der klassischen Physik – nämlich daß nichts schneller als Licht reisen kann – zu verletzen.

Zwei Würfel, ein System

Um eine Vorstellung davon zu bekommen, was Verschränkung ist, können wir uns zwei Würfel vorstellen. Nach den Regeln der klassischen Physik macht es keinen Unterschied, ob wir jeden Würfel in einem eigenen Becher würfeln oder beide in einem gemeinsamen Becher würfeln. Die Zustände sind in jedem Moment genau definiert und die beiden Würfel liefern unabhängig voneinander mit der Wahrscheinlichkeit von je einem Sechstel eine Zahl von eins bis sechs.

Ein Quantenwürfel ist etwas komplizierter: Wenn wir einen solchen Würfel in einem Becher schütteln, ist sein Zustand nicht genau definiert, bis wir nachsehen. Davor befindet er sich in einem Überlagerungszustand aus allen möglichen Ergebnissen. Wenn wir zwei Becher mit je einem Würfel haben, beeinflussen sich die Ergebnisse auch in der Quantenwelt nicht. Wenn wir aber beide Würfel in einem Becher schütteln, kommt es zu einer Verschränkung. Wenn wir die Würfel danach, ohne ihre Augenzahl abzulesen, trennen und behutsam voneinander entfernen, bleiben sie verschränkt.

Die Würfel bilden durch die Verschränkung ein gemeinsames Quantensystem, egal wie weit wir sie voneinander entfernen, bevor wir die Augenzahl ablesen. Beide Würfel befinden sich dann in einem gemeinsamen Überlagerungszustand, den wir uns als eine bestimmte Gesamtaugenzahl der Würfel vorstellen können, zum Beispiel sieben. Wenn ich die Augenzahl von Würfel A in Wien überprüfe und einen Dreier vorfinde, wird auch der Zustand von Würfel B in Beijing ohne Zeitverzögerung definiert: Es ist ein Vierer. Damit nimmt jeder einzelne Würfel wieder einen unabhängig definierten Zustand ein und die Verschränkung endet.

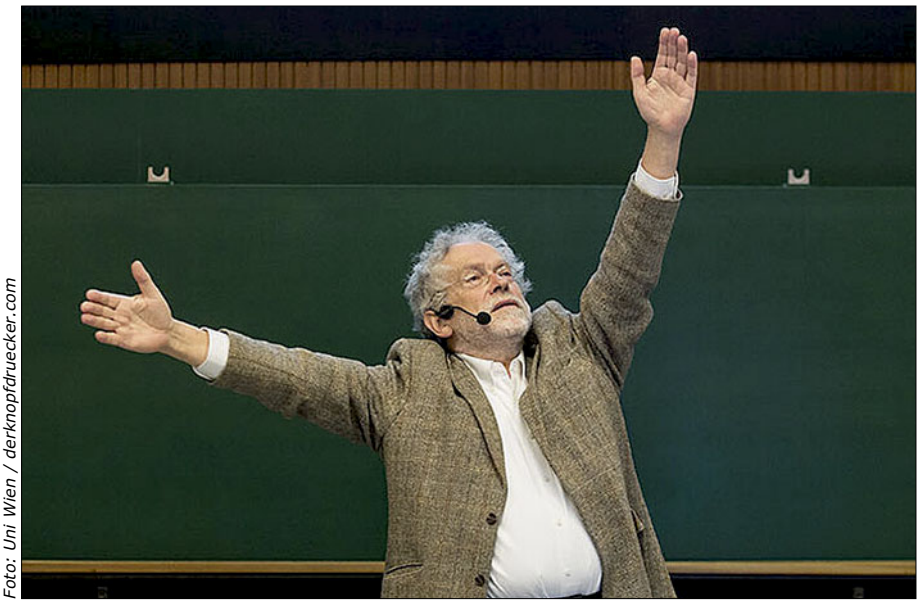


Foto: Uni Wien / derknopfdruecker.com

„Man muß seiner Intuition und seinen Spinnereien ein bißchen vertrauen", sagte Anton Zeilinger bei der Pressekonferenz anläßlich des Nobelpreises. Dieses Foto entstand bei einer Physikvorlesung für die breite Öffentlichkeit 2013

Sichere Kommunikation und Quantencomputer

Zur überlichtschnellen Übertragung von Information kann ein Quantenwürfelpaar nicht verwendet werden, auch wenn die Zustände sich ohne Zeitverzögerung festlegen. Wenn der Würfel in Wien einen Dreier und jener in Beijing einen Vierer zeigt, brauchen die WürflerInnen immer noch einen klassischen, auf Lichtgeschwindigkeit begrenzten Kommunikationskanal, um festzustellen, daß die verschränkte Gesamtaugenzahl eine Siebener ist, es hätte nämlich auch ein anderer Wert sein können. Man kann sich also

nicht aussuchen, welchen Wert man in Wien haben wird, um damit eine Zahl an Beijing zu kommunizieren.

Technisch nutzen läßt sich das Phänomen aber dennoch. Verschränkte Photonenpaare können eingesetzt werden, um zwei identische Zufallszahlen für die zwei Empfänger zu erzeugen. Damit lassen sich zum Beispiel unknackbare Schlüssel für kryptografische Anwendungen erzeugen. Weil jede Messung an einem der Photonen die Verschränkung zerstört, können die Empfänger immer feststellen, wenn eine dritte Partei versucht, den Schlüssel bei der Übertragung auszulesen.

Quantencomputer setzen ebenfalls auf Verschränkung: Ein System aus verschränkten Qbits kann diese Überlagerung unterschiedlicher Bit-Kombinationen zur Lösung eines schwierigen Problems verwenden. Quantenalgorithmen sollen dadurch in Zukunft auch Probleme, die klassische Computer überfordern – etwa die Primfaktorenzerlegung großer Zahlen – lösen können.

Quellen: Königlich Schwedische Akademie der Wissenschaften, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Universität Wien, Wikipedia

Gratulationen

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

„Herzlichen Glückwunsch an Anton Zeilinger! Immer wieder wurde sein Name in Zusammenhang mit dem Nobelpreis genannt. Nun, mit dem heutigen Tag ist es so weit“, schrieb Bundespräsident Alexander Van der Bellen auf Twitter. „Diese Auszeichnung gilt einem Pionier der Quantenphysik, einem großen Wissenschaftskommunikator, einem Forscher, wie er im Buche steht. Ich gratuliere Prof. Zeilinger von Herzen und danke ihm für sein Engagement als Wissenschaftsmanager.“

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

„Ich habe allergrößten Respekt vor seiner wissenschaftlichen Expertise, die mit der Verleihung dieser renommierten Auszeichnung einmal mehr international gewürdigt wird. Das ist nicht nur eine große Ehre für ihn selbst, sondern auch für unser Land“, sagte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka.

Minister Martin Polaschek

„Das ist eine unglaubliche Leistung! Als Wissenschaftsminister bin ich stolz, daß ein Österreicher diese große Auszeichnung verliehen bekommt. Anton Zeilinger ist eine Koryphäe auf seinem Gebiet und ein Aushängeschild für den österreichischen Wissenschafts- und Forschungsstandort“, gratulierte Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsminister Martin Polaschek.

OÖ Landeshauptmann Thomas Stelzer

„Ganz Oberösterreich ist stolz auf Anton Zeilinger. Er ist ein brillanter Naturwissenschaftler, Vordenker und Visionär. Nicht nur durch seine bahnbrechenden Experimente, sondern auch durch seine philosophischen Ansätze und seine Förderung junger Menschen“, gratuliert Landeshauptmann Thomas Stelzer im Namen des Landes Oberösterreich zu dieser bedeutenden Auszeichnung.

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig

„Es freut mich außerordentlich, daß Anton Zeilinger gemeinsam mit Alain Aspect und John F. Clauser mit dem diesjährigen Physik-Nobelpreis ausgezeichnet wird und gratuliere ihm herzlich“, so Wiens Bürgermeister Michael Ludwig. „Anton Zeilinger prägt seit Jahrzehnten den Wissenschaftsstandort Wien maßgeblich mit und trägt zu dessen international anerkannter Exzellenz bei. Anton Zeilingers Forschungskarriere zeigt exemplarisch, wie es gelingen kann, die Grenzen des Wissens herauszufordern und so zu bahnbrechenden Erkenntnissen für die Grundlagenforschung zu gelangen. Als Bürgermeister der Stadt Wien bin ich stolz, daß ein Wissenschaftler, der maßgebliche Teile seiner Forschung und Lehre in dieser Stadt geleistet hat, derartig geehrt wird. Die Reputation von Wien als Stadt der Forschung und Lehre wird damit ein weiteres Mal unterstrichen.“

ÖAW-Präsident Heinz Faßmann

„Der Gewinn des Nobelpreises ist eine Sensation und hochverdient. Zeilinger hat bahnbrechende Ergebnisse in seinem Forschungsbereich erzielt. Das Forschungsland Österreich hat wieder an die internationale Spitze aufgeschlossen. Dieser Weg darf jetzt nicht verlassen werden. Die ganze Akademie freut sich heute mit Anton Zeilinger. So wie Anton Zeilinger gratuliere ich auch unserem Mitglied im Ausland, Alain Aspect, sehr herzlich“, so der Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Heinz Faßmann – er ist direkter Nachfolger von Anton Zeilinger in dieser Funktion.

https://de.wikipedia.org/wiki/Anton_Zeilinger
https://www.oeaw.ac.at
https://www.nobelprize.org/

Österreichs NobelpreisträgerInnen

Bertha von Suttner
Friedensnobelpreis, 1905
Alfred Hermann Fried
Friedensnobelpreis, 1911
Robert Bárány
Physiologie oder Medizin, 1914
Fritz Pregl
Chemie, 1923
Richard Zsigmondy
Physiologie oder Medizin, 1925
Julius Wagner-Jauregg
Physiologie oder Medizin, 1927
Karl Landsteiner
Physiologie oder Medizin, 1930
Erwin Schrödinger
Physik, 1933
Victor Franz Hess
Physik, 1936
Otto Loewi,
Physiologie oder Medizin, 1936
Richard Johann Kuhn
Chemie, 1938
Wolfgang Pauli
Physik, 1945
Gerty Cori
Physiologie oder Medizin, 1947
Carl Ferdinand Cori
Physiologie oder Medizin, 1947
Max Ferdinand Perutz
Chemie, 1962
Konrad Lorenz
Physiologie oder Medizin, 1973
Karl von Frisch
Physiologie oder Medizin, 1973
Friedrich August von Hayek
Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften, 1974
Walter Kohn
Chemie, 1998
Eric Kandel
Physiologie oder Medizin, 2000
Elfriede Jelinek
Literatur, 2004
Martin Karplus
Chemie, 2013
Peter Handke
Literatur, 2019
Anton Zeilinger
Physik, 2022

Informationen über die hier genannten und weitere NobelpreisträgerInnen mit Österreichbezug finden Sie hier ***https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_%C3%B6sterreichischen_Nobelpreistr%C3%A4ger***

Personalia

Christiane Hörbiger †

Die Schauspielerin ist am 30. November im 84 Lebensjahr friedlich in Wien entschlafen.

Wenn jemand das inflationär gebrauchte Attribut „Grande Dame“ zu Recht trug, dann sie“, hieß es im ORF-Portrait über Christiane Hörbiger anläßlich ihres 80. Geburtstags. Sie war eine der Größten ihres Faches. Gleichwohl hat sie – zumal in den vergangenen rund 15 Jahren – radikal jede Eitelkeit abgelegt, spielte buchstäblich ungeschminkt vom Schicksal unbarmherzig geschlagene Frauenfiguren. Die Bürde, die es wohl auch bedeutet, aus dem berühmtesten Theaterclan des deutschen Sprachraums zu kommen, hat sie abgeschüttelt. Seit ihrem 17. Lebensjahr stand sie auf der Bühne, von der sie sich aber ganz zurückgezogen hatte. Ab den 1980er-Jahren startete sie eine beispiellose Film- und Fernsehkarriere und wirkte in über 130 Film- und Fernsehproduktionen mit. Die Kammerschauspielerin war Trägerin des Großen goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich und mehrfache Romy-Preisträgerin als beliebteste Schauspielerin.

„Mit Christiane Hörbiger verlieren wir eine Grand Dame der österreichischen Film- und Theaterszene, die ich auch persönlich sehr geschätzt habe“, sagte Niederöstereichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner zum Ableben von Christiane Hörbiger. „In ihrer großen Rolle als Richterin Julia Laubach *(von 1998 bis 2002, Anm.)* zeigte sie das Bild einer starken und unabhängigen Frau, gleichzeitig brachte sie die Weinstadt Retz zu unglaublicher Bekanntheit und war damit auch eine großartige Botschafterin Niederösterreichs weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Auch nach den Dreharbeiten zur Fernsehserie ‚Julia‘ blieb sie der Stadt Retz und unserem Bundesland treu, noch heute kann man auf ihren Spuren durch Retz wandeln. Unser großes Mitgefühl gilt in diesen Stunden ihrer Familie und ihren Freunden“, so die Landeshauptfrau.

„Christiane Hörbiger war ein Solitär der deutschsprachigen Theater- und Filmbranche. Sie war eine solch beständige, eindrucksvolle Erscheinung und in so hohem Maße präsent, daß die Nachricht über ihren Tod fast unwirklich erscheint. Der deutschsprachige Fernsehfilm ohne Christiane Hörbiger ist eigentlich unvorstellbar. Mit ihr verlieren wir alle ein Stück österreichischer Identität“, sagte Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer zu ihrem Tod. „Mit ihrer hohen Schauspielkunst und ihrem unvergleichlichen Charme hat sie auch international große Erfolge gefeiert und unsere Kunst- und Kulturnation weit über die heimischen Landesgrenzen hinweg zum Strahlen gebracht. Sie wird sehr fehlen. Meine Anteilnahme gilt ihrer Familie, ihren Freunden und ihren zahlreichen Weggefährtinnen und -gefährten.“

Foto: ORF / Thomas Ramstorfer

Christiane Hörbiger in der ORF-Sendung „Aus nächster Nähe" am 13. Oktober 2017

„Mit Christiane Hörbiger ist eine der beliebtesten Schauspielerinnen Österreichs von uns gegangen“, so Wiens Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler. „In sieben Schaffensjahrzehnten hat sich Christiane Hörbiger in die Herzen eines Millionenpublikums gespielt und bleibt als Grande Dame des österreichischen Films in Erinnerung. Am Burgtheater, als ‚Buhlschaft‘ bei den Salzburger Festspielen oder im Ensemble des Schauspielhauses Zürich reüssierte sie auch auf den Brettern, die die Welt bedeuten, mit einem beeindruckend vielseitigen Rollenrepertoire. Aus einer legendären Theaterfamilie stammend, hatte es Hörbiger dabei nicht immer leicht, standen Vergleiche mit ihren Eltern, Paula Wessely und Attila Hörbiger, sowie den Schwestern Maresa Hörbiger und Elisabeth Orth doch auf der Tagesordnung. Doch Christiane Hörbiger hat ihren eigenen Weg verfolgt und mit Fernsehserien wie ‚Das Erbe der Guldenburgs‘ oder ‚Julia‘, aber auch mit Kino- und Fernsehfilmen wie beispielsweise Helmut Dietls preisgekrönter Satire ‚Schtonk‘ große Erfolge gefeiert.“ Neben ihrer umfangreichen Filmografie zeuge eine eindrucksvolle Reihe an Auszeichnungen von ihren Erfolgen. Auch ihr soziales Engagement als UNICEF-Botschafterin oder für die Krebshilfe würden in Erinnerung bleiben, so die Stadträtin. „Meine Anteilnahme gilt der Familie und den Freunden Christiane Hörbigers.“ ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Christiane_H%C3%B6rbiger

Personalia

Karl Merkatz †

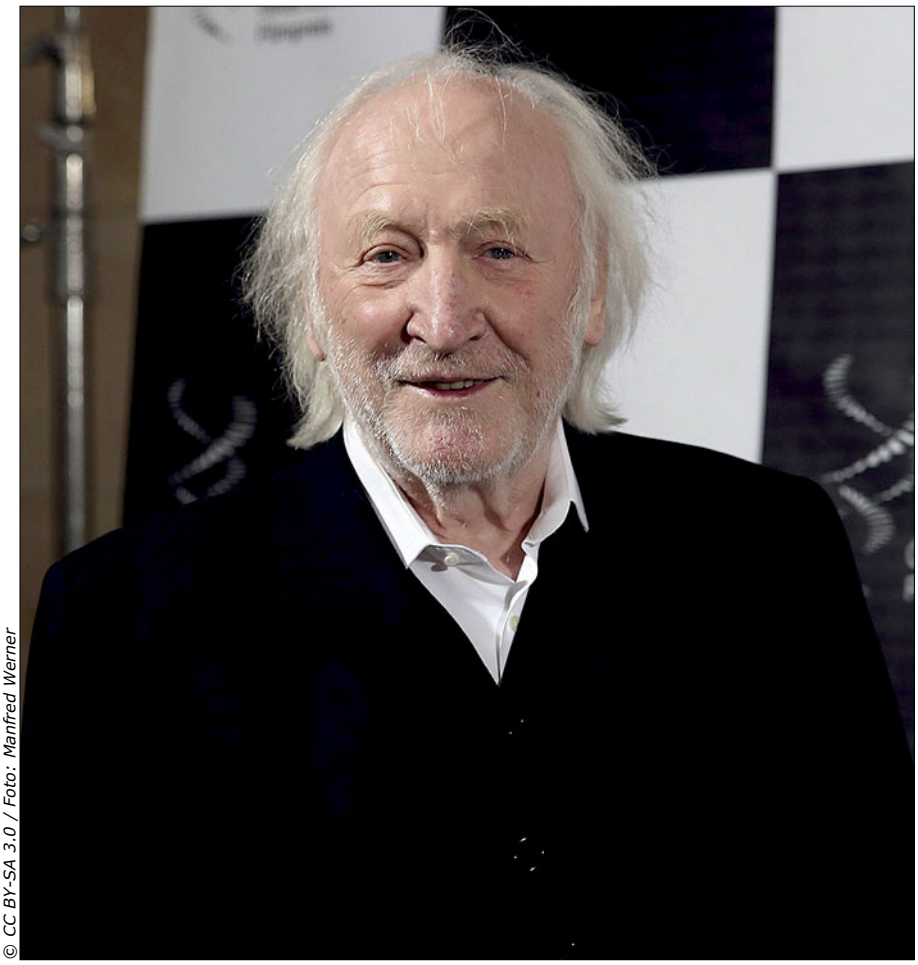
Der österreichische Volksschauspieler starb am 17. November im 93. Lebensjahr. Große Bekanntheit erlangte er durch seine Rollen als »Der Bockerer« und »Mundl«.

Karl Merkatz hat in seinem vielfältigen Schaffen Film- und Fernsehgeschichte geschrieben und war auch ein großartiger Theaterschauspieler. Er war aber nicht nur ein ganz Großer der Schauspielkunst, sondern vor allem auch ein unglaublich facettenreicher und liebenswürdiger Mensch", sagte Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner zum Ableben von Karl Merkatz.

Karl Merkatz wurde am 17. November 1930 als Sohn eines Werkzeugmachers und einer Weberin in Wiener Neustadt geboren. Seine Paraderollen waren „Edmund Sackbauer" in „Ein echter Wiener geht nicht unter" sowie „Karl Bockerer" in „Der Bockerer", aber auch als Theaterschauspieler feierte er große Erfolge an den Theatern im gesamten deutschsprachigen Raum. 2002 wurde ihm das „Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich" verliehen, seit 2017 war er Ehrenbürger seiner Geburtsstadt Wiener Neustadt. Einer seiner letzten Filme war „Der Blunznkönig", in dem er einen Fleischhauer und Wirt im Weinviertel spielte und der 2014 in Niederösterreich gedreht wurde.

„Trotz seiner vielen Erfolge ist er immer auch dem Bundesland Niederösterreich eng verbunden geblieben, so war er mitunter auch Weinpate. Das Land Niederösterreich wird ihn als erfolgreichen Volksschauspieler, großen Künstler, aber auch als beeindruckende Persönlichkeit und geselligen Menschen in Erinnerung behalten", so die Landeshauptfrau: „Unser Mitgefühl gehört nun in diesen Stunden seinen Angehörigen."

„Mit Karl Merkatz verliert Österreich einen Charakterdarsteller von einzigartigem Format. Er war auf allen wichtigen Bühnen des Landes zu Hause und präsent auf den Bildschirmen der heimischen Wohnzimmer. Sein Mundl wurde zum generationsübergreifenden rot-weiß-roten Populärkult, als Bokkerer spielte er sich ins Gewissen der österreichischen Nation", so Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer zum Tod von Karl Merkatz. „Wir verlieren mit ihm einen wahren König der Schauspielkunst. Meine Anteilnahme gilt insbesondere seiner Familie, seinen Freunden und seinen zahlreichen Weggefährtinnen und -gefährten."



© CC BY-SA 3.0 / Foto: Manfred Werner

Karl Merkatz beim Austrian Film Award der Akademie des Österreichischen Films 2013

„Karl Merkatz' Tod ist ein unersetzlicher Verlust für das heimische Kulturleben", zeigte sich Wiens Bürgermeister Michael Ludwig „bestürzt über das Ableben des grossen Volksschauspielers". Und Ludwig weiter: „Karl Merkatz revolutionierte mit der kontroversiellen Figur des Elektrikers Edmund Sackbauer das heimische Fernsehen. Kein anderer Serien-Charakter polarisierte damals das Publikum so stark wie ‚der Mundl'. Er war so etwas wie ein früher ‚Wutbürger'. Doch bei aller Grantigkeit hatte dieser bereits sprichwörtlich gewordenen ‚echte Wiener, der nicht untergeht', letztendlich das Herz immer am rechten Fleck."

Und der Stadtchef weiter: „Doch neben dem aufbrausenden Anti-Helden aus Ernst Hinterbergers legendärer ORF-Serie schuf Karl Merkatz noch eine andere typisch wienerische Figur, die uns allen ans Herz gewachsen ist: den ‚Bockerer'. In den gleichnamigen Verfilmungen von Franz Antel nach der genialen Stückvorlage von Ulrich Becher und Peter Preses gab Merkatz jenen Wienerinnen und Wienern Gestalt, die sich weigerten, sich von der antisemitischen Hetze der Nationalsozialisten nach dem sogenannten ‚Anschluß' duckmäuserisch vereinnahmen zu lassen. Karl Merkatz' Bockerer wurde dadurch zum Inbegriff von bodenständigem Eigensinn und eigenwilliger Zivilcourage."

„Die Stadt Wien", so Ludwig, „würdigte Karl Merkatz, diesen vielseitigen Ausnahme-Schauspieler und Menschendarsteller, mit der Ehrenmedaille in Gold für seine Verdienste um das Wiener Theater und als unvergleichlichen Darsteller typisch wienerischer Charaktere." ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Merkatz

https://www.youtube.com/results?search_query=der+bockerer

Personalia

US-Preis für Quantenphysiker Hannes Pichler

Die Mit 100.000 US-Dollar dotierte Auszeichnung wird an NachwuchswissenschaftlerInnen verliehen, die bereits erheblichen Einfluß auf ihr Fachgebiet ausgeübt haben.

Der Breakthrough Prize wird seit 2012 vergeben und ist der höchstdotierte Wissenschaftspreis der Welt. Neben den Hauptpreisen vergibt die von Internetpionieren um Mark Zuckerberg geschaffene Stiftung auch eine Reihe von Nachwuchspreisen. Am 22. September hat die Breakthrough Prize Foundation bekanntgegeben, daß der Theoretische Physiker Hannes Pichler vom Institut für Theoretische Physik der Universität Innsbruck und dem Institut für Quantenoptik und Quanteninformation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften mit dem „New Horizons Prize in Physics" ausgezeichnet wird. Zusammen mit Hannes Bernien (University of Chicago), Manuel Endres (California Institute of Technology), Adam Kaufman (University of Colorado), Kang-Kuen Ni (Harvard University) und Jeff Thompson (Princeton University) erhält Hannes Pichler den Preis „für die Entwicklung von optischen Fallen für neutrale Atome und deren Anwendung in Quanteninformationsverarbeitung, Metrologie und Molekülphysik".

Pichler forscht auf den Gebieten Quantenoptik, Quanteninformationsverarbeitung und Quantenvielteilchenphysik. Seit mehreren Jahren beschäftigt er sich insbesondere mit der Physik von einzeln gefangenen neutralen Atomen. In diesen Systemen kann eine große Anzahl von Atomen mit optischen Pinzetten gezielt in beliebigen Strukturen angeordnet werden. Mithilfe von Laserlicht können diese Atome in hochangeregte Zustände, sogenannte Rydbergzustände, versetzt werden und dadurch miteinander verschränkt werden. Die Arbeit von Hannes Pichler und seinen Kollegen hat gezeigt, wie man damit verschiedenste Quantenalgorithmen ausführen kann, und neue Möglichkeiten zur Realisierung von Quantencomputern eröffnet. Darüber hinaus hat sich der von Pichler verfolgte Ansatz auch auf dem Gebiet der Quantensimulation bewährt und dort beispielsweise zur Entdeckung von neuen Quantenphänomenen geführt.

Foto: M.R.Knabl

Quantenphysiker Hannes Pichler wurde mit dem New Horizons Prize in Physics ausgezeichnet.

Zur Person

Hannes Pichler, geboren 1986 in Brixen (Südtirol), hat an der Universität Innsbruck Physik studiert und in der Arbeitsgruppe von Peter Zoller promoviert. Von 2016 bis 2019 war er an der Harvard University als ITAMP Postdoctoral Fellow und von 2019 bis 2020 am California Institute of Technology als Gordon und Betty Moore Postdoctoral Fellow tätig. Pichler ist seit Juni 2020 Professor für Theoretische Physik mit dem Schwerpunkt Quantenoptik an der Universität Innsbruck und Arbeitsgruppenleiter am Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) in Innsbruck.

Hochdotierte Auszeichnung

Der Breakthrough Prize wird in diesem Jahr zum elften Mal verliehen. Die Auszeichnung wird in den Bereichen Biowissenschaften, Physik und Mathematik verliehen und ist mit jeweils 3 Millionen US-Dollar dotiert. Zusätzlich werden jedes Jahr jeweils bis zu drei Preise an NachwuchswissenschaftlerInnen in Physik und Mathematik sowie bis zu drei weitere Auszeichnungen an junge Mathematikerinnen verliehen. Diese sind mit jeweils 100.000 US-Dollar dotiert. Der Breakthrough Prize wurden von Sergey Brin, Priscilla Chan und Mark Zuckerberg, Yuri und Julia Milner sowie Anne Wojcicki ins Leben gerufen. ■

https://iqoqi.at/
https://breakthroughprize.org/
https://www.youtube.com/watch?v=Uv4PM7UGZpg

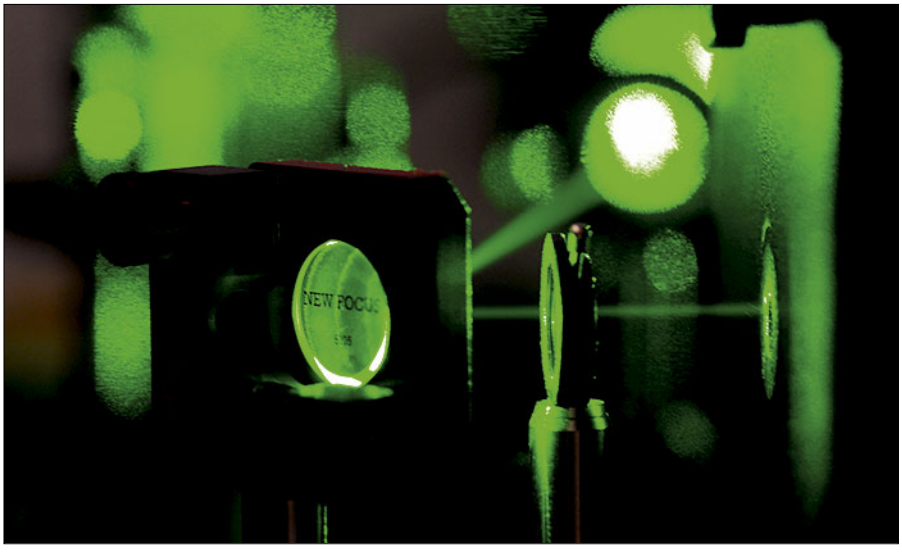


Foto: Universität Innsbruck

Beziehungen zu den Orient-Christen vertiefen

Der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz, der Salzburger Erzbischof Franz Lackner, war in Istanbul bei Syrisch-orthodoxer und Armenisch-apostolischer Kirche zu Gast – Visite auch im ersten Kirchenneubau in Istanbul seit 100 Jahren

Zu vertieften Beziehungen mit den Christen der orientalischen und orthodoxen Kirchentraditionen hat der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz, der Salzburger Erzbischof Franz Lackner, aufgerufen. Lackner hat Anfang Oktober gemeinsam mit dem orthodoxen Metropoliten von Österreich, Arsenios (Kardamakis), und einer hochrangigen Delegation der Stiftung „Pro Oriente“ Istanbul besucht. Er sei beeindruckt, so der Erzbischof, wie intensiv die Christen vor Ort unter den eingeschränkten Bedingungen ihren Glauben leben würden. Die Wurzeln des Christentums würden in der Region des Nahen Ostens liegen. Deshalb brauche es den intensiven Kontakt mit den Kirchen dieser Region. „Die Beziehungen dürfen nicht abreißen“, so der Appell Lackners.

Die Delegation aus Österreich besuchte am 3. Oktober unter anderem die neue syrisch-orthodoxe Kirche im Stadtteil Bakirkoy, wo sie von Metropolit Mor Filuksinos Yusuf Cetin empfangen wurde. Der Kirchenneubau ist der erste in Istanbul seit 100 Jahren. Die Kirche soll Platz für rund 700 Personen bieten. Neben dem eigentlichen Kirchenraum gibt es zwei Obergeschoße mit Versammlungsräumen und eine Tiefgarage mit Parkplätzen. Der Rohbau ist weitgehend fertig, der Innenausbau steht freilich noch an. Man hoffe, bis zum Jahresende mit den Arbeiten fertig zu werden, so Metropolit Cetin.

Die Angaben über die Zahl der syrisch-orthodoxen Christen in Istanbul schwanken zwischen 12.000 und 17.000. Die Syrisch-orthodoxe Kirche besitzt in Istanbul im Stadtteil Tarlabasi in Beyoglu eine im 19. Jahrhundert gebaute Kirche mit angeschlossenem Gemeindezentrum, wo auch Bischof Cetin residiert. Die Kirche ist aber längst zu klein. Deshalb bemühte man sich schon des längeren um eine zweite Kirche. Derweilen genossen und genießen die syrisch-orthodoxen Gläubigen Gastfreundschaft in einigen katholischen Kirchen. Metropolit Cetin dankte stellvertretend dafür Erzbischof Lackner; ebenso Metropolit Arsenios, denn die Griechisch-orthodoxe Kirche in Istanbul stellt den Syrisch-orthodoxen einen Teil eines orthodoxen Friedhofs zur Verfügung.

Foto: Erzdiözese Salzburg / Georg Pulling

Mutter emerita Perpetua Hilgenberg, Erzbischof Franz Lackner, der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I., Prof. Grigorios Larentzakis, Alterzbischof Alois Kothgasser, Alfons Kloss („Pro Oriente“) und Metropolit Arsenios Kardamakis

Das Grundstück, auf dem nun die neue syrische Kirche gebaut wird, war der Katholischen Kirche im Jahr 1868 von einem Gemeindemitglied vermacht und als Friedhof genutzt worden. Auf dem Gelände befindet sich auch noch eine kleine katholische Friedhofskapelle.

Im Jahr 1950 wurde das Areal vom Staat eingezogen und in städtischen Besitz überführt, der Friedhof wurde geschlossen. 2009 ordnete der damalige Premierminister Recep Tayyip Erdogan die Istanbuler Stadtverwaltung an, nach einem Grundstück für den Kirchenbau zu suchen. Den Plan für den Neubau hatte offiziell bereits 2015 der damalige Ministerpräsident Ahmet Davatoğlu verkündet. Dann hatte aber nochmals die türkische Bürokratie den Baubeginn für mehrere Jahre verzögert. Die feierliche Grundsteinlegung erfolgte schließlich 2019.

Metropolit Cetin kündigte gegenüber der Österreich-Delegation an, daß man sich nach der Fertigstellung der Kirche auch um die Renovierung des Friedhofs und der katholischen Kapelle annehmen werde. „Die neue Kirche ist eine Kirche nicht nur für die Syrisch-orthodoxen, sondern für alle Christen“, so der Metropolit wörtlich. Und er fügte hinzu: „Wir sind eine Familie. Jesus Christus verbindet uns.“

Im armenischen Patriarchat

Am 3. Oktober war die Delegation auch beim armenischen Patriarchen von Istanbul, Sahak II. (Mashalian), zu Gast. Laut dem armenischen Patriarchen leben in der Türkei maximal noch 85.000 Christen. Angesichts von 85 Millionen Türken könne man bei 0,1 Prozent der Bevölkerung eigentlich nicht einmal mehr von einer Minderheit sprechen, so der Patriarch. Er bezeichnete die Situation auch als „demografische Katastrophe“.

Dennoch versuche die armenische Kirche, die noch bis zu 60.000 Mitglieder zählt, das kirchliche und gesellschaftliche Leben aufrechtzuerhalten. Noch gibt es 17 armenische Schulen mit insgesamt rund 3.000 SchülerInnen, drei armenischsprachige Tageszeitungen und einer Reihe von armeni-

schen Kulturorganisationen. Die Schulen dürfen laut Gesetz nur von armenischen Kindern besucht werden.

Die überwiegende Mehrheit der armenischen Christen, die freilich alle türkische Staatsbürger sind, lebt in Istanbul. Die überwiegende Mehrheit der armenischen Christen, die türkische Staatsbürger sind, lebt in Istanbul. Während der jüngsten Kämpfe zwischen Aserbaidschan und Armenien mußte die Polizei die bestehenden Schutzmaßnahmen für das armenische Patriarchat bzw. die angrenzende Kathedrale verstärken.

Der Patriarch betonte im Gespräch auch, daß es für die Christen zwar viele Probleme im Land gebe, die Situation sich seit dem Regierungsantritt der AKP aber deutlich verbessert habe.

Besuch beim Ökumenischen Patriarchen

Am 2. Oktober war die Österreich-Delegation vom Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios empfangen worden. Lackner wie auch Bartholomaios bekannten sich bei dem Austausch zu verstärkten Bemühungen in der Ökumene wie auch zum Einsatz für Frieden in der Welt. Bei dem Empfang im Phanar, dem Amtssitz des Patriarchen, wurde auch gemeinsam für den Frieden und die Einheit der Kirchen gebetet. Vor dem Empfang nahm die Delegation an der sonntäglichen Göttlichen Liturgie in der Georgskathedrale im Phanar teil.

Metropolit Arsenios, der gemeinsam mit „Pro Oriente“ die Reise vorbereitet hatte, zog eine positive Bilanz der zahlreichen Begegnungen. Solche Besuche vor Ort würden zum einen die Präsenz der kleinen christlichen Minderheit stärken, zum anderen seien sie ein wichtiger Schritt für vertiefte ökumenische Beziehungen.

Erzbischof Lackner dankte „Pro Oriente“ für das international anerkannte Engagement, das auch von den Gastgebern in Istanbul deutlich gewürdigt worden war. Er nahm die Stiftung für eine Weiterführung ihres gesamtkirchlich wichtigen Dienstes aber auch in die Pflicht. „Pro Oriente“-Präsident Kloss hob hervor, daß die Reise wieder einmal deutlich gemacht habe, wie wichtig alle ökumenischen Bemühungen seien. Die ChristInnen müßten sich gemeinsam den vielfältigen Herausforderungen der Gegenwart stellen, so der Appell des Präsidenten. „Pro Oriente“ werde sich dafür im Rahmen der Möglichkeiten der Stiftung nach Kräften einsetzen. ■

https://eds.at/
https://www.pro-oriente.at/

Erzbischof Lackner mit dem Metropoliten Mor Filuksinos Yusuf Cetin und mit …

… Erzbischof Boghos Levon Zekian (armenisch-katholischer Erzbischof von Istanbul) und Alterzbischof Alois Kothgasser …

Alle Fotos: Erzdiözese Salzburg / Michael Vereno

… und bei der Heiligen Messe in der Kirche der österreichischen St.-Georgs-Gemeinde Istanbul

75 Jahre Evangelische Superintendenz Steiermark

Ein Festakt am Reformationstag bildete den Abschluß der Jubiläumsfeierlichkeiten zum 75jährigen Bestehen der Evangelischen Superintendenz Steiermark. Zahlreiche aktive wie auch ehemalige VertreterInnen von Kirchen und Religionsgemeinschaften, aus der Politik und dem öffentlichen Leben waren am 31. Oktober der Einladung in die Grazer Heilandskirche gefolgt.

Foto: Evangelischer Pressedienst für Österreich / Neuhold

v.l.: Superintendentialkurator Michael Axmann, Landeshauptmann Christopher Drexler, Univ.Prof. Michaela Sohn-Kronthaler mit der neuen Festschrift, Altbischof Michael Bünker und Superintendent Wolfgang Rehner

Axmann: Vielfalt als Bereicherung

„Tatsächlich findet sich einiges, was die Steiermark ausmacht und zugleich typisch protestantisch ist“, sagte Superintendentialkurator Michael Axmann in seiner Begrüssung. So sei die Steiermark etwa eine „Hochburg der Innovation“ und ein wissenschaftsfreundliches Land, die Evangelische Kirche verstehe sich als Kirche, „die Glauben und Aufklärung zusammen denkt“. Im Hinblick auf die Evangelische Kirche als eine Kirche des Wortes verwies Axmann auf bedeutende steirische Literaten und daß dem Buch hier eine besondere Bedeutung zukomme. Oft werde auch vom steirischen Klima gesprochen, „daß man das Gemeinsame über das Trennende stellt“. Miteinander zu ringen sei christlich, und „das Ganze in demokratischer Form zu tun, ist Evangelischen besonders wichtig“. Nicht zuletzt sei es auch die Vielfalt, die sowohl Superintendenz wie auch das Bundesland auszeichne. Aufgrund verschiedener Wurzeln und Gegebenheiten habe das Lutherische in der Steiermark viele Facetten. Diese Vielfalt werde „als Bereicherung empfunden, bei allen Spannungen, die mit den Unterschieden einhergehen“. „Wenn man sich reformatorischen Grundsätzen verbunden fühlt, ist die Steiermark ein gutes Land zum Leben“, unterstrich Axmann.

Rehner: Jubiläum im Zeichen des Dankes

Vor genau 500 Jahren traf die reformatorische Botschaft im Raum Schladming ein, erinnerte Superintendent Wolfgang Rehner. Mit Blick auf das Jahr 1947 sei er dankbar für „für die immer wieder erfahrene Erneuerung des evangelischen Lebens in der Steiermark“, für das spätere Entstehen neuer Pfarrgemeinden, die Errichtung von Kirchen und Pfarrhäusern, die Gestaltung des evangelischen Lebens in Gemeinden, Arbeitszweigen, Werken und Bereichen. Auch Rehner betonte die gute ökumenische Zusammenarbeit und dankte für den gemeinsamen Einsatz für Frieden und die Rechte der Minderheiten im Dialog mit den Religionsgemeinschaften, aber auch für den Dialog mit den Kräften aus Gesellschaft und Öffentlichkeit im Bemühen um „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Dankbar sei er letztlich auch „für die frohe Zuversicht, daß unser Glaube in Zeiten der vielfachen Krisen Halt und Hoffnung vermittelt“.

Drexler: Dank für evangelische Tugenden

Beeindruckt von den „Tugenden der Evangelischen Kirche, die in der Steiermark sichtbar werden“, zeigte sich beim Festakt Landeshauptmann Christopher Drexler. Er würdigte den „intellektuellen Tiefgang, die unglaubliche Fähigkeit zur Selbstreflexion und den reflektierten Zugang zur eigenen Geschichte“. Historisches Bewußtsein sei „notwendig, aber nicht selbstverständlich“, so der Landeshauptmann. Er dankte für den protestantischen Beitrag zur Gesellschaft, „ohne die Evangelische Kirche wäre die Steiermark eine ärmere Region“. Die Dialogfähigkeit gelte es mit in die Zukunft zu nehmen, gerade in schwierigen Zeiten könnten Kirchen und Religionsgemeinschaften „Zuversicht und Perspektiven“ einbringen, Drexler.

Bünker: Das Evangelium leben und Verantwortung wahrnehmen

In seinem Festvortrag „Evangelisch auf Steirisch“ kam der frühere evangelisch-lutherische Bischof Michael Bünker auf die Entstehung und Entwicklung der Diözese zu sprechen. Bereits nach der Wahl des ersten steirischen Superintendenten Leopold Achberger kurz nach dem Zweiten Weltkrieg habe sich das wechselseitige Verhältnis von selbständigen Kirchengemeinden vor Ort und Superintendenz gezeigt. Um aus den einzelnen Gemeinden miteinander Kirche werden zu lassen, „dafür gibt es als erste Ebene übergemeindlicher Kirchenleitung die Superintendenz“.

In der Steiermark liegt heute die zahlenmäßig kleinste evangelische Pfarrgemeinde Österreichs (Eisenerz) und zugleich die zahlenmäßig größte (Graz-Heilandskirche). In der Ramsau sind rund 85 Prozent der Bevölkerung evangelisch, in manchen Gebieten der Oststeiermark nicht einmal 0,5 Prozent. Ausserdem gebe es, so Bünker, unter den Pfarrerinnen und Pfarrern eine enorme theologische Bandbreite.

Angesichts dieser Heterogenität der Superintendenz sei Leitung auf allen Ebenen „immer auch Widerspruchsmanagement“ mit dem Bemühen, „daß der Frieden gehalten wird“. ■

https://evang.at/kirche/ueberblick/steiermark/

70 Jahre Evangelische Superintendenz Niederösterreich

Foto: Evangelischer Pressedienst für Österreich / Neuhold

Superintendentialkuratorin Gisela Malekpour und Superintendent Lars Müller-Marienburg vor der Festversammlung im NÖ Landhaus

Mit einem Festakt im niederösterreichischen Landtag hat die evangelische Superintendenz Niederösterreich am 21. Oktober ihr 75jähriges Jubiläum gefeiert. Die Festsitzung der Superintendentialversammlung, in der Delegierte aus allen niederösterreichischen Pfarrgemeinden zusammenkommen, bildete den Abschluß der Feierlichkeiten im Jubiläumsjahr.

Superintendentialkuratorin Malekpour: Hoffnungsvoller Blick in die Zukunft

„Die 75 Jahre waren reich an Arbeit und mancher Unwegsamkeit, aber viel reicher an Freude und Gemeinsamkeit, das wirft einen hoffnungsvollen Blick in die Zukunft“, sagte die niederösterreichische Superintendentialkuratorin Gisela Malekpour, die gemeinsam mit Superintendent Lars Müller-Marienburg an der Spitze der Superintendenz steht und durch die Festsitzung im Landtagssaal führte.

Bischof Chalupka: Hoffnung spenden, die im Evangelium begründet ist

„Die Evangelische Kirche mußte sich nach dem Versagen im Zweiten Weltkrieg völlig neu aufstellen“, erinnerte Bischof Michael Chalupka an das Gründungsjahr. Das Jubiläum präge heute Dankbarkeit und Demut, „Dankbarkeit, daß es uns noch gibt, und Demut, daß wir diese Herausforderung angenommen haben“. Der Auftrag der Kirchen sei durch alle Jahrzehnte und Jahrhunderte gleich geblieben: „Trost und Hoffnung spenden, die begründet ist im Evangelium.“ Das gelte in Zeiten multipler Krisen ganz besonders.

Superintendent Müller-Marienburg: Wertschätzendes Zeichen

Daß die kirchliche Festversammlung im Landtagssitzungssaal stattfinden konnte – zuletzt war dies 1981 anläßlich der Feiern zum 200-Jahr-Jubiläum des Toleranzpatents der Fall – ist für Superintendent Lars Müller-Marienburg „nicht selbstverständlich, sondern ein wertschätzendes Zeichen, daß das Land die Evangelische Kirche als Partnerin und selbstverständlichen Teil dieses Landes sieht“. Der Auftrag der Kirche ende nicht an den Kirchenmauern. „Auch wenn wir wenige sind, sind wir nicht für uns selbst da, sondern arbeiten für alle, die hier leben und uns brauchen“, so der Superintendent. In der Zusammenarbeit mit dem Land sei es dabei „auch normal, daß wir mitunter abweichende Meinungen haben“.

Landtagspräsident Wilfing: Signal der Verbundenheit

Die Gratulation des Landes überbrachte Landtagspräsident Karl Wilfing, der die erkrankte Landeshauptfrau vertrat. Die Festsitzung im Landtagssaal sieht Wilfing als „Signal der Verbundenheit und des Miteinanders“, das über Jahrzehnte gelebt werde

Foto: Evangelischer Pressedienst für Österreich / Neuhold

v.l.: Synodenpräsident Peter Krömer, Bischof Michael Chalupka, Gastgeber Landtagspräsident Karl Wilfing, Superintendent Lars Müller-Marienburg und der Theologe und Journalist Wolfgang Lünenbürger-Reidenbach.

„und das wir auch in die Zukunft tragen wollen“. Schon früh habe der Protestantismus in Niederösterreich Fuß gefaßt, der Landtagspräsident erinnerte dabei etwa an die protestantischen Bauherrn der Schallaburg. Die Evangelische Kirche zeichne heute „Gemeinsinn, Verständnis für andere und Verantwortung für die Schöpfung aus“, erklärte Wilfing. In der Gegenwart gebe es eine intensive Zusammenarbeit etwa bei der Renovierung von Kirchen oder im sozialen Bereich mit der Diakonie. Es bleibe Auftrag der Kirchen, Orientierung zu geben, meinte der Landtagspräsident, denn „wer das Glück hat, einen festen Glauben zu haben, tut sich leichter in diesen schwierigen Zeiten“.

Synodenpräsident Krömer: Niederösterreich »überstark repräsentiert«

Die Bedeutung Niederösterreichs in der gesamtösterreichischen Evangelischen Kirche unterstrich Synodenpräsident Peter Krömer, NiederösterreicherInnen seien hier „überstark repräsentiert“. Der St. Pöltner Rechtsanwalt wies darauf hin, daß die Superintendenz Niederösterreich als einzige in den letzten Jahren deutlich gewachsen sei, denn Pfarrgemeinden am Rand von Wien und im Weinviertel, die ursprünglich zur Superintendenz Wien gehört hatten, wurden in die niederösterreichische Superintendenz integriert.

Superintendent Geist: »Wohlmeinendes Miteinander«

Für den Wiener Superintendenten Matthias Geist, der ebenfalls Glückwünsche zum Jubiläum überbrachte, ist das „eine wohlweislich gut überlegte Entscheidung“, denn vor allem im Umgang mit Behörden sei vieles klarer geworden. Heute bestimme ein

Foto: Evangelischer Pressedienst für Österreich / Neuhold

Superintendentialkuratorin Gisela Malekpour

„wohlmeinendes Miteinander“ die Zusammenarbeit zwischen den Diözesen.

Lünenbürger-Reidenbach: Solidarisch mit anderen Minderheiten

Die Festrede im Landtagssaal hielt der in Norddeutschland lebende Theologe, Journalist und Pferdezüchter Wolfgang Lünenbürger-Reidenbach. Er wandte sich deutlich gegen einen „Normalitarismus“, den er als „kleine Schwester des Autoritarismus“ bezeichnete. „Wer von normal redet, ist auf halbem Weg in ein autoritäres System“, sagte Lünenbürger-Reidenbach. Eine liberale Gesellschaft kenne keinen Normalitarismus oder Leitkultur, sondern schaffe „Regeln, die für alle fair sind“.

Die Gesellschaft in Österreich wie in Deutschland sieht Lüdenbürger-Reidenbach am Übergang in die „Minderheitenmehrheit“, dabei helfe die Erfahrung als Minderheit. Aufgabe einer Minderheit wie der Evangelischen Kirche sei es, „in Solidarität mit anderen Minderheiten für Achtsamkeit und Aufmerksamkeit einzutreten, dem Normalitarismus entschlossen entgegenzutreten und die liberale Gesellschaft zu feiern“. Eine Gesellschaft, in der Menschen für ihre Identität einstehen, sei eine „bessere Gesellschaft, die mehr Freiheit für Menschen bietet“. Die Evangelische Kirche könne hier wichtige Treiberin sein hin zu einer achtsameren Gesellschaft mit Minderheitenmehrheit. Gleichzeitig könne sie Beispiel geben, „daß es nicht schlimm ist, Minderheit zu sein und so Botschafterin einer liberalen Gesellschaft sein“.

Die Feierlichkeiten zu ihrem 75jährigen Bestehen begann die evangelische Superintendenz Niederösterreich mit einem Festgottesdienst und einem multireligiösen Friedensgebet am 23. Jänner in Baden. Die Feier erinnerte an die erste Sitzung der demokratisch gewählten Superintendentialversammlung, die auf den Tag genau vor 75 Jahren in Baden stattgefunden hatte. Im Zeichen des Jubiläums stand auch der Kirchentag im Juni in Waidhofen a.d.Ybbs, die Festsitzung im Landtag beschloß nun den Festreigen.

Die Superintendenz (Diözese), deren Sitz heute in St. Pölten liegt, wurde 1947 in Baden gegründet. Bis dahin hatten die niederösterreichischen Pfarrgemeinden zur Superintendenz Wien gehört. Die Gemeinden Purkerdorf, Klosterneuburg, Stockerau, Bruck/Leitha, Korneuburg, Straßhof, Mistelbach und Schwechat kamen erst ab 1990 sukzessive von der Wiener zur niederösterreichischen Diözese. Mit Stand 2021 gehörten 36.118 Menschen in 28 Pfarrgemeinden der Evangelischen Kirche A.B. in Niederösterreich an. ■

https://noe-evang.at/

300 Jahre Erzdiözese Wien

Der lange Weg zum Erzbistum – Themenschwerpunkt zum Jubiläum vom Wiener Stadt- und Landesarchiv zusammen mit dem Diözesanarchiv Wien

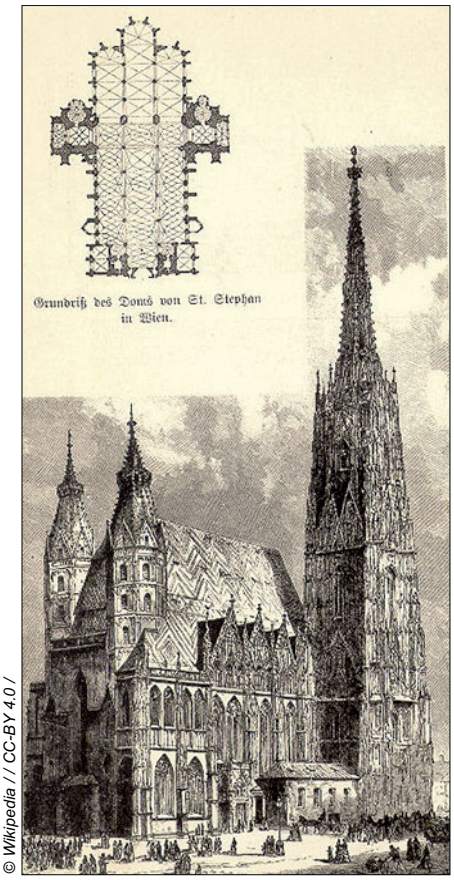
Anläßlich des Jubiläums „300 Jahre Erzdiözese Wien“ hat das Wiener Stadt- und Landearchiv im Wien Geschichte Wiki zusammen mit dem Diözesanarchiv Wien einen Themenschwerpunkt erarbeitet. Darin werden die Verwaltung der Erzdiözese Wien, ihre Bischöfe, ihre Institutionen (Schulen, Orden) und Baudenkmäler (Kirchen, Kapellen, kirchliche Kleindenkmäler) behandelt. Darüber hinaus werden Erklärungen wesentlicher Begriffe geboten, die mit der Erzdiözese Wien und der katholischen Kirche in Wien in Zusammenhang stehen.

Kardinal Christoph Schönborn

Kardinal Christoph Schönborn führt aus: „In Wien prägen die zahlreichen katholischen Kirchen, Kapellen und Denkmäler damals wie heute das Stadtbild Wiens maßgeblich. Kaum anderswo findet sich so eine große Dichte an Kirchenbauten. Wien war seit jeher ein Schmelztiegel der Völker. Das hat der Stadt eine hohe Bandbreite in der Sakralarchitektur geschenkt, sowohl in kultureller als auch in architektonischer Hinsicht. Kirche ist aber mehr als nur ein Gebäude aus Stein. Sie ist lebendige Gemeinschaft, die mit Jesus verbunden ist. Als vor 300 Jahren das kleine Bistum Wien zur Erzdiözese erhoben wurde, war die pastorale Sorge des Wiener Bischofs und späteren Kardinals Sigismund von Kollonitz die Errichtung von neuen Gottesdienststätten und Pfarren angesichts der Bevölkerungszunahme und die Verbesserung der Bildung des Klerus. Heute, 300 Jahre danach, stehen wir vor neuen Herausforderungen: Unseren Glauben und unsere Hoffnung in die Sprache der Menschen von heute zu übersetzen und die steingewordenen Glaubenszeugnisse der Vergangenheit an die Bedürfnisse der heutigen Zeit anzupassen.“

Kultur- und Wissenschaftsstadträtin Veronica Kaup-Hasler

Wiens Kultur- und Wissenschaftsstadträtin Veronica Kaup-Hasler meint: „Das Wiener Stadt- und Landesarchiv wird seiner gesellschaftlichen Rolle als Wissensspeicher der Stadt nicht nur mit der wichtigen archivarischen Arbeit gerecht, sondern schlägt auch immer wieder aufs Neue Brücken zur interessierten Öffentlichkeit. Es freut mich, daß



© Wikipedia / / CC-BY 4.0 /

Der Wiener Stephansdom in Pierers Universal-Lexikon, 1891

in Kooperation mit dem Diözesanarchiv Wien nun die Geschichte der Erzdiözese Wien nicht nur mit digitalisierten Originalquellen neu erschlossen wird, sondern auch mit einer Ausstellung und der für Jänner geplanten Tagung zum Erhebungsakt 1723 und seinen Folgen die Öffentlichkeit angesprochen wird.“

Der Weg zur Erzdiözese Wien

Die Geschichte des Bistums bzw. der Diözese Wien als eigenständige kirchliche Verwaltungseinheit reicht bis ins ausgehende Mittelalter zurück. Unter Kaiser Friedrich III. erfolgte im Jahr 1469 die Gründung des Bistums Wien. Die anfangs kleine Diözese wurde zunächst provisorisch von Administratoren verwaltet und erhielt erst 1513 ihren ersten Bischof.

Im 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts festigten sich im Rahmen der Reformation und Gegenreformation die Lehren und Praktiken der katholischen Konfession. Ab dem 17. Jahrhundert war die weltliche Verwaltung des Landesfürsten so eng mit der katholischen Kirche verbunden, daß sich der für Österreich typische Barockkatholizismus voll ausprägen konnte. Im 17. und 18. Jahrhundert entstanden daher auch in Wien zahlreiche katholische Kirchen, Kapellen und Denkmäler, die das Stadtbild noch heute prägen und von der Erzdiözese Wien verwaltet werden. Die Erzdiözese Wien wurde ab dem Jahr 1631 auch formell aufgewertet, indem die Wiener Bischöfe zu Reichsfürsten ernannt wurden und sich fortan Fürstbischöfe nennen durften.

Die Erhebung zur Erzdiözese

Die Erhebung Wiens zur Erzdiözese erfolgte 1722/1723 durch eine Bulle Papst Innozenz XIII. vom 1. Juni 1722, die jedoch erst am 14. Februar 1723 in Wien eintraf. Der feierliche Festakt zur Erhebung wurde am 24. Februar veranstaltet. Der Wiener Bischof Sigismund Kollonitz durfte sich ab 1722 als Erster Fürsterzbischof von Wien nennen und erhielt auch die Kardinalswürde, die fortan an alle Wiener Erzbischöfe verliehen wurde.

Durch die Reformen Josephs II. erreichte die Erzdiözese Wien gegen Ende des 18. Jahrhunderts in etwa ihre heutige Ausdehnung und umfaßte nun auch die östlichen Regionen Niederösterreichs. Das Verwaltungsgebiet der Erzdiözese Wien schloß von 1922 bis 1960 auch die neu gegründete Diözese Eisenstadt mit ein, die schließlich 1960 einen eigenen Bischof erhielt. Zur leichteren Verwaltung des umfangreichen Gebietes der Erzdiözese Wien wurden 1969 weitere grössere Strukturreformen durchgeführt. Heute besteht die Erzdiözese Wien aus drei Vikariaten, von denen das Vikariat Wien Stadt im Wesentlichen das Wiener Stadtgebiet umfaßt.

Originaldokumente online

Die Artikel des Themenschwerpunkts sind mit digitalisierten Originalquellen verbunden und verweisen auf Quellen, die im Wiener Stadt- und Landesarchiv sowie im Diözesanarchiv Wien verwahrt werden. ■

https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Erzdiözese_Wien

Zisterzienser aus Vietnam besuchen Stift Heiligenkreuz

Eine hochrangige Delegation aus der weltweit größten Kongregation des Zisterzienserordens dankte für Aufnahme vietnamesischer Patenstudenten an Hochschule Heiligenkreuz – Abtpräses Heim: »Diese Mitbrüder sind Brückenbauer zwischen Klöstern, Kulturen und Kontinenten.«

Foto: Stift Heiligenkreuz

Abtpräses Abt Maximilian Heim mit Abtpräses Johannes XXIII. Nguyn (Bildmitte) und der Deleagation aus der Abtei Phuoc Son

Eine hochrangige Delegation der Zisterzienserkongregation „"Von der Heiligen Familie“ aus Vietnam war Ende Oktober im niederösterreichischen Stift Heiligenkreuz zu Gast. An der Hochschule Heiligenkreuz werden seit vielen Jahren vietnamesische Mönche als Patenstudenten für weiterführende Studien aufgenommen, wie das Wienerwaldstift mitteilte. Die vietnamesische Delegation unter Leitung von Abtpräses Johannes XXIII. Nguyn aus der Abtei Phuoc Son habe bei dem Besuch am 27. Oktober der Österreichischen Zisterzienserkongregation und dem Stift Heiligenkreuz für diese Zusammenarbeit gedankt. Der Besuch folgte auf das Generalkapitel des Zisterzienserordens, das von 9. bis 22. Oktober in Rom stattgefunden hat.

„Daß Studenten aus Vietnam zu uns kommen ist keine Einbahnstraße, sondern eine gegenseitige Bereicherung, weil die vietnamesischen Mönche auch unsere Gemeinschaft inspirieren und stärken. Diese Mitbrüder sind Brückenbauer zwischen den Klöstern, den Kulturen und Kontinenten“, freute sich der Heiligenkreuzer Abt Maximilian Heim über den Besuch. Die Zisterzienserkongregation von Vietnam sei ein wesentlicher Teil der Zukunft des Ordens. „Die Zeit der Ausbildung junger Mönche in Heiligenkreuz ist eine Gelegenheit für theologische, monastische und menschliche Vertiefung auf beiden Seiten“, so Heim, der auch Abtpräses der Österreichischen Zisterzienserkongregation ist.

Abtpräses Johannes XXIII. Nguyn wurde von vier weiteren Äbten, einer Äbtissin und einer Priorin nach Heiligenkreuz begleitet. Trotz der schwierigen politischen Situation im offiziell kommunistischen Vietnam wächst die 1918 begründete Zisterzienserkongregation „Von der Heiligen Familie“ stark und ist derzeit die weltweit größte Kongregation des Zisterzienserordens. Sie besteht aus neun Männerklöstern und drei Frauenklöstern mit insgesamt mehr als 1.000 Ordensleuten. ■

https://www.stift-heiligenkreuz.org/
http://www.zisterzienserlexikon.de/wiki/Hauptseite

Wissenschaft & Technik

Sensationsfund in Ephesos

ArchäologInnen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften konnten ein frühbyzantinisches Geschäfts- und Lokalviertel freilegen. Es ist die bedeutendste Entdeckung in der Stadt seit vor 50 Jahren die inzwischen berühmten Hanghäuser gefunden wurden.

Foto: ÖAW-ÖAI / Niki Gail

Das Grabungsareal am Domitiansplatz in Ephesos, links die angrenzende obere Agora, rechts die Kuretenstraße.

Bei den diesjährigen Ausgrabungen in Ephesos in der Türkei haben ArchäologInnen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) ein hervorragend erhaltenes frühbyzantinisches Geschäfts- und Lokalviertel entdeckt. Das Areal wurde im Jahr 614/615 n. Chr. offenbar plötzlich zerstört. Der gesamte Hausrat in den Räumen wurde von einer mächtigen Brandschicht versiegelt und dadurch für die Nachwelt erhalten, was heute einzigartige Momentaufnahmen der damaligen Lebenswelt ermöglicht. Damit ist der Fund – wenn auch zeithistorisch völlig anders einzuordnen – vergleichbar mit der archäologischen Stätte von Pompeji.

Foto: ÖAW-ÖAI / Niki Gail

Die christlichen Pilgerampullen waren nur wenige Zentimeter groß und konnten um den Hals getragen werden. Sie enthielten geheiligte Substanzen, wie etwa heiligen Staub, die so von christlichen Pilgerstätten mitgenommen werden konnten.

Grabung am Domitiansplatz im Stadtzentrum

Der neu entdeckte Stadtteil liegt am Domitiansplatz, einer prominenten Platzan-

lage direkt anschließend an das politische Zentrum der römischen Stadt, der Oberen Agora. Die hier 2022 durchgeführten Grabungen sind Teil eines großen Forschungsprojekts, das sich den Veränderungen der Stadt zwischen römischer Kaiserzeit und Spätantike widmet.

„Daß die ursprünglich große römische Platzanlage in der Spätantike durch Geschäfte und Werkstätten überbaut wurde, war zu erwarten. Völlig unerwartet war jedoch der Erhaltungszustand sowie der exakte Zerstörungszeitpunkt und die daraus ableitbaren Implikationen für die Stadtgeschichte“, sagt Sabine Ladstätter. Sie ist Direktorin des Österreichischen Archäologischen Instituts der ÖAW und leitet seit 2009 die Ausgrabungen in Ephesos.

In großen Mengen wurden auch Amphoren gefunden, manche davon stammen aus Ephesos(braun), andere wurden aus Nordafrika importiert (beige).

Amphoren mit Makrelen, Geschäftskassen mit Goldmünzen

Bislang wurde auf einer Fläche von rund 170 Quadratmetern eine kleinteilige Verbauung bestehend aus mehreren Geschäftslokalen freigelegt. Der gesamte Gebäudekomplex war bis in das Jahr 614/615 in voller Blüte, davon zeugen die dort gefundenen Münzen. Einzelne Räume dieses Viertels sind bis zu 3,4 Meter hoch erhalten und waren durch eine massive Zerstörungsschicht komplett versiegelt.

Diese Becher waren offensichtlich das übliche Trinkgeschirr, aus dem Wein konsumiert wurde.

Unter den Schichten kam ein unglaublich reichhaltiges Inventar zum Vorschein. Gefunden wurde etwa unzähliges Geschirr, das in die Tausende geht, darunter im Ganzen erhaltene Schüsseln mit Resten von Meeresfrüchten wie Herzmuschel oder Austern oder Amphoren gefüllt mit eingesalzenen Makrelen. Daneben fanden sich auch Kerne von Pfirsichen, Mandeln und Oliven aber auch verkohlte Erbsen und Hülsenfrüchte. Besonders spektakulär sind vier zusammengehörige Goldmünzen (Solidi) sowie mehrere Geschäftskassen mit über 700 Kupfermünzen.

Bei den ausgegrabenen Räumen handelt es sich um eine Garküche, einen Lagerraum, eine Taberne, ein Geschäft für Lampen und christliche Pilgerandenken sowie eine Werkstätte mit angeschlossenem Verkaufsraum. Einzigartig ist der Fund von rund 600 kleinen Pilgerfläschchen, die christlichen Wallfahrern hier verkauft wurden und um den Hals getragen werden konnten.

„Dieser Fund in der Grabungsstätte von Ephesos ist spektakulär und in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug einzuschätzen. Hervorragend erhaltene Goldmünzen, Südfrüchte, Amphoren, ja ein ganzes Geschäfts-

Alle Fotos: ÖAW-ÖAI / Niki Gail

Numismatiker Nikolaus Schindel bei der Analyse der Münzfunde

Foto: ÖAW-ÖAI / Niki Gail

Bislang wurde auf einer Fläche von rund 170 m² eine kleinteilige Verbauung bestehend aus mehreren Geschäftslokalen freigelegt.

viertel konnten die Archäologinnen und Archäologen der ÖAW freilegen. Die Auswertung der Fundstücke wird noch viele neue Erkenntnisse über die damalige Zeit und die Hintergründe der plötzlichen Zerstörung bringen. Die ganze Akademie freut sich mit Grabungsleiterin Sabine Ladstätter und ihrem Team", sagt ÖAW-Präsident Heinz Faßmann.

Zerstörung des Viertels und die Sasaniden

„Der archäologische Befund zeigt uns eine massive Brandzerstörung, die plötzlich, dramatisch und folgenschwer gewesen sein muß", erklärt Sabine Ladstätter. „Den genauen Tag der Zerstörung wird man nicht mehr feststellen können, aber die Auswertung der vorgefundenen Früchte wird zumindest die Jahreszeit klären." War es ein Erdbeben? Darauf gibt es keinerlei Hinweise. Weder sind Mauern verschoben, noch Böden aufgewölbt. Es wurden auch keine menschlichen Überreste geborgen.

Es fanden sich aber etliche Pfeil- sowie Lanzenspitzen, die einen Hinweis auf eine kriegerische Auseinandersetzung liefern. Dazu paßt, daß um dieselbe Zeit in der rund 100 Kilometer von Ephesos entfernten türkischen Stadt Sardis Münzfunde ebenfalls Zerstörungen belegen. Diese wurden bereits früher mit Einfällen der persischen Sasaniden ins westliche Kleinasien in Verbindung gebracht, was aber bisher in der Forschung umstritten ist.

Foto: ÖAW-ÖAI / Niki Gail

Entdeckt werden konnte auch ein Lagerraum, der vollgeräumt war mit Gefäßen, die noch mit ihrem ursprünglichen Inhalt gefunden werden konnten. Zudem fand sich in diesem Raum eine Geschäftskasse mit über 400 Kupfermünzen.

Rätsel der Stadtgeschichte könnte gelöst sein

Die neuen Funde am Domitiansplatz könnten nun ein Rätsel der Stadtgeschichte von Ephesos lösen. Dazu Ladstätter: „Zwar konnte man bislang archäologisch beobachten, daß die Stadt im 7. Jahrhundert sprunghaft kleiner wurde und der Lebensstandard deutlich gesunken war, jedoch waren die Gründe dafür nicht klar." Auch der Münzumlauf brach stark ein und fiel auf ein deutlich niedrigeres Niveau als in den Jahrhunderten davor. „Man wird diese Zäsur in der Stadtgeschichte von Ephesos nun wohl mit den Sasanidenkriegen in Zusammenhang bringen müssen", so die ÖAW-Archäologin.

Grabungsteam

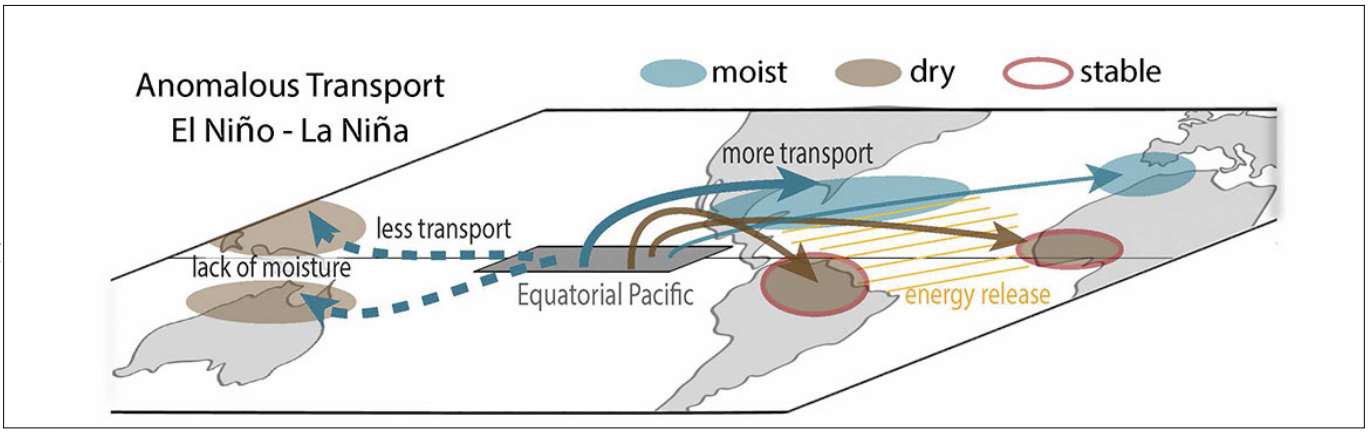
Die Auswertung der Funde und Befunde erfolgt durch ein Team von Forschern der ÖAW um Sabine Ladstätter: Helmut Schwaiger (Archäologie), Alfred Galik (Archäozoologie), Andreas G. Heiss (Archäobotanik) und Nikolaus Schindel (Numismatik). ■

https://www.oeaw.ac.at
https://de.wikipedia.org/wiki/Ephesos

Luftmassentransport bei El Niño-Phänomen

Transport von Luftmassen im Zusammenhang mit »El Niño« erklärt Wetterkapriolen von Amerika über Australien bis zum Mittelmeerraum

© Baier et al. 2022, Geophysical Research Letters. CC BY 4.0



Zusammenfassung des atmosphärischen Transports aus dem Tropischen Pazifik: Die durchgezogenen Pfeile zeigen eine Zunahme des Massentransports während El Niño, während gestrichelte Pfeile eine Abnahme zeigen. Blaue Pfeile zeigen den Transport von relativ feuchter Luft an; braune von relativ trockener Luft. Blaue Schattierungen zeigen anomal feuchte lokale Bedingungen (braune Schattierungen trockene). Rote Kreise zeigen den Transport warmer Luft in der Höhe, die stabile Bedingungen begünstigt. Die orangen Schattierungen zeigen den Transport der anomal größeren Wärmemenge aus dem Pazifik in den Tropischen Atlantik.

Das El-Niño-Phänomen beeinflußt das Wetter in weit entfernten Gegenden, bis hin nach Australien, Indien oder dem Mittelmeer, doch wie diese so genannten Telekonnektionen genau funktionieren, war bisher noch nicht geklärt. AtmosphärenforscherInnen der Universität Wien konnten nun zeigen, daß für diese Klima-Anomalien Schwankungen des Transports von Luftmassen, Wärme, Feuchtigkeit und Energie aus dem tropischen Pazifik verantwortlich sind. Und: El Niño wärmt auch den Atlantik auf, so die aktuell im Fachjournal „Geophysical Research Letters“ publizierte Studie.

Die El-Niño-Südliche Oszillation (ENSO) – eine der wichtigsten Klimaschwankungen weltweit – sorgt regelmäßig für weltweite Wetterkapriolen mit großen Auswirkungen etwa auf Fischerei oder Landwirtschaft. ENSO steht im Zusammenhang mit Veränderungen der Oberflächentemperatur des tropischen Pazifiks. Alle zwei bis sieben Jahre gibt es Perioden mit höheren Temperaturen – diese verursachen dann das so genannte El-Niño-Phänomen, welches wiederum in vielen Regionen der Welt zu ausgeprägten Wetteranomalien führt, wie zum Beispiel Dürren im Amazonasbecken und in Australien, verstärkten Niederschlägen im Süden der USA oder stärkeren Monsunereignissen in Indien. Diese weitreichenden Auswirkungen bzw. ihre Zusammenhänge werden als Telekonnektionen bezeichnet.

Die Mechanismen hinter diesen Telekonnektionen waren bisher – trotz zahlreicher Forschungsarbeiten über ENSO – noch nicht ausreichend geklärt. Am Institut für Meteorologie und Geophysik der Universität Wien gelang nun ein Durchbruch im Verständnis der Rolle des Luftmassentransports bei Telekonnektionen: Ein Forschungsteam konnte zeigen, daß Schwankungen des Transports von Luftmassen, Wärme, Feuchtigkeit und Energie aus dem tropischen Pazifik für viele der beobachteten Klimaanomalien kausal verantwortlich sind.

„In unserer Studie betrachteten wir diese Telekonnektionen aus einer neuen Perspektive – konkret untersuchten wir, wie die Wärme und Feuchtigkeit aus dem Pazifik über die Atmosphäre transportiert wird. Dadurch können wir eine direkte Verbindung zwischen dem Pazifik und entfernten Regionen herstellen“, erklärt Katharina Baier, Erstautorin und Nachwuchswissenschafterin der Vienna International School of Earth and Space Sciences. So zeigt sich beispielsweise in der Studie, daß während El Niño anomal trockene Luft in Richtung Amazonasbecken transportiert wird und dort Dürren verursacht. „Im Gegensatz dazu wird besonders feuchte Luft in Richtung des Südostens der USA transportiert, was dort wiederum vermehrte Niederschläge begünstigt“, erklärt Baier.

Auch Atmosphärenforscher Andreas Stohl von der Universität Wien, der Leiter der aktuell im Journal Geophysical Research Letters publizierten Studie, betont: „Unsere Ergebnisse tragen zum Verständnis von Wetterphänomenen weltweit bei, zum Beispiel auch in Australien, Afrika oder dem Mittelmeerraum. Außerdem können wir zeigen, daß während El Niño anomal große Wärmemengen aus dem tropischen Pazifik in den Atlantik transportiert werden, der daraufhin mit einer Erwärmung reagiert“, so der Leiter des Instituts für Meteorologie und Geophysik und des Forschungsverbundes VINAR.

Methodisch setzte das Forschungsteam der Universität Wien auf atmosphärische Ausbreitungsmodelle, die so genannten Lagrange’schen Modelle. Während herkömmliche Modelle meteorologische Parameter wie Luftfeuchtigkeit oder Temperatur an fixen Punkten erfassen, folgen die sogenannten Lagrange’schen Modelle den einzelnen Partikeln und erfassen, wie sich die meteorologischen Parameter entlang deren Weges ändern. Mithilfe dieser Modelle kann auch die Ausbreitung von Partikeln wie Ruß oder Mikroplastik beziehungsweise von Treibhausgasen analysiert werden. ■

https://www.univie.ac.at

Wissenschaft & Technik

Gefunden im Untergrund

Die Ur-Wien und die Ur-Liesing in Wien-Landstraße

Im Zuge einer 80 Meter tiefen Bohrung im Garten der Geologischen Bundesanstalt im 3. Wiener Gemeindebezirk (Landstraße) wurden in einer Tonschicht des Wiener Bekkens die Ablagerungen zweier Flüsse entdeckt: Die Ur-Wien und die Ur-Liesing. Die Beprobung und Analyse des Bohrkerns bringen nun neue Erkenntnisse aus der Ära des einstigen Pannonsees vor 10,4 Millionen Jahren. Der Bohrkern wurde wissenschaftlich analysiert und gibt auch Einblicke in die geologische Geschichte Wiens: Hier mündete vor 10,4 Millionen Jahren die Ur-Wien und die Ur-Liesing in den einstigen Pannonsee, der vom heutigen Alpenrand in Wien über Budapest bis Belgrad reichte.

Im Zeitraum von 11,6 bis 9 Millionen Jahren lag Wien mit dem Wiener Becken am Ostrand des Pannonsees. „Der See war vor 10,4 Millionen Jahren etwa halb so groß wie das heutige Schwarze Meer und damit der größte See Europas. Wien lag am Westufer dieses Sees. Über seine Zuflüsse aus den Alpen war aber bisher sehr wenig bekannt“, so Univ. Prof. Mathias Harzhauser, Leiter der Geologisch-Paläontologischen Abteilung am NHM Wien. Die blaugrauen, feinkörnigen tonreichen Ablagerungen des Sees bilden in weiten Bereichen der Stadt den Grundwasserstauhorizont (undurchlässige Tonschicht im Unterboden, bzw. Untergrund) und wurden im 19. und frühen 20. Jahrhundert in zahlreichen Tongruben für die Herstellung von Ziegeln abgebaut.

Die engmaschige Beprobung und multidisziplinäre Analyse des Bohrkerns an der Geologischen Bundesanstalt bringt nun neue Erkenntnisse aus der Ära des einstigen Pannonsees. Tonmineralogische Analysen ermöglichten Rückschlüsse auf das einstige Klima und den Sedimenteintrag aus dem etwa acht Kilometer entfernten Hinterland im Westen, dem heutigen Wienerwald mit der Flyschzone (Sandstein- und Mergelwechselfolgen) und den Nördlichen Kalkalpen (Kalke und Dolomite).

Unter der Leitung von Univ. Prof. Mathias Harzhauser erfolgte die Auswertung der tonmineralogischen und geochemischen Untersuchungen von Mandana Peresson und Christian Benold von der Geologischen Bundesanstalt (GBA). Stjepan Ćorić (GBA) bearbeitete Nannofossilien, Oleg Mandic (NHM Wien) untersuchte Mikrofossilien. Prof. Gert J. De Lange aus Utrecht (Niederlande) half bei der Interpretation der geochemischen Parameter.

Foto: NHM Wien

Kisten mit Bohrkernen im Garten der Geologischen Bundesanstalt im Juli 2019 mit Univ. Prof, Mathias Harzhauser und Mandana Peresson

„Die mineralogische Analytik zeigt klar den Einfluß des Hinterlandes, wobei wir gut zwischen Sedimenteintrag der Ur-Liesing und der Ur-Wien unterscheiden können“, so Mandana Peresson von der Abteilung Rohstoffgeologie der Geologischen Bundesanstalt.

Die Spuren der Ur-Wien und der Ur-Liesing

Dominieren im oberen Bereich der Bohrung im Tegel umgelagerte Nannofossilien (kleiner als drei hundertstel Millimeter) aus der Flyschzone, können damit Vergleiche zu einem Fluß ähnlich der heutigen Wien gezogen werden, die in der Flyschzone entspringt. Auch ein gröberer Horizont (ausgedehnte Ton- oder Gesteinsschicht) bei 30,7 Metern Tiefe ist eindeutig der Flyschzone zuzuordnen.

Ein Bereich mit 10fach überhöhten Karbonatwerten und Kiesen bei 32,5 Metern wird als Schüttung aus den Nördlichen Kalkalpen interpretiert und ist als Ur-Liesing zu betrachten. Dazu kommen vereinzelte Fossilhorizonte, die ebenfalls den Süßwassereinfluß des Hinterlandes zeigen. ■

https://www.nhm-wien.ac.at/

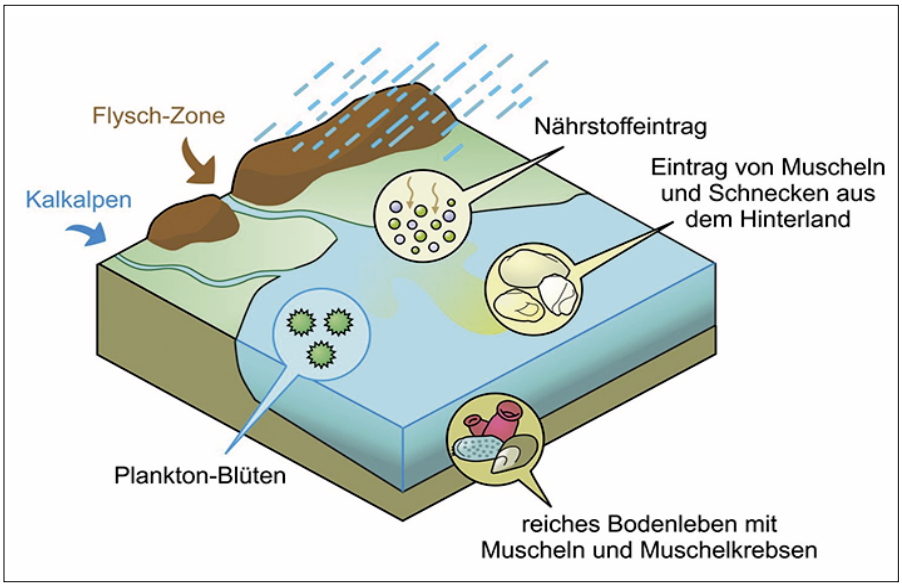
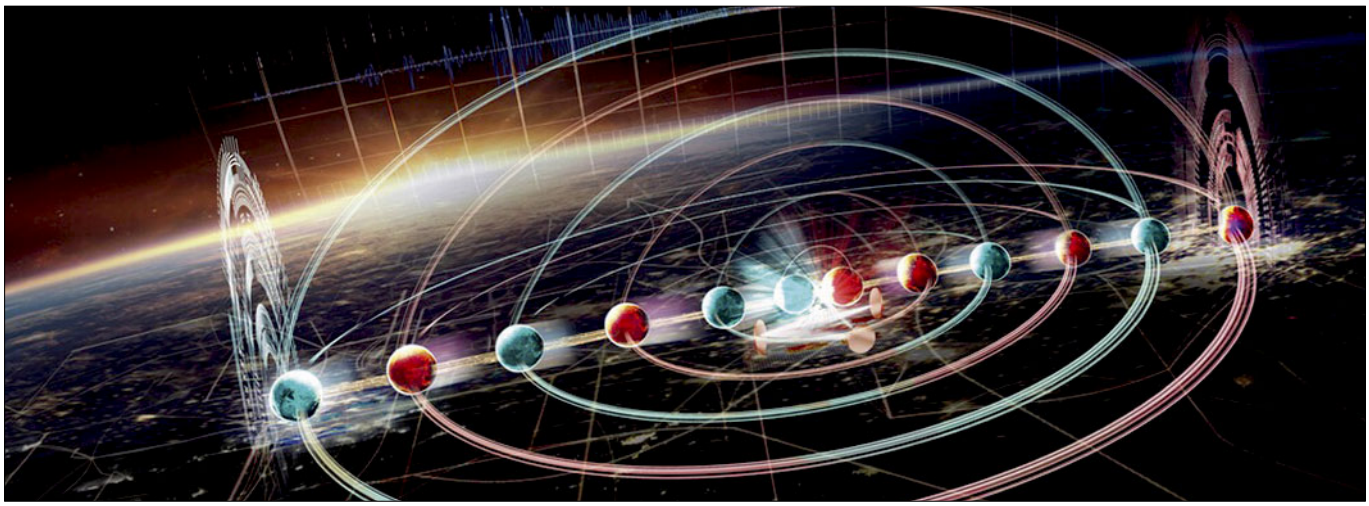


Foto: NHM Wien

Weltrekord bei Quanten-verschränkung in Glasfaser

PhysikerInnen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ist es erstmals gelungen, Photonen über 248 Kilometer Glasfaser zu verschränken.



© ÖAW/Harald Ritsch

Das Bild zeigt eine künstlerische Illustration der Quantenverschränkung zwischen zwei Orten.

Einmal mehr haben WissenschaftlerInnen des Wiener Instituts für Quantenoptik und Quanteninformation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) einen neuen Weltrekord bei der Quantenverschränkung aufgestellt: Erstmals ist es gelungen, verschränkte Photonen, also Lichtteilchen, über 248 Kilometer verlegter Glasfaser zu schicken. Die bisherige Rekorddistanz über knapp 100 Kilometer aus dem Jahr 2019 wurde somit mehr als verdoppelt. Details wurden jetzt im Fachmagazin Nature Communications publiziert.

Ziel des jüngsten Experiments war die Erstellung eines ersten Knotens im QUAPITAL-Netzwerk, einem Forschungsprojekt für ein zentraleuropäisches Quanteninternet. Quantennetzwerke versprechen absolut abhörsichere Kommunikation und leistungsstarke verteilte Sensornetzwerke für Forschung und Technologie – sie gelten als Kommunikationswege der Zukunft. Bahnbrechende Vorarbeiten hat in diesem Bereich auch Nobelpreisträger Anton Zeilinger geleistet.

»Spukhafte Fernwirkung«

Im Rahmen des QUAPITAL-Projekts schickte ein Sendeapparat in Wien stabil über mehrere Tage Quantenzustände nach Sankt Pölten und Bratislava. Dort wurden sie gemessen und ihre quantenphysikalischen Eigenschaften nachgewiesen. Dabei wurde eine Quelle für verschränkte Photonenpaare im Keller des Physikinstituts der Universität Wien an zwei bereits verlegte Glasfasern angeschlossen. Die beiden je zirka 125 Kilometer langen Faserleitungen führten zu Empfangsstationen in der Nähe von Sankt Pölten sowie in der Slowakischen Akademie der Wissenschaften in Bratislava.

„Quantenverschränkung ermöglicht es, sogenannten korrelierten Zufall zu erzeugen. Das ist, als ob zwei Münzen, die an verschiedenen Orten – in unserem Fall Sankt Pölten und Bratislava – geworfen werden, stets auf dieselbe Seite fallen“, erklärt Rupert Ursin, wissenschaftlicher Leiter des Projekts an der ÖAW. Dieser von Einstein als „spukhafte Fernwirkung“ bezeichnete Effekt sei nicht nur aus physikalischer Sicht interessant, sondern habe ganz konkrete Anwendungen. Die auch kommerziell ausgereifteste davon ist die verschlüsselte Datenübertragung mithilfe von Quantentechnologie. Bei dieser sogenannten Quantenkryptographie können die „Münzwürfe“ dazu verwendet werden, Nachrichten prinzipiell unknackbar zu verschlüsseln. Aber auch die Verknüpfung von zukünftigen Quantencomputern wird durch die Übertragung von Verschränkung ermöglicht.

Wichtige für künftiges Quanteninternet

Sebastian Neumann, ÖAW-Erstautor der Publikation und mit der Durchführung des Experiments betraut, schildert die größten Herausforderungen: „Im Unterschied zum ‚normalen‘ Internetsignal können Quantenzustände nicht am Weg ausgelesen und verstärkt werden. Dadurch werden die Leitungsverluste zu einem Problem, weil nur etwa jedes hundertmillionste weggeschickte Photonenpaar auch tatsächlich an den Detektoren ankommt.“

Dementsprechend hoch müsse die Rate der in Wien erzeugten Photonen sein. „Dafür haben wir eine spezielle Photonenquelle konstruiert, über die wir sogar eigens publiziert haben“, sagt Neumann. Weiters müsse das Signal gegen Temperaturschwankungen in der Faser unempfindlich gemacht werden, wofür ein eigenes Stabilisierungssystem ersonnen wurde. Dies ermöglicht einen ununterbrochenen Betrieb der Leitung, eine weitere wichtige Voraussetzung für ein zukünftiges Quanteninternet.

Für die Erforschung der Quantenverschränkung mit Photonen wurde Anton Zeilinger am 10. Dezember mit dem Nobelpreis für Physik bedacht. Österreichische Forschung zur Quantenphysik, wie sie an der ÖAW betrieben wird und an der auch Zeilinger forscht, befindet sich hier im internationalen Spitzenfeld. ■

https://www.oeaw.ac.at

Lesen Sie den Beitrag über die Verleihung des Nobelpreises ab der Seite 124.

Wissenschaft & Technik

Grüner Wasserstoff aus Wien für Wien

Wien Energie und Wiener Netze errichten bis 2023 eine Elektrolyseanlage zur Erzeugung von grünem Wasserstoff

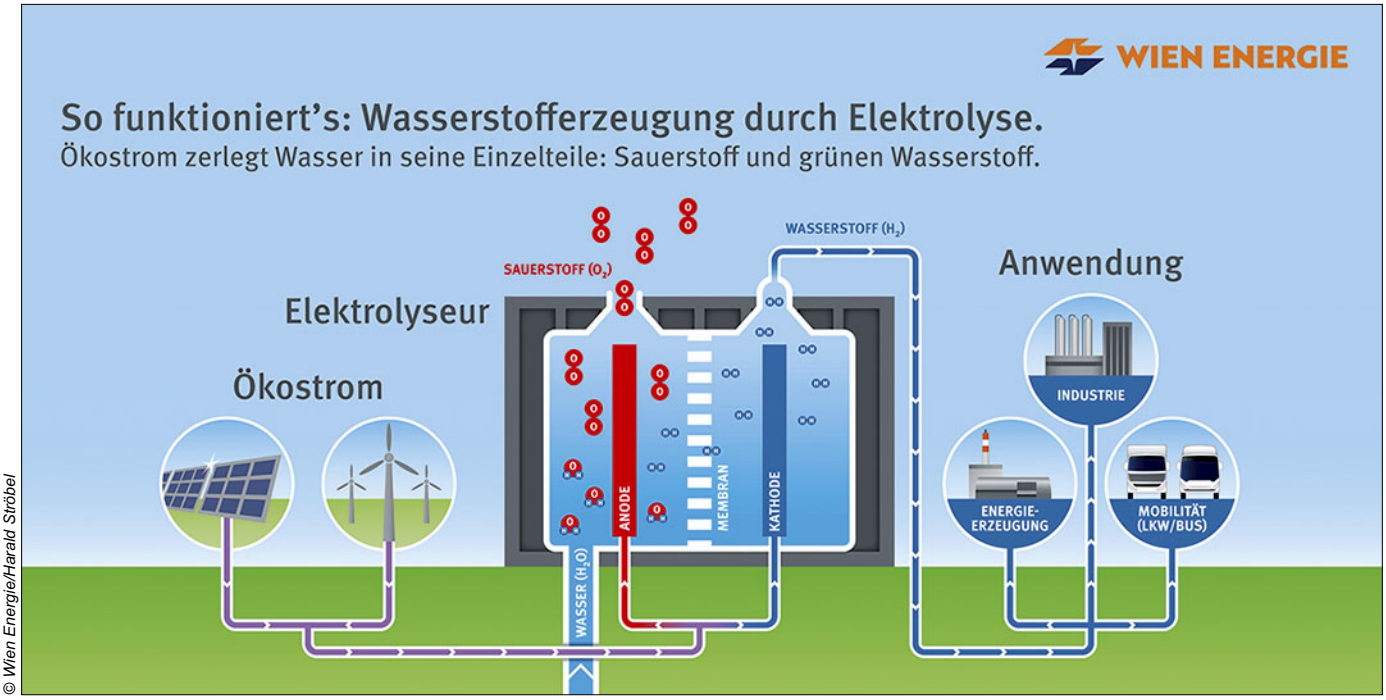
Wien Energie und Wiener Netze starten mit der Errichtung der ersten städtischen Wasserstoff-Erzeugungsanlage in Wien-Simmering. Die Elektrolyseanlage erzeugt mit einer Leistung von 3 Megawatt ab Sommer 2023 täglich bis zu 1.300 Kilogramm grünen Wasserstoff (H2) aus Ökostrom. „Wir treiben die Energiewende in Wien voran! Die Wasserstoff-Erzeugungsanlage ist der nächste wichtige Schritt, mit dem wir die Wasserstoff-Strategie der Wiener Stadtwerke konsequent umsetzen. Wien Energie und Wiener Netze bündeln hier ihre Kompetenz und sorgen dafür, daß wir künftig grünen Wasserstoff ‚Made in Vienna' zur Verfügung haben", freute sich Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke am 16. November anläßlich des Spatenstichs der Anlage.

Die H2-Erzeugungsanlage entsteht am Campus der Wiener Netze, betrieben wird sie künftig von Wien Energie. Das Investitionsvolumen beträgt rund 10 Millionen Euro, auch Förderungen für die vollumfängliche Umsetzung des Projekts wurden beantragt. Die Anlage wird die erste ihrer Art und Größenordnung sein, mit der direkt in Wien grüner Wasserstoff aus Ökostrom erzeugt wird.

Foto: Wien Energie / Martin Steiger

Beim Spatenstich (v.l.): Peter Weinelt (Generaldirektor-Stellvertreter Wiener Stadtwerke), Gudrun Senk (Geschäftsführerin Wiener Linien), Gerhard Fida (Geschäftsführer Wiener Netze), Peter Hanke (Stadtrat), Michael Strebl (Vorsitzender der Wien Energie-Geschäftsführung), Thomas Steinhart (Bezirksvorsteher Simmering), Karl Gruber (Geschäftsführer Wien Energie) und Helmut Meixner (Wasserstoff-Experte Wiener Netze)

„Ab nächstem Jahr erzeugen wir grünen Wasserstoff in Wien für Wien! Neben dem Mobilitätsbereich im Schwerlastverkehr bietet Wasserstoff viel Potential für die Industrie und für den Energiesektor – dort, wo bestehende fossile Gase nicht gut durch andere Technologien ersetzt werden können. Klar ist, daß der Wasserstoff dabei aus er-



© Wien Energie/Harald Ströbel

neuerbaren Quellen wie etwa Ökostrom erzeugt werden muß. Nur so gelingt uns die Energiewende und die Klimaneutralität 2040“, ist Michael Strebl, Vorsitzender der Wien Energie-Geschäftsführung, überzeugt.

Wasser wird in Einzelteile zerlegt

Für die Wasserstoff-Erzeugung in Simmering kommt ausschließlich Strom aus erneuerbaren Quellen, wie Sonnen-, Wind- und Wasserkraft zum Einsatz. Um aus Ökostrom grünen Wasserstoff zu erzeugen, wird Elektrolyse als Verfahren eingesetzt. Bei diesem Verfahren wird Wasser (H_2O) in seine Bestandteile zerlegt: Sauerstoff und Wasserstoff. Der freigesetzte Sauerstoff entweicht in die Luft. Der Wasserstoff wird direkt vor Ort verdichtet. Er ist unter hohem Druck gut und platzsparend lager- und transportierbar.

„Der Campus der Wiener Netze ist der ideale Ort, um grünen Wasserstoff zu erzeugen“, erklärt Wiener Netze-Geschäftsführer Gerhard Fida. „Wir haben auf dem Gelände in Simmering die besten Voraussetzungen und verfügen über mehr als 100 Jahre Erfahrung im Umgang mit verschiedenen Energien in fester, flüssiger und gasförmiger Form. Mit unserem Wissen tragen wir dazu bei, daß die Produktion, die Verdichtung und der Transport von Wasserstoff zu den Tankstellen gut über die Bühne geht. Wir leiten die Zukunft ein!“

Wasserstoff-Tanken in Simmering und in der Leopoldau möglich

Die täglich produzierte Wasserstoffmenge von bis zu 1.300 Kilogramm reicht aus, um etwa 60 Busse/LKW zu betanken. Neben der H2-Erzeugungsanlage entsteht in Simmering auch eine weitere Wasserstoff-Tankstelle für Busse und LKWs. Dort können Verkehrs- und Logistikunternehmen künftig mit 350 oder 700 bar grünen Wasserstoff tanken. Nicht nur Mobilitäts-, sondern auch Industriepartner können dann den Wasserstoff beziehen. Dazu wird ein eigener Bereich für die Abholung mit Trailern eingerichtet. Auch die H2-Tankstelle am Gelände der Wiener Linien-Busgarage in der Leopoldau wird in Zukunft von Simmering aus beliefert.

Wiener Linien bis 2025 mit zehn Wasserstoff-Bussen unterwegs

Bei den Wiener Linien kommt klimaneutraler Wasserstoff als Treibstoff für Busse bereits zum Einsatz. In den vergangenen Monaten wurde getestet, ab sofort ist der erste H2-Bus auf der Linie 39A im regulären Fahrgastbetrieb unterwegs. Erst kürzlich hat das Verkehrsunternehmen verkündet, daß die Linie 39A bis 2025 komplett auf emissionslose Antriebe umgestellt wird. Zehn Wasserstoff-Busse werden dann zwischen Heiligenstadt und Sievering unterwegs sein.

„Als Wiener Stadtwerke-Gruppe bilden wir als erste in Österreich die gesamte Wertschöpfungskette ab. Wir produzieren, vertreiben und verwenden den Wasserstoff, beispielsweise in unseren Bussen – und das geschieht gänzlich emissionsfrei“, so der stellvertretende Generaldirektor der Wiener Stadtwerke, Peter Weinelt.

Die Wiener Linien sind damit die ersten Mobilitätskunden von Wien Energie für grünen Wasserstoff. Mit weiteren Partnern aus der Verkehrs- und Logistikbranche ist Wien Energie bereits im Gespräch.

2023: Erster Wasserstoff-Betriebsversuch im Kraftwerk Donaustadt

Daß grüner Wasserstoff nicht nur im Mobilitätsbereich eingesetzt werden kann, zeigt Wien Energie 2023 vor: Im Kraftwerk Donaustadt wird im Rahmen eines Betriebsversuchs Wasserstoff zum Erdgas beigemischt. Es ist der weltweit erste Versuch dieser Art, den Wien Energie gemeinsam mit Partnern umsetzt.

Der Anwendungsbereich ist vielversprechend: Allein mit 15 Prozent Wasserstoff-Beimischung könnten jedes Jahr 33.000 Tonnen CO_2 eingespart werden. Auch hier soll zum Teil Wasserstoff aus der neuen eigenen H2-Erzeugungsanlage zum Einsatz kommen.

Die Wiener Stadtwerke-Gruppe als Wasserstoff-Partner der Ostregion

Die Wiener Stadtwerke-Gruppe treibt gemeinsam die Nutzung von grünem Wasserstoff voran. 2021 hat der Konzern mit einer eigenen Wasserstoff-Strategie einen klaren Fahrplan vorgelegt, wie Wien bis 2030 zur zentralen Wasserstoff-Drehscheibe im Osten Österreichs wird. Mit Wien Energie, den Wiener Netzen und den Wiener Linien kann die Wiener Stadtwerke-Gruppe die gesamte Wertschöpfungskette abbilden: Von der Produktion über die Verteilung und Speicherung bis zur Nutzung von H2. ■

https://www.wienernetze.at/

Foto: Wiener Linien / M.Helmer

H2-Bus der Wiener Linien im Testbetrieb auf der Strecke des 10A in der Nähe vor dem Schloß Schönbrunn

Schiffe mit Robotern inspizieren und reinigen

Die Reinigung eines Rumpfs eines Containerschiffes dauert derzeit rund acht Tage und verursacht Kosten von 100.000 bis 200.000 Euro.

Ein Team, dem auch ForscherInnen am Institut für Intelligente Systemtechnologien angehören, möchte autonome Roboter für diese Aufgabe einsetzen. Nun laufen dafür Tests am Wörthersee.

„Es gibt zwar ferngesteuerte Anlagen, die den Menschen bei der Wartung der Schiffe unterstützen, aber bisher ist es noch nicht gelungen, komplett autonome Roboter hierfür zum Einsatz zu bringen. Die Robustheit und Verläßlichkeit solcher Systeme konnte noch nicht hinreichend nachgewiesen werden, um Reedereien und Endnutzer vom Potential zu überzeugen“, erläutert Stephan Weiss, Leiter der Gruppe Control of Networked Systems (CNS) an der Universität Klagenfurt. Er wirkt gemeinsam mit seinem Kollegen Jan Steinbrener und seinem Team an mehreren Arbeitspaketen des EU-HORIZON2020-Projekts „BugWright2 Autonomous Robotic Inspection and Maintenance on Ship Hulls and Storage Tank“ mit.

Die Technologie sieht den Einsatz unterschiedlicher Roboter vor: Sowohl kleine Helikopter, so genannte Micro Aerial Vehicles (MAV) als auch kleine autonome Unterwasserfahrzeuge (Autonomous Underwater Vehicles, AUV) sollen ihre Dienste gemeinsam mit Teams von magnetischen Radroboter an den verschiedenen Schiffsoberflächen tun. Die Struktur soll visuell und akustisch inspiziert werden, um Korrosionsflecken zu identifizieren und die Oberfläche wie erforderlich zu reinigen.

Das Problem dabei: Der Unterwasserroboter muß dafür ohne GPS Signal wissen, wo er sich befindet, und autonom navigieren können. Schwierigkeiten bereiten die geringe Textur und glatte Oberfläche des Schiffskörpers, die eine genaue Kamera oder sonarbasierte Navigation erschweren.

Aktuell ist es dem Team gelungen, erste Methoden hierfür vorzustellen, die mit mehreren Sensoren zusammenarbeiten können. Jüngst fand auch ein erstes Experiment in der Drohnenhalle der Universität Klagenfurt statt. Stephan Weiss erzählt: „Unsere Projektpartner von der RWTH Aachen haben über deren virtuelle Brille Drohnen in unserer Drohnenhalle gesteuert. Wir haben dabei ein Schiff im Maßstab 1:10 simuliert und die Bilder sowie reale Positionsdaten der Drohne nach Aachen geschickt, die das wiederum in der virtuellen Welt dargestellt haben.“

Foto: Universität Klagenfurt

Auf dem Laptop kann das vom Unterwasserroboter übertragene Bild verfolgt werden

Testwoche für die Drohnen

Das Ziel der bilateralen Integrationswoche in der Drohnenhalle der Universität Klagenfurt zwischen dem UNI-KLU-Team und dem UIB-Team war zweierlei:

- Sicherstellung der korrekten Integration aller Bewegungsschätzungsmodule in die visuell inspektionsorientierte UIB-Drohne, und
- Evaluierung des visuellen Wegmessers (UNI-KLU) und des laserbasierten Wegmessers (UIB), die im Rahmen von BUGWRIGHT2 entwickelt wurden, und vor allem ihre Fusion durch MaRS (UNI-KLU) im Hinblick auf eine belastbarere Schätzung des Plattformzustands und damit der Drohnenbewegung.

Foto: Universität Klagenfurt

Der Unterwasserroboter

Projektpartner im Konsortium ist unter anderem die Norwegian University of Science and Technology (NTNU), an der Alexandre Cardaillac als PhD-Kandidat am Department of Marine Technology im Applied Underwater Robotics Laboratory (AURLab) arbeitet. Er wird nun gemeinsam mit Martin Scheiber und Alessandro Fornasier, PhD-Kandidaten in der CNS-Gruppe an der Universität Klagenfurt, Tests am Wörthersee durchführen. Dafür stehen Schiffe der Wörtherseeschifffahrt zur Verfügung. ■

https://www.aau.at/

Babys besitzen größere Vorstellungskraft …

… als bisher bekannt – neue Studie der Central European University

In einer neuen am 31. Oktober im „Journal Philosophical Transactions of the Royal Society B“ erschienenen Studie haben WissenschaftlerInnen der in Wien ansässigen Central European University herausgefunden, daß bereits 14 Monate alte Babys von sich aus mehrere Alternativen in Betracht ziehen können, wenn ihnen ein nicht klar erkennbares Objekt, das mehrere Interpretationsmöglichkeiten offenließ, gezeigt wurde. Durch die Messung des Pupillendurchmessers von Kleinkindern konnten die Forscher rund um Nicolò Cesana-Arlotti und Bálint Varga auf die mentale Anforderung schliessen, die mit der Generierung von mehreren alternativen Hypothesen verbunden ist. Diese Ergebnisse weisen darauf hin, daß die Basis für unsere Vorstellungskraft und die Fähigkeit über alternative Möglichkeiten nachdenken zu können, bereits sehr früh vorhanden ist, nämlich noch bevor Kleinkinder sprechen können.

Die Fähigkeit, sich mehrere mögliche Szenarien vorstellen und untereinander vergleichen zu können, spielt eine enorm wichtige Rolle – sowohl in den Künsten und Wissenschaften als auch im täglichen Leben. Wenn wir beispielsweise im Restaurant Essen bestellen möchten, vergleichen wir oft verschiedene Alternativen (Sushi oder Steak?), ziehen mögliche Hypothesen in Betracht (gehört roher Fisch oder gegrilltes Fleisch zu den Spezialitäten des Restaurants?) und spielen verschiedene Szenarien durch. Diese Fähigkeit, mehrere Möglichkeiten in Betracht ziehen zu können, ist also grundlegend, um auf mögliche zukünftige Geschehnisse gut vorbereitet zu sein.

In kurzen Filmsequenzen haben die CEU-ForscherInnen des Zentrums für kognitive Entwicklung 14 Monate alten Kindern Babys gezeigt, in denen die Identität eines Objekts nicht deutlich zu erkennen war, weil es teilweise verdeckt wurde. Alle Objekte in diesen Animationen besaßen ein paar Gemeinsamkeiten: beispielsweise sah der obere Teil des Spielzeugelefanten, der Puppe und des Balls gleich aus. Dann zeigten die Forscher eine Reihe von Szenarien, in denen verschiedene Teile verdeckt wurden. In diesen wurden die Kleinkinder darin gefordert, über die mögliche Identität des Objekts nachzudenken (ist das die Puppe oder ist das der Ball?). Dann wurden die Messungen des Pupillendurchmessers des einen Szenarios mit jenen des anderen Szenarios verglichen. Die Untersuchungen zeigten, daß die Pupillen sich mehr weiteten, wenn die Kleinkinder eine Szene betrachteten, die mehrere Möglichkeiten offenließ, als wenn das betrachtete Objekt eindeutig zu identifizieren war. Diese Ergebnisse bestärken ebenfalls die Annahme, daß Kleinkinder von sich aus als Reaktion auf unklare Gegebenheiten mehrere alternative Möglichkeiten mental abbilden können.

Foto: Pixabay / Tú Nguyễn

Die Studienergebnisse weisen darauf hin, daß die Basis für unsere Vorstellungskraft und die Fähigkeit über alternative Möglichkeiten nachdenken zu können, bereits sehr früh vorhanden ist, nämlich noch bevor Kleinkinder sprechen können.

Über das KIKO Babylab - CEU Forschungszentrum für KinderKognition

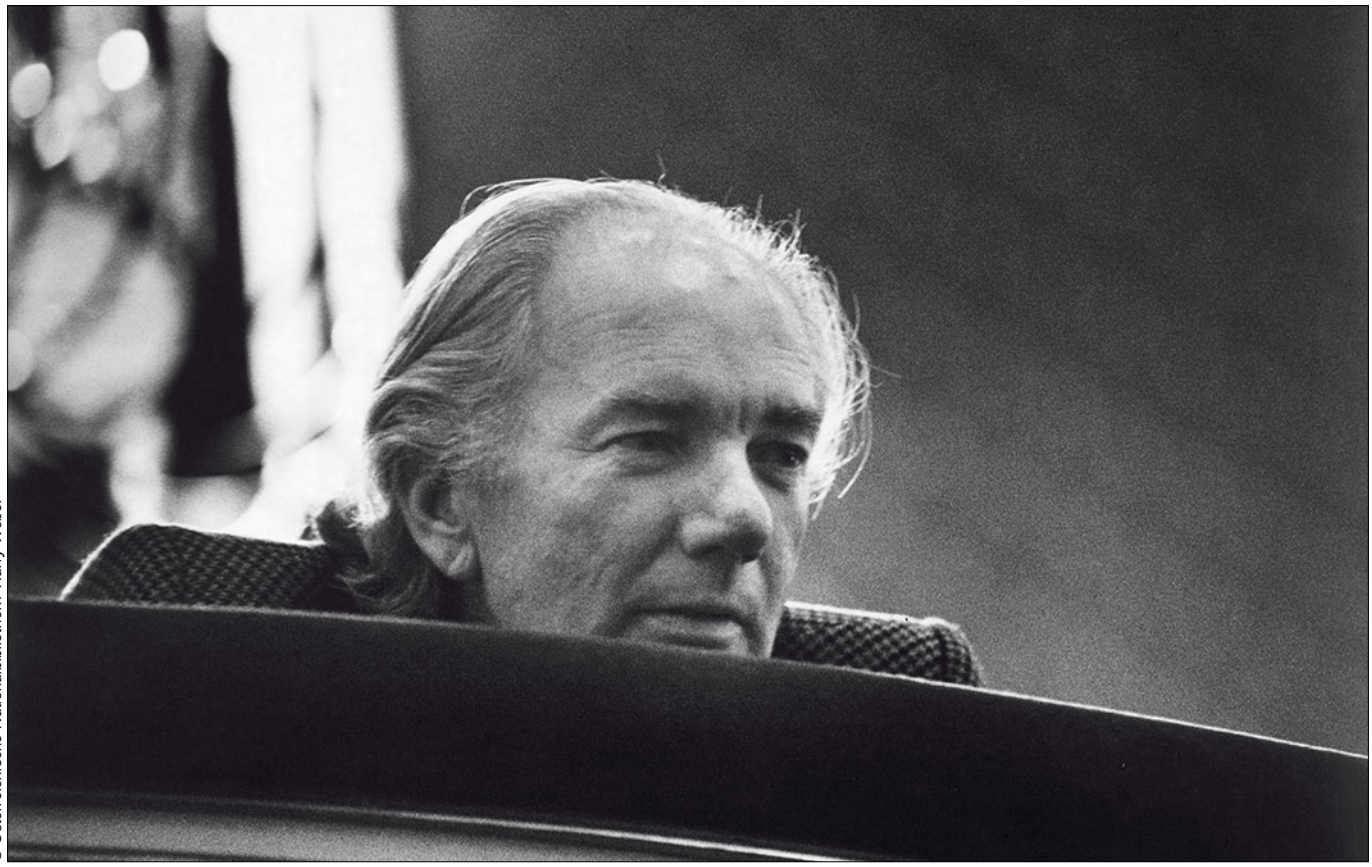
KIKO Babylab ist eine Forschungseinrichtung am Institut für Kognitionswissenschaft der Central European University in Wien Favoriten, die die Entwicklung der menschlichen Kognition untersucht. Dort wird erforscht, wie Babys und Kleinkinder lernen die Welt um sich herum zu verstehen. Die Studien sollen Kindern Spaß machen: Sie sind kurzweilig und beinhalten Spiele oder das Ansehen von kurzen Filmen. Gleichzeitig versucht das Babylab Antworten auf verschiedene Forschungsfragen zu finden. Die Studien sind für Kinder im Alter von drei Monaten bis zu acht Jahren konzipiert. Das Team des KIKO Babylab ist stets auf der Suche nach Familien, die freiwillig an einer Studie teilnehmen wollen – entweder indem sie dem Babylab in Wien Favoriten einen Besuch abstatten oder indem sie bei einer Onlinestudie mitmachen. ■

https://www.ceu.edu/

Wissenschaft & Technik

Nationalbibliothek erwirbt Nachlaß von Thomas Bernhard

Nach jahrelangen Bemühungen ist es der Österreichischen Nationalbibliothek mit Unterstützung des Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport gelungen, einen der bedeutendsten deutschsprachigen Nachlässe des 20. Jahrhunderts zu erwerben.



© Österreichische Nationalbibliothek / Harry Weber

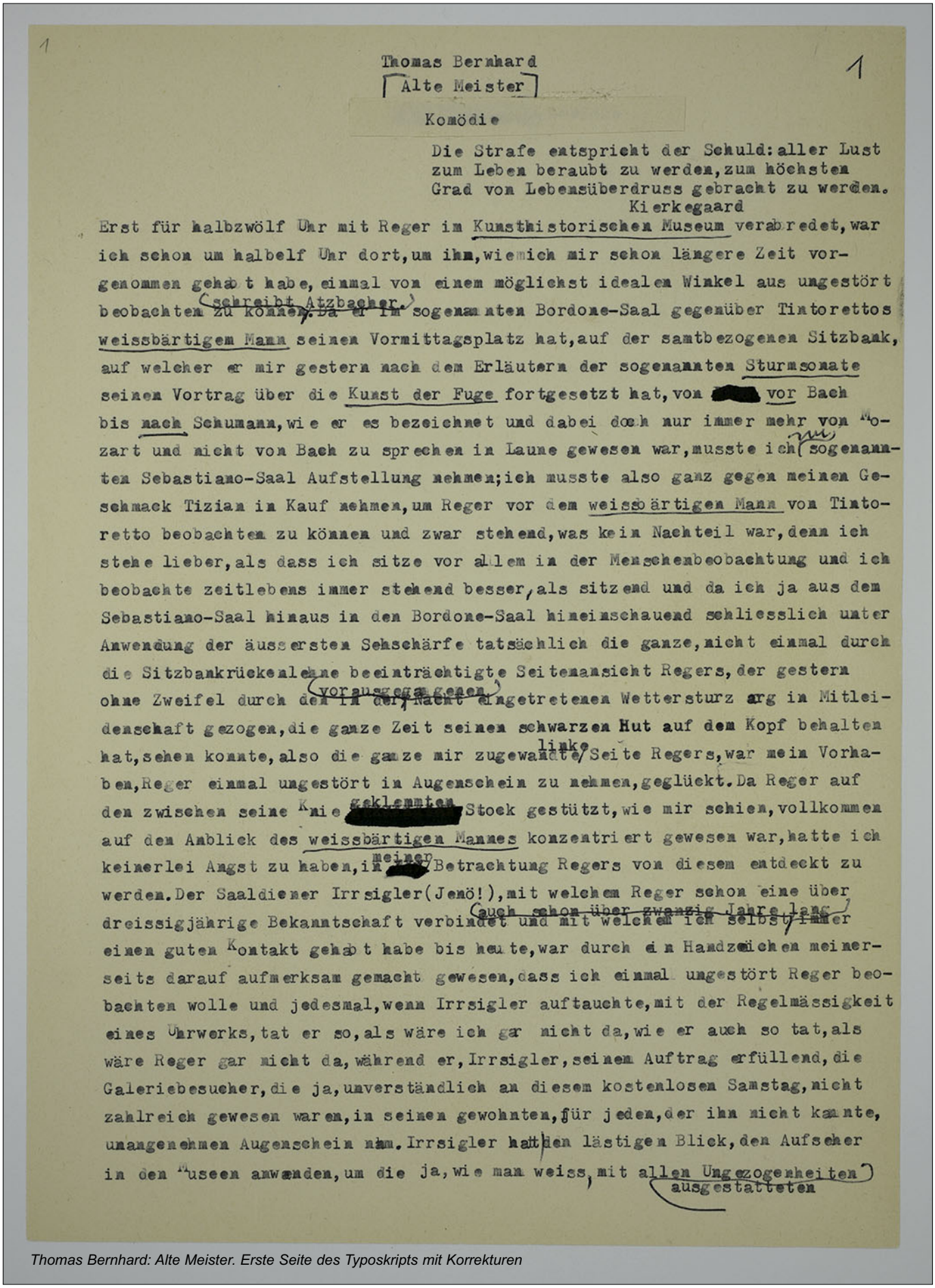
Thomas Bernhard während einer Probe zu „Heldenplatz“ am Wiener Burgtheater, 1988

Thomas Bernhards Nachlaß ist nahezu vollständig überliefert, er deckt die gesamte literarische Produktion ab und liefert damit Einsicht in einen Schreibprozeß, der über Jahrzehnte kaum je ins Stocken geriet. Zu diesem Ganzen gehören die vielen Teile, die im Nachlass überlieferten Fragmente und Entwürfe. Somit bildet dieser Bestand eine unverzichtbare Materialbasis, aus der der Zusammenhang zwischen Leben und Werk, von Bernhards Schreibanfängen bis zu seinem Tod, deutlich wird.

„Ich freue mich, daß der umfangreiche schriftstellerische Nachlaß Thomas Bernhards, der auch die Schriften und Briefe seines Großvaters, Johannes Freumbichler, umfaßt, an die Österreichische Nationalbibliothek geht“, so Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer. „Großer Dank gilt dem Verhandlungsteam und Dr. Peter Fabjan, der das Erbe seines Bruders mehr als drei Jahrzehnte lang professionell und mit großer Umsicht betreut und wesentlich zur internationalen Wirkung dieses einzigartigen Autors beigetragen hat. Der Erwerb des Nachlasses ist auch ein Auftrag: nämlich das Werk Bernhards in seiner Entstehung zu erforschen, immer wieder aufs Neue auf seine Aktualität hin zu befragen und in Ausstellungen, Sonderschauen, Lesungen, Diskussionen und anderen Formaten dem literaturinteressierten Publikum zu präsentieren. Und es gibt keinen besseren Ort dafür als die Österreichische Nationalbibliothek mit ihrem Literaturarchiv im Michaelertrakt der Hofburg und dem Literaturmuseum in der Johannesgasse“.

Die Generaldirektorin der Österreichischen Nationalbibliothek, Johanna Rachinger, betont: „Thomas Bernhards Werk ist einzigartig in der deutschsprachigen Literatur nach 1945, es ist Teil der Weltliteratur. Für mich ist dieser Nachlaß einer der bedeutendsten Zugänge in der Geschichte der Österreichischen Nationalbibliothek. Wir sind uns der Verantwortung bewußt, diesen Bestand langfristig für die Forschung und die Allgemeinheit zu sichern.“

Der Nachlaß umfaßt sämtliche veröffentlichten und unveröffentlichten Werke sowie alle überlieferten Korrespondenzen. Allein an unveröffentlichten Texten sind über 150 Titel verzeichnet, hinzu kommen Notizen und autobiografische Aufzeichnungen. Der Werk-Bestand macht knapp 30.000 Blätter mit



Thomas Bernhard

Alte Meister

Komödie

Die Strafe entspricht der Schuld: aller Lust zum Leben beraubt zu werden, zum höchsten Grad von Lebensüberdruss gebracht zu werden.
Kierkegaard

Erst für halbzwölf Uhr mit Reger im Kunsthistorischen Museum verabredet, war ich schon um halbelf Uhr dort, um ihm, wie ich mir schon längere Zeit vorgenommen gehabt habe, einmal von einem möglichst idealen Winkel aus ungestört beobachten zu können, (schreibt Atzbacher,) da er im sogenannten Bordone-Saal gegenüber Tintorettos weissbärtigem Mann seinen Vormittagsplatz hat, auf der samtbezogenen Sitzbank, auf welcher er mir gestern nach dem Erläutern der sogenannten Sturmsonate seinen Vortrag über die Kunst der Fuge fortgesetzt hat, von [redacted] vor Bach bis nach Schumann, wie er es bezeichnet und dabei doch nur immer mehr von Mozart und nicht von Bach zu sprechen in Laune gewesen war, musste ich (sogenannten Sebastiano-Saal Aufstellung nehmen; ich musste also ganz gegen meinen Geschmack Tizian in Kauf nehmen, um Reger vor dem weissbärtigen Mann von Tintoretto beobachten zu können und zwar stehend, was kein Nachteil war, denn ich stehe lieber, als dass ich sitze vor allem in der Menschenbeobachtung und ich beobachte zeitlebens immer stehend besser, als sitzend und da ich ja aus dem Sebastiano-Saal hinaus in den Bordone-Saal hineinschauend schliesslich unter Anwendung der äussersten Sehschärfe tatsächlich die ganze, nicht einmal durch die Sitzbankrückenlehne beeinträchtigte Seitenansicht Regers, der gestern ohne Zweifel durch den in der Nacht eingetretenen Wettersturz arg in Mitleidenschaft gezogen, die ganze Zeit seinen schwarzen Hut auf dem Kopf behalten hat, sehen konnte, also die ganze mir zugewandte linke Seite Regers, war mein Vorhaben, Reger einmal ungestört in Augenschein zu nehmen, geglückt. Da Reger auf den zwischen seine Knie geklemmten [redacted] Stock gestützt, wie mir schien, vollkommen auf den Anblick des weissbärtigen Mannes konzentriert gewesen war, hatte ich keinerlei Angst zu haben, in meiner Betrachtung Regers von diesem entdeckt zu werden. Der Saaldiener Irrsigler (Jenö!), mit welchem Reger schon eine über dreissigjährige Bekanntschaft verbindet und mit welchem ich selbst (auch schon über zwanzig Jahre lang) immer einen guten Kontakt gehabt habe bis heute, war durch ein Handzeichen meinerseits darauf aufmerksam gemacht gewesen, dass ich einmal ungestört Reger beobachten wolle und jedesmal, wenn Irrsigler auftauchte, mit der Regelmässigkeit eines Uhrwerks, tat er so, als wäre ich gar nicht da, wie er auch so tat, als wäre Reger gar nicht da, während er, Irrsigler, seinen Auftrag erfüllend, die Galeriebesucher, die ja, unverständlich an diesem kostenlosen Samstag, nicht zahlreich gewesen waren, in seinen gewohnten, für jeden, der ihn nicht kannte, unangenehmen Augenschein nahm. Irrsigler hatte den lästigen Blick, den Aufseher in den Museen anwenden, um die ja, wie man weiss, mit allen Ungezogenheiten (ausgestatteten)

Thomas Bernhard: Alte Meister. Erste Seite des Typoskripts mit Korrekturen

© Österreichische Nationalbibliothek

Handschriften, handschriftlich korrigierten Typoskripten und Fahnenkorrekturen aus. Die Korrespondenz setzt sich aus der Familienkorrespondenz, der Verlagskorrespondenz, sowie aus Briefen von Einzelpersonen und Institutionen zusammen. Die umfangreichen Korrespondenzen mit Bernhards Verlagen, hier vor allem mit Siegfried Unseld und dem Suhrkamp Verlag, aber auch mit dem Residenz-Verlag, lassen die Entstehung und die Rezeption der Bücher und Theatertexte nachzeichnen. Bernhards Verhältnis zu seinen Verlegern ist ebenso aufschluß- wie konfliktreich.

In den insgesamt 15 Archivboxen mit Korrespondenzen finden sich Briefe von u.a. Ingeborg Bachmann, Werner Bergengruen, Heinrich Böll, Elias Canetti, Peter Handke, Marlen Haushofer, Hans Werner Henze, Bernhard Minetti, Claus Peymann, Hilde Spiel, Siegfried Unseld oder Alice und Carl Zuckmayer. Die Korrespondenz mit Thomas Bernhards Lebensmenschen Hedwig Stavianicek nimmt was Laufzeit, Umfang und Inhalt anbelangt, eine Sonderstellung ein. Alleine dieser Briefwechsel umfaßt 381 hand- und maschinenschriftliche Briefe von Thomas Bernhard und 245 Briefe von Hedwig Stavianicek. Er ist für die Dauer von zehn Jahre nur mit Zustimmung der Erben einsehbar.

Thomas Bernhard hat unablässig geschrieben, korrigiert, Entwürfe verfaßt und wieder verworfen. Der Schreibprozeß ist wiederholt Thema seiner Texte. Im Roman „Alte Meister“ heißt es: „Die höchste Lust haben wir ja an den Fragmenten, wie wir am Leben ja auch dann die höchste Lust empfinden, wenn wir es als Fragment betrachten, und wie grauenhaft ist das Ganze und ist uns im Grunde das fertige Vollkommene.“

Der Nachlaß eröffnet vielfältige Perspektiven für Publikationen, digitale Editionen, Online-Präsentationen oder Veranstaltungen, um dieses einzigartige Lebenswerk einer breiten Öffentlichkeit noch zugänglicher zu machen. Das Literaturmuseum der Österreichischen Nationalbibliothek, in dessen Dauerausstellung zur österreichischen Literatur bereits jetzt Filme, Fotos, Briefe und Manuskripte von und zu Thomas Bernhard gezeigt werden, soll Ort für weitere Begegnungen mit Thomas Bernhards literarischem Vermächtnis werden.

Durch die bereits in der Anfangsphase der Bearbeitung des Nachlasses am Thomas Bernhard-Archiv in Gmunden erfolgte Einbindung des Literaturarchivs der Österreichischen Nationalbibliothek ist eine Kontinuität in der Bearbeitung gewährleistet. Das Literaturarchiv beherbergt die wichtigsten literarischen Nachlässe und Sammlungen aus Österreich im 20. Jahrhundert, von Karl Kraus und Robert Musil über die mit Bernhard bekannte Hilde Spiel bis zu der von ihm verehrten Ingeborg Bachmann und zu Peter Handke. In diesen Beständen finden sich zahlreiche Bezüge zu Thomas Bernhard, kleinere Sammlungen mit Briefen, Zeichnungen und Lebensdokumenten wurden in den letzten Jahren kontinuierlich erworben.

„Thomas Bernhard hat einen singulären literarischen Kosmos geschaffen, in dem Sprache, Stil und Weltanschauung unauflöslich ineinander verwoben sind. Der Nachlaß gewährt Einblicke in die Werkstatt, in der Bernhards Themen wie die Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit und das Verhältnis von Geist und Körper angesichts des Todes bearbeitet werden“, so Bernhard Fetz, Direktor des Literaturarchivs und des Literaturmuseums der Österreichischen Nationalbibliothek

In Bernhards Autobiographie spielt die Beziehung zum Großvater, dem Schriftsteller Johannes Freumbichler (1881-1949), eine zentrale Rolle. „Die Großväter sind die Lehrer, die eigentlichen Philosophen jedes Menschen“, heißt es in „Ein Kind“ (1982). Der zeitlebens weitgehend erfolglose Schriftsteller Johannes Freumbichler kann als Modell für die vielen scheiternden Künstlerfiguren und Privatgelehrten im Werk Bernhards gesehen werden. Sein 1937 im Zsolnay Verlag erschienener „Salzburger Bauernroman“ „Philomena Ellenhub“ wurde zum „erste(n) und einzige(n) Erfolg“, wie Bernhard in „Ein Kind“ feststellt. Johannes Freumbichlers kompletter Nachlaß, bestehend aus Werkmanuskripten, Korrespondenzen, Lebensdokumenten und Sammelstücken im Umfang von 44 Archivboxen wurde ebenfalls erworben.

Werk und Wirkung

Kultfigur und Objekt der Bewunderung für seine Fans, Reibebaum für bereits mehrere Generationen von AutorInnen – Thomas Bernhard ist einer der international wichtigsten und meistdiskutierten Vertreter der deutschsprachigen Literatur nach 1945. Ab Mitte der 1960er-Jahre bis zu seinem Tod sorgten Werk und Person Thomas Bernhards (1931-1989) für ständig wachsendes Aufsehen. Eine Reihe von öffentlichen Erregungen begleiteten die Rezeption seines Werks. Die öffentlichen Attacken des Autors auf Politiker sind legendär, ebenso wie die Anfeindungen, denen Bernhard ausgesetzt war. Die Aufführung des Stückes „Heldenplatz“ im Gedenkjahr 1988 wurde zu einem Prüfstein für Österreichs Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Weit über einen engeren Kreis der Leserschaft wurde der Autor zu einer öffentlichen Figur, eine Rolle, die Bernhard in Interviews und öffentlichen Stellungna! hmen über Jahrzehnte virtuos einnahm.

Bernhard studierte ab 1956 Schauspiel, Regie und Dramaturgie am Salzburger Mozarteum. Im Juni 1957 legte er die Reifeprüfung am Schauspielseminar ab. Das frühe Interesse an Musik und Theater zeigt sich auch an den vielen unveröffentlichten Entwürfen im Nachlaß.

Mit dem Stück „Ein Fest für Boris“, das am 29. Juni 1970 unter der Regie von Claus Peymann in Hamburg uraufgeführt wurde, begann Bernhards internationale Theaterkarriere, die Anfang der 1960er-Jahre mit kurzen Einaktern und zwei Opernlibretti zur Musik von Gerhard Lampersberg am Kärntner Tonhof eingesetzt hatte. Neben frühen, vor allem Gerichtsreportagen für das Salzburger „Demokratische Volksblatt“ (1952 bis 1954) und Lyrikbänden („In hora mortis“, „Unter dem Eisen des Mondes“, beide 1958) folgten von „Frost“ (1963) über „Verstörung“ (1967) bis zu „Heldenplatz“ (1988) eine große Zahl an Prosawerken und insgesamt 18 abendfüllenden Theaterstücken, die heute zum Kernbestand der deutschsprachigen Literatur zählen. Das literarische Vexierspiel mit Wirklichkeit und Fiktion im Roman „Holzfällen“ oder in der Autobiografie (1975-1982) sorgte für Skandale in der Öffentlichkeit und für literaturtheoretische wissenschaftliche Arbeiten.

Die Wirkung des Autors läßt sich an den zahlreichen künstlerischen Bearbeitungen seiner Werke ablesen, ebenso wie an den stilistischen Anleihen und direkten Bezugnahmen durch viele zeitgenössische Autorinnen und Autoren, vom ungarischen Nobelpreisträger und KZ-Überlebenden Imre Kertész bis zum französischen Skandalautor Michel Houellebecq. Ungezählt sind die wissenschaftlichen Arbeiten, die auf der ganzen Welt zu Bernhards Leben und Werk entstanden. Bernhards Präsenz belegen außerdem die zahlreichen Übersetzungen und aktuellen Theater-Inszenierungen.

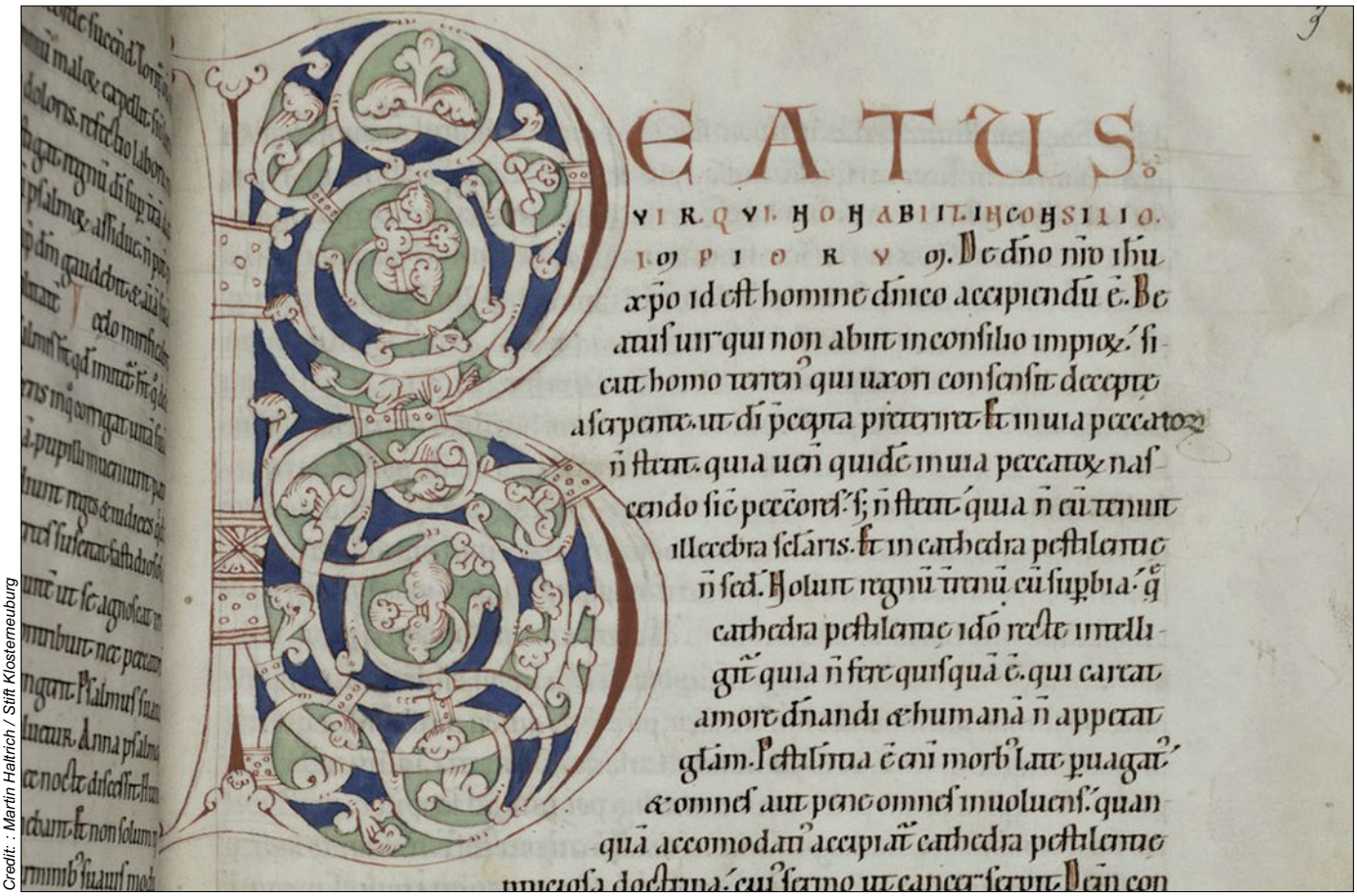
Es gibt sehr wenige AutorInnen, deren Werk auch Jahrzehnte nach ihrem Tod noch eine vergleichbare internationale Wirkung entfaltet. ■

https://www.onb.ac.at/
https://de.wikipedia.org/wiki/Thomas_Bernhard

Wissenschaft & Technik

Den Schreibern des Mittelalters auf der Spur

Ein Forschungsprojekt der FH St. Pölten ordnet Handschriften den Urhebern zu



Credit: : Martin Haltrich / Stift Klosterneuburg

Ein Pergament aus dem 3. Drittel des 12. Jahrhunderts zu Verwendung von Psalmen. Geschrieben von 2 „Händen“ (Schreibern).

Niederösterreichs Klöster verfügen über umfangreiche Sammlungen mittelalterlicher Handschriften. Es gibt meistens keine Hinweise darauf, wie viele Schreiber in einem Kloster tätig waren, ob diese zwischen Klöstern wechselten und wie die Schreibstuben organisiert waren.

Ein Forschungsprojekt unter der Leitung der FH St. Pölten unterstützt die historische Forschung und identifiziert mittels künstlicher Intelligenz Kopisten von Manuskripten aus dem 12. Jahrhundert in der Bibliothek des Stifts Klosterneuburg.

Das Projekt analysiert eben anhand von künstlicher Intelligenz die Schreibweisen verschiedener Schreiber und identifiziert diese durch stilistische Merkmale ihrer Handschrift. Das gibt Aufschluß über die Verteilung der Schreiber in den Manuskripten und die Organisation der Schreibstuben.

Einsatz von Active Machine Learning zur Schreibstilanalyse

Die klassische manuelle Schreibstilanalyse erfolgt bisher durch ExpertInnen und ist ein langwieriger und zeitaufwendiger Prozess. Zudem besteht die Gefahr, daß die Ergebnisse subjektiv durch individuelle Eindrücke beeinflußt werden.

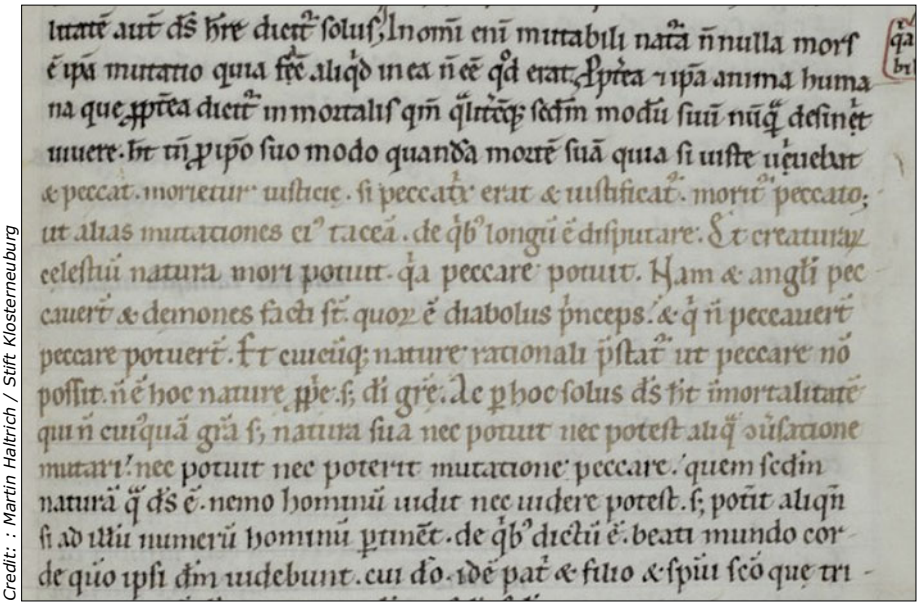
„Es gibt Ansätze, die Handschriften mittelalterlicher Schreiber durch maschinelles Lernen zu identifizieren. Diese sind jedoch für große Textsammlungen nicht verwendbar. Es geht hier um zehntausende Seiten“, sagt Markus Seidl, vom Institut für Creative\Media/Technologies an der FH St. Pölten, der das Projekt leitet und mit seinem Team ein Verfahren entwickelt hat, damit die automatische Analyse auf große Mengen von Manuskripten angewendet werden kann. Mithilfe von künstlicher Intelligenz und maschinellem Lernen wird die große Menge an Seiten rascher analysiert. Dabei geht es nicht darum, einzelne Schreiber als Personen oder mit Namen zu identifizieren, aber festzustellen, ob verschiedene Texte vom selben Schreiber stammen oder von unterschiedlichen Händen.

Zusammenarbeit von Mensch und Maschine

In diesem interdisziplinären Projekt arbeiten HistorikerInnen und InformatikerInnen zusammen. Grundlage für die Untersuchung sind alle in der Stiftsbibliothek Klosterneuburg aufbewahrten und mittlerweile digitalisierten Handschriften des 12. Jahrhunderts. Die TU Wien ist Projektpartner.

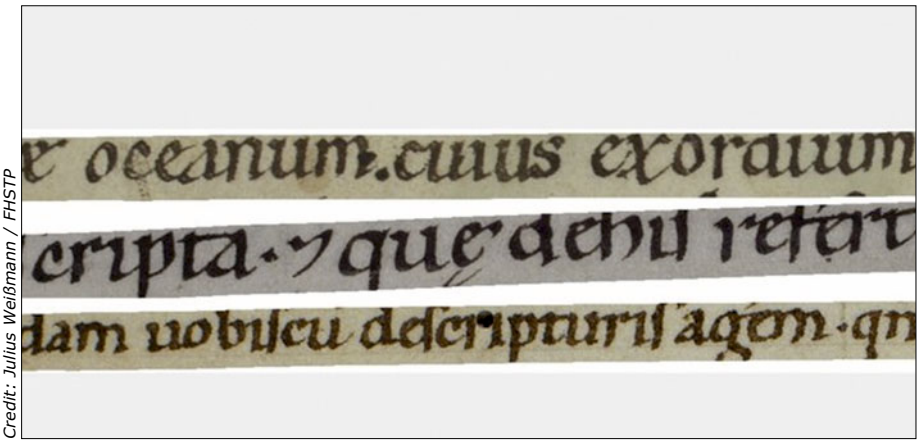
„Wir verbinden die Vorteile des maschinellen Lernens mit der menschlichen Expertise“, sagt Seidl. Die Maschine macht den

SchriftforscherInnen, den PaläografInnen, einen Vorschlag zur Schreiberhand. Die ExpertInnen können diesen annehmen, ablehnen oder einen anderen Vorschlag machen.



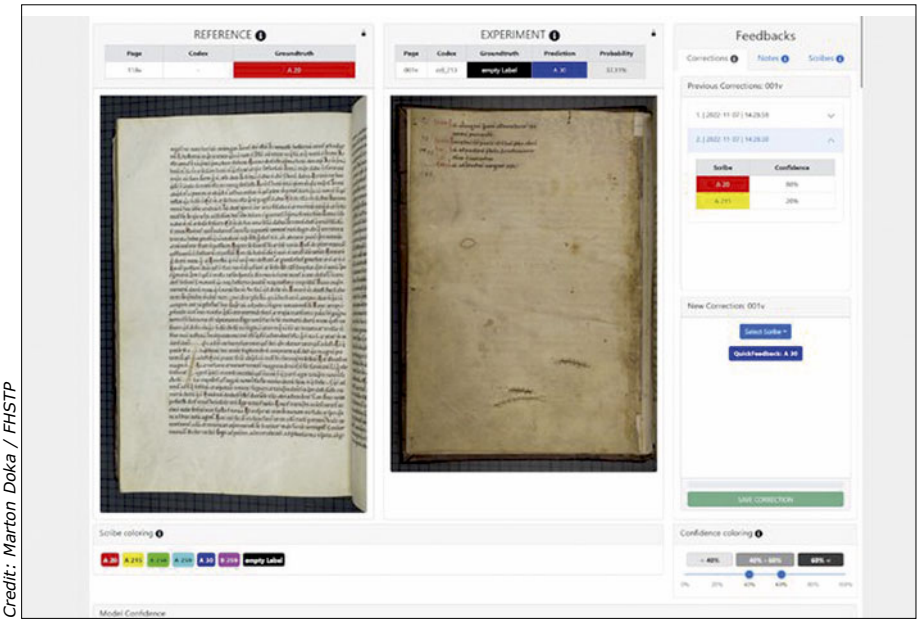
Credit: : Martin Haltrich / Stift Klosterneuburg

Manuskript mit Wechsel des Schreibers



Credit: Julius Weißmann / FHSTP

Ein Schreiber („Eine Schreiberhand") in drei Manuskripten



Credit: Marton Doka / FHSTP

Benutzerschnittstelle des im Projekt entwickelten Active Learning AI Editors

Durch die Bewertung der ExpertInnen wird das Computermodell laufend verbessert. „Der Vorteil ist, eine große Menge an Manuskripten viel schneller in einem ersten Schritt einordnen zu können, als dies Menschen machen könnten", so Seidl.

„Dieses Projekt hilft nicht nur, ein bedeutendes Desiderat der Geschichtsforschung interaktiv zu bearbeiten, sondern schafft auch neue Analysemöglichkeiten und -werkzeuge, die ein tieferes Wissen über alle anderen mittelalterlichen Schreibsstuben im heutigen Niederösterreich ermöglichen. Basierend auf dem Studium des Klosterneuburger Skriptoriums im letzten Drittel des 12. Jahrhunderts können größere ungelöste Fragen zur Organisation der Schriftlichkeit in den hochmittelalterlichen (nieder)österreichischen Klöstern beantwortet werden", sagt Martin Haltrich, Leiter der Stiftsbibliothek Klosterneuburg.

Forschung – Lehre – Abschlußarbeiten

Das Projekt ist auch ein hervorragendes Beispiel für die internationale und interdisziplinäre Verknüpfung von Lehre und Forschung. Im Laufe des Projekts sind schon zwei Masterarbeiten fertiggestellt worden, eine befindet sich in Arbeit. Die Masterarbeiten stammen von der Universität Mainz (Digital Humanities), der Universität Wien (Geschichte) und der FH St. Pölten (Interactive Technologies):

- „Maschinelles Lernen zur Untersuchung von Schreiberhänden des Klosterneuburger Skriptoriums im letzten Drittel des 12. Jahrhunderts" von Julius Weißmann
- „Das erste Skriptorium des Stiftes Klosterneuburg im 12. Jahrhundert. Studie zur Methodenentwicklung in der Skriptorienforschung" von Viktoria Reich
- „Development of a Siamese Convolutional Neural Network for Handwritten Text Similarity Estimation in Medieval Manuscripts" von David Schaupp

Weiters haben mehrere Studierende aus den Bachelor Studiengängen Creative Computing und Medientechnik sowie dem Master Digital Innovation and Research das Projekt im Rahmen von Lehrveranstaltungen und Praktika und als Research Assistants begleitet.

Projekt Scribe ID

Das Projekt wird von der Gesellschaft für Forschungsförderung Niederösterreich (GFF vormals NFB) über den FTI Call 2018 Digitalisierung gefördert. PartnerInnen im Projekt sind Stift Klosterneuburg und TU Wien. ■

https://www.fhstp.ac.at/

Wissenschaft & Technik

15. Bibliophiler Salon

Fachvorträge zu Entdeckungs-, Reise- und Kolonialgeschichte im Antiquariat Kainbacher

Nach fast zweijähriger, pandemiebedingter Pause konnte am 7. Oktober der schon lange angekündigte 15. Bibliophile Salon im Antiquariat Kainbacher in Baden veranstaltet werden. Wie bei den vorangegangenen Veranstaltungen war die Teilnehmerzahl für die geladenen Gäste begrenzt, was der Attraktivität der Veranstaltung jedoch keinen Abbruch tat. Die rund 35 nach Anmeldung ausgewählten Gäste durften sich auf einen abwechslungsreichen Abend freuen. Diesmal waren als Vortragende der Kulturanthropologe und Ethnohistoriker Univ.Prof. Hermann Mückler sowie der Weltreisende und Reisebuchschriftsteller Peter Steiner geladen.

Ersterer berichtete in seiner bildreichen Präsentation über die Bedeutung von Kleidung und Schmuck sowie das Verhältnis von Nacktheit zu Verhüllung anhand zahlreicher Beispiele aus Ozeanien. Peter Steiner reflektierte anschließend die ökologischen Veränderungen in Westafrika anhand von Vergleichen der Gegenwart zu den 1970er Jahren sowie Veränderungen in der sprachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Afrika. Beide Vorträge erlaubten eine eingehende Diskussion der aufgetauchten Fragen. Sowohl in der Pause zwischen den Vorträgen als auch an diese anschließend, ergaben sich bei Speis und Trank weitere Gelegenheiten zum fachlichen Austausch.

Die Bibliophilen Salons im 1998 gegründeten Antiquariat Kainbacher schließen bewußt an die bildungsbürgerliche Tradition solcher kleiner, aber exklusiver Veranstaltungen an, um einem interessierten Publikum den unmittelbaren Kontakt zu Fachwissenschaftlern, Literaten, Kunst- und BücherexpertInnen sowie -sammleInnen zu ermöglichen. Die zwischenzeitig selbst schon Tradition gewordenen Vortragsabende im Ambiente tausender alter und zum Teil sehr wertvoller Bücher im Antiquariatslokal erfreuen sich einer großen Beliebtheit.

Der Gastgeber, der Geograph und Antiquar Paul Kainbacher, gilt selbst als Experte für die wissenschaftliche Aufarbeitung der schrittweisen Entdeckung und (kolonialen) Erschließung Afrikas sowie anderer Weltregionen, wozu er zahlreiche Bücher veröffentlichte. Zusammen mit seiner Frau Doris empfängt er bei den Salons die Gäste und Vortragenden und moderiert die Veranstaltungen.

Foto: privat

Der Kulturanthropologe und Ethnohistoriker Univ.Prof. Hermann Mückler bei seinem Vortrag

Zu den Vortragenden der bereits stattgefundenen Salons zählten Fachwissenschaftler aus den verschiedensten geistes-, kultur-, sozial- und naturwissenschaftlichen Fächern. Dazu zählten u.a. Univ.Prof. Walter Sauer, Afrikaexperte am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie wissenschaftlicher Leiter des Dokumentations- und Kooperationszentrums Südliches Afrika (SADOCC), die Leiterin des Photoinstituts Bonartes Monika Faber, der Afrikanist der Universität Wien, Univ.Prof. Michael Zach, der von der Technischen Universität Istanbul stammende Geologe Prof. A. M. Celâl Şengör, die Nordpazifik-Expertin Gudrun Bucher, der Historiker und Schriftsteller David G. L. Weiss, der Biologe und Feuerlandexperte Univ. Prof. Manfred Niekisch, der Historiker Univ.Prof. Hubert Szemethy, sowie private Fachleute mit ihren jeweiligen Expertisen wie z.B. Anke Oberlies, Leopold Kremser und Franz Kotrba.

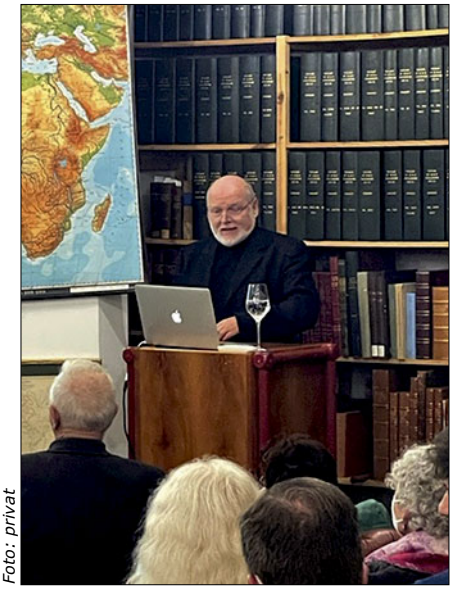


Foto: privat

Die Bibliophilen Salons untermauern den Anspruch des Antiquariats, qualitativ hochwertige, äußerst seltene und daher attraktive Werke insbesondere aus den Bereichen der Reiseliteratur sowie europäisch-überseeischer Entdeckungs- und Forschungsgeschichte sichtbar zu machen und einem interessierten Käuferpublikum zu präsentieren. Dies geschieht auch primär im Rahmen aufwendig gestalteter Kataloge. Damit zählt das Antiquariat Kainbacher, welches auch mit wissenschaftlichen Institutionen zusammenarbeitet, international zur ersten Liga führender Antiquariate und ist auf den namhaftesten Büchermessen weltweit vertreten. *hm*

Kultur

Im Reich der alten Bücher – das Antiquariat Kainbacher

Das Antiquariat Kainbacher wurde 1998 von Paul Kainbacher gegründet. Das Geschäft, „das Buchhaus“ genannt, in der Eichwaldgasse 1 in Baden bei Wien besteht seit 2004. Sie können auf 250 m² auf zwei Ebenen im Bestand von ca. 10.000 antiquarischen Büchern gustieren. Das Antiquariat ist spezialisiert auf antiquarische Bücher zum Thema Reisen, Expeditionen, Weltreisen und Völkerkunde, aber auch Naturwissenschaften. Die Reisebeschreibungen von Humboldt, Cook, Nansen, Stanley und vielen anderen, als auch die naturwissenschaftlichen Publikationen der österreichischen Expeditionen der Mitglieder der Novara-Expedition oder der Brasilien-Expeditionen um 1825 sind Teile des Angebots. Grundsätzlich sind alle Teile der Erde Thema. Bei den Naturwissenschaften ist Kainbacher auf jene Publikationen fokussiert, welche „die Welt veränderten“. Darunter befinden sich Werke von Euler, Einstein, Planck, Kepler, Boltzmann, Röntgen und Freud.

Gerade in der heutigen, schnell-lebigen Welt, einer Welt der Massenproduktion, stellen Qualität und Seriosität entscheidende Faktoren dar. So bemüht sich Paul Kainbacher

Foto: Antiquariat Kainbacher

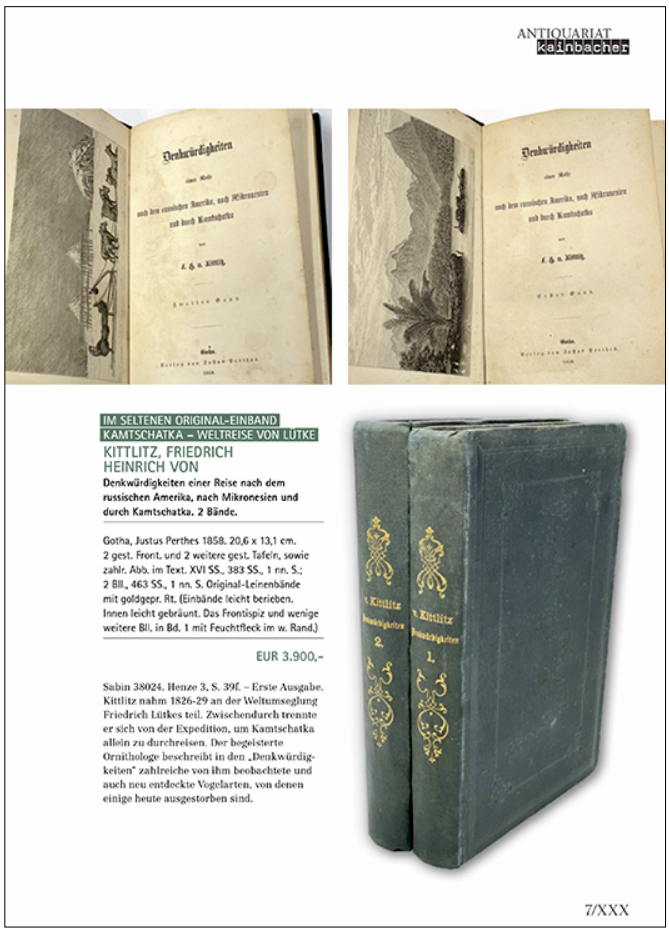
Paul Kainbacher vor einem Teil seiner antiquarischen Schätze

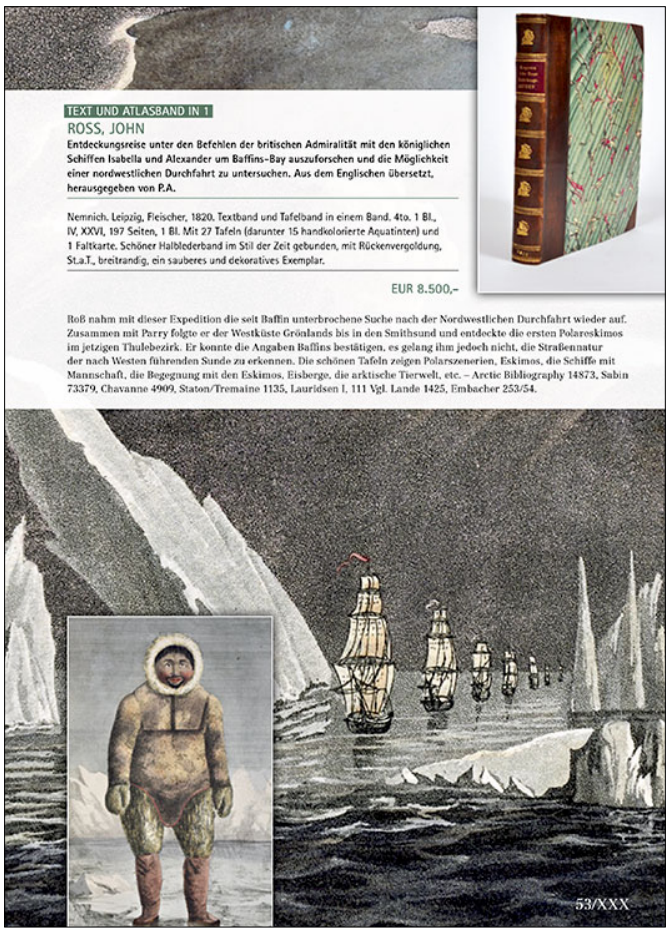
um seltene und gut erhaltene Bücher. Sollten diese in einem schlechten Zustand angekauft werden, so wird eine Restauratorin mit der Erhaltung beauftragt. Diese alten Bücher sind für Kainbacher ein Teil der Menschheitsgeschichte und unserer Kultur. Er möchte diese erhalten und danach an eine private oder öffentliche Bibliothek verkaufen.

Paul Kainbacher fährt sowohl zum Ankauf vor allem in Österreich und Deutschland zu Besichtigungen, aber auch auf Antiquariatsmessen wie in Stuttgart, London, New York oder Hongkong wird an- und verkauft. Ein wichtiger Punkt beim Verkauf dieser alten Bücher ist eine exakte Zustandsbeschreibung sowie eine kurze Beschreibung über die Bedeutung des Buches. Dabei ist die Vollständigkeit wichtig – es sollten alle Seiten, Tafeln und Karten vorhanden sein, wenn nicht, ist dies zu vermerken – und der Zustand. Pro Jahr publiziert Paul Kainbacher drei bis vier Kataloge, in denen die Neueingänge angeboten sind. Designt zusammen mit einer Graphikerin sind die Kataloge selbst zu Sammelobjekten geworden.

Dreimal im Jahr veranstalten Doris und Paul Kainbacher den Bibliophilen Salon, bei dem Vorträge von Wissenschaftlern zu den Themen zahlreiche Sammler, Kollegen und Interessierte versammeln. ■

https://antiquariat-kainbacher.at/
kainbacher@kabsi.at
Tel.: ++43 / 699 / 110 19 221





Sehen Sie hier Beispiele aus dem Kainbacher-Katalog „Reisen und Expeditionen“ – zwei seltene Reiseberichte aus dem 19.Jahrhundert

Kultur

Ruth Baumgarte – Africa: Visions of Light and Color

Von 7. Dezember 2022 bis 5. März 2023 in der Albertina Wien

© Kunststiftung Ruth Baumgarte

Ruth Baumgarte, African Vision, 1998, Öl auf Leinwand

Mit der deutschen Malerin Ruth Baumgarte (1923 – 2013) präsentiert die Albertina eine Künstlerinnenposition des 20. Jahrhunderts: Das Werk der großen Koloristin wird erstmals in Österreich gezeigt.

Im Mittelpunkt der Schau in der Pfeilerhalle steht Baumgartes umfassender Werkkorpus, dem Reisen der Künstlerin in afrikanische Länder wie Ägypten, Südafrika, Kenia, Tansania, Uganda, Äthiopien, Sudan und Simbabwe zugrunde liegen. Die insgesamt 38 Ölgemälde besitzen bei ihrer Betrachtung eine geradezu magische Qualität. Der simbabwische Dichter Chirikure Chirikure sagt über die Künstlerin: „Die Länder Afrikas und seine Völker waren für sie keine Modelle, die es auf der Leinwand festzuhalten galt, sondern ein integraler Bestandteil ihrer Lebensreise."

Ab den 1950er-Jahren bis ins hohe Alter reist die Künstlerin über 40 Mal nach Afrika, wo sie die Menschen aufmerksam beobachtet, sich empathisch in sie einfühlt. Sie interessiert sich für die fremden Kulturen eines damals für europäische Kunstschaffende noch unerschlossenen Kontinents. Zentral für das Verständnis von Ruth Baumgartes Kunst ist das Verhältnis von Mensch und Natur, die Verschmelzung von Figur und Landschaft. Auf Basis schneller Skizzen, die sie vor Ort anfertigt, schafft sie später – wieder zuhause in ihrem Atelier in Deutschland – farbintensive Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen.

Zu sehen war das Werk Baumgartes zuletzt im Museum für Kunst und Kulturgeschichte in Dortmund, im Ludwig Museum

im Marmorpalast, im Staatlichen Russischen Museum Sankt Petersburg sowie im Ludwig Museum Koblenz. In Österreich wird die Künstlerin erstmals gezeigt.

Eine große Koloristin unserer Zeit

„Dynamische Farbströme überziehen gleich einer glühenden Lava die Bilder. Neben den strahlenden, geradezu das Auge blendenden hellen Bereichen treten tief leuchtende Farbpartien von nicht geringerer Intensität auf, die dieselbe Sättigung wie das intensive Rot, Gelb und Orange aufweisen. Durch ihre zahlreichen Reisen nach Afrika, begegnet Ruth Baumgarte jenen intensiven Farbimpressionen, denen sie in der deutschen Heimat nicht begegnen konnte. Formal und koloristisch war Afrika mit seinem grellen Licht und der hohen Farbintensität für sie, was Tunis ein halbes Jahrhundert zuvor für Paul Klee und August Macke war: die Befreiung ihrer Malerei aus der mitteleuropäischen Tradition“, so Albertina-Generaldirektor Klaus Albrecht Schröder.

„Ruth Baumgarte hat ihre Afrikabilder zu einem Zeitpunkt angefertigt, als Fragen nach künstlerischer Aneignung und kultureller Enteignung im Sinn aktueller Diskurse noch nicht existierten. Trotzdem erkennt sie intuitiv, daß politische Asymmetrien, die sich als Culture Clash manifestieren, nicht in oberflächlicher Harmonie aufgelöst werden können, sondern in spannungsgeladenen Farbkompositionen gestalterisch gleichsam als Formproblem bewältigt werden müssen. So entsteht ein spannungsreicher Kosmos, der, ausgehend von flammenden Rottönen und sattem Orange-Ocker über Gelb, Rosa und Violett zu entschiedenen Violett-Blau-Tönen in die Tiefe verfließt“, so Kuratorin und Albertina-Modern-Direktorin Angela Stief zum Werk der Künstlerin.

© Kunststiftung Ruth Baumgarte

Ruth Baumgarte, Even the Elephant's Death Will Occur on a Single Day, 1995-1997
Öl auf Leinwand

Ruth Baumgarte fertigte ihre Bilder Afrikas zu einem Zeitpunkt an, als Fragen nach künstlerischer Aneignung und kultureller Enteignung noch nicht – wie heute im Zeitalter postkolonialer Diskurse –zur Debatte standen. Dennoch erkannte sie intuitiv, daß politische, soziale und kulturelle Asymmetrien, die sich als Culture Clash manifestieren, nicht in einer oberflächlichen Harmonie aufgelöst werden können, sondern in spannungsgeladenen Farbkompositionen gestalterisch – gleichsam als formal-ästhetisches Sediment realer Gegensätze – problematisiert werden müssen. So entstand ein koloristischer Kosmos, der, ausgehend von flammenden Rottönen und sattem Orange- Ocker über Gelb, Rosa und Violett zu entschiedenen Violett-Blau-Tönen in die Tiefe verfließt. Emotion wird in Baumgartes Werken durch Farbigkeit bis auf das Äußerste gesteigert.

Das sehr spezielle Licht, das auf den afrikanischen Landschaften ruht, findet auf diese Weise malerischen Ausdruck, während die Auflösung der Formen und eine Allegorisierung der Motive vom Unbehagen der Künstlerin beim Erleben eines Kontinents zwischen Aufbruch und bestehender Ungleichheit sowie Ausbeutung künden.

Ruth Baumgarte brachte mit ihrem expressiv-explosiven Spätwerk das gleißende Licht Afrikas nach Europa. Licht als Farbe und Farbe als Licht zu begreifen, wird in ihren Werken zu einem künstlerischen Ereignis, zu einer dramatischen Kraft. Lavaströme von Farben und eine geradezu trunken machende rhythmisch fließende Bewegung durchströmen die Bildgefüge.

Mit der herausragenden Intensität ihrer Gemälde reiht sich Baumgarte in die Genealogie der großen Koloristen des 20. Jahrhunderts ein. Reisen durch zahlreiche afrikanische Länder waren für sie der Motor, um jene Farbimpressionen freisetzen zu können, denen sie unter dem verhangenen Himmel ihrer deutschen Heimat nicht begegnen konn-

te. Baumgartes Kunst läßt sich weder auf Genremalerei noch auf irgendeine narrative oder beschreibende Kunst reduzieren: Das Erlebnis des afrikanischen Lichts hinterließ bei ihr einen ähnlich einschneidenden Eindruck wie die Sonne der Provence bei Vincent van Gogh, wie insgesamt das Licht Südfrankreichs bei den Fauves um 1905.

Athi-Patra Ruga

In die Ausstellung von Ruth Baumgarte integriert, finden sich zwei großformatige Tapisserien und eine Zeichnung von Athi-Patra Ruga. Die Porträts des südafrikanischen Künstlers geben keine realen Personen wieder, vielmehr handelt es sich um hybride Gestalten, die häufig feste Zuschreibungen von Klasse, Ethnie und Geschlecht unterlaufen.

Athi-Patra Ruga ist der diesjährige Preisträger der Ruth Baumgarte Stiftung und folgt damit William Kentridge, Michael Armitage, Nan Goldin, Mona Hatoum u. a. Ruga, der 1984 in Umtata (Südafrika) geboren wurde, lebt zwischen Johannesburg und Kapstadt. In seinem multimedialen Werk, das neben Tapisserien und Zeichnungen auch Glasbilder und Performances umfaßt, verfolgt er eine opulente, schillernd bunte Ästhetik. Mittels der Aneignung von westlichen Kontexten und Stilrichtungen wie dem Expressionismus vermischt er in seinem Werk verschiedene kulturelle Einflüsse.

Ruga versucht in Auseinandersetzung mit der postkolonialen Geschichte und der Anti-Apartheid-Bewegung der 1950er-Jahre die Traumata der Vergangenheit aus einem Ort der Distanz zu betrachten. Er imaginiert ein gleichwertiges Südafrika ohne Rassismus, das jenseits persönlicher Trauer und subjektiver Abwehr existiert.

Der Strom der Zeit

In dem Triptychon, das aus den Gemälden „Sogar der Elefant stirbt innerhalb eines

© Privatbesitz Ruth Baumgarte

Ruth Baumgarte, Rückkehr, 1994, Öl auf Leinwand

Tages“, „Feuerwende“ und „Der Strom der Zeit“ besteht, kreisen auf der linken Arbeit Geier vor einer giftig gelben Landschaft, während auf dem rechten Bild Adler auf Felsformationen thronen und in der Mitte Frauen Reisig sammeln. Alle Szenerien finden vor einem dramatisch kolorierten Himmel statt und lassen sich als ein Verweis auf die blutige Geschichte Südafrikas lesen. Traditionell gilt die Frau als Dreh- und Angelpunkt für das Leben und Überleben auf dem afrikanischen Kontinent. Die beiden symbolisch aufgeladenen Flügeltafeln verkörpern mit Geiern und Adlern die Antipoden Leben und Unsterblichkeit. Große Bedrohung und der Eindruck einer latenten Gefahr für die Frauen ist offensichtlich. Der mißtrauische Blick der Protagonistin betont die unheimliche Bildatmosphäre.

African Beat I & II

Bis in ihr Spätwerk beschäftigten Baumgarte die künstlerischen Möglichkeiten, Figuren mittels einer dynamischen Bildkomposition in Bewegung zu versetzen. Im Zentrum der großformatigen Arbeiten African Beat I und II steht der Tanz und die Ekstase. Bewegte Körper fügen sich zu einer arabesken energiegeladenen Collage. Der Rhythmus der Bilder wird von einem vibrierenden Hell-Dunkel-Kontrast und der Verschränkung zahlreicher Techniken wie Gouache, Pastellkreide, Kohle und Bleistift bestimmt.

Burning Sky

Burning Sky zählt zu den späteren Ölgemälden aus Baumgartes Afrika-Zyklus, als die Künstlerin verstärkt Menschen in infernoartigen Landschaften auf der Flucht zeigt. Dabei strukturiert sie den Raum spannungsreich in mehrere Ebenen und verwebt die Figuren mit dem natürlichen Umraum. Der Himmel brennt wie Feuer und taucht die Umgebung in ein apokalyptisch leuchtendes Rot. Die Figur gleicht einer modernen Interpretation des Titanen Atlas aus der antiken Mythologie, der das Himmelsgewölbe auf seinen Schultern zu tragen scheint.

Anatomical Landscape II

Das fast abstrakte Gemälde Anatomical Landscape II wird von einer kaum erkennbaren Rückenfigur dominiert. Der Körper des Dargestellten verschmilzt vollkommen mit der Landschaft. Baumgarte modulierte ihre Bilder nahezu plastisch, vergleichbar mit Paul Cezanne, der seine Gemälde durch das Nebeneinandersetzen von Farbflächen konstruierte.

© Kunststiftung Ruth Baumgarte

Ruth Baumgarte, Misunderstanding, 1993, Öl auf Karton

Werkverzeichnis in drei Bänden

Das künstlerische Gesamtwerk der gegenständlich und expressiv arbeitenden Künstlerin wird auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Forschungen und mit einem auf Vollständigkeit angelegten Verzeichnis in einer opulenten dreibändigen Ausgabe präsentiert. Ebenfalls wird das bisher noch unerforschte Kapitel der Illustrationsgeschichte im Frühwerk der Künstlerin eröffnet.

Der Essayband verortet mit seinen biografischen, kunst- und kulturhistorischen Beiträgen Ruth Baumgartes Œuvre erstmals und umfassend in der deutschen Kunstgeschichte. Hinzutreten Betrachtungen über die besondere, jahrzehntelange Beziehung der Künstlerin zu Afrika und darüber, welche Wechselwirkungen es zwischen ihren Werken und der Filmografie zu entdecken gibt. Weitergehend wird ihr gesamtes bildkünstlerisches Werk aus acht Jahrzehnten im zweiten Band chronologisch aufgeführt. Der umfangreiche dritte Band des Werkverzeichnisses gibt auch einen vollständigen Überblick über die frühen Nachkriegs-Illustrationen der Künstlerin. ■

https://www.albertina.at/

https://de.wikipedia.org/wiki/Ruth_Baumgarte

https://www.hirmerverlag.de/de/titel-1-1/ruth_baumgarte-2248/

Ab 27. Jänner 2023 in der Albertina zu sehen: „Dürer, Munch, Miró – The Great Masters of Printmaking“ ein grandioses Ausstellungsduett zur Druckgrafik der letzten sechs Jahrhunderte.

Kultur

Die Heidi Horten Collection

Das Heidi Horten Museum im vormaligen erzherzoglichen Kanzleigebäude liegt in prominenter Lage im Herzen Wiens zwischen Staatsoper, Albertina und Burggarten – Ausstellung LOOK von 21. Oktober 2022 – 16. April 2023

© Heidi Horten Collection

Heidi Goëss-Horten in den 1980er-Jahren

In einem Innenhof gelegen, wurde das ehemalige Verwaltungsgebäude, erbaut 1914 von Erzherzog Friedrich, nach dem Entwurf von the next ENTERprise architects in rund 20 Monaten in ein Museum für moderne und zeitgenössische Kunst verwandelt.

Drei Ausstellungsebenen, die durch freischwebende Treppen verbunden sind, bieten auf rund 1.500 m² großzügige Ausstellungsflächen. Ein Atelier mit Terrasse ist kreativen Vermittlungsaktivitäten gewidmet, die Heidi Goëss-Horten ein großes Anliegen waren. Ein besonderer Ort im Museum mit historischem Bezug ist der Tea Room: Gestaltet von den Künstlern Markus Schinwald und Hans Kupelwieser, lädt er BesucherInnen ein, in den Kosmos der Sammlerin einzutauchen und nach dem Museumsbesuch zu entspannen. Ein kleiner Museumsgarten eignet sich zur Aufstellung von Skulpturen der Sammlung und bildet eine unerwartete Ruheinsel im Getriebe der Stadt.

Heidi Goëss-Horten stellte 2018 einen relevanten Teil ihrer Kunstsammlung für die Ausstellung „WOW! The Heidi Horten Collection“ im Leopold Museum zur Verfügung und gewährte damit einer breiten Öffentlichkeit zum ersten Mal Einblick in ihre Sammlungstätigkeit. Die überwältigende Resonanz auf die Ausstellung ließ in ihr den Wunsch wachsen, die Kunstsammlung für alle Interessierten dauerhaft zugänglich zu machen und für kommende Generationen zu erhalten. Mit dem Museum lädt Heidi Goëss-Horten die BesucherInnen zu einer neuen Art des Kunstgenusses und der Teilhabe an ihrer außergewöhnlichen Sammlung ein. An dieser Stelle sei auch erwähnt, daß sich die Heidi Horten Collection im Gegensatz zu anderen Privatsammlungen ausschließlich aus eigenen Mitteln finanziert.

Der Aufbau der Privatsammlung nahm seinen Anfang in den 1990er-Jahren nach Helmut Hortens Tod. Helmut Horten erwarb in den 1960er- und 1970er-Jahren einzelne wenige frühe Werke Pablo Picassos, Emil Noldes und Marc Chagalls für die Wohnsitze.

Heidi Goëss-Horten ersteigerte zunächst auf eigene Initiative bei Auktionen, bald ließ sie sich von Agnes Husslein-Arco fachlich beraten und konnte so in rund 35 Jahren eine der bedeutendsten europäischen Privatsammlungen schaffen.

Heidi Goëss-Horten hat unternehmerisches Geschick bewiesen, indem sie in Kunst investiert hat, welche eine bedeutende Wertsteigerung erfahren hat. Die Kunstsammlung in ihrer heutigen Gestalt ist im überwiegenden Teil auf die Sammlungstätigkeit sowie das damit verbundene Gespür und Geschick der Sammlerin Heidi Goëss-Horten zurückzuführen.

Ziel von Heidi Goëss-Horten war es, die Kunstsammlung langfristig zu erhalten und für alle Interessierten im neuen Privatmuseum zugänglich zu machen. Betrieb und Erhaltung des Museums sind auch nach ihrem Tod langfristig abgesichert. Sie verstarb am 12. Juni 2022, nur wenige Tage nach der grossen Eröffnung ihres Museums, im Kärtnter Maria Wörth im Alter von 81 Jahren. „Ich sehe mein Museum als Ort des Entdeckens, des sinnlichen Erlebens, des Kunstgenießens –

denn genau das war und ist die Kunst bis heute für mich: ein unverzichtbarer Genuß! Ich wünsche mir, daß die Menschen, die mein Museum besuchen, dieses Gefühl genauso erleben“, sagte sie über ihr Herzensprojekt.

Die erste Themenausstellung ab Herbst 2022 widmet sich unter dem Titel LOOK der Museumsgründerin selbst und stellt einen wesentlichen Gesichtspunkt ihrer Sammlung in den Fokus: Frauenbildnisse und Aspekte von Weiblichkeit.

LOOK

Das Bild der Frau und der Blick auf Frauen. Dieses Wechselspiel bildet einen Schwerpunkt in der Heidi Horten Collection. Die erste Themenausstellung des Museums ist so auch als Hommage an die Stifterin zu lesen und widmet sich diesem Aspekt in der perspektivischen Gegenüberstellung von Kunst und Mode, Image und Images. In thematisch gegliederten Kapiteln wirft die Ausstellung Streiflichter auf dieses inspirierende Spannungsverhältnis. Das Spektrum der gezeigten Kunst reicht vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, von glamourösen Diven, modernen Frauen der Avantgarde, kontemplativen Porträts und psychologisierenden Weiblichkeitsdarstellungen über Accessoires mit Fetischcharakter und Aktbildnissen bis hin zu feministischen Gegenpositionen. Die in der Ausstellung gezeigten Werke gehörten zum direkten Lebensumfeld der Sammlerin, zeigen ihre sehr persönliche Auswahl und spiegeln in gewisser Art und Weise Seiten ihrer starken und selbstbewussten Persönlichkeit. LOOK ist keine „Modeausstellung“, dennoch gehen Kunst und Mode auch durch das Mitwirken des Modedesigners Arthur Arbesser eine neue Beziehung – einen intimen Dialog – ein.

© Heidi Horten Collection

Friedrich von Amerling, Der Brief, 1837

Das erste Kapitel der Ausstellung kreist thematisch um Stars und Glamour in der Kunst – in der Heidi Horten Collection ist dieser Aspekt vor allem durch zentrale Werke von Andy Warhol vertreten. Warhol – „Papst“ der Pop-Art und Meister in der Kreation seines glamourösen Selbstbildes – verfügte aufgrund eigener Erfahrungen über ein feines Gespür für die oft tragischen Schattenseiten des Berühmtseins, die den zumeist weiblichen Stars der Celebrity Gesellschaft und des Films vielfach zum Verhängnis wurden. In der Heidi Horten Collection finden sich ikonische Porträts von den berühmtesten Protagonistinnen wie Liz Tailor, Farah Diba, Jacky Kennedy und natürlich Marilyn Monroe, die selbst in diesem bereits exklusiven Ensemble eine Sonderstellung einnimmt. Die Zurschaustellung von Glamour und Starkult gehen bei Warhol oftmals einher mit deren Dekonstruktion und der Offenlegung von Zerbrechlichkeit – wie dies etwa die Siebdrucke der berühmten Diven eindrucksvoll demonstrieren.

© Heidi Horten Collection/Bildrecht, Vienna, 2022

Angelika Loderer, Untitled (Shoes),2016

Ein weiteres Kapitel steht ganz im Zeichen des Aufbruchs in die Moderne und dem damit einhergehenden Wandel des Bildes der Frau z.B. in der bürgerlichen Gesellschaft mit all ihren Widersprüchen. Anschaulich wird diese Transfor-

© Heidi Horten Collection

Egon Schiele, Damenbildnis (Wally), 1912

mation beispielsweise an Lyonel Feiningers Doppelporträt Die Hochzeitsreise (1908), das den Künstler und seine Frau Julia zeigt. Kleidung und Aussehen des Paares lassen auf eine emanzipierte Haltung schließen, Geschlechterrollen und Attribute werden aufgebrochen. Ein gegensätzliches, traditionelleres Bild liefert August Mackes Gemälde Zwei Frauen vor dem Hutladen (1913). Der Künstler vermittelt in seinem Werk keine Details, sondern vielmehr einen bestimmten Gesellschaftsstil, der sich in den flanierenden Figuren mit extravaganten Hüten widerspiegelt. Eine zentrale Arbeit dieses Kapitels ist Commedia (Montparnasse Blues, 1925) von Kees van Dongen. Das Werk verkörpert alle Facetten der „Roaring Twenties“, und damit auch ein modernes Frauenbild, wie an der idealtypischen Darstellung der beiden Figuren mit Kurzhaarfrisur – ein Zeichen der Befreiung – und selbstbewußter Pose erkennbar wird.

Die Entwicklung des Porträts

steht im Mittelpunkt eines weiteren Kapitels und markiert Brüche und Übergänge dieser Disziplin – zwischen Rollenporträt und antiker Paraphrase. Die Ausstellung spannt einen Bogen vom träumerischen Blick von Friedrich von Amerlings unbekanntem jungen Mädchen bis hin zum völlig deformierten Gesicht von Bacons Study for Portrait of Henrietta Moraes. Amerling und Bacon stehen sich in ihrer Porträtauffassung diametral entgegen, weisen aber dennoch offenkundige Gemeinsamkeiten auf: Beide sind fest in ihrer Zeit und in ihrem gesellschaftlichen Milieu verwurzelt und haben sich ganz der Suche nach einem spezifischen Ausdruck verschrieben. Anhand der Beispiele aus der Heidi Horten Collection läßt sich die Entwicklung des Porträts über drei Jahrhunderte verfolgen, von der Darstellung einer Person in ihrer ganz eigenen Individualität bis hin zum allgemeingültigen Bild des Menschen: Alexej von Jawlensky zeigt den Menschen als vergeistigtes Wesen, Niki de Saint Phalle als eine irdisch-weltliche Frau und Gerhard Richter in seinem Verschwinden.

Der male gaze, also der objektifizierende männliche Blick auf die Frau, dominiert die Kunstgeschichte bis weit ins 20. Jahrhundert hinein und spiegelt die gesellschaftlich tief verwurzelte Ungleichheit der Geschlechter wider. Mit der zweiten Welle der Frauenbewegung Ende der 1960er-Jahre stellten sich weibliche Kunstschaffende gegen tradierte Geschlechterrollen sowie gegen Stereotypisierung und Sexualisierung der Frau. Frauenbildnisse entstehen nun aus der Perspektive der Frau selbst. Der weibliche Körper sowie am Körper getragene, weiblich konnotierte Gegenstände wie Kleidungsstücke und Schuhe werden zum Vehikel und künstlerischem Material, mit dem sich gesellschaftliche Mißstände aufzeigen und Gegenmodelle schaffen lassen. In der Ausstellung wird diese Entwicklung mit Arbeiten von Birgit Jürgenssen, Gudrun Kampl oder Michèle Pagel belegt. Schließlich zeigt die Ausstellung auch eine Reihe von Aktbildern, die ausschließlich von männlichen Künstlern stammen und deren Blick auf Frauen zeigen. Gesammelt wurden diese Werke allerdings von einer Frau. Die ausgestellten Arbeiten bilden eine Zeitspanne von 100 Jahren ab und geben so einen Überblick über die Entwicklung des

© Heidi Horten Collection, Foto: www.kunst-dokumentation.com /Manuel Carreon Lopez

Skizzenset von Yves Saint Laurent

© Heidi Horten Collection, Foto: www.kunst-dokumentation.com /Manuel Carreon Lopez

Givenchy, Modell 90 / 1981,
Abendkleid, Bustier aus schwarzem Samt

© Heidi Horten Collection, Foto: www.kunst-dokumentation.com /Manuel Carreon Lopez

Christian Dior, Modell 59 / 1981.
Abendkleid aus changierendem Seidentaft

Genres – von Edgar Degas' Rückenakt Torse de femme (1886) bis zu Tom Wesselmans Sitting Monica aus dem Jahr 1986. Dazwischen finden sich berühmte Aktbildnisse des Expressionisten Ernst Ludwig Kirchner Weiblicher Akt mit Badezuber (1912) oder die während einer Performance entstandenen Anthropometrien von Yves Klein, der schonungsloser als jeder andere über das Verhältnis von Maler und Modell sprach, indem er postulierte, seine Modelle seien „seine Pinsel".

Die präsentierten Bilder von Frauen, wie sie sich zeigen und wie sie gesehen werden und welche Gegenbilder von Künstlerinnen geschaffen wurden, spiegeln gesellschaftliche Vorstellungen und Normen. Dagegen bietet die Mode ein Experimentierfeld, um Rollen aufzubrechen oder auch zu stabilisieren. Seit dem 19. Jahrhundert wird Mode als Paradigma der modernen Kultur verstanden und ist das beherrschende Modell für das Hier und Jetzt, für Zeitgeist, Gesellschaft und deren Wandel. Kleidung ist textiles Medium der Kommunikation, sie verbirgt und legt gleichermaßen offen, dient der Selbstdarstellung, ebenso wie dem Schutz und der Verhüllung des Körpers.

So präsentiert die Ausstellung Haute-Couture-Kleider von Christian Dior, Hubert de Givenchy, Yves Saint Laurent, Jean Patou und Jean-Louis Scherrer, die sich Heidi Horten exklusiv schneidern ließ, um sie bei gesellschaftlichen Anlässen zu tragen. Die Ausstellung zeigt neben 22 Roben auch Originalzeichnungen mit Stoffmustern von Modeentwürfen, die sich Heidi Horten von den Couturiers bzw. ihren Ateliers aus Paris schicken ließ. Bestellscheine und Korrespondenz mit den Modemachern geben darüber hinaus einen Einblick in Heidi Hortens persönliche Vorstellungen, die bei der Anfertigung der Kleider berücksichtigt wurden. Zu den Anproben fuhr sie gelegentlich auch nach Paris. Wie Heidi Horten in ihren Kleidern gewirkt haben könnte, welche Ausstrahlung sie hatte oder welche Haltung in solchen Kleidern angenommen werden mußte, zeigt die auf die Museumswand projizierte Videoarbeit, die der Designer Arthur Arbesser und die Videokünstlerin Rosa Lisa di Natale entwickelt haben.

Schließlich wird der von der Ausstellung offenlegte Blick ins Private durch die Präsentation von Preziosen und kostbaren Näh-Necessaires in der Vitrine des Tea Rooms erweitert. Heidi Horten zeigte Zeit ihres Lebens Interesse für Handarbeit. Dieses Interesse gab den Anstoß für eine umfangreiche Sammlung von Kostbarkeiten en miniature.

LOOK spielt pointiert mit der Bedeutung von Aussehen und Erscheinungsbild im Spannungsverhältnis von Privatheit und Öf-

Andy Warhol, Nine Multicolored Marilyns (Reversal Series), 1979-1986

© Heidi Horten Collection/Bildrecht, Vienna, 2022

fentlichkeit sowie von Identität und Selbstverständnis. Gleichzeitig versteht sich der Titel auch als eine Einladung, die unterschiedlichen Facetten der Sammlung wie auch ihrer Sammlerin auf eine sinnliche Art und Weise zu betrachten. Die Ausstellung wurde von Agnes Husslein- Arco gemeinsam mit Heidi Goëss-Horten zu Lebzeiten geplant. ■

https://hortencollection.com/

Kultur

Tilla Durieux

Eine Jahrhundertzeugin und ihre Rollen – Ausstellung im Leopold Museum Wien von 14. Oktober 2022 bis 27. Februar 2023

© Akademie der Künste, Berlin, Tilla-Durieux-Archiv, Nr. 248_5, Foto: Akademie der Künste, Berlin, Tilla-Durieux-Archiv, Nr. 248_5

Alexander Binder, Tilla Durieux, 1924–27

Das Leopold Museum widmet dem gefeierten Theater- und Filmstar Tilla Durieux (1880–1971) die erste umfassende Ausstellung. Durieux war sowohl moderne Frau der 1920er-Jahre als auch politisch engagierte Zeitgenossin, deren Rollen ebenso vielfältig waren wie die Liste jener KünstlerInnen, denen sie Modell saß – unter ihnen Auguste Renoir, Lovis Corinth, Franz von Stuck, Max Slevogt, August Gaul, Emil Orlik, Ernst Barlach, Olaf Gulbransson, Max Oppenheimer, Oskar Kokoschka, Frieda Riess, Charley Toorop, Sasha Stone, Lotte Jacobi und Mary Duras. Die Präsentation geht erstmals der Faszination auf den Grund, welche die gebürtige Wienerin und Wahlberlinerin bereits auf ihre ZeitgenossInnen ausübte, und folgt anhand von Bildnissen quer durch alle Medien den Spuren dieser schillernden Persönlichkeit.

Geburtsstunde eines Stars und erste private Porträts

Tilla Durieux, geborene Ottilie Helene Angela Godeffroy, kam in Wien als Tochter eines Chemieprofessors und einer Pianistin in einer gutbürgerlichen Familie zur Welt. Sie beschrieb ihr Elternhaus im noblen Wiener Währinger Cottage als lieb- sowie freudlos und flüchtete schon früh in eine Fantasiewelt. Als 16jährige, ein Jahr nach dem Tod ihres Vaters, beschloß sie – gegen den Willen ihrer Mutter – Schauspielerin zu werden. Nach einer Schauspielausbildung in Wien schaffte sie es über Stationen in Olmütz 1902 und Breslau 1903 schließlich nach Berlin zu Max Reinhardt ans Deutsche Theater. Im bekannten Schauspielensemble erhielt die Nachwuchskünstlerin kleinere Engagements, bis der gefeierte Star Gertrud Eysoldt (1870–1955) erkrankte, Durieux für sie einsprang, deren Hauptrolle in Oscar Wildes Stück Salome übernahm und brillierte – dies sollte die Geburtsstunde der legendären Bühnenfigur Tilla Durieux sein. Über die Jahre hinweg spielte sie in allen wichtigen Häusern Europas und stellte sich gerne – nicht nur auf der Bühne, sondern ab 1914 auch vereinzelt vor den Kameras der Stummfilm-Ära – herausfordernden Rollen. Ihren Durchbruch als Film- schauspielerin erlebte sie allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg.

Als Durieux 1902 ihren ersten Ehemann Eugen Spiro (1874–1972) in Breslau kennenlernte, standen beide am Beginn ihrer Karrieren. Der Maler und Grafiker – er hatte an der Breslauer Akademie für Kunst und Kunstgewerbe studiert und seine Ausbildung als Meisterschüler von Franz von Stuck (1863–1928) in München abgeschlossen – führte sie an die bildende Kunst heran. Aus Spiro

und Durieux wurde ein Paar, das in Berlin Hochzeit feierte. In der Ausstellung im Leopold Museum ist zu sehen, wie der Künstler seine Frau aus unmittelbarer Nähe im privaten Umfeld porträtierte und so Momente des vertrauten gemeinsamen Glücks festhielt. Die Ehe wurde jedoch 1905 geschieden, nachdem Durieux den Kunsthändler und Verleger Paul Cassirer kennengelernt hatte.

© Akademie der Künste, Berlin, Tilla-Durieux-Archiv, Nr. 213_1. Foto: Akademie der Künste, Berlin, Tilla-Durieux-Archiv, Nr. 213_1 © Stiftung Stadtmuseum Berlin

Harry Croner, Tilla Durieux und Ernst Ginsberg in Robespierre, 1963

KünstlerInnenkreis um Cassirer und Durieux – Entstehung zahlreicher Auftragsporträts

Cassirer, ab 1910 Durieux‘ Ehemann, aus einer wohlhabenden, einflußreichen Familie stammend, förderte die bereits erfolgreiche, ehrgeizige Schauspielerin und führte sie in die Kunst- und Literaturkreise Berlins ein. Neben Künstlern wie Max Liebermann, Lovis Corinth, Max Slevogt, August Gaul, Ernst Barlach oder Leo von König gehörten im Laufe der Jahre ebenso Kulturschaffende wie die Schauspielerin Tilly Wedekind und Theater- autor Frank Wedekind, der Pianist Leo Kestenberg, die Dichterin Else Lasker-Schüler, der Schriftsteller Heinrich Mann, der Sammler und umtriebige Chronist Harry Graf Kessler, der Verleger Samuel Fischer, die Kunstschriftsteller Julius Elias, Julius Meier-Graefe, Max Osborn oder der Kritiker Alfred Kerr zu dieser illustren Runde.

Von Gesprächen mit dem zur Zeit der Porträtsitzungen bereits kranken Auguste Renoir (1841–1919), dessen Porträt als Leihgabe aus dem Metropolitan Museum in New York angereist ist, fühlte sich Tilla Durieux hingegen tief berührt, und auch Ernst Barlach (1870– 1938) stand der Künstlerin mit der Zeit nahe. Nicht nur auf Papier oder Leinwand wurde sie verewigt, sondern auch in vielen plastischen Arbeiten sämtlicher medialer und materieller Ausformungen. Das Leopold Museum zeigt Skulpturen etwa von Ernst Barlach, Hermann Haller oder Hugo Lederer.

In Berlin führten Cassirer und Durieux einen Haushalt mit großen Abendgesellschaften, an der holländischen Küste luden sie zur Sommerfrische. Von der Notwendigkeit seines Einsatzes überzeugt, meldete sich Cassirer 1914 zum Fronteinsatz, Durieux arbeitete als Krankenschwester in Berlin und ließ diese Tätigkeit fotografisch dokumentieren. Beide quittierten jedoch bald den Dienst und kämpften fortan für den Frieden. Auch im Schweizer Exil ab 1917 versammelte das Ehepaar einen Kreis von Kulturschaffenden und Intellektuellen um sich.

© Privatsammlung, Foto: Leopold Museum, Wien © Bildrecht, Wien 2022

Eugen Spiro, Dame mit Hund (Tilla Durieux), 1905

Rollenporträts und Theaterfotografien

Während viele der privaten Porträts in Auftrag gegeben wurden, zählte das Posieren in Theaterrollen oder in Zivilkleidung zu den Begleiterscheinungen eines SchauspielerInnenlebens. Für die diversen Rollenporträts als Salome oder Potiphars Weib, welche in der Präsentation im Leopold Museum zu sehen sind, bildeten die ausführenden KünstlerInnen Durieux in Aktion ab, für Franz von Stucks (1863–1928) unterschiedliche – ebenfalls in der Ausstellung präsentierte – Versionen der Circe hingegen posierte die Schauspielerin im Atelier vor der Kamera wie auch vor der Leinwand. Daß Stucks Circe heute zu den bekanntesten Bildnissen Durieux’ zählt, ist dessen Talent für die Vermarktung von Reproduktionen geschuldet.

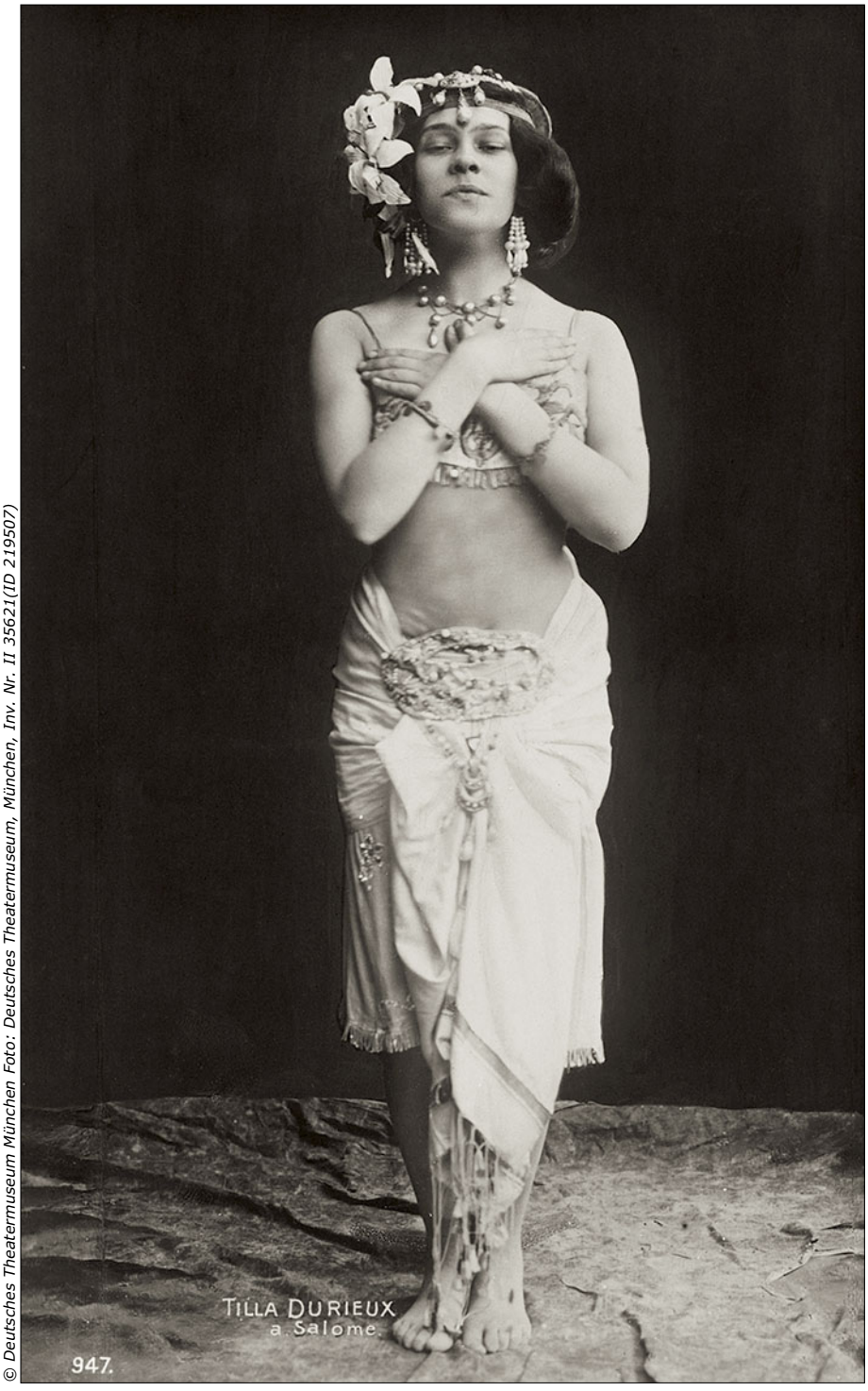
Erfolgreiche Inszenierungen in der Presse und Schattenseiten medialer Aufmerksamkeit

Mit wachsendem Erfolg wurde Tilla Durieux zu einer Person des öffentlichen Lebens, deren Rezeption sie aktiv gestaltete: Für Zeitschriften wie Die Bühne, Moderne Welt

oder Sport im Bild inszenierte sie sich als Dame von Welt, suggerierte nachzueifernde Sehnsuchtsbilder, zeigte sich als unerschrockene Pilotin und Modeikone oder gewährte in Homestorys intime Einblicke in ihr Leben. Doch auch die Schattenseiten der medialen Aufmerksamkeit mußte Durieux kennenlernen: Die Ehe mit Cassirer war geprägt von unzähligen Konflikten, seine psychischen Probleme wurden durch die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges an der Front verstärkt. Nachdem Tilla Durieux 1926 die Scheidung einreichte, unternahm Paul Cassirer einen Selbstmordversuch, an dessen Folgen er bald darauf starb. Sein tragischer Tod entwickelte sich zu einem Skandal, in der Klatschpresse wurde die Schauspielerin zum todbringenden Racheengel stilisiert. Nach dem Suizid Cassirers zog sich Durieux eine Zeitlang weitestgehend von der Bühne zurück. Zur emotionalen Stütze wurde bereits in der Zeit vor Cassirers Suizid der Industrielle Ludwig Katzenellenbogen (1877–1944), der 1930 Durieux‘ dritter Ehemann werden sollte

Der Star als Paradebeispiel für die sogenannte »Neue Frau«

In den 1920er-Jahren galt der Star als Paradebeispiel für die sogenannte „Neue Frau“. Ein Wandel im Scheidungsrecht, die Industrialisierung, der Zugang zu Hochschulen für Frauen, ein mit dem ersten Weltkrieg einhergehender Mangel an männlichen Arbeitskräften, das Wahlrecht für Frauen im Großteil Europas und modische Neuerungen, wie die endgültige Ablegung des Korsetts, führten zur maßgeblichen Modernisierung des Frauenbildes. Künst- lerinnen wie Charley Toorop, Martel Schwichtenberg oder die Fotografinnen Lotte Jacobi und Frieda Riess befaßten sich mit Durieux als „Neue Frau“ auf Papier oder Leinwand. Im Alltag war es jedoch weiterhin meist die Frau, die Geringverdienerin war und sich um Haus- halt und Kinder kümmerte – die „Neue Frau“ blieb vorerst eine Modeerscheinung.



© Deutsches Theatermuseum München Foto: Deutsches Theatermuseum, München, Inv. Nr. II 35621(ID 219507)

Becker & Maass, Berlin, Tilla Durieux als Salome in dem gleichnamigen Stück, 1903

Soziales und politisches Engagement, erneut Exil während des Zweiten Weltkriegs

Als Schauspielerin blieb Tilla Durieux bis zum Beginn der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft in Deutschland aktiv. Sie zeigte sich nicht nur künstlerisch, sondern auch in sozialen wie politischen Fragen engagiert: Begleitet von Leo Kestenberg (1882–1962) trug sie vor dem Ersten Weltkrieg in den Berliner Arbeitervierteln Klassiker der Literatur vor. Im Zuge dessen lernte sie Rosa Luxemburg (1871–1919) kennen, die sie während deren Gefängnisaufenthalt finanziell unterstützte. In den Wirren der Münchner Räterepublik versteckte sie den wegen Hochverrats gesuchten sozialistischen Revolutionär und Schriftsteller Ernst Toller (1893–1939). Während des Ersten Weltkrieges richteten Paul Cassirer und sie in ihrer Berliner Wohnung zwischenzeitlich einen „Mittagstisch für unbemittelte Künstler“ ein. Gemeinsam mit Ludwig Katzenellenbogen unterstützte sie Erwin Piscator (1893–1966) bei der Finanzierung seiner Avantgardetheater-Bühne und der Übernahme der Leitung des Theaters am Berliner Nollendorfplatz. Nach ihrer Flucht aus dem faschistischen Deutschland beteiligte sich Durieux von Zagreb aus an der Widerstandsbewegung.

Wie ihre beiden ersten Ehemänner war auch Katzenellenbogen jüdischer Abstammung. Als er sein Vermögen verlor, war es

© Privatsammlung, Foto: Leopold Museum, Wien

Max Slevogt, Die Schauspielerin Tilla Durieux als Kleopatra, 1907

Durieux, die ihr Leben und später ihre Flucht durch Gastspielauftritte sowie den Verkauf von Schmuck und Bildern finanzierte. Ab 1933 zählten Prag, Ascona, Opatija – wo sie das Hotel Cristallo betrieben – und schließlich Zagreb, wo sich heute noch ein Teil von Durieux' Sammlung im Stadtmuseum befindet, zu den Stationen ihrer Flucht. Die Schauspielerin gab Gastspiele in Ländern, die sie bereisen durfte und unterrichtete im Salzburger Mozarteum.

Trotz mehrerer Versuche gelang dem Ehepaar die Flucht in die USA nicht. In Abwesenheit von Durieux wurde Katzenellenbogen nach Berlin verschleppt, wo er 1944 starb.

Späte Darstellungen, Auftritte und das Erbe Durieux'

Ab 1952 spielte Tilla Durieux wieder zögerlich in Berlin Theater, 1955 kehrte sie nach Deutschland zurück. Bis kurz vor ihrem Lebensende war sie für Film, Hörfunk, Fernsehen und vor allem für das Theater tätig, ohne zu einem Ensemble zu gehören. Sie rekonstruierte ihre frühere Sammlung anhand von Fotografien, bereiste Ausstellungen, in denen ihre Porträts gezeigt wurden, und hielt Vorträge sowie Lesungen aus ihren Memoiren. Als Interviewpartnerin gab sie sich als auskunftsfreudige Zeitzeugin und auch als Bildmotiv war die Grande Dame des deutschen Schauspiels nach wie vor gefragt. Nachdem sie Ende der 1920er-Jahre mit dem Schlüsselroman Eine Tür fällt ins Schloß nach Cassirers Suizid eine Abrechnung mit dessen Familie verfaßt hatte, vollendete sie 1954 ihre Memoiren unter dem Titel Eine Tür steht offen.

Am 21. Februar 1971 verstarb Tilla Durieux 90jährig in Berlin. Neben zahlreichen Bühnenauftritten, Dreharbeiten, Gastspielen, Lesungen und Vorträgen bis ins hohe Alter ordnete Durieux ihren Nachlaß und bestimmte so selbst über das Bild ihrer eigenen, bemerkenswerten Persönlichkeit, wie es sich heute rekonstruieren läßt.

Tilla Durieux. Eine Jahrhundertzeugin und ihre Rollen zeigt rund 233 Werke, darunter 14 Gemälde, 81 Arbeiten auf Papier und 84 Fotografien. Begleitend zur Ausstellung ist ein Katalog in deutscher und englischer Sprache mit Beiträgen von Stephan Dröschel, Daniela Gregori, Hannah Reisinger, Aline Marion Steinwender und einem Prolog des Direktors des Leopold Museums, Hans-Peter Wipplinger, erschienen.

Tilla Durieux. Eine Jahrhundertzeugin und ihre Rollen entstand in Kooperation mit dem Georg Kolbe Museum, wo die Berliner Version der Ausstellung ab Mai 2023 zu sehen sein wird, und dem Berliner Archiv der Akademie der Künste, welches seit 1977 den Nachlaß der Schauspielerin bewahrt. ■

https://www.leopoldmuseum.org/

© Leopold Museum, Wien, Foto: Lisa Rastl

Ausstellungsansicht „Tilla Durieux – eine Jahrhundertzeugin und ihre Rollen"

Kultur

Kaiserschild Walls of Vision

Im Rahmen des Projekts »Kaiserschild Walls of Vision« werden Gemälde aus der Kunstsammlung der Kaiserschild-Stiftung von Streetart-KünstlerInnen neu und zeitgenössisch interpretiert und auf Fassaden im öffentlichen Raum aufgebracht.

Hans Riegel, HARIBO-Miteigentümer und Stifter der Kaiserschild-Stiftung, war begeisterter Kunstsammler. Aufgabe der Stiftung ist es, diese Sammlung zu pflegen, zu erhalten und Werke daraus der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Mit „Kaiserschild Walls of Vision“ möchte die Stiftung ihre Kunstsammlung nun in neue Kontexte setzen. „Besonders interessant ist es mitzuerleben, wie zeitgenössische KünstlerInnen ihren Blick auf Gemälde aus dem 16. oder 17. Jahrhundert richten, wie sie mit dem kunsthistorischen Hintergrund umgehen und wie sie das Werk technisch und stilistisch an der Wand umsetzen“, so Sanda Sonnleitner, Geschäftsführerin der Kaiserschild-Stiftung. Die erste Interpretation dieser Art entstand in Wien, in der Schäffergasse 2, an einer Fassade, die von home4students zur Verfügung gestellt wurde.

Foto: Universalmuseum Joanneum / N. Lackner

Gemälde „Dorfstraße mit Drehleierspieler“ aus dem 17. Jahrhundert von Adriaen van Ostade, das sich als Leihgabe in der Alten Galerie in Graz befindet

Grundlage für die Interpretation

Grundlage für die Interpretation ist das Gemälde „Dorfstraße mit Drehleierspieler“ aus dem 17. Jahrhundert von Adriaen van Ostade, das sich als Leihgabe in der Alten Galerie in Graz befindet. In diesem Werk ist vor einem schrägperspektivisch erfaßten Bauernhaus ein Drehleierspieler zu sehen, um den ein kleines Publikum steht und der auf Gaben hofft. Van Ostade hat sich der Darstellung des Bauern- und Handwerkermilieus gewidmet, räumte aber auch jenen Menschen einen besonderen Platz in seinem Werk ein, die erwerbslos und auf die Hilfe ihrer Mitwelt angewiesen sind. „Dass die Umsetzung des Themas des 17. Jahrhunderts in die heutige Zeit so gut funktioniert, zeigt, wie präsent Geschichte ist und diese sich doch immer wiederholt“, so Karin Leitner-Ruhe, Chefkuratorin der Alten Galerie.

Das Künstlerduo Jana&Js

Das Künstlerduo Jana&Js hat sich in seiner Neuinterpretation am Motiv van Ostades orientiert, die Szene aber zeitgenössisch aufbereitet und in ihrem unverkennbaren Stil dargestellt. Das so entstandene Werk trägt den Titel „Dorfplatz mit Ukulelespielerin“. Es hat eine ähnliche Struktur und zeigt die gleiche Anzahl an Personen in nahezu gleichen Positionen wie das Werk von Adriaen van Ostade. Statt der drei Männer sind die Erwachsenen in der Szene bei Jana&Js aber Frauen. Adriaen van Ostade hat seine Heimatstadt Harleem zeitlebens nicht verlassen und Motive aus seiner unmittelbaren Umgebung gewählt. Auch Jana&Js haben sich für „Dorfstraße mit Ukulelespielerin“ von ihrer unmittelbaren Umgebung inspirieren lassen. Der Dorfplatz in der Szene befindet sich in der kleinen Stadt, in dem das Künstlerduo und einige der abgebildeten Personen leben. Somit spannen Jana&Js einen künstlerischen Bogen von van Ostades Blick auf die Strassen des niederländischen Harleem im 17. Jahrhundert in die heutige Zeit.

Starke Unterscheidung

Ein interessanter Umstand für die Arbeit des Künstlerduos war auch, daß sich die Dimensionen der beiden Werke stark unterscheiden: „Dorfstraße mit Drehleierspieler“ ist 25,7 x 20,7 cm groß, während „Dorfplatz mit Ukulelespielerin“ 15,6 x 7,9 m umfaßt. Das Entstehen der Neuinterpretationen im

Foto: Jana_Js

Kaiserschild Walls of Vision Neuinterpretation

öffentlichen Raum ermöglicht es, die Kunstwerke barrierefrei zu besichtigen und den Schaffensprozeß mitzuerleben. Diese Fassade wurde in Kooperation mit dem Verein Calle Libre umgesetzt.

Weitere Interpretationen

Ausgangspunkt für weitere Interpretationen sind Werke niederländischer Meister, die als Dauerleihgabe der Kaiserschild-Stiftung an die Alte Galerie in Schloß Eggenberg in Graz gingen. Die Alte Galerie hat dies 2019 zum Anlaß genommen, eine Ausstellung zu konzipieren, die sich in 15 Räumen den zentralen Themen des Zeitalters zwischen 1500 und 1800 widmet.

Unter dem Titel „Zwischen Tanz und Tod" werden Werke zu Krieg, Vertreibung, Religion, Mobilität, Glück und Überfluss gezeigt. Aus der Sammlung der Kaiserschild-Stiftung geben Werke von Griffier, van Goyen, van Ruysdael oder Lingelbach Einblick in damalige Lebenswelten in der Stadt und auf dem Land.

„Unser Haus freut sich sehr über die Kooperation mit ‚Kaiserschild Walls of Vision' – geht damit doch alte Kunst zeitgenössisch interpretiert in die breite Öffentlichkeit!", so Paul Schuster, Leiter von Schloß Eggenberg und der Alten Galerie.

Das Universalmuseum Joanneum

ist Österreichs ältestes und zweitgrößtes Museum. Es wurde 1811 von Erzherzog Johann dem Land Steiermark mit dem Auftrag gestiftet, Zeugnisse der Natur, Kunst und Kultur des Landes zu sammeln und zu erforschen, um damit die geistige und technologische Entwicklung der Steiermark aktiv zu fördern.

Heute umfassen die 20 Sammlungen des Universalmuseums Joanneum rund fünf Millionen Objekte. Als Gedächtnis und Realienarchiv der Steiermark bilden sie eine vielseitige Grundlage für unsere Ausstellungen, die an 14 architektonisch wertvollen Standorten präsentiert werden. Die universale Vielfalt der Sammlungen werdem genutzt, um über fachliche und geografische Grenzen hinweg aktuelle Fragen im wissenschaftlichen und künstlerischen Kontext zu diskutieren.

Das Universalmuseum Joanneum ist ein Museum, das seinen BesucherInnen Wissen zugänglich macht und damit kritische Reflexion fördert. Auf dieser Grundlage verstehen sich das Universalmuseum Joanneum als wichtiges gesellschaftliches Handlungsfeld, welches das intellektuelle und kulturelle Bewußtsein in der Steiermark als einen Teil Europas mitbestimmt. ■

https://www.museum-joanneum.at/
https://www.kaiserschild-stiftung.at/

Kultur

Menschheitsdämmerung

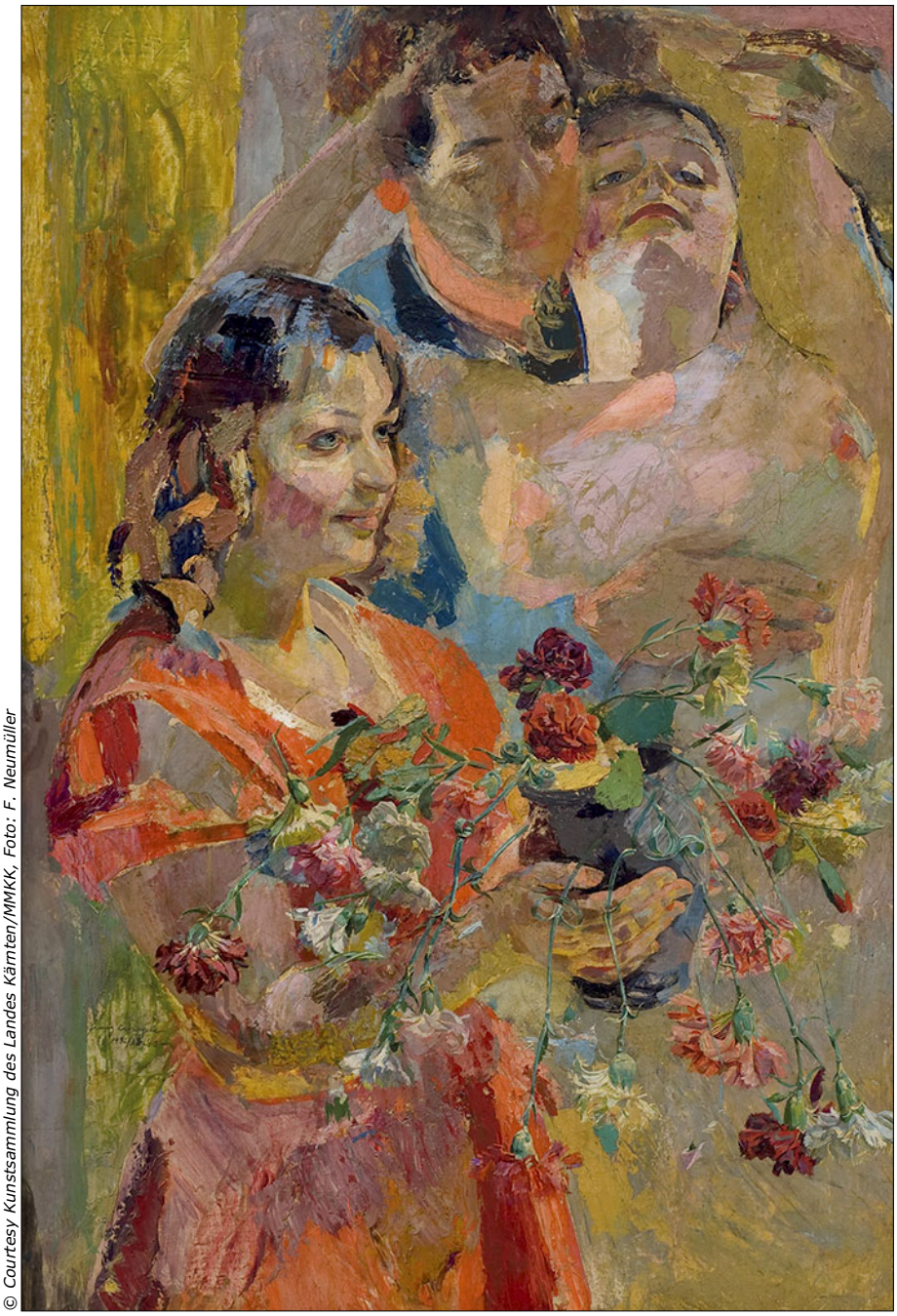
Malerei der Zwischenkriegszeit 1918–38 und Reflexe der Gegenwart aus den Sammlungen Leopold Wien und MMKK – 21. November 2022 bis 19. Februar 2023

Die Ausstellung „Memnschheitsdämmerung. Malerei der Zwischenkriegszeit 1918–38 und Reflexe der Gegenwart“, die im Museum Moderner Kunst Kärnten/MMKK und im kärnten.museum zu sehen ist, wurde vom MMKK kuratiert und in Zusammenarbeit mit dem kärnten.museum organisiert und finanziert.

Sie basiert auf einer Auswahl von elf malerischen Positionen der Zwischenkriegszeit, die das Leopold Museum in Wien aus eigenen Beständen in der gleichnamigen Exposition im Jahr 2021 präsentiert hat. Diese Inhalte wurden nach Kärnten übernommen, durch Werke aus der Kunstsammlung des MMKK erweitert und im diskursiven Gegenüber zu einer neuen Schau geordnet, die die Auseinandersetzung mit der Malerei der Zwischenkriegszeit in verschiedenen, den Menschen und seine Existenz betreffenden Themenbereichen vertieft, die dem MMKK und dem kärnten.museum laut ihren herkömmlichen inhaltlichen Bestimmungen zugeordnet sind.

Der Ausstellungstitel bezieht sich auf eine Anthologie expressionistischer Lyrik, die Kurt Pinthus 1919 herausgab und die heute als Standardwerk des literarischen Expressionismus gilt. „Die bildende Kunst dieser Jahre zeigt dieselben Motive und Symptome, zeigt das gleiche Zersprengen der alten Formen und das Durchlaufen aller formalen Möglichkeiten bis zur Konsequenz völliger Auflösung der Realität, zeigt den gleichen Einbruch und Ausbruch des Menschlichen und den gleichen Glauben an die lösende, bindende Macht des menschlichen Geistes, der Idee“, schreibt Pinthus in seinem Vorwort. So kann die Malerei des Expressionismus, die in der Zwischenkriegszeit in Österreich umfänglich Ausdruck findet, in idealer Weise auf das literarische Werk Bezug nehmen.

So wie Kurt Pinthus seine Gedichte nach dynamischem, motivischem Zusammenklingen anordnet, treffen auch die Bilder in der Ausstellung aufeinander; kontrapunktisch ergänzt aus der Sammlung des MMKK durch solitäre Werke aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und danach, von 19 weiblichen Kunstschaffenden, jenem Geschlecht, das in der Zwischenkriegszeit unerwähnt blieb.



© Courtesy Kunstsammlung des Landes Kärnten/MMKK, Foto: F. Neumüller

Franz Wiegele, Abschied von der Jugend,1932/1938/1941, Öl auf Leinwand, 105 x 70 cm

Damit wird nicht nur eine notwendige Korrektur vollzogen sowie die Brücke zur modernen und zeitgenössischen Kunst geschlagen, sondern zugleich die Thematik der Menschheitsdämmerung in die Gegenwart transportiert, wo sie heute, angesichts der brisanten gesellschaftlichen Situation, wieder von allergrößter Aktualität ist.

Zur Ausstellung erscheint im Verlag Johannes Heyn eine umfangreiche Publikation mit Texten von Matthias Boeckl, Igor Pucker, Manfred Wagner, Christine Wetzlinger-Grundnig und Hans-Peter Wipplinger in deutscher und englischer Sprache. ■

https://mmkk.ktn.gv.at/

http://www.verlagheyn.at/buch/detail/menschheitsdaemmerung/

Der Weltkünstler Gustav Klimt ist online

Die Klimt-Foundation präsentierte das erste virtuelle Gedächtnis über den Jugendstilkünstler

Peter Weinhäupl und Sandra Tretter, das Direktorium der Klimt-Foundation, präsentierten mit ihrem Forschungsteam am die erste Gustav Klimt-Datenbank. Die multimediale Datenstruktur ist das erste Online-Portal, das – neben dem künstlerischen Œuvre des Jugendstilmalers – auch sein privates und öffentliches Leben im künstlerischen und gesellschaftspolitischen Netzwerk seiner Zeit sichtbar macht. Ein besonderes Feature dieser Plattform sind außerdem erste digitale Verzeichnisse zu Klimts Gemälden, Fotografien und Autografen von, an und über den Künstler. Das komplexe Datenarchiv umfaßt derzeit mehr als 2.000 Datensätze sowie umfangreiches Text- und Bildmaterial und wird kontinuierlich erweitert. Die Klimt-Database ist damit die wichtigste Online-Quelle für die Forschung und Recherche rund um Gustav Klimt und seine Zeit, insbesondere die Epoche „Wien 1900".

„Es ist uns ein wichtiges Anliegen, das Werk und das Wirken Gustav Klimts zu vermitteln. Mit der neuen Datenbank setzen wir – nach einer Flut an kunsthistorischen und populärwissenschaftlichen Publikationen – neue Maßstäbe in der Digitalisierung und Aufbereitung von wissenschaftlichen Inhalten und Quellen und unterstützen damit weltweit die Klimt-Forschung", so Peter Weinhäupl, Direktor der Klimt-Foundation.

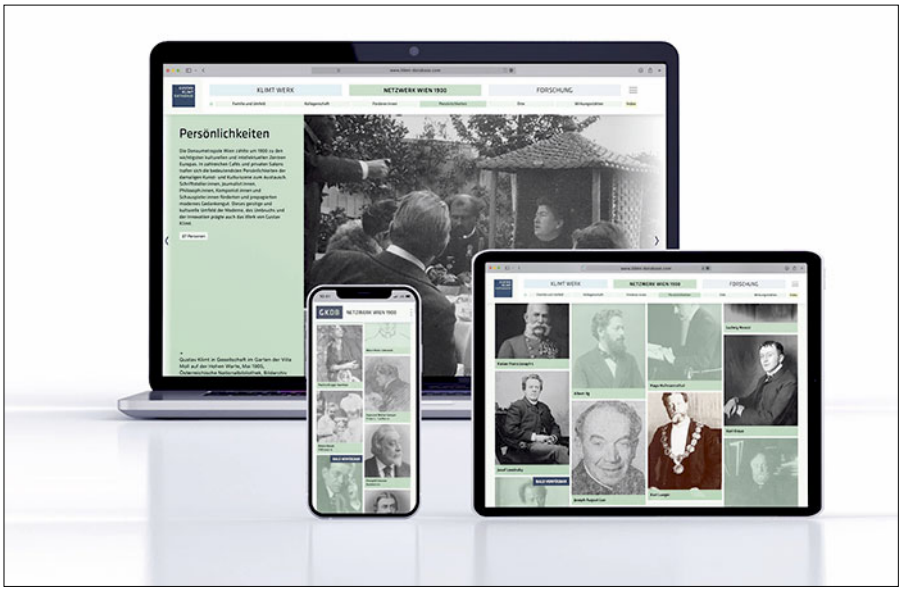


Foto: dform.at

Datenbank mit Mehrwert für viele Zielgruppen

Im Zentrum der Datenbank-Entwicklungsarbeit – mit einer Dauer von rund fünf Jahren – stand für das gesamte Forschungsteam die möglichst umfangreiche Erfassung und Darstellung des Werkes von Gustav Klimt. Dies führte neben neu gewonnenen Erkenntnissen auch zur gelegentlichen Revidierung bisher publizierter Annahmen. Die Klimt-Datenbank wird darüber hinaus weitere Erkenntnisgewinne ermöglichen und somit die Klimt-Forschung entscheidend bereichern.

Abgesehen von diesen wichtigen Aspekten geht es der Klimt-Foundation auch darum, die Lebenswelt des Künstlers, die Welt der Wiener Moderne mit all ihren Phänomenen, Errungenschaften und Persönlichkeiten zu präsentieren und erfahrbar zu machen. Die Gustav Klimt-Datenbank zeichnet sich damit im Vergleich zu Datenbanken anderer internationaler KünstlerInnen insofern aus, als zahlreiche redaktionelle Artikel und Beiträge, chronologisch oder thematisch sortiert, abrufbar sind. Außerdem zählen die Vernetzungsebenen innerhalb der Website zu den Stärken der Datenbank, die viele Querverweise und weitergehende Recherchen erlauben.

Der populärwissenschaftlich aufbereitete Informationsbereich ist für alle Interessierten zugänglich, der Forschungsbereich mit Volltextsuche nach einer einmaligen, kostenlosen Registrierung benützbar. Die Datenbank ist mit der umfangreichen Aufarbeitung und Kommentierung sowie genauen Verzeichnissen sowohl für KuratorInnen, WissenschaftlerInnen und Studierende von Interesse als auch als Informationsplattform für Personen, die mehr über den Künstler Gustav Klimt oder die Epoche „Wien 1900" erfahren möchten und MedienvertreterInnen gedacht. Wichtigstes Ziel der Klimt-Datenbank ist es, die Zusammenhänge und Verbindungen in Klimts Werk, Leben und Umfeld erstmals gebündelt vor Augen zu führen und damit neue, beachtenswerte Aspekte öffentlich zugänglich zu machen.

Weitere Ausbaustufen der Datenbank geplant

Neben der laufenden Aktualisierung und Ergänzung der heute gelaunchten, zu 100 Prozent aus Eigenmitteln finanzierten Datenbank, wird bereits an der englischen Version gearbeitet, die 2023 online gehen soll, darüber hinaus sind die Aufbereitung von didaktischem Material für Lehrpersonal sowie ein umfangreiches Ausstellungsverzeichnis geplant. Im Jahr 2024 wird der Forschungsbereich „Gemälde" um Werkkommentare und aktuelle Provenienzen erweitert.

„Wir möchten die erste Anlaufstelle für Themen rund um Gustav Klimt und seine Zeit sein. Ein digitales Klimt-Lexikon mit zeitgemäßem Interface, das kulturwissenschaftliche Informationen multimedial und innovativ aufbereitet und stetig erweiterbar ist. Das bewußt magazinhafte Layout spricht sowohl ein breites Kulturpublikum als auch die Forschungscommunity an und ist weltweit auf Handy-, Tablet- oder Desktopdisplays abrufbar", so Sandra Tretter, stv. Direktorin der Klimt-Foundation. ■

https://www.klimt-database.com/

Kultur

Neues Wienerlied-Magazin

Wien ist eine stolze Stadt. Und sie hat wohl allen Grund dazu, wie zahlreiche und regelmäßige internationale Studien zeigen. Und Wien kann auch stolz sein auf seine Musik, die in allen Genres vertreten ist und vielfach internationales Renommé genießt. Und es gibt wohl keine Hauptstadt auf der ganzen Welt, die in so vielen Liedtexten besungen wird. Alles in Ordnung also. Oder?

Leider ist es nicht ganz so, denn das Wienerlied hat in den vergangenen Jahrzehnten – vor allem in der Wienerstadt selbst – massiv an Stellenwert verloren. Wie es dazu kam? Nun, dafür gibt es einige Gründe.

Aus Zeiten, wo die Abendunterhaltung vornehmlich beim typischen Heurigen, beim Vierterl Wein stattfand, gehörten Schrammeln und Wienerlied sozusagen zum Inventar. Fröhliche Urständ feierte es zu Zeiten der unzähligen Wien-Filme mit Annie Rosar, Susanne von Almassy, Hans Moser, Paul Hörbinger, Fritz Imhoff und vielen anderen. Alles ging ins Kino und man hörte Wienerlieder, interpretiert von den VolksschauspielerInnen und Publikumslieblingen. Auch das Radio hatte damals noch Zeit fürs Wienerische.

Dann brach eine Zeit an, in der es im (Wiener) städtischen Bereich einfach nicht mehr „in“ war, bodenständige Musik zu hören. Man wollte modern sein und sich von dem „Gedudel“ und der „Jammerei“ der Eltern und Großeltern abheben. Hörte man als Halbwüchsiger – übrigens damals wie heute – Volksmusik, wurde man von Gleichaltrigen bestenfalls mitleidig angesehen. Hier ist das Wienerlied nicht alleine, was die Sache an sich nicht besser macht: Eine bestimmte Personengruppe zieht in der (Fernseh-)Öffentlichkeit genauso gerne und regelmäßig wie untergriffig über alles her, was Abermillionen Menschen Freude bereitet. Ob sie nun Helene Fischer, Hansi Hinterseer oder Florian Silbereisen heißen, sie erreichen mit einer einzigen ihrer im Fernsehen übertragenen Sendung mehr ZuhörerInnen wie die, die sich darüber verächtlich zeigen – und solche Einschaltziffern wahrscheinlich in ihrer gesamten Laufbahn nicht erlangen werden. Was auch einmal gesagt werden muß.

Mit dem Tod des Publikumslieblings und begeisterten Wienerliedinterpreten Heinz Conrads kam das Aus der Radiosendung „Was gibt es Neues“ und mit und dem Ende des „Seniorenclubs“ war das Wienerlied in traditioneller Form aus dem „Äther“ geworfen. Wer im April 1998 darauf gehofft hatte, es würde sich eines der auf Sendung gegangenen Privatradios in Wien bodenständiger Musik widmen, wurde enttäuscht: deren Programmierung richtete sich großteils mit junger Musik an junges Publikum oder mit Oldies an die ein oder zwei Generationen davor. Im Fernsehen wars nicht anders, das eine oder andere Mal singt Andi Borg ein Wienerlied im Rahmen einer deutschen Musikshow. Ein kleiner Wiener Stadtsender bringt eine von Sängerin Agnes Palmisano unterstützte Serie, in der sie selbst „dudelt“, wie diese traditionelle Art zu singen in Wien genannt wird, und in der sie InterpretInnen des Wienerlieds verschiedener Stile präsentiert: mitunter das „neue“ Wienerlied, das das Wienerische wieder entdeckt hat und durch andere, vielleicht zügigere Rhythmen und teils moderne Textinhalte auch neues und junges Publikum anspricht.

Großer Einsatz fürs Wienerlied

Wer sich um das „klassische“ Wienerlied besonders bemüht – und das seit vielen Jahren –, sind der Wienerlied-Musiker Erich Zib und seine Tochter Marion Zib-Rolzhauser. Sie treten gemeinsam und in verschiedenen Formationen auf, gestalten und produzieren regelmässige Radiosendungen, die von vielen Stationen auf der ganzen Welt ausgestrahlt werden, stellen einen Notendienst zur Verfügung und Marion Zib-Rolzhauser betreibt einen Musikshop mit umfangreicher CD-Auswahl. Dort gibt es auch eigene Bücher wie „Wienerlieder von gestern und heute“ Band 1 als Neuauflage mit 125 und Band 2 mit 118 alten und neuen Wienerliedern notiert für Harmonika mit Gitarrenakkorden und Text. Dazu gibt es jeweils eine dazugehörige 3er-CD mit über 70 Titeln aus dem jeweiligen Buch von verschiedensten Interpreten mit insgesamt vier Stunden Spielzeit. Und jetzt hat Marion auch die einzige Wienerlied-Zeitschrift vor der Einstellung bewahrt.

Neues Magazin

Nach dem Tod des Herausgeber wäre „Wienerlied aktuell“ nach 30 Jahren vielen treuen LeserInnen abhanden gekommen. Doch Marion Zib-Rolzhauser hat sich dazu entschlossen, es mit dem neuen Titel „Wienerlied Magazin“ und neuer Gestaltung herauszugeben. Es berichet über aktuelles Geschehen, Historisches, beinhaltet einen umfangreichen Terminkalender – und kann in Österreich per Post, im Ausland einfach in Form eines pdf abonniert werden. *mm*

Finden Sie hier alle Informationen dazu und zum umfangreichen Shop-Angebot:

https://radiowienerlied.at/

© Radio Wienerlied Musikverlag

Marion Zib-Rolzhauser mit der ersten Ausgabe des neuen Magazins

Kultur

Der Japanische Garten im Schloßpark Schönbrunn

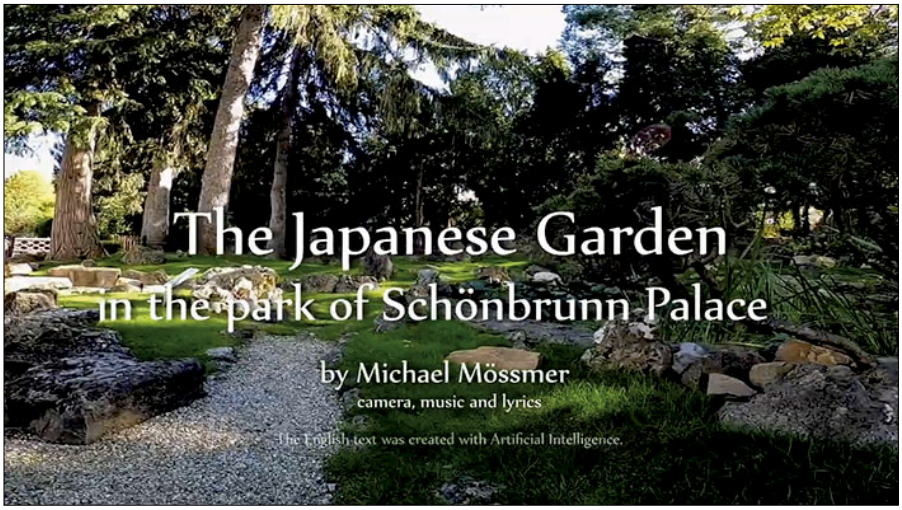
Seit November gibt es auf Youtube ein elfminütiges Video über den einzigen der rund 500 japanischen Gärten weltweit, der ohne japanische Hilfe und nur von Österreichern umgesetzt wurde.

Der Japanische Garten befindet sich in der Nähe des Eingangs zum Tiergarten Schönbrunn. Er wurde im Jahr 1913 von österreichischen Gartenbauspezialisten angelegt. Es gibt auch andere in Wien: den Takasaki-Garten in Oberlaa, den Setagaya Park in Döbling, den Tora-San-Park in Donaustadt und den Garten der Berufsschule für Floristik und Gartenbau in Kagran.

Michael Mössmer (Kamera, Musik und Schnitt) hat sich für den in Schönbrunn entschieden, da er nämlich der einzige der rund 500 japanischen Gärten weltweit ist, der ohne japanische Hilfe und nur von Österreichern umgesetzt wurde.

Berichten zufolge soll er nach den Vorstellungen des Erzherzogs Franz Ferdinand angelegt worden sein. Der Thronfolger hatte im Rahmen seiner Weltreise1892/1893 Japan besucht und war vom Kinkaku ji Tempel in Kyoto tief beeindruckt. 1912 reisten k. und k. Gärtner zur internationalen Gartenschau nach London und kehrten, von der japanischen Gartenkunst beeindruckt, nach Wien zurück. Schon ein Jahr darauf errichteten sie den kleinen Garten beim Palmenhaus.

Während der beiden Weltkriege ist der Garten dann völlig unter Efeu verschwunden und es hatte sich niemand mehr darum gekümmert, bis 1996 eine japanische Delegation das Denkmal des Japanforschers und Sammlers Freiherr Heinrich von Siebold im Schloßpark besuchte.

Eine in Wien lebende Japanerin bemerkte dabei durch Zufall eine Stelle, die seltsame Unebenheiten aufwies und japanisches Flair verströmte. Sie berichtete ihrem in Japan lebenden Vater Eishin Harada, einem ausgewiesenen Fachmann für japanische Gärten, von dem vermutlichen Fund in Wien…

Deutsche Fassung:
https://youtu.be/Vb8yW1nYzFc
Englische Fassung:
https://youtu.be/c0-PbdoogsY
Französische Fassung:
https://youtu.be/oE4SLs9skYo
Eine japanische Fassung ist in Arbeit und für Februar 2023 geplant. ■